Heft 2, Juni 2016/96. Jahrgang E 1459

Badische Heimat

Mein Heimatland
ISSN 0930-7001
Zeitschrift für Landes- und Volkskunde,
Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz

IMPRESSUM

Herausgeber
Landesverein Badische Heimat e. V.
Hansjakobstr. 12
79117 Freiburg

Landesvorsitzender:
Dr. Sven von Ungern-Sternberg

Chefredakteur:
Heinrich Hauß, Weißdornweg 39, 76149 Karlsruhe
Tel.: (07 21) 75 43 45
Fax: (07 21) 92 13 48 53

Geschäftsstelle:
Haus Badische Heimat
Hansjakobstr. 12, 79117 Freiburg
Tel. (07 61) 7 37 24, Fax (07 61) 7 07 55 06
Geschäftszeiten: Mo., Di., Do. 9.00–12.00 Uhr
Internet: www.badische-heimat.de
E-Mail: info@badische-heimat.de

Zahlstellen des Landesvereins:
- Postbank Karlsruhe
  IBAN: DE33 6601 0075 0016 4687 51
  BIC: PBNKDEFF
- Sparkasse Freiburg – Nördlicher Breisgau
  IBAN: DE48 6805 0101 0002 0032 01
  BIC: FRSPDE66XX

Gesamtherstellung:
Rombach Verlag
Unterwerkstraße 5
79115 Freiburg i. Br.
E-Mail: heftredaktion@badische-heimat.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 9 gültig.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Jahrespreis für Einzelmitglieder 32,– €. Preis des Heftes im Einzelverkauf für Nichtmitglieder 11,50 €. Nachbestellung von bis zu 2 Heften für Mitglieder 8 €. Weitere Exemplare zum Einzelverkaufspreis erhältlich..

Für den Inhalt der einzelnen Beiträge sind ausschließlich deren Verfasser verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte, Bildmaterial und Besprechungsstücke wird keine Haftung übernommen. Rücksendung bei unangeforderten Manuskripten erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte der Vervielfältigung und Verbreitung behält sich der Landesverein vor. Veröffentlichte Manuskripte gehen in das Eigentum des Landesvereins über.

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wird vom Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Freiburg, unterstützt.

Unser Partner
Rothaus
TANNEN ZÄPFLE

Titelbild: Evangelische Stadtkirche in Karlsruhe (Foto: Heinrich Hauß)
Als Bischofskirche der evangelisch-lutherischen, seit 1821 unierten evangelischen Kirche in Baden und als Haus- und Begräbniskirche für die Mitglieder des großherzoglichen Hauses kam dem Bauwerk die besondere Rolle einer Hauptkirche des Landes zu (G. Kabierske in: Friedrich Weinbrenner, Architektur und Städtebau des Klassizismus, 2015, S. 240).

Inhalt

EDITORIAL

Editorial
Sven von Ungern-Sternberg 180

Zu diesem Heft
Heinrich Hauß 181

AUFSÄTZE:

Crémant und Champagner – neue Nachbarn im Westen
Die Region Alsace Champagne-Ardenne Lorraine – ein Porträt
Jürgen Bernd Oser 182

Das Kochbuch in Baden 1770–1950
Ein Digitalisierungs- und Ausstellungsprojekt der Badischen Landesbibliothek
Julia Hiller von Gaertringen 192

Digital stöbern
Karlsruher Zeitungen als Geschichtsquelle
Ludger Syré 207

Friedrich Weinbrenner und die Evangelische Stadtkirche in Karlsruhe
Gottfried Leiber 225

Privat finanzierter Autobahn-Marathon im badischen Rheintal
Eines der größten Straßenprojekte in Baden: Die A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg wurde als »A-Modell« von einem Konzessionär auf sechs Spuren ausgebaut
Gero Morlock 238

Bambi in Baden
Weg und Wandel einer Kunstfigur
Johannes Werner 258

Friedrich Kaiser im Auftrag der Druckmedien
Der Künstler als Bildberichterstatter der Leipziger Illustrirten Zeitung
Sara Capdeville/Esther Pollakowski ... 262

Zum 300. Geburtstag des Freiburger Barockmalers Johann Pfunner (1716–1788)
Gerhard Bender 267

Heimat – einmal mit anderen Augen gesehen
Von Hausen-Raitbach zum Briefzentrum 79: Über das Verschwinden von Ortsnamen in Poststempeln am Beispiel der Gemeinde Hausen im Wiesental
Elmar Vogt 272

Der Kurpfälzer Haupt- und Guldenzoll zu Großsachsen an der Bergstraße
Rainer Gutjahr 278

Die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der Republik Baden in der Zeit der Weimarer Republik
Konrad Exner 291

Bits, Bytes und Bollenhut
Was bedeutet Heimat im 21. Jahrhundert?
Thomas Adam 302

Bemerkungen zu bürgerlichen Vereinen des 19. Jahrhunderts und möglichen Formen im 21. Jahrhundert
Heinrich Hauß 308

Linachtalsperre Vöhrenbach
Erholung und erneuerbare Energie aus dem Schwarzwald
Günter Camill Jerg † 312

GEDENKTAGE BADISCHER GESCHICHTE

Vor 200 Jahre geboren:
August Lamey
(27. Juni 1816–14. Januar 1886)
»populärster Führer, den der badische Liberalismus hervorgebracht hat«
Er gestaltete Baden zum »liberalen Musterstaat«
Heinrich Hauß 318

Vor 50 Jahren gestorben:
»Der Historiker des bürgerlichen Zeitalters«
Der badische Historiker Franz Schnabel
18.12.1887–25.2.1966
Heinrich Hauß 320

PUBLIKATIONEN ZUR BADISCHEN GESCHICHTE

Geschichtsvereine in Baden (2. Folge)
Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur
Heinrich Hauß 323

AUS DEM LANDESVEREIN

Naturschutz in Baden
Buchvorstellung am 2. März in Freiburg
Christoph Bühler 325

Mitteilungen der Redaktion 327

PERSONALIA

Zum Gedenken an Dr. Martin Keller
Elmar Vogt 329

Dr. Volker Kronemayer erhält die Verdienstmedaille der Stadt Schwetzingen
Sven von Ungern-Sternberg 329

Nachruf Wolfgang Fritz
Robert Mürb 330

Lukas Bärfuss wurde mit dem Johann Peter Hebel-Preis 2016 des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet
Elmar Vogt 331

Uli Führe wurde mit der Johann Peter Hebel-Gedenkplakette 2016 der Gemeinde Hausen im Wiesental ausgezeichnet
Elmar Vogt 333

Editorial

Liebe Freunde der Badischen Heimat!

Das rückliegende Quartalsheft mit dem Schwerpunkt »Schwetzingen« war ein großer Erfolg. Das vorliegende Heft enthält nun wieder »Vermischtes«. Mich persönlich freut sehr, dass darunter drei Beiträge von langjährigen beruflichen Weggenährten enthalten sind.

Mit Jürgen Oser habe ich als Regierungspräsident viele Jahre die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gestaltet, mit Gero Morlock den Straßenbau in Südbaden vorangetrieben und mit Helmut Volk in der Stadt Freiburg den Nahverkehr vor über 35 Jahren aufgebaut. Ich danke den Autoren und natürlich erneut dem Team Heinrich Heuß / Dr. Anna Gräfin zu Stolberg für dieses vielseitige Quartalsheft.

Im Juni werden wir gemeinsam mit dem Schwäbischen Heimatbund eine Fachtagung zu den Zukunftsfragen von Heimatvereinen in der veränderten Gesellschaft durchführen. An diese Tagung soll sich ab Herbst 2016 eine möglichst breite Diskussion auch in den Regionalgruppen anschließen. Unseren Beiratsmitgliedern, den Professoren Hepp und Weinacht gebührt großer Dank für die intensive Vorbereitung.

Bei allen Veränderungen werden für unseren Verein die Regionalgruppen weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Ich bin mit unserem Chefredakteur Henrich Hauß – der ja seit vielen Jahren die Rolle eines »Vordenkers« einnimmt – darin einig. Er wies bei der letzten Vorstandssitzung des Landesvereins darauf hin, dass die Städtehefte der letzten Jahre zu Offenburg, Baden-Baden Freiburg, Karlsruhe, Bruchsal und Schwetzingen die Regionalgruppen in ihrer Arbeit unterstützten und ihnen die Gelegenheit gab, ihre Geschichte darzustellen. Im Hinblick auf die Fachtagung wird der Verein an dieser historischen gewachsenen Doppelstruktur, Zentrale in Freiburg und Regionalgruppen, festhalten, ebenso an der Herausgabe der Zeitschrift mit ihren vielfältigen Themenstellungen und an der Schriftenreihe. Der »Markenkern« wird auch weiterhin die »Baden-Option« des Vereins sein, das Eintreten für badische Geschichte, badische Regionen und regionale Identitäten.

Aber nun wünsche ich Ihnen Freude an der Lektüre und eine schöne Sommerzelt.

Dr. Sven von Ungern-Sternberg,
Landesvorsitzender

Zu diesem Heft

In der vorliegenden Publikation lenken wir die Aufmerksamkeit der Leserinnen und Leser auf drei Daten der badischen Geschichte: auf den 50. Todestag von Franz Schnabel, dem »Historiker des bürgerlichen Zeitalters«, am 25.2.1966, auf den 200. Geburtstag August Lameys, dem »populärsten Führer des badischen Liberalismus«, am 17. Juni 1816 und schließlich auf die Einweihung der Evangelischen Stadtkirche in Karlsruhe am Pfingstsonntag, den 2. Juni 1816 nach 24-jähriger Baugeschichte.

Der 200. Geburtstag der evangelischen Stadtkirche wurde am 15. Mai 2016 mit einem Festgottesdienst und einem Jubiläumskonzert unter dem Motto »Ich danke dir von ganzem Herzen« gefeiert. Psalmenkantaten des Karlsruher Hofkapellmeisters Franz Danzi (1763–1826) und des Konzertmeisters Ernst Friedrich Fesca (1789–1826) kamen zur Aufführung.

Jürgen Bernd Oser entwirft ein Porträt der »Die Region Alsace Champagne-Ardenne Lorraine« (ACAL). in der die frühere Region Elsass ab 1. Januar 2016 aufgegangen ist. Die Territorialreform hatte zu Befürchtungen um einen drohenden Verlust der Identität und der Umverteilung öffentlicher Mittel zugunsten der weniger wohlhabenden Teilräume geführt. Philippe Richert, der Präsident der Region, verwies in seiner Rede auf die Gründung Baden-Württembergs, die Badener hätten trotz des Zusammenschlusses ihre Identität bewahrt.

Im Zusammenhang mit Überlegungen des Landesvereins zur »Anpassung« der Strukturen und Ziele des Vereins an die veränderte Lage habe ich in Heft 1/20916 den Aufsatz »Beheimatung – Die subjektive Dimension der Heimat« (S. 127–132) veröffentlicht. Im vorliegenden Heft setze ich die Überlegungen fort mit dem Aufsatz »Bemerkungen zu bürgerlichen Vereinen des 19. Jahrhunderts und möglichen Formen im 21. Jahrundert«. Thomas Adam hat sich mit »Bits, Bytes und Bollenhut« mit der »Heimat im Netz« auseinandergesetzt. »Heimat im Netz« ist ein Teilthema der Heimattage 2017 in Karlsruhe. Das Internet wird Teil eines »modernen Heimatbegriffs«, wenn sich für immer mehr Bürger das Internet wie ein Teil ihrer Heimat anfühlt (Stadtmarketing).

Die im Heft 1/2016 begonnene Serie »Publikationen zur badischen Geschichte« setzen wir in diesem Heft fort mit »Geschichtsvereine in Baden – Das Markgräflerland«. Die Auseinandersetzung mit den Geschichtsvereinen soll einen Überblick über Formen der Vermittlung von badischer Geschichte geben. Darüber hinaus kann von den Geschichtsvereinen und ihren Programmen immer auch etwas für unseren eigenen Verein gelernt werden.

Der fortschreitende Digitalisierung am Beispiel Karlsruher Zeitungen, 900 000 Seiten Karlsruher Zeitungsseiten wurden in Netz gestellt, widmet sich Ludger Syré. Ebenso ist das »Kochbuch im Baden 1770–1950« ein Digitalisierungs- und Ausstellungsprojekt der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe mit mehr als 100 badischen Kochbüchern.

Heinrich Hauß

Crémant und Champagner – neue Nachbarn im Westen

Die Region Alsace Champagne-Ardenne Lorraine – ein Porträt

Jürgen Bernd Oser

Im Januar 2014 trat in Frankreich das Gesetz zur Neuordnung der Territorialverwaltung und Stärkung der großen Städte (Métropoles) in Kraft. Am 17. Dezember 2014 verabschiedete die französische Nationalversammlung eine einschneidende Gebietsreform. Die Zahl der Regionen wurde zum Jahreswechsel von 22 auf 13 zurückgeführt. Im Lichte der Europäisierung werden die neuen Gebietskörperschaften die kritische Größe erreichen und gleichzeitig mit mehr Kompetenzen und Mitteln ausgestattet. Staatspräsident François Hollande sieht darin weitere wichtige Schritte auf der Reformagenda zur Modernisierung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit seines Landes, vor allem aber einen Beitrag zum Sparkurs der französischen Regierung.

Zahlen, Fakten, Namenssuche

Am 1. Januar 2016 ist die frühere Region Elsass in der neuen Gebietskörperschaft Alsace Champagne-Ardenne Lorraine (ACAL) aufgegangen. Sie zählt 5,545 Mio. Einwohner und ist mit 57 433 km² deutlich größer als Baden-Württemberg (35 751 km²). Das Bruttoinlandsprodukt/Kopf (BIP) beträgt im Elsass 29 767 €, in der Champagne-Ardenne 28 355 € und in Lothringen 24 190 € (2013). Die wichtigsten Städte sind Metz, Nancy, Reims, Troyes, Mulhouse, Colmar und Strasbourg. Die Außengrenze hat eine Länge von rund 600 km, der Abschnitt zu Baden-Württemberg entlang des Rheins misst 179 km. Die Neuordnung wurde ohne Volksabstimmung vorgenommen. Die Territorialreform hat deshalb nicht nur im Elsass größte Diskussionen hervorgerufen. Einmal geht es um den drohenden Verlust der Identität, auf der anderen Seite besteht die Befürchtung, dass es zu einer signifikanten Umverteilung öffentlicher Mittel zugunsten der weniger wohlhabenden Teilräume kommen könnte. Auf die ursprünglich geplante Abschaffung der Departementalräte

Demonstration in Straßburg: Nein zur Fusion (Foto: Claude Truong-Ngoc, Wikimedia Commons)

hat die französische Regierung bisher verzichtet. Eine Verfassungsklage wurde abgewiesen.

Die Bürger hatten die Möglichkeit, sich auf der Internet-Seite der Regionalverwaltung an der Suche nach dem neuen Namen der Region zu beteiligen. Vier Vorschläge standen zur Wahl. Die Begriffe »Acalie, Nouvelle Austrasie und Rhin-Champagne« fanden keine Zustimmung. 75 % der 289 000 Abstimmenden entschieden sich für die Bezeichnung »Grand Est«.

Eine substantielle Änderung der politischen Landschaft

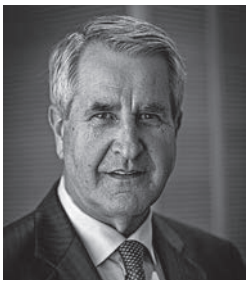
Das Selbstbefassungsrecht der Gebietskörperschaften wurde abgeschafft. Sie dürfen sich jetzt nur noch mit Angelegenheiten befassen, die ihnen das Gesetz ausdrücklich zuweist. Auch die viel kritisierte »Ämterhäufung« gehört nun der Vergangenheit an. So wird es nicht mehr möglich sein, ein lokales Amt auszuüben und sich gleichzeitig in Paris als Abgeordneter oder Senator für die Belange der Region einzusetzen. Die erwartete Konzentration wichtiger Aufgaben bei den Regionalräten ist bisher, mit Ausnahme der Übertragung der Wirtschaftsförderung und Beschäftigungspolitik (Arbeitslosenanteil aktuell rund 10 %), ausgeblieben. Bei den Wahlen in der Region ACAL im Dezember 2015 erhielten die bürgerlichen Parteien im zweiten Wahlgang 104, die Front National 46 und die Sozialisten 19 Sitze. Nachdem die Front National im ersten Wahlgang mit Abstand die meisten Stimmen auf sich vereinigte, rief Premierminister Valls (PS) dazu auf, die bürgerliche »Liste Richert« zu wählen. Die Zahl der Gewählten im neuen Regionalrat hat sich durch die Zusammenlegung in der Summe nicht reduziert (jetzt 169 Sitze). Die Gesetzgebungsbefugnis bleibt auch in Zukunft alleine dem Parlament in Paris

Bekanntgabe des neuen Namens in den DNA »Enfin ... redde m'r nimm devun« (Foto: Simon Fröhlich)

vorbehalten. Der Regionalrat ist daher nicht vergleichbar mit einem Landtag in der Bundesrepublik oder einem Kantonsparlament in der Schweiz. Das Amt des Präsidenten des Regionalrates entspricht im Zuschnitt nicht dem Amt eines Ministerpräsidenten.

Stärkung der Europahauptstadt Straßburg

Für die Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO) erfreulich ist die substantielle Stärkung der funktionalen Bedeutung der Europastadt Straßburg. Zunächst wurde sie per Gesetz zur Hauptstadt der neuen Region »Grand Est« bestimmt und als Eurométropole



Stéphane Fratacci, Regionalpräfekt – Philippe Richert, Präsident des Regionalrates (Fotos: Claude Truong-Ngoc, Wikimedia Commons)

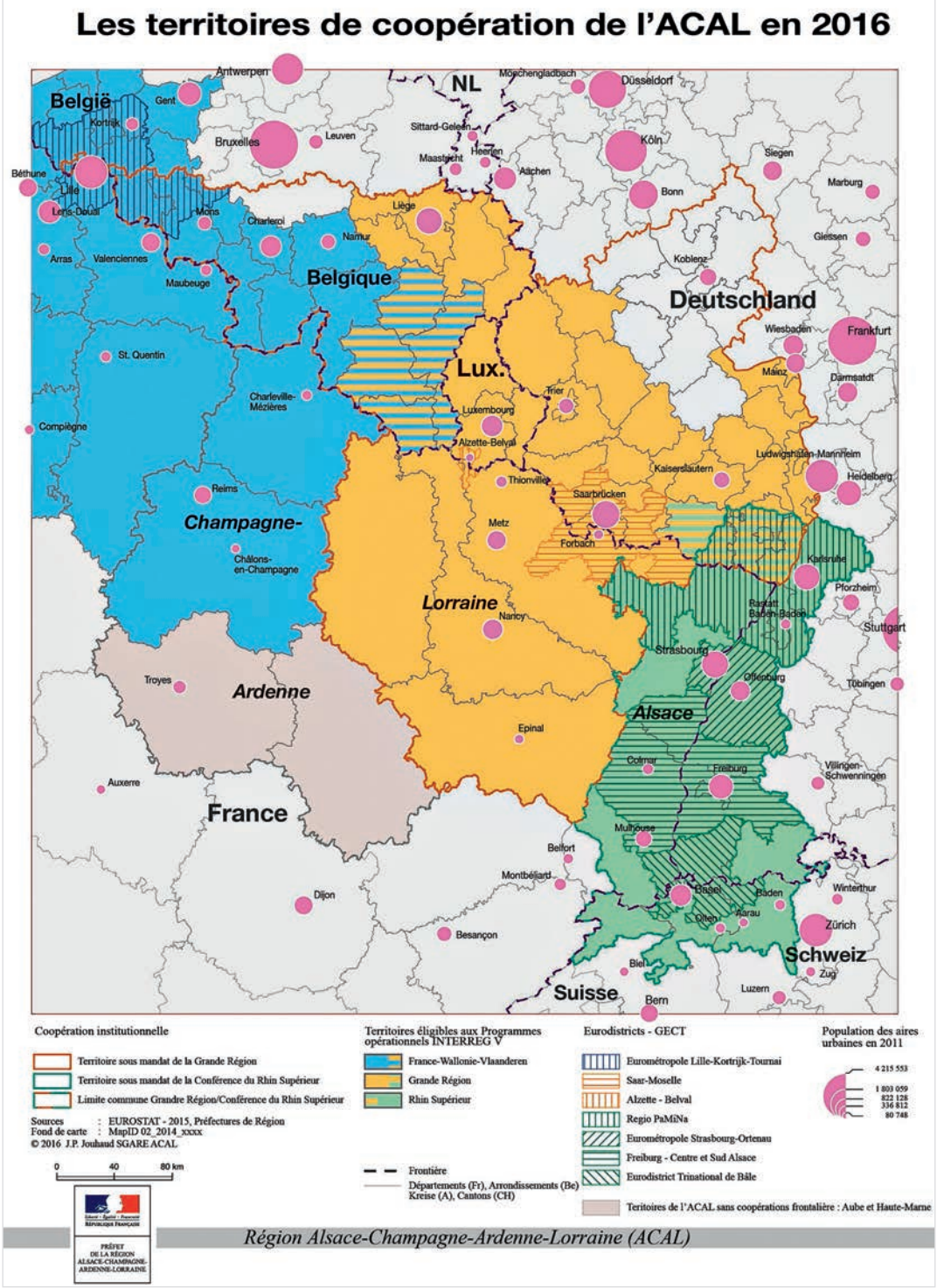
mit zahlreichen neuen Kompetenzen ausgestattet. Der Regionalpräfekt Stéphane Fratacci, dem nun zehn Départementalpräfekturen unterstellt sind, und auch der Präsident des neuen Regionalrates, Philippe Richert, bleiben mit ihrem gesamten Stab in der Stadt. Allerdings wurden nicht alle staatlichen und regionalen Verwaltungen in Straßburg konzentriert. Wichtige Direktionen finden sich künftig auch in Nancy, Metz und Châlons-en-Champagne. So möchte man Bürgernähe erhalten und bestehende Liegenschaften und Mitarbeiter vor Ort weiter nutzen. Durch die Einsetzung von Spiegelreferenten und die Schaffung von Spiegelreferaten in Straßburg ist die Rückkoppelung mit den politisch Verantwortlichen jederzeit gewährleistet.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bleibt regional geprägt und bürgernah

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg mit der neuen Region wird sich auch in Zukunft auf den Oberrhein konzentrieren. Der französische Botschafter Gilles Favret hat bereits am 21. Oktober 2015 im Auswärtigen Amt in Berlin erklärt, dass das »Basler Abkommen«, das der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein den rechtlichen Rahmen gibt, zwar redaktionell korrigiert, sich aber linksrheinisch wie bisher auf das Gebiet der beiden Departements Haut-Rhin und Bas-Rhin beziehen wird. Diese Regel gilt für die nationalstaatlich besetzte Regierungskommission, die Verwaltungszusammenarbeit unter dem Dach der Oberrheinkonferenz und das europäische Förderprogramm INTERREG V A. Selbst der Oberrheinrat, das Forum der Gewählten entlang des Rheins, bleibt unverändert. So werden die Regionalpräfektur, der Regionalrat, die Departementalräte und die Eurometropole Strasbourg auch weiterhin die zentralen Partner Baden-Württembergs bei der Zusammenarbeit am Oberrhein sein. Gemeinsam wurden in den letzten 20 Jahren fast 500 grenzüberschreitende Projekte realisiert.

Die Großregion – ein neuer starker Partner im Vierländereck

Das zweite wichtige grenzüberschreitende Kooperationsgebiet der neuen Region ACAL ist die sog. »Großregion«. Mit drei Sprachen, vier Ländern und 11,4 Mio. Menschen (Oberrhein 5,9 Mio.) erstreckt sie sich über eine Fläche von 64 400 km² (Oberrhein 23 000 km²) und bietet den Rahmen für dauerhaft politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen. Lothringen mit den Städten Metz, Nancy und ihrer gemeinsamen Universität (58 122 Studenten) grenzt im Norden an Belgien und Luxemburg, im Nordosten an das Saarland und Rheinland-Pfalz. Auf einem Hügel über Metz steht die Kathedrale St-Étienne. Einige der 6500 qm großen Kirchenfenster schuf Marc Chagall. In der Altstadt finden sich beeindruckende Bürgerhäu-



Grenzüberschreitende Kooperationsgebiete (Karte: J. P. Jouhaud SGARE ACAL 2016)

Metz – Partie an der Mosel (Foto: Marc Ryckaert, Wikimedia Commons)

ser. Die Deutschen errichteten in dem 1871 an das Reich angegliederte Metz einen Festungsgürtel und schufen die »neue Stadt« rund um einen neuen Bahnhof. Seit 2010 steht ganz in der Nähe eine »Zweigstelle« des Pariser Centre Georges Pompidou. Auch Nancy, die ehemalige Residenz der Lothringer Herzöge, ist voller historischer Sehenswürdigkeiten. Hauptattraktion der Stadt ist die klassizistische Place Stanislas, die zwischen 1752 und 1755 angelegt wurde. Der Platz ist seit 1983 Teil des Weltkulturerbes der UNESCO.

Wie am Oberrhein gibt es in der Großregion eine intensive und vielfach beispielhafte grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die politisch Verantwortlichen der Mitgliedsländer

Nancy – Place Stanislas (Foto: Parsifall, Wikimedia Commons)

treffen sich im »Gipfel der Großregion«. Er definiert Projekte und Ziele für eine gemeinsame Politik innerhalb des Kooperationsraums. Im Jahre 2014 wurde ein gemeinsames Sekretariat im Haus der Großregion in Luxemburg eingerichtet. Dort wird auch die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren und Institutionen in der Großregion koordiniert. Das Haus ist gleichzeitig Anlaufstelle für Fragen der Bürgerinnen und Bürger, für Verwaltungen und Unternehmen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen. In diesem Prozess sind die Städte und Gemeinden zwingend präsent. Aus der Arbeitsgemeinschaft COMREGIO (1988) entwickelte sich die EuRegio SaarLorLuxRhin als gemeinnütziger Verein nach luxemburgischem Recht. Er ist die kommunale Stimme in der Großregion. Die Großregion hat die höchste Anzahl an Grenzgängern in ganz Europa. Mehr als 200 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Oberrhein 93 300) passieren täglich die Grenzen. 157 000 davon arbeiten in Luxemburg. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass das Bruttoinlandsprodukt/Kopf (BIP) dort mit 87 600 € (2015) alle Rekorde schlägt (Deutschland 37 100 € (2015).

Das Land Rheinland-Pfalz ist sowohl am Oberrhein wie in der Großregion grenzüberschreitend aktiv. Die Staatskanzlei in Mainz hat bereits in der Vergangenheit regelmäßig Treffen der Akteure beider Kooperationsgebiete organisiert und damit einen lebendigen Austausch ermöglicht. So wurden z. B. ein grenzüberschreitendes Rettungsdienstabkommen, die Eckpunkte des Rahmenabkommens »Berufsbildung im Nachbarland« und aktuell die Vereinbarung über die »Gegenseitige Information bei umweltrelevanten Vorhaben« in beiden Räumen implementiert. In diesem Sinne soll auch die großräumige Zusammenarbeit in Zukunft funktionieren. Einander kennen, voneinander lernen, Leuchtturmprojekte reproduzieren und Kräfte bündeln, wenn Synergien zu erzielen sind.

Die Champagne-Ardenne

Die beeindruckendste Stadt im Westen der neuen Region ACAL ist Reims. Das im Ersten Weltkrieg zu 60 % zerstörte Reims wurde großzügig wieder aufgebaut und ist heute wohlhabend und kulturell reich und lebenslustig. Im Zentrum der Champagne ist sie neben Épernay das wichtigste Zentrum der Champagnerherstellung. Der Champagner ist, wie sein »Konkurrent«, der elsässische Crémant, ein Verkaufsschlager. Er lagert zum Teil in unterirdischen Gewölben, die schon zu Zeiten der Römer in den Kalkfelsen gegraben wurden. Darüber steht die Kathedrale Notre-Dame, nicht nur architektonisch eine der bedeutendsten gotischen Kirchen Frankreichs. Vom 12. bis zum 19. Jahrhundert wurden hier die französischen Könige gekrönt. Am 7. Mai 1945 wurde in Reims die Kapitulation der deutschen Wehrmacht unterzeichnet. Im Jahre 1962 fand am selben Ort das Versöhnungstreffen zwischen Präsident Charles de Gaulle und Konrad Adenauer in der inzwischen wieder weiß leuchtenden Kathedrale statt.

Verwaltungszentrum ist jedoch, 50 km weiter östlich, das viel kleinere Châlons-en-Champagne, eine Stadt der Kunst und Geschichte. Sie wird oft als das »kleine Venedig der Marne« bezeichnet. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesem Raum zieht sich entlang der Ardennen bis hin nach Lille, Dunkerque und den Ärmelkanal. Auf belgischer Seite wird die flämische und von den Wallonen die französische Sprache gesprochen. Als letzte bedeutende Stadt im Südwesten der neuen Region sei Troyes genannt. Sie liegt schon an der Seine.

Reims – Die Kathedrale Notre-Dame (Foto: Johan Bakker, Wikimedia Commons)

Die Kathedrale Saint-Pierre-et-Saint-Paul und schöne Häuser aus dem 16. bis 18. Jahrhundert zeichnen die hervorragend sanierte Altstadt aus. Die alte Tradition der Textilindustrie hat hier schon in den 50er Jahren erste Fabrikverkaufsstellen entstehen lassen, zunächst in den Gebäuden der Textilhersteller, die später in leer stehende Lagerhallen in und um Troyes ausgelagert wurden. Diese Fabrikverkaufstradition verschafft Troyes seit Jahrzehnten besondere Anziehungskraft und machte die Stadt zu einem wahren Mekka der FOC (Factory-Outlet-Center). Städteplanerisch kann das Konzept als gelungen bezeichnet werden. Viele deutsche Raumplaner, aber auch Vertreter von Industrie- und Handelskammern und Einzelhandelsverbänden, haben das Anschauungsobjekt schon besucht.

Große Herausforderungen

Die neue Region steht nun vor vielen Herausforderungen, die gemeinsame Lösungen

Troyes – Platz an der Börse (Foto: Guillaume Cattiaux, Wikimedia Commons)

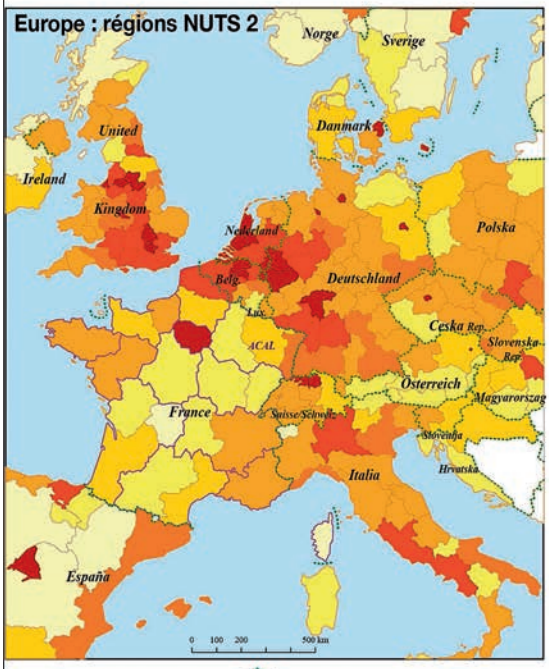
bedingen. Auch wenn die Hauptstadt Straßburg rein geographisch am Rande der neuen Region liegt, muss die Stadt künftig für den ganzen Raum die Rolle eines Drehkreuzes für nationale, europäische und internationale Verbindungen spielen. Eine solche »Brückenkopffunktion« übernehmen auch andere französische Stadtregionen wie Bordeaux, Lille, Marseille, Nizza, Nantes oder Toulouse, die, mit Ausnahme von Lyon, überraschenderweise auch alle an der Peripherie des Landes liegen. Überhaupt zeichnet sich die gesamte Region »Grand Est« durch eine geografische Asymmetrie aus. Allgemein kann zwischen einem industriellen und dicht vernetzten Nordosten und einem dünner besiedelten und kaum vernetzten landwirtschaftlich geprägten Südwesten unterschieden werden.

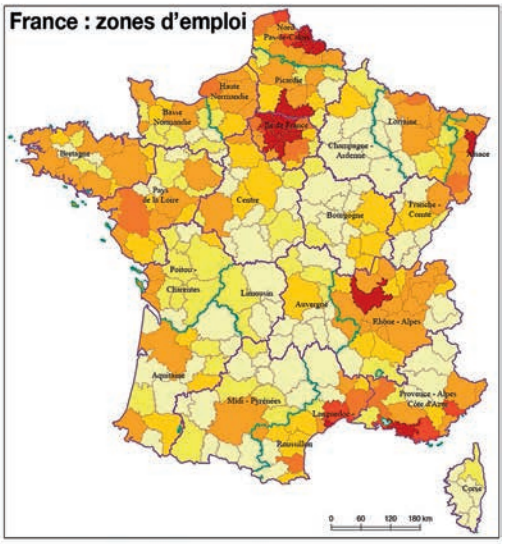
Wird es gelingen, aus dem stark besiedelten Nordosten und dem ländlicheren Südwesten eine Einheit werden zu lassen? Werden sich die Menschen aus den unterschiedlichen Teilräumen verstehen und einander Vertrauen schenken? Viel hängt dabei von der Art der Kommunikation und Erreichbarkeit ab. Hier wird die LGV Est »Ligne à grande vitesse« mit dem TGV eine entscheidende Rolle spielen. Wenn ein Beamter des Regierungspräsidiums Freiburg sich mit dem ICE/IC auf den Weg nach Stuttgart macht, benötigt er dafür genau zwei Stunden. Sein französischer Kollege bewältigt die 317 km lange Strecke zwischen Straßburg und Reims in 1 Stunde 09 Minuten. Am 3. Juli 2016 geht der letzte Abschnitt der Neubaustrecke in Betrieb.

Die neue Region wird, wie das Land Baden-Württemberg, künftig auch in Belgien Flagge

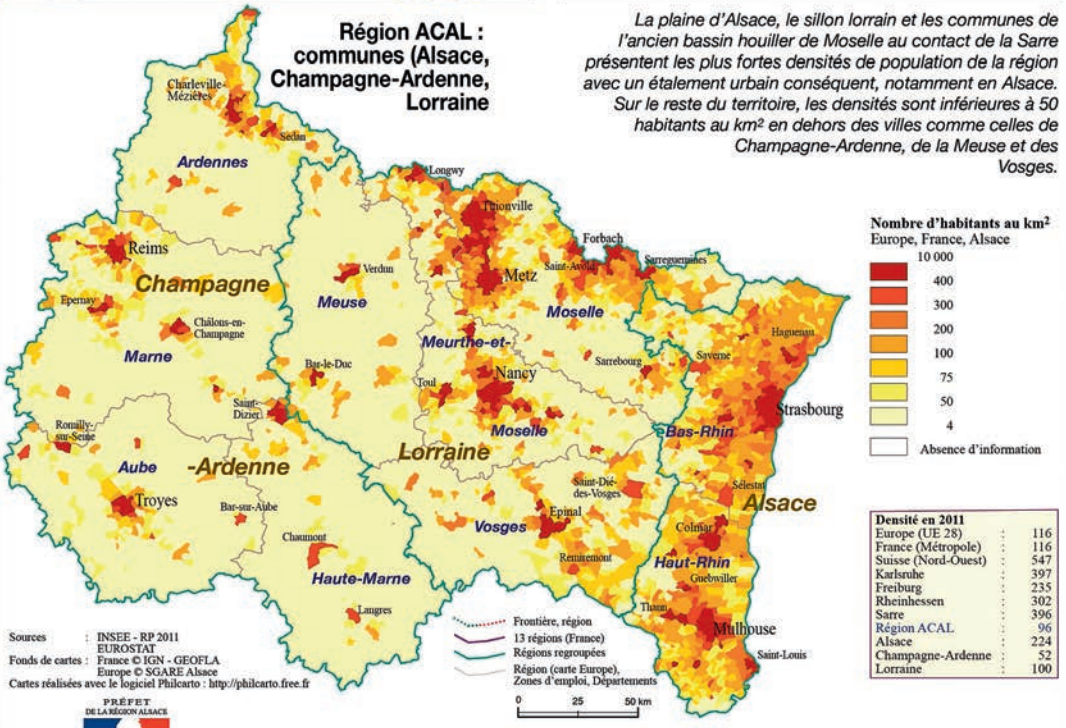
Densité de population

De grandes disparités entre territoires urbains et ruraux 2011





La plaine d'Alsace, le sillon lorrain et les communes de l'ancien bassin houiller de Moselle au contact de la Sarre présentent les plus fortes densités de population de la région avec un étalement urbain conséquent, notamment en Alsace. Sur le reste du territoire, les densités sont inférieures à 50 habitants au km² en dehors des villes comme celles de Champagne-Ardenne, de la Meuse et des Vosges.



La région Alsace, Champagne-Ardenne, Lorraine (ACAL)

Bevölkerungsdichte Einwohner/km² (Karte: J. P. Jouhaud S.E.S.G.A.R.E. 2015)

zeigen. Noch im Jahre 2015 hat die Région Alsace in Brüssel für 1,6 Mio. € eine Stadtvilla erworben. Mit 4 Etagen und einer Fläche von 750 m² wird sie als Vertretung in unmittelbarer Nähe der Europäischen Kommission künftig auch von der Lorraine und der Champagne-Ardenne genutzt. Das Saarland hat sich im selben Haus mit seiner Landesvertretung eingemietet.

Regionale Identität?

Philippe Richert, der Präsident der Region hat sich wenige Tage nach der Wahl am 16. Dezember 2015 in einer Rede in der Straßburger Industrie- und Handelskammer als gebürtiger Nordelsässer eher optimistisch mit der Frage der Identität auseinandergesetzt.

»Und wenn schon Deutschland als Beispiel herangezogen wird, dann erinnere ich auch an die Gründung Baden-Württembergs im Jahre 1952, an die Fusion der Länder Baden, Württemberg und Hohenzollern. Ich verspreche Ihnen, dass die Identität des Elsass nicht nur Bestand haben, sondern sich weiter entwickeln und blühen wird. Sie wird uns genauso wenig verloren gehen wie den Badenern, die ihre Identität bewahrt haben, obwohl sie Teil eines neuen Bundeslandes geworden sind. Ich bin Elsässer und werde es mit Stolz bleiben. Bei der Neuorganisation und den Abläufen unserer neuen, großen Region wird das Elsass und seine Art zu arbeiten als Referenz, um nicht zu sagen als Modell dienen.«

Und Jean-Marie-Woehrling, Präsident des Instituts für lokales Recht in Alsace-Moselle meint sogar: »Es ist nicht ausgeschlossen, dass aus der Unruhe in der Bevölkerung eine echte Bewegung wird, die der elsässischen Identität neuen Schwung geben könnte.«

Anmerkung:
Die Verwaltungsstrukturen in Frankreich sind ausgesprochen komplex. Es sei hier versucht, sie mit wenigen Worten, wenn auch unvollkommen, darzustellen:

Der Staat als oberste Verwaltungsebene stellt die Zentralverwaltung, deren Einflussbereich sich über das ganze nationale Territorium erstreckt. Ihre Hauptaufgabe ist die Ausführung von Gesetzen, die Rechtsaufsicht sowie allgemein die Regelung des öffentlichen Lebens.

Die Regionen sind u. a. zuständig für die Wirtschaftsplanung und -förderung, die Raumplanung, den Bau und Betrieb der Gymnasien, die berufliche Bildung, den regionalen Zugverkehr und die Forschungsförderung.

Die Departementalräte sind u. a. zuständig für den Gesundheits- und Sozialbereich (auch Altersheime), die ländliche Infrastruktur, für Bau und Unterhaltung der Landstraßen sowie den Bau und Betrieb der Mittelstufenschulen.

Regionen und Departementalräte sind gleichermaßen zuständig für Kultur, Sport, Tourismus und Regionalsprachen.

Ihr Haupteinfluss besteht darin, dass sie sich an der Finanzierung von Projekten beteiligen können, die sie auf diese Weise fördern und voranbringen können.

Anschrift des Autors:
Jürgen Bernd Oser
Goethestraße 3a
76547 Sinzheim

Das Kochbuch in Baden 1770–1950

Ein Digitalisierungs- und Ausstellungsprojekt der Badischen Landesbibliothek

Julia Hiller von Gaertringen

Die Badische Landesbibliothek hat mehr als hundert badische Kochbücher aus dem Zeitraum 1770–1950 digitalisiert. Sie stammen von badischen Autoren, sind in badischen Verlagen erschienen oder von badischen Firmen herausgegeben worden. Eine Volltextrecherche und damit die Suche nach einzelnen Rezepten und Zutaten ist möglich und gibt Aufschluss über die Ernährungsgewohnheiten auf badischem Territorium. Bis zum 15. Oktober 2016 werden die Kochbücher außerdem in der Ausstellung »Das Kochbuch in Baden 1770–1950« im Original gezeigt; den Ausstellungskatalog mit allen Begleittexten finden Sie im Internet. Zur Ausstellung serviert die Badische Landesbibliothek außerdem ein reichhaltiges Begleitprogramm.

Vom Wert historischer Kochbücher

Wann tauchen Tomaten oder Artischocken in der badischen Küche auf? Wann verschwinden Singvögel und Flusskrebse daraus? Und wann ist das erste Mal die Rede von Kalorien?

Kochbücher sind eine erstrangige Quelle zur Alltags- und Kulturgeschichte und hervorragende Gradmesser für soziale und regionale Differenzierungen. Sie bezeugen das Aufkommen und Verschwinden bestimmter Speisen und Zutaten bzw. deren zeitweilig hohen oder geringen gesellschaftlichen Stellenwert. Regionale Unterschiede und Geschmackspräferenzen werden erkennbar. Rezepte zu bestimmten Gerichten zeigen über längere Zeiträume hinweg eine veränderte Zusammensetzung der Zutaten bzw. von deren Mengen und Veränderungen der Zubereitungspraxis. Zusatzstoffe und Fertigprodukte finden Eingang in die Ernährung und

Maggi-Rezepte, 1936

Koch-Buch für den Junker u Ruh Gasherd. Allgemein-verständliche Anleitung für die Bedienung, Reinigung und Instandhaltung der Junker & Ruh-Gasherde, ca. 1939

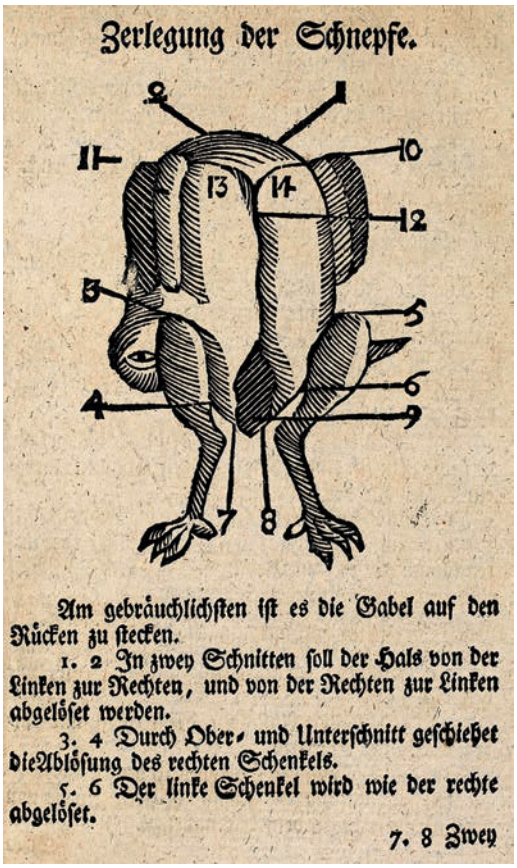
verändern die Zubereitung und den Verzehr von Speisen dauerhaft. In Notzeiten werden Lebensmittel »gestreckt«; es wird mit Ersatzstoffen experimentiert, und viele Rezepte der Kriegsküche werden heute im Rahmen gesunder Ernährung wiederentdeckt.

Hinzu kommt der technische Fortschritt. Das Einweckverfahren, der Gasherd, der Elektrokühlschrank – die neuen Technologien der Lebensmittelzubereitung und -konservierung veränderten die Ernährungsgewohnheiten nachhaltig. Im 20. Jahrhundert wurde das Reklame-Kochbuch ein zentrales Werbemittel der Lebensmittel- und der Küchengeräteindustrie, vor allem für neue Produkte, für die eine Nachfrage erst noch erzeugt werden musste: Rezepte wurden unter Verwendung des beworbenen Markenartikels zusammengestellt oder im Rahmen einer Bedienungsanleitung als Praxisbeispiele genutzt und erleichterten die Akzeptanz der Novitäten. So sind Kochbücher über die Ernährungsgeschichte hinaus auch aussagefreudige Dokumente der Wirtschaftsgeschichte.

Die Digitalisierung

Kochbücher werden genutzt, sind fleckig und zerlesen. Das gilt auch für die Exemplare der Badischen Landesbibliothek, die oft aus Privathaushalten stammen. Viele der seltenen Bände aus der Zeit ab 1850 sind zudem extrem säuregeschädigt, weil sie zu günstigem Preis verkauft werden sollten und deshalb aus billigem, stark holzschliffhaltigem Papier hergestellt wurden. Hier empfiehlt sich eine Digitalisierung schon deshalb, weil ein Großteil der Bände aufgrund der weit fortgeschrittenen Schädigung bereits nicht mehr entsäuert werden kann und die Inhalte ohne Übertragung in ein anderes Medium nicht dauerhaft erhalten werden können.

Die Badische Landesbibliothek hat mit Förderung der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg mehr als hundert badische Kochbücher aus dem Zeitraum 1770–1950 digitalisiert – vielfach Unikate, die nur bei ihr vorhanden sind. Sie stammen von badischen Autoren, sind in badischen Verlagen erschienen oder von badischen Firmen herausgegeben worden. Die Rezepte selbst sind nicht speziell badisch – das Regionalkochbuch dieser Zeit bezeichnete im Titel eher ein buchhändlerisches Absatzgebiet denn das Herkunftsgebiet der Speisen. Als Sammlung landestypischer Spezialitäten ist es erst ein Phänomen der 1970er Jahre, mit dem der globalisierten Fast-Food-Industrie begegnet wurde.



Zerlegung der Schnepfe.
Aus: Neues lehrreiches und vollständiges Magazin, vor junges Frauenzimmer, die ganze Koch-Kunst und Zuckerbeckerei samt allem, was damit verknüpft ist, vollkommen zu erlernen, 1769

Die Kochbücher sind in den Digitalen Sammlungen der Bibliothek zu finden. Sie können dort online darin blättern oder auch im Volltext recherchieren – versuchen Sie es doch mal mit »Fischotter« oder »Schnepfe«. Sie werden dabei manches Interessante über die Ernährungsgewohnheiten und Speisezubereitungsverfahren auf badischem Territorium erfahren. Zu beachten ist allerdings die kreative Schreibweise von Speisen wie »Amoletten« (Omelettes), »Struckeln« (Strudeln) »Budding« oder »Grock«. Achtung! Kartoffeln kommen auch unter den Bezeichnungen Tartuffel, Erdapfel, Grundbirne oder Erdbirne vor. Manche Gerichte kehren in allen Kochbüchern wieder: Probieren Sie doch mal »Baumwoll-Suppe«, »Hobelspäne«, »Laubfrösche«, »Tabaksrollen« oder »Reformirten Thee«!

Das erste badische Kochbuch

Das erste in Baden gedruckte Kochbuch war das *Neue lehrreiche und vollständige Magazin, vor junges Frauenzimmer die ganze Koch-Kunst, und Zuckerbeckerei, samt allem, was damit verknüpft ist, vollkommen zu erlernen*. Es erschien in zwei Bänden 1769/1770 im Verlag von Johann Michael Macklot in Karlsruhe und orientiert sich an der gehobenen französischen Küche. Adressat war »das Schöne Geschlecht«, dem die anonyme Verfasserin ihren dickleibigen Wälzer mit 4500 Rezepten als besonders genau und zuverlässig, gut verständlich und klug geordnet anpreist, »so daß mit allem Fug und Recht behauptet werden kann, es seye noch niemals kein so nüzliches und vollständiges Werk, als dieses, ans Licht getreten.«

Die ersten Abschnitte instruieren über Küchenausstattung, Vorratshaltung, Holzfeuerung und über das Zubereiten, Anrichten und Auftragen von Speisen. Dann folgen als erstes die Suppen-Rezepte. Und ein Rezept für Käs-Suppe lehrt, dass Parmesan-Käse schon 1770 in Baden verfügbar war – zwei Jahrhunderte bevor »Tüten-Parmesan« in jedem deutschen Kühlschrank vorrätig wurde. Auch andere im 18. Jahrhundert beliebte Delikatessen kommen vor wie Borsdorfer Äpfel, Teltower Rübchen und Westfälischer Schinken. Und Wildgemüse, die heute aus der Küche verschwunden sind wie Portulak, Wegwarte oder Lattich. Bemerkenswert ist die Vielfalt von Flussfischen und Singvögeln (Dros-

seln, Finken, Goldammern, Lerchen, Meisen, Schnepfen, Tauben, Wachteln), die zum Verzehr empfohlen werden.

Friederike Luise Löffler

Ein Bestseller wurde das *Neue Kochbuch* der Kraichgauer Apothekerstochter Friederike Luise Löffler. 1744 in Kürnbach bei Bretten geboren, heiratete sie 1779 nach Stuttgart, wo sie als Köchin für die Abgeordneten des württembergischen Landtags tätig wurde. 1791 publizierte sie, von ihren Kochschülerinnen dazu ermuntert, ihre *geprüfte Anweisung zur schmakhaften Zubereitung der Speisen, des Bakwerks, der Confecturen, des Gefrornen und Eingemachten*.

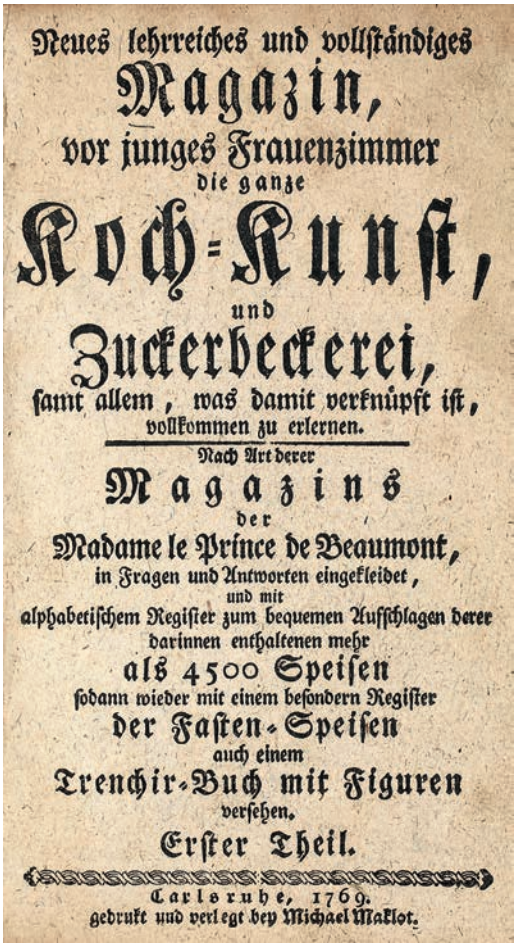
Als Vorzug ihres Kochbuchs erklärte sie insbesondere, dass es ausschließlich auf ihr eigenes Gedächtnis und ihre eigene lange Erfahrung gründe. Wie alle Kochbuchautoren distanzierte sie sich von ihren Vorgängern und Konkurrenten auf dem Buchmarkt. Und natürlich legte sie größten Wert darauf, ihr Kochbuch als »neu« zu deklarieren. Neu, aktuell, modern zu sein: das beanspruchten im 18. Jahrhundert alle Kochbuchautoren für ihre Werke.

Dem J. F. Steinkopf-Verlag in Stuttgart sicherte die Löfflerin mit 38 immer wieder veränderten Auflagen ihres Kochbuchs Einnahmen bis zum Jahr 1930. Da Kürnbach bis 1803 württembergisch-hessisches Kondominium war, ist sie allerdings niemals Einwohnerin der Markgrafschaft Baden gewesen.

Die Hofköche der Großherzöge

Wer in die Hofküchen der europäischen Metropolen Einblick erhalten hatte, der gab nur zu gern seine Kenntnisse hochmoderner exquisiter Kochkunst in gedruckter Form weiter. Anfang des 19. Jahrhunderts veröffentlichten die Köche der badischen Großherzöge im neugegründeten Verlag von David Raphael Marx.

1816 erschien das *Vollständige Rheinische Kochbuch* von Joseph Stolz, der bereits in den 1790er Jahren in der Karlsruher Hofküche ge-


Neues lehrreiches und vollständiges
Magazin,
vor junges Frauenzimmer
die ganze
Koch-Kunst,
und
Zuckerbeckerei,
samt allem, was damit verknüpft ist,
vollkommen zu erlernen.
Nach Art derer
Magazins
der
Madame le Prince de Beaumont,
in Fragen und Antworten eingekleidet,
und mit
alphabetischem Register zum bequemen Aufschlagen derer
darinnen enthaltenen mehr
als 4500 Speisen
sodann wieder mit einem besondern Register
der Fasten-Speisen
auch einem
Trenchir-Buch mit Figuren
versehen.
Erster Theil.
Carlsruhe, 1769.
gedrukt und verlegt bey Michael Maklot.

Neues lehrreiches und vollständiges Magazin, vor junges Frauenzimmer, die ganze Koch-Kunst und Zuckerbeckerei samt allem, was damit verknüpft ist, vollkommen zu erlernen. Nach Art derer Magazins der Madame le Prince de Beaumont in Fragen und Antworten eingekleidet, 1769

Frieda Thoma: Hausfrauen-Kochbuch, 1905

lernt hatte und dort bis zum Mundkoch aufgestiegen, also für die Speisen der herrschaftlichen Tafel verantwortlich war. Es enthielt, nach der Speisenfolge geordnet, 616 Rezepte. Für verschiedene Arten von Fleisch, aber auch für Hecht- oder Makrelenfilets empfahl Stolz Tomaten- oder Liebesäpfelsoße – ein in der bürgerlichen Küche noch völlig unbekanntes Gemüse, das möglicherweise im Küchengarten des Hofes gezogen wurde.

1834 erschien das *Allgemeine Kochbuch* von Joseph Willet. Dieser hatte es in Diensten des Markgrafen Wilhelm von Baden bis zum Haushofmeister gebracht. Die Badische Landesbibliothek besitzt jenes Exemplar seines Kochbuchs, das am 21. Februar 1834 für die Großherzogliche Küchenmeisterei in Baden-Baden angeschafft wurde. »Gâteau von Kapaun« kann man ihm nachkochen, für Vegetarier empfiehlt sich vielleicht sein »Ulmensaamen-Salat«. Später machte er sich selbständig und führte das Restaurant *Zur Fortuna* in der Karlsruher Erbprinzenstraße.

Beide Köche verwiesen insbesondere auf die Internationalität ihrer Kochkunst, die sich häufigen Reisen ins europäische Ausland verdankte. Es finden sich bereits Rezepte der neuen Wiener Küche: Bei Stolz gibt es schon paniertes Kalbsschnitzel mit Zitronensaft – Willet servierte auch Gulasch vom Rinderfilet.

Für angehende Hausfrauen

Friederike Luise Löffler hatte im deutschen Südwesten schreiblustige Nachfahrinnen. Manche sind als Berufsköchinnen tatsächlich nachweisbar wie Crescentia Bohrer in Freiburg, Magdalena Trieb in Karlsruhe oder Margareta Spörlin in Mülhausen, die ab 1811 ihren Erfahrungsschatz im mehrfach wieder aufgelegten *Oberrheinischen Kochbuch* weitergab. Dieses und viele andere Kochbücher des 19. Jahrhunderts dienten der Vorbereitung bürgerlicher Mädchen auf ihre Hausfrauenrolle. Geboten wird ein breites Spektrum an Speisen von der feineren bis zu einfachen Küche. Das war zweckmäßig, denn im Gegensatz zu heute besaß die bürgerliche Hausfrau in der Regel nur ein einziges Kochbuch, das möglichst alle Bedürfnisse abdecken konnte und sollte.

Reichhaltigkeit, Vollständigkeit, Zuverlässigkeit, Prägnanz, Verständlichkeit, Deutlichkeit: das blieben im 19. Jahrhundert die Qualitätsmerkmale eines brauchbaren Kochbuchs. Eine übersichtliche Gliederung nach der Speisenfolge und ein brauchbares Register waren von Vorteil. Hinzu kam der von allen Autoren behauptete Vorzug sparsamer Wirtschaftsführung. Welche Kochbücher dabei

den größten Erfolg hatten, zeigt die Zahl der Neuauflagen. Eine noble Ausstattung, die sich im Kaufpreis niedergeschlagen hätte, gehörte ganz und gar nicht zu den verkaufsfördernden Kriterien. Das Kochbuch des 19. Jahrhunderts war vor allem: umfassend, unbebildert und preisgünstig.

Neue Speisen

In den 1880er und 1890er Jahren tauchen plötzlich neue Speisen auf. Die Eisenbahn und die Erfindung des Kunsteises machten den schnellen Transport fangfrischen Seefischs aus der Nordsee in ununterbrochener Kühlkette möglich. Schellfisch, Seezunge und Steinbutt wurden rezeptwürdig, auch Hummer und Langusten gelangten bis nach Baden. Letztere lösten als Delikatesse den Flusskrebs ab, der jahrhundertelang fester Bestandteil der badischen Küche gewesen war, aber nun aufgrund der zunehmenden Verunreinigung der Flüsse kaum noch zur Verfügung stand – ebenso wie die frühere Vielzahl von Süßwasserfischarten.

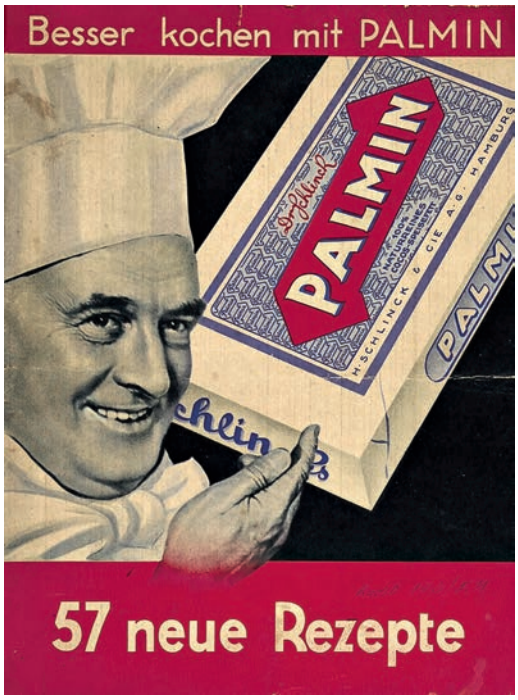
Die Kartoffel war bis Mitte des 19. Jahrhunderts zum Grundnahrungsmittel geworden und bekam nun zuweilen eigene Kochbuchkapitel. Kartoffelpuffer, -klöße, -püree wurden fester Bestandteil der badischen Küche. Auch für frittierte Kartoffeln gab es nun Rezepte und 1897 fand sich erstmals der Begriff »Pommes frites« in einem badischen Kochbuch.

Kurz vor der Jahrhundertwende wanderte als bis dahin in der bürgerlichen Küche unbekanntes Lebensmittel die Tomate aus Italien nach Baden ein. Ihr erwerbsmäßiger Anbau in Deutschland begann 1890. Sie wurde vor allem gedünstet als Beilage, für Soßen und Suppen verwendet. Heute ist die Tomate das meistverzehrte Gemüse in Deutschland und niemand kann sich vorstellen, dass sie vor hundert Jahren noch eine kulinarische Seltenheit war. Paprika, Zucchini, Auberginen ließen noch bis in die 1960er Jahre auf sich warten.

Haushaltsschulen in Baden

Eine Möglichkeit der beruflichen Qualifikation im Bereich der Haushalts- und Ernährungslehre waren die Haushaltsschulen, die ab Mitte des 19. Jahrhunderts auch in Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg und anderwärts entstanden. In der Regel beruhten sie auf der Initiative der örtlichen Frauenvereine. Zum Haushaltsunterricht gehörte auch die Kochlehre. Dafür wurden Kochbücher benötigt. Folglich gaben die Vorsteherinnen der Haushaltsschulen eigene Kochbücher heraus, die ihren Zöglingen später als Kompendium im Kochalltag nützlich sein konnten.

Lehrküche des Badischen Frauenvereins. Fotografie von Josef Mürnseer. Aus: Koch- und Haushaltungsschule des badischen Frauenvereins, Karlsruhe i. B., Herrenstraße 39, ca. 1910



Besser kochen mit Palmin, ca. 1930, Vorderseite

Besser kochen mit Palmin, Rückseite

Das langlebigste davon war das zuerst 1913 erschienene Kochbuch von Emma Wundt, der Vorsteherin der Haushaltsschule des Roten Kreuzes in Karlsruhe; es erlebte mehr als 30 Auflagen und wird bis heute weiter nachgedruckt. Der Kochschule des Luisen-Frauenvereins in Freiburg stand Emma Faißt vor, deren Kochbuch erstmals im Jahr 1900 erschien. In Heidelberg betrieb Marie Silbermann seit 1902 eine private Kochschule; sie kooperierte als Kochbuchautorin eng mit der Nahrungsmittelindustrie: Ihr *Kochbuch für den einfachen und gutbürgerlichen Haushalt mit Berücksichtigung der vegetarischen und Krankenkost* erschien von 1910 bis 1913 in mehreren Auflagen als *Palmin-Kochbuch*.

Neben diesen für Berufsfachschulen bestimmten Kochbüchern gab es auch Kochbücher für den Unterricht in allgemeinbildenden Schulen. Hier erwarb sich die Karlsruher Haushaltslehrerin Mathilde Specht einen guten Ruf. 1900 erschien ihr *Kochbuch für höhere Mädchenschulen*, anschließend ihr *Kochbüchlein für Volks- und Fortbildungsschulen*. Dessen Nutzung im Schulunterricht war durch Beschluss der Schulkommission vom 5. November 1900 für alle städtischen Volks- und Fortbildungsschulen in Karlsruhe obligatorisch.

Mannheimer Cocosbutter

Seit 1887 war die »Mannheimer Cocosbutter« ein badischer Verkaufsschlager. Die Firma Heinrich Schlinck & Cie. stellte sie unter der Markenbezeichnung Palmin her und bewarb sie höchst erfolgreich mit Koch- und Backrezepten.

Die Verfügbarkeit von Speisefett hielt im Verlauf des 19. Jahrhunderts nicht mit dem rasanten Bevölkerungswachstum mit. Butter und Schmalz wurden stetig teurer. So wur-

den mit Eifer Ersatzprodukte entwickelt; neben Palmin war das Margarine, die 1869 in Frankreich ihr erstes Patent erhalten hatte und seit 1871 auch in Deutschland hergestellt wurde. Den Rohstoff für Palmin lieferten die deutschen Kolonien in der Südsee. Aus dem trockenen Fleisch der Kokosnuss wurde Öl gepresst, das durch Neutralisation, Destillation und Sterilisation zu 100 % reinem Fett veredelt wurde. Das geschmacksneutrale Palmin war um die Hälfte billiger als Butter und monatelang haltbar.

Für ihr Marketing gewann die Firma Schlinck namhafte Kochbuchautorinnen wie die schon genannte Marie Silbermann oder Elise Hannemann, Leiterin der Kochschule am Berliner Lette-Verein. Sie traten per Kochbuch den Beweis an, dass Speisen, für die nach landläufiger Meinung ausschließlich Butter oder Schmalz zu verwenden war, preisgünstiger und besser verdaulich mit Palmin zubereitet werden konnten. Das *Palmin-Kochbuch* von Marie Silbermann konnte man gegen Einsendung von 100 Palmin-Sammelbildern oder gegen 70 Pfennig in bar bei der Firma Schlinck erwerben.

Erprobte Kochrezepte unter Verwendung nur solcher Zutaten, die im Haushalt meist vorhanden oder je nach Jahreszeit reichlich zu haben sind, ca. 1935

Das gewisse Tröpfchen Etwas

Im Jahr 1899 gründete die Schweizer Firma Maggi in Singen am Hohentwiel eine deutsche Niederlassung. Nachdem die badische Zolldirektion im Oktober 1898 den Eingangszoll für Maggi Suppenwürze auf das Dreifache erhöht hatte, errichtete Maggi am Standort Singen eine eigene Abfüllanlage. Die Singener Fabrik wurde in kürzester Zeit zum wichtigsten Produktionsstandort der Firma. Nicht nur die Suppenwürze wurde hier erzeugt, sondern auch deren Nachfolgeprodukte: die durch Trocknung der Würze entstehende gekörnte Brühe oder die mit weiteren Zusatzstoffen versetzten Suppen-, Soßen- und Brühwürfel.

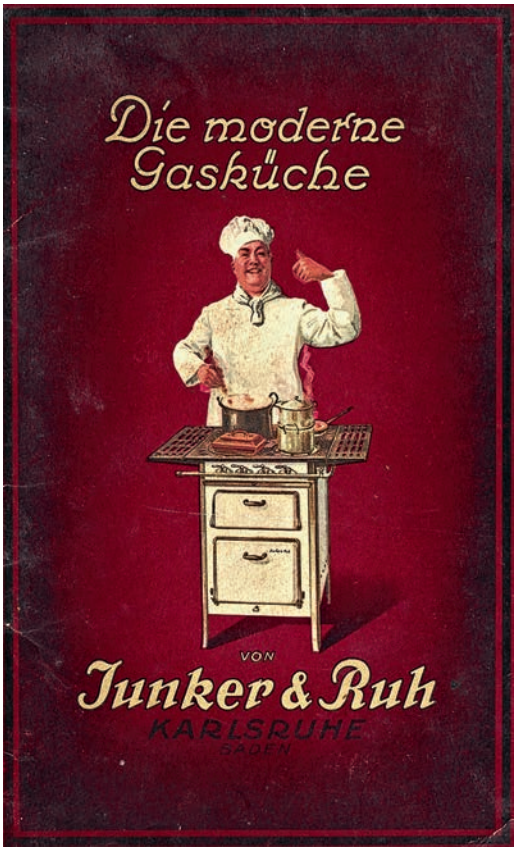
Als vorgefertigte und portionierte Konzentrate auf Gemüse- oder Fleischbasis hatten die Maggi-Würfel ein riesiges Marktpotential. Den Siegeszug dieser Fertigprodukte, die der Hausfrau eine Menge Arbeit ersparten, begleitete auch Maggi mit Werbekochbüchern und -broschüren. Denn selbstverständlich waren auch diese Produkte nicht nur schmackhaft, sondern zudem appetitanregend und verdauungsfördernd. Die in Halbleinen gebundenen *Erprobten Rezepte* erhielt die Interessentin kostenlos und portofrei gegen Einsendung einer Werbepostkarte.

Kein Rauch, kein Ruß, keine Asche!

Die Ablösung des traditionellen Kohleherdes durch den Gasherd, der weder angefeuert noch gereinigt werden musste, stets betriebsbereit war und mit einer simplen Schalterdrehung seine Dienste zur Verfügung stellte, war eine der wichtigsten technischen Innovationen der Gründerzeit mit fundamentalen Auswirkungen auf die Nahrungszubereitung. Der Gasherd entfaltete gezielt nur punktuell und nur dann Hitze, wenn eine Mahlzeit zuzubereiten war. Er war auch sparsam hinsichtlich seines Energieverbrauchs, denn die Wärmezufuhr ließ sich nach Bedarf genau regulieren und die Garzeiten waren kürzer. Mit der Verbreitung von Stadtgas begann sich der Gasherd ab 1880 in Deutschland durchzusetzen. Größere Verbreitung fand er erst in den 1920er Jahren, als Arbeitersiedlungen wie der Dammerstock in Karlsruhe bauseitig und alternativlos mit einem solchen Gerät ausgestattet wurden.

Die Firma Junker & Ruh in Karlsruhe produzierte seit 1893 Gasherde für den Einfamili-

Junker & Ruh Gaskoch-Apparate.
Aus: Lydia Fäsch-Kußmaul: Kochbuch für die Gasküche mit besonderer Berücksichtigung der Gaskoch-Apparate der Firma Junker & Ruh, 1901



Die moderne Gasküche.
Anleitung zum praktischen Gebrauch mit besonderer Berücksichtigung der Junker & Ruh-Gaskocher u. Gasherde, 1915

enhaushalt – und begleitete ihr Marketing mit dem Druck eigener Rezeptbroschüren. Schon 1901 erschien das *Kochbuch für die Gasküche*, das die Zubereitung von Fleisch und Teigwaren im Backofen genau beschrieb und den jeweiligen Gasverbrauch in Pfennigen detailliert berechnete. Es wurde über Jahrzehnte hinweg in aktualisierter Form neu aufgelegt.

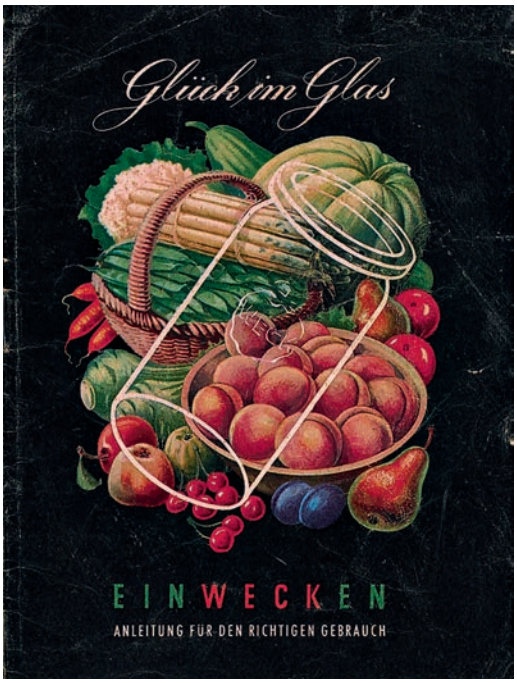
Magere Zeiten im Ersten Weltkrieg

»England will die deutschen Familien dem Hunger preisgeben; das, was auf dem Schlachtfelde nicht erreicht werden konnte, soll jetzt durch den Aushungerungsplan herbeigeführt werden: Deutschlands Vernichtung.« Mit diesem Paukenschlag der Propaganda wird das *Badische Kriegskochbüchlein* von Emma Wundt eingeleitet, ein 1915 vom Badischen Frauenverein veröffentlichtes Rezeptbuch. Schon im ersten Kriegsjahr hatte sich die Versorgungslage aufgrund der alliierten Blockade unerwartet dramatisch verschlechtert, darauf reagierte die Kochbuchliteratur. Das *Kriegskochbüchlein* empfahl die Speisezubereitung mit ausschließlich heimischen Nahrungsmitteln, die höchst sparsam verwendet werden sollten, und bot 96 Rezepte dazu an.

Im Lauf des Jahres 1916 wurden Kartoffeln, Zucker, Fleisch und Fett rationiert. Konsumbeschränkung reichte nicht mehr aus, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Nun wurden Lebensmittel »gestreckt« und »Ersatzspeisen« in den Speiseplan aufgenommen. Käthe Birkes *Die fleischlose Küche in der Kriegszeit nebst einfachen Fischgerichten* erschien mit 645 Rezepten 1917 im G. Braun Verlag in Karlsruhe und stellt vegetarische Fleischersatzspeisen aus den verschiedensten Cerealien, aus Kartoffeln oder Gemüse vor. Einige Seiten weiter gibt es Rezepte für Kriegskuchen: »Ohne Butter, ohne Mehl, ohne Milch. Auch Eier müssen sparsam benutzt werden. […] Für Mehl wird an erster Stelle unsere treue Helferin in der Kriegsküche, die Kartoffel verwendet […].«

Glück im Glas! Frischhalten durch Einmachkunst

In der Mangelernährung des Ersten Weltkriegs spielten die »Frischhaltungsapparate« der Firma Weck eine große Rolle, die jüngst erst die Lebensmittelkonservierung revolutioniert hatten. Dass sich Nahrungsmittel durch Erhitzen und Luftabschluss haltbar machen lassen, war schon lange bekannt. Nicolas Appert erprobte bereits 1804 erfolgreich die Hitzesterilisierung von Lebensmitteln. Seither wurde mit der Konservierung in Dosen und



Glück im Glas. Einwecken – Anleitung für den richtigen Gebrauch, ca. 1936

Weck – Koche auf Vorrat.
Anleitungen für das Einkochen, ca. 1935

Glasbehältern eifrig experimentiert. Industriellen Maßstab gewann das Verfahren allerdings erst im 20. Jahrhundert.

Das heute so genannte Einweck-Verfahren wurde 1892 patentiert. 1895 kaufte Johann Carl Weck das Patent und gründete im Jahr 1900 im südbadischen Öflingen die Firma »J. Weck u. Co.« Sie vertrieb Einkochgläser, Einkochringe, Einkochtöpfe und weiteres Zubehör der Marke Weck, z. B. Entsafter und Dampfkochgeräte. Mehr als zwanzig Hauswirtschafterinnen waren im Außenvertrieb unterwegs und führten das Verfahren potentiellen Kundinnen vor. Anzeigenwerbung spielte eine große Rolle. Der Erfolg war durchschlagend, in kürzester Zeit wurde Weck nicht nur Marktführer im Bereich der Konservierungsverfahren für Privathaushalte, sondern zugleich auch noch namengebend dafür.

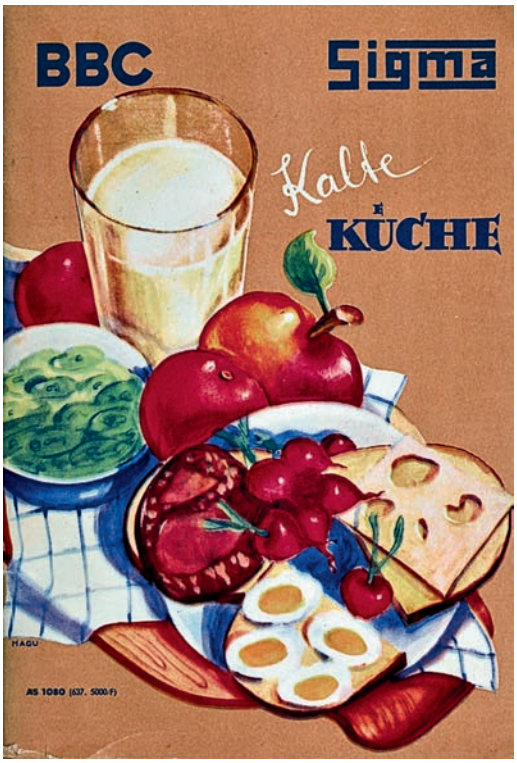
Das Handbuch *Koche auf Vorrat!* zur Obst-, Gemüse-, Fisch- und Fleischkonservierung erschien von 1905 bis in die 1930er Jahre in mehreren Auflagen. Es gibt für alle Arten von Speisen an, wie sie vorbereitet und wie lange sie anschließend im Weckglas sterilisiert werden müssen. Das Einwecken blieb bis zur Erfindung der Tiefkühltruhe in den 1960er Jahren eine unverzichtbare Praxis der Haltbarmachung von Lebensmitteln.

Elektrifizierung des Haushalts. Der Kühlschrank

In den 1930er Jahren zog die Elektrizität in die badische Küche ein. Junker & Ruh produzierte ab 1930 auch Elektroherde. Aber die wichtigste technische Innovation der Vorkriegszeit war der elektrische Kühlschrank. Ab 1932 stellte die Firma Brown, Boveri & Cie. AG in Mannheim Haushaltskühlschränke her.

Mit dem Einsatz von Fluorchlorkohlenwasserstoffen als Kältemittel war ab 1910 die Nutzung von Kompressorkühlschränken in Privathaushalten möglich geworden. Doch längst nicht jeder konnte oder wollte einen solchen Kühlschrank haben, der nicht nur ein in der Anschaffung und im Unterhalt sehr teures Gerät war, sondern auch die Verfügbarkeit eines häuslichen Stromanschlusses voraussetzte. Bis 1935 wurden in Deutschland weniger als 30 000 elektrische Kühlschränke produziert und verkauft, zumeist für den gewerblichen Bereich in Lebensmittelhandel und Gastronomie; bis zum Zweiten Weltkrieg besaß nicht einmal ein Prozent der Privathaushalte ein solches Haushaltsgroßgerät. Noch 1960 verfügte nur die Hälfte aller deutschen Haushalte über einen elektrischen Kühlschrank.

Lebe gesund durch Elektrokühlung im BBC-Sigma-Kühlschrank, ca. 1939



Kalte Küche. Kühle Speisen und Getränke im elektrisch-vollautomatischen Sigma-Kühlschrank, ca. 1937 (Alle Abbildungen: Badische Landesbibliothek Karlsruhe)

Werbung tat not. Auch BBC Mannheim gab zur Eigenwerbung Kochbücher heraus – die schon Ende der 1930er Jahre erschienene Rezeptbroschüre *Kalte Küche. Kühle Speisen und Getränke im elektrisch-vollautomatischen Sigma-Kühlschrank* erklärt, was man damit tun kann. Vor allem aber empfiehlt sie kalte Speisen und Getränke für die moderne Gastgeberin: »Das Leben wird auch froher mit dem Sigma-Kühlschrank, denn Eiswürfel für Erfrischungsgetränke, Gefrorenes, gut gekühlte Getränke zum Feierabend, wunderbar kühle Salate und Sülzen zum Abendbrot, alles dies gehört zu den großen Annehmlichkeiten, die der elektrische Sigma-Kühlschrank bietet. Guter Appetit und frohe Gesichter bei Tisch sind schönster Lohn und Dank der Hausfrau.«

Die Ausstellung

Mit der Freischaltung sämtlicher Digitalisate im Juni 2016 eröffnet die Badische Landesbibliothek zugleich eine Ausstellung der originalen badischen Kochbücher in ihrem Ausstellungsraum. Die Ausstellung ist die allererste zu diesem Thema, das auch regionalhistorisch bisher nicht aufbereitet worden ist. Eine Ausstellung kann nur Einzelseiten der Originale zeigen. Im digitalen Ausstellungskatalog unter www.blb-karlsruhe.de/kochbuchausstellung werden alle Exponate mit ihrer Objektbeschreibung und ihrem vollständigen digitalisierten Inhalt präsentiert.

Laufzeit der Ausstellung:
1. Juli bis 15. Oktober 2016
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 9–19 Uhr, Sa 10–18 Uhr
Adresse der digitalen Kochbuchsammlung:
http://digital.blb-karlsruhe.de
Adresse der Kochbuchausstellung:
www.blb-karlsruhe.de/kochbuchausstellung

Rezeptauswahl

Neues lehrreiches und vollständiges Magazin, vor junges Frauenzimmer, die ganze Koch-Kunst und Zuckerbeckerei samt allem, was damit verknüpft ist, vollkommen zu erlernen. *Nach Art derer Magazins der Madame le Prince de Beaumont in Fragen und Antworten eingekleidet. Karlsruhe: Macklot, 1769–1770, Erstausgabe:*

Wie wird eine Käse-Suppe auf welsche Art bereitet?

Man bähe [röste] Weißbrod, lege es in eine Schüssel, schütte eine siedende gute Hennen- oder Fleischbrühe darüber, streue geriebenen Parmesankäse darauf, oder, wenn man will, lege man das gebähete Brod in eine Tortenpfanne oder Pastetentiegel, giesse die Brühe daran, lasse es in einem Backöfelein einprägeln, und gebe es auf den Tisch (S. 178).

Wie macht man einen Krebs-Euter?

Es werden 10 oder 12 schöne grosse ungesottene Krebse genommen, also roh mit einem Schoppen süssen Rahm zerstossen, alsdann zwingt man die Krebse durch einen Seiher, und läßt es hernach noch einmal durch ein Tüchlein laufen, zerklopft 4 Eyer wohl, schüttet sie in eine Pfanne, und das durchgeseihete von den Krebsen auch darzu, würzt es nach belieben, und läßt dieses so lang sieden, bis es wie ein Eyerkäß oder Eyermilch zusammen geht, giebt es dann in einen Seiher, läßt solches ein wenig trocknen, und schneidet Stücklein daraus, kehrt sie im Mehl um, backt selbige aus dem Schmalz, und trägt sie also zu Tische (S. 291).

Wie macht man ein Schnepfen-Ragout?

Man schneidet die Schnepfen, wenn sie recht gereiniget und in halb Wein und halb Fleischbrühe gedämpft sind, in zwey Theile, röstet hierauf ein wenig Mahl in Butter braun, legt die zerschnittene Schnepfen in eine Hafen, rührt die gehackte Leber und was sonst zum Schnepfenschweiß gebraucht wird, unter das geröstete Mehl, und richtet es über die Schnepfen an, gießt alsdann den Wein und Fleischbrühe, worinnen sie zuerst gesotten worden, wieder darüber, und wo es zu wenig seyn sollte, noch etwas hinzu, würzt es mit Muscatenblüth, Pfeffer, Gewürznägelein [Nelken] und Salz, thut einige Champignons dazu, und läßt es alles zusammen aufsieden, so ist es gut (S. 473 f.).

Wie kann man aus einem Capaun einen Fasanen machen?

Man siede Wacholderbeere in starkem Eßig, lasse es abkühlen, giesse es alsdann einem lebendigen Capaun [Masthahn] ein, und schüttele ihn so lange, bis er todt ist; hierauf binde man den Hals zu, und hängt ihn über Nacht auf. Hernach rupft man ihn trocken, thut das Eingeweide heraus, wäscht ihn mit einem saubern Tuch, und beitzt

ihn im siedenden Eßig, mit Pfeffer, Nägelein [Nelken] und Wacholderbeeren, giesse die Beitze etliche mal darüber, spicke ihn mit Speck und Nägelein, stecke ihn an Spieß, uns spreise ihn wie einen Fasanen. Wenn er ein wenig trocken ist, so begießt man ihn mit seiner eigenen Brühe (S. 534).

Wie werden die Eyer im Netze zugerichtet?

Man nimmt rohen Schinken, Kälbermilch, fette Lebern, Trüffeln, Champignons, schneidet alles würflich, thut es in eine Casserole mit ein wenig ausgeschmolzenem Speck, und gießt hierauf etwas Jus daran, läßt es eine halbe Stunde gemächlich kochen, macht es sodenn mit einem Kalbfleisch- und Schinkencoulis [Extrakt] dicklich, sieht zu, daß das Ragout einen guten Geschmack habe, und läßt es kalt werden; alsdann das Gelbe von 10 frischen Eyern genommen, das Weisse aber besonders davon behalten, so weiß als Schnee geklopft, das Gelbe aber in ein wenig Milchrahm zerlassen, selbiges damit durch ein Haarsieb geschlagen, zu dem Ragout gethan, auch das geklopfte Weisse von Eyern damit vermengt und wohl durch einander gerührt, hernach der Boden einer Casserole mit einem Netze belegt, auf selbiges aber das Ragout gegeben, die Seiten und Enden des Netzes darüber zusammen geschlagen, und läßt es also im Ofen gar werden; wenn es nun gar ist, wird es in eine Schüssel gestürzt, daß das Unterste oben komme, und warm angerichtet. Ein andermal kann man, anstatt daß es trocken angerichtet wird, Schinken-Essenz darüber schütten, oder auch ein würflich geschnittenes Ragout, oder mit dem Ragout von grünen Trüffeln anrichten (S. 639 f.)

Friederike Luise Löffler: Neues Kochbuch oder geprüfte Anweisung zur schmackhaften Zubereitung der Speisen, des Bakwerks, der Confecturen, des Gefrornen und Eingemachten. *Bd. 1. Stuttgart: Betulius [Steinkopf], 1791. Ökonomisches Handbuch für Frauenzimmer 1, Erstausgabe:*

Laub-Frösche

Man legt breite Spinat-Blätter zusammen in eine Gleichheit, daß die Stiele beysammen sind, thut solche in eine Schüssel, eine Hand voll Salz darüber, brüht sie mit kochendem Wasser ab, und dekt sie zu. Alsdann wird ein Stücklein übergelassener Braten, ein Zwiebel und ein wenig Petersilien gehakt, nach dem Hacken in einen Mörsel genommen, und fein gestossen, hierauf drukt man ein zuvor in Wasser eingeweichtes Weisbrod oder Kreutzerweck fest aus, rührt das gestossene Fleisch nebst dem Weck mit 4 bis 5 Eyern an, thut Salz, Muscaten darein, nimmt die Blätter aus dem Wasser, flößt sie mit kaltem Wasser ab, drukt sie ein wenig durch die flache Hand, legt die Blätter auseinander, schneidet die Stiele ab, macht kleine Würstlein, bestreicht eine Castrol oder Kachel mit Butter, legt die Würstlein dicht zusammen, gießt ein paar Löffel voll Fleischbrühe darüber, und sezt sie auf Kohlen. Vor dem Anrichten röstet man einen kleinen Kochlöffel voll Mehl lichtgelb im Butter, thut ihn in die Sauce der

Laubfrösche, und ein wenig Muscaten darein. Sie werden mehrentheils ohne Beylage gegeben. Wann das Mehl daran ist, wird das Geschirr nur zuweilen geschüttelt, aber nicht darinn gerührt (S. 76 f.).

Zu Schinken-Nudeln

Verrührt man ein ganzes und ein gelbes Ey, einen Eßlöffel voll sauren Raum [Rahm], 2 Loth [30 Gramm] Butter, nebst ein wenig Salz in einer Schüssel, nimmt fein Mehl dazu, macht einen Nudeltaig davon, wällt ganz dünne kleine Kuchen aus, schneidet sie zu viereckigten kleinen Stücken oder Blättlein so groß und so lang wie ein Glaich [Fingerglied], und läßt solche trocken werden. Dann wird ein Vierling [Viertelpfund] Schinken, wovon aber der Speck rein weg seyn muß, klein gehakt, mit 4 Eyern angerührt, ein fein geschnittener Zwiebel im Butter gedämpft, und wann er weich ist, auch an den Schinken nebst einer halben Maas [1 Liter] guten sauren Raum gerührt. Hierauf bestreicht man ein Potage-Blech mit Butter, mengt eine Viertelstunde vor dem Anrichten die geschnittene Blättlein mit einer Gabel langsam unter den Schinken, füllt sie in das Blech ein, und läßt sie gemach aufziehen (S. 139 f.).

Fischotter zuzurichten

Er ist auf keine andere Art besser, als wenn er gebraten wird. Hat man Zeit, ihn über Nacht mit Salz, Nägelein [Nelken] und Pfeffer einzureiben, und Essig nebst Zitronen und Lorbeerlaub darüber zu thun, so ist es gut, im Gegentheil aber wird er ebenfalls wohl eingerieben, mit einem Butter Pappier umbunden, und langsam gebraten. In die Brat-Pfanne mus kommen: Rosmarin, ein paar Lorbeerblätter, Zitronen-Rädlein, ganze Nägelein, ein ganzer Zwiebel, ein wenig Butter, Essig und etwas Fleischbrühe, womit man den Fischotter so fleißig als möglich begießt. Der Kopf mus abgeschnitten werden, weil er häßlich aussieht. Wann er nun gebraten ist, wird eine Handvoll Brod-Brosamen mit ein wenig Mehl vermischt, in einem Stüklein Butter braun geröstet, ein klein geschnittener Zwiebel darinn abgedämpft, die Sauce aus der Brat-Pfanne durch einen Schaumlöffel an das Brod gegossen, und noch ein wenig auf Kohlen aufgekocht. Würde die Sauce zu dik, so schüttet man noch ein wenig Fleisch- oder Erbsenbrühe daran, wäre sie aber nicht recent genug, so wird ihr mit Zitronensaft geholffen. Wann der Fischotter angerichtet ist, wird die Sauce besonders dazu aufgesezt, und auch Senft dazu gegeben (S. 249 f.).

Anschrift der Autorin:
Dr. Julia Freifrau Hiller von Gaertringen
Badische Landesbibliothek
Erbprinzenstraße 15
76133 Karlsruhe
direktion@blb-karlsruhe.de

Digital stöbern

Karlsruher Zeitungen als Geschichtsquelle

Ludger Syré

Es ist nicht das einzige, aber das vielleicht nachhaltigste Geschenk gewesen, das die Badische Landesbibliothek der Stadt Karlsruhe zu ihrem 300. Geburtstag gemacht hat: weit mehr als 900 000 Karlsruher Zeitungsseiten wurden im August 2015 frei ins Netz gestellt; weitere 50 000 Seiten folgen im Jahr 2016. Sie bieten seitdem jeder Bürgerin und jedem Bürger der Stadt, aber natürlich auch allen Interessenten weltweit, eine attraktive Fundgrube für Nachrichten über lokale und regionale, nationale und internationale Ereignisse, die einstmals eine Zeitungsmeldung für Wert befunden worden waren. Dies wird im Artikel an drei Beispielen illustriert.

Zeitungen als historische Quelle

»Sekundenzeiger der Geschichte« nannte sie der Philosoph Arthur Schopenhauer. Zeitungen sind in der Tat so eng mit der Historie verknüpft wie kein anderes analoges Medium. Genau darin liegt der große Reiz dieser Gattung. In Zeitungen finden sich nämlich vergangene Zeiten konserviert; längst Vergessenes kann frisch entdeckt werden. Zeitungen dürfen daher als eine hervorragende Ausgangsbasis für viele verschiedene Fragestellungen gelten. Nicht nur Historiker und Politologen, Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaftler, sondern Forscher unterschiedlicher Fachrichtungen ziehen Zeitungen als Quelle heran. Der gegenwärtige Trend in Richtung Digitale Geisteswissenschaften (digital humanities) lenkt ebenfalls den Blick auf die Presse, denn gerade Zeitungen eignen sich für quantitative Methoden und Auswertungen als Quellenbasis.

Nicht allein für die Forschung, auch für die Lehre und das Hochschulstudium sind Zeitungen ein nützliches Instrument. Als gedruckte, trotz der alten Lettern von den meisten Studierenden lesbare Materialien eignen sie sich als Quellengrundlage für studentische Prüfungs- und Hausarbeiten. Wie beliebt Themen sind, die ein bestimmtes Phänomen oder Ereignis »im Spiegel der Presse«

Nro. 2. Pag. 7.
Carlsruher Zeitung.
Mittwochs den 5 January.
1 7 8 5.
Mit Hochfürstl. Markgräflich-Badischem gnädigstem Privilegio.

Titelvignette: Karlsruher Zeitung 1785

Karlsruher Tagblatt.

Nr. 2. Montag den 2. Januar 1843.

Titelvignette: Karlsruher Tagblatt 1843

verfolgen oder die einen diskursanalytischen Ansatz wählen, dokumentiert der Katalog der Badischen Landesbibliothek. Dort begegnen uns seit Jahrzehnten Titel wie beispielsweise »Die elsass-lothringische Verfassungsreform im Spiegel der badischen Presse« (1941), »Die beginnende Photographie im Spiegel von Tageszeitungen und Tagebüchern« (1943), »Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße im Spiegel der polnischen Presse« (1958), »Spätmittelalter am Oberrhein im Spiegel der Presse« (2002).

Natürlich sind die erhaltenen Zeitungen auch eine unumgängliche Quelle für die jeweils eigene Geschichte. Durch die Digitalisierung ist es nun leichter und bequemer geworden, eine historische Gesamtdarstellung des Karlsruher Pressewesens zu schreiben oder zumindest die Entwicklungslinien einzelner Blätter zu erkunden; beide Ansätze stellen noch immer Desiderate der Forschung dar. Hier wartet ein reiches Betätigungsfeld für Studierende der Geschichte oder der Medienwissenschaft, die ein Thema für ihre Seminar- oder Abschlussarbeit suchen.

Natürlich stoßen Zeitungen auch auf das lebhafte Interesse des breiten Publikums. In alten Zeitungen zu stöbern ist unterhaltsam und lehrreich gleichermaßen. Anlässlich runder Geburtstage wurde das schon immer gerne getan; dank der Digitalisierung kann nun der Weg in die Bibliothek entfallen, wenn die Zeitungsausgabe eines ganz bestimmten Tages gesucht wird. Über die genannten hinaus gibt es sicherlich viele weitere Motive, in und nach historischen Zeitungsausgaben zu suchen.

Auf der anderen Seite war der Zugang zu älteren und jüngeren Zeitungen bislang eher umständlich und kompliziert. Das Problem fängt schon mit der lückenhaften Überlieferung an. Aber auch die Nutzung der Papierausgaben ist mühsam, sofern sie wegen der Brüchigkeit des schlechten Papiers überhaupt möglich und gestattet ist. Die Badische Landesbibliothek hat daher, wie die meisten anderen Bibliotheken, schon vor Jahrzehnten ihre alten Zeitungen verfilmen lassen und ihren Nutzern im Bedarfsfall nur noch den Mikrofilm zur Verfügung gestellt; bei aktuellen Zeitungen werden sogar nur noch die Filme archiviert. Wie unpraktisch die Handhabung von Filmen an Lesegeräten und Readerprintern ist, wie unbefriedigend die Qualität von Reproduktionen ausfällt und wie mühevoll und zeitaufwendig die Suche nach einem bestimmten Artikel oder einem speziellen Ereignis ist, braucht kaum betont zu werden.

Die Digitalisierung regionaler Zeitungen

Als die Badische Landesbibliothek Ende 2013 finanzielle Zuwendungen aus dem Ausbauprogramm »Hochschule 2012« erhielt, das sich die »Verbesserung der Lehrausstattung an den Hochschulbibliotheken des Landes Baden-Württemberg« zum Ziel gesetzt hatte, profitierte davon auch der Bereich der Digitalisierung. Der Blick fiel hier sofort auf die Zeitungen, da sie, wie soeben erläutert, besonders wirksam in der Lehre und im Studium verwendet werden können.

Zudem fügt sich die Digitalisierung von historischen Tageszeitungen harmonisch in die gesamte Digitalisierungsstrategie der Bibliothek ein. Neben mittelalterlichen Handschriften und neben Musikalien bilden nämlich badische Schriften aller Art, die für die lokale und regionale Forschung interessant sind, die dritte Säule des Digitalisierungskonzepts. Die BLB sieht eine ihrer Aufgabe darin, die landesgeschichtlich und landeskundlich bedeutsamen Geschichtsquellen und die wichtigste ältere Forschungsliteratur ihren Benutzern elektronisch zur Verfügung zu stellen, soweit sich das unter Beachtung des Urheberrechts realisieren lässt. Gerade vielbändige serielle Quellenwerke sind für die elektronische Nutzung prädestiniert, weil sie meist nur punktuell zu Recherchezwecken herangezogen werden müssen.

Von den bereits umgesetzten Projekten seien hier nur wenige exemplarisch genannt, wie etwa das Karlsruher Adressbuch (1818–1970),[1] die Protokolle der Badischen Ständeversammlung bzw. des Badischen Landtags (1819–1933),[2] das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt (1803–1952), das Hof- und Staatshandbuch (für das Großherzogtum) Baden (1768–1927), darüber hinaus die vermischten Schriften zur Geschichte Badens im Ersten Weltkrieg und zur Geschichte der Stadt Karlsruhe. Die badischen Zeitungen ergänzen das bisher digitalisierte Schrifttum um eine weitere Mediengattung.

Allerdings stellen Zeitungen auch eine gewisse Herausforderung dar: Zum einen handelt es sich um ein Massenprodukt, das arbeitsökonomisch von einer kleinen Digitalisierungswerkstatt wie derjenigen der BLB nur schwer zu bewältigen ist. Das Einscannen der Vorlagen wurde daher an Dienstleistungsfirmen vergeben. Die Weiterverarbeitung der Scans nach dem Import in das lokale Digitalisierungssystem erfolgte anschließend durch das Digitalisierungsteam. Aus den Projektmitteln wurden mehrere studentische Hilfskräfte bezahlt, deren Aufgabe darin bestand, alle Zeitungsseiten zu strukturieren. Obwohl das Papier der alten Zeitungen teilweise schon sehr brüchig ist und bei jeder Berührung weiter zerfällt, wurden nicht die vorhandenen Mikrofilme, sondern die Papieroriginale als Scanvorlagen verwendet: erstens gelten die Filme als unzuverlässig im Hinblick auf ihre Vollständigkeit und sind zudem teilweise bereits ausgebleicht; zweitens ist eine Volltexterkennung geplant, und dafür sollte die Vorlage möglichst kontrastreich sein.

Zum anderen weisen Zeitungen eine Reihe von Merkmalen auf, die bei anderen Materialarten nicht begegnen. Dazu gehört beispielsweise die Erscheinungsfrequenz. Die Zahl der Wochentage, an denen eine Zeitung gedruckt wurde, erhöhte sich während ihres Erscheinungsverlaufs kontinuierlich: Erschien ein Blatt anfangs vielleicht nur ein- oder zweimal pro Woche, konnte es später an bis zu sieben Tagen herauskommen. Damit nicht genug, gab es oft mehrere Ausgaben an einem Tag, z. B. eine Morgen- und eine Abendausgabe. Dazu kamen möglicherweise Regionalausgaben und

Erscheint täglich 2 Mal. Abendzeitung. Verbreitetste Zeitung Badens.

Abonnement: Im Verlage abgeholt: 50 Pfg. monatlich. Frei ins Haus geliefert vierteljährlich: M. 1.80. Mandvorrätig durch die Post bezogen ohne Zustellgebühr: M. 1.50. Frei ins Haus M. 2.—.

Inserate: Die Petitzeile 20 Pfg. (Lokal-Inserate billiger) die Reklamezeile 40 Pf.

Einzelne Nummern 5 Pf. Doppelnummern 10 Pf.

Gegenwärtige Auflage 17850 an 9100 Abonnenten in Karlsruhe.

Badische Presse.

General-Anzeiger der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe und Umgebung.

Gratis-Beilagen: Wöchentlich 2 Nrn. „Karlsruher Unterhaltungsblatt", monatlich 2 Nrn. „Courier", Anzeiger für Landwirthschaft, Garten-, Obst- und Weinbau, monatlich mehrere „Verloosungslisten", jährlich 1 „Verloosungskalender" mit Restantenliste, 1 Wandkalender, 1 Sommer- und 1 Winter-Fahrplanbuch, sowie viele sonstige Beilagen.

Täglich 12 bis 32 Seiten. Weitaus größte Abonnentenzahl aller in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Expedition: Zirkel und Lammstraße Ecke nächst der Kaiserstraße.

Rotationsdruck.

Eigenthum und Verlag von F. Thiergarten.

Verantwortlich für den politischen, unterhaltenden und lokalen Theil Albert Herzog, für den Inseraten-Theil A. Rinderspacher, sämmtlich in Karlsruhe.

Brief- u. Telegramm-Adresse: „Badische Presse", Karlsruhe.

Am 24. März 1896 Auflage 16750 notariell beglaubigt.

Nr. 11. Post-Zeitungsliste 793. Karlsruhe, Donnerstag den 14. Januar 1897. Telephon-Nr. 86. 13. Jahrgang.

Titelvignette: Badische Presse 1897

insbesondere Sonderausgaben und Extrablätter aufgrund ganz aktueller Meldungen.

Auch Titeländerungen sind bei Periodika nicht selten. Die Datums- und Nummernangaben auf den Titelblättern sind zudem oft nicht stimmig; im Zeitalter des Bleisatzes blieben manchmal die Zahlen vom Vortag stehen. Auch werfen die Zeitungsbeilagen bibliothekarische Probleme auf: Einige besaßen einen eigenen Titel, erschienen regelmäßig und sind daher auch als eigenständige Werke zu katalogisieren; andere waren Extraausgaben, deren Erscheinen unregelmäßig oder gar rein zufällig war. Gleichwohl dürfen Beilagen bei einem Digitalisierungsprojekt nicht ignoriert werden, denn auch nach ihnen und ihren Inhalten muss recherchiert werden können.

Die digitalisierten Karlsruher Zeitungen

Wir haben uns heute daran gewöhnt, dass es in Karlsruhe mit den »Badischen Neuesten Nachrichten« nur eine einzige Tageszeitung gibt. Das war freilich nicht immer so, im Gegenteil. In Karlsruhe hatte sich vom 18. Jahrhundert an ein sehr breites Pressewesen entwickelt, das erst nach dem Zweiten Weltkrieg in eine monopolartige Situation mündete. Werfen wir daher einen Blick auf die Karlsruher Presselandschaft und dabei insbesondere auf diejenigen Zeitungen, die nun in elektronischer Form benutzbar sind.[3]

Rund vier Jahrzehnte nach Gründung der Stadt erschien auch in Karlsruhe eine Tageszeitung. Die Initiative dazu ging von Karlsruhes ältestem Buchhändler, Michael Macklot, aus, der nach einer Probenummer vom Dezember 1756 ab Jahresbeginn 1757 regelmäßig ein Wochenblatt druckte. Die Titelfassung »Carlsruher Wochenblatt oder Nachricht vom Behuf der Polizey, des Haushaltungs- und Handelswesens, wie auch der Gelehrsamkeit« deutete an, dass es sich dabei nicht um ein politisches Nachrichtenorgan von Bürgern für Bürger handelte, sondern um ein obrigkeitliches Verkündigungsblatt. Noch Ende des gleichen Jahres gründete Macklot ein weiteres Blatt, die »Karlsruher Zeitung«, die politische Nachrichten und andere Berichte enthielt und wöchentlich zweimal erschien.[4] Über dieses Blatt urteilte der Karlsruher Stadthistoriker Friedrich von Weech abwertend, dass es sich »durch die denkbar farbloseste Zusammenstellung der Tagesneuigkeiten mit auffallen-

Badische
Landes- Zeitung.
Nr. 161. Karlsruhe, Mittwoch, den 13. Juli 1870.

Titelvignette: Badische Landeszeitung 1870

der Vernachlässigung der Vorgänge in dem badischen Lande« auszeichnete.[5]

Nach Zusammenlegung der beiden Markgrafschaften Baden-Baden und Baden-Durlach 1771 konnte Macklot seine Tätigkeit auf den baden-badischen Landesteil ausdehnen, doch nach dem Aufstieg Badens zum deutlich vergrößerten Großherzogtum regelte die Regierung den Zeitungsmarkt neu. Um auch den seit 1797 ebenfalls privilegierten Buchhändler und Drucker Christian Friedrich Müller zu berücksichtigen, wurde der Markt aufgeteilt: C. F. Müller übernahm 1803 den Verlag der Provinz- bzw. Intelligenzblätter, aus denen später das »Karlsruher Tagblatt« hervorging, die damals aber noch »Karlsruher Intelligenz- und Tagblatt« hießen und dann häufig den Namen wechselten; sie waren 1775 erstmals unter dem Titel »Allgemeines Intelligenz- und Wochenblatt für sämtliche hochfürstlich badische Lande« erschienen. Macklot behielt die »Karlsruher Zeitung«, die als einzige in der Napoleonzeit weiter gedruckt werden durfte. Ihr regierungsnaher, amtlicher Charakter kam in der vorübergehenden Namensänderung in »Großherzoglich Badische Staatszeitung« (1811–1816) sichtbar zum Ausdruck. Das »Tagblatt« blieb bis 1908 mehr oder weniger ein Anzeigenblatt; erst dann wurde es zu einer richtigen Tageszeitung mit Lokalnachrichten, »zu deren Aufnahme die ›Staatszeitung‹ sich unstreitig zu vornehm dünkte.«[6] Es blieb, um ein weiteres Mal von Weechs Meinung einzuholen, »der unentbehrliche Wegweiser und Ratgeber der Karlsruher Bevölkerung aller Stände.«[7]

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sollen viele weitere Zeitungen erschienen sein, aber stets nur für eine kurze Zeitspanne. Eine Ausnahme ist die ab 1850 gedruckte »Karlsruher Landeszeitung«, deren Vorläufer 1849/50 den Titel »Die Biene. Wochenblatt zur Unterhaltung« trug und von Macklot verlegt wurde. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte dann eine Welle von Zeitungsneugründungen ein, die zu einer veränderten, politisch differenzierten Presselandschaft führte. Unter diesen war insbesondere der 1858 in Reaktion auf den Kulturkampf gegründete »Karlsruher Anzeiger«, der sich am 1. Juni 1863 in »Badischer Beobachter« umbenannte. Das Blatt mit rund 3000 Abonnenten, das Friedrich von Weech zufolge »eben so energisch die Ansprüche der katholischen Kirche vertrat, wie die Landeszeitung sie bekämpfte«[8], wurde einige Jahre später zum offiziellen Publikationsorgan der Katholischen Volkspartei, der Vorläuferin des Zentrums. Die »Landeszeitung« verkörperte gemäß Weech »einen gemäßigten, dem Standpunkt der bürgerlichen Kreise entsprechenden Liberalismus«[9], entwickelte sich später aber merklich nach rechts.

Badischer Beobachter.
Mit dem Karlsruher Anzeiger.
№ 127. Erscheint täglich (Montags ausgen.) Preis 1 fl., mit den bad. Postgebühren 1 fl. 45 kr. vierteljährig.
Dienstag, 2. Juni
Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 2 Kreuzer.
1863.

Titelvignette: Badischer Beobachter 1863

Bis ins Jahr 1885 reichen die Vorläufer der »Badischen Presse« zurück, die unter diesem Namen seit 1888 regelmäßig erschien und ein »gemäßigt liberales«, aber parteiloses Blatt war, das anfangs einen »mehr lokalen Charakter« hatte, sich dann aber zu einem »in erster Linie politischen Blatt« ausbildete.[10] Ihr Verleger Ferdinand Thiergarten machte aus ihr die auflagenstärkste Zeitung Badens, die auch in Karlsruhe die höchste Zahl an Abonnenten aufwies. Nach dem Ersten Weltkrieg übernahm sie das Konkurrenzblatt »Badische Landeszeitung«, das sie im Kopf jedoch weiterhin erwähnte, und sie erweiterte sodann ihren Namen zu »Badische Presse und Handelszeitung«. Als einzige Karlsruher Zeitung erschien sie meist zweimal täglich, zeitweise mittags und abends, zeitweise morgens und abends, und seit 1894 druckte sie bis zu zwölf Ausgaben pro Woche.

Gegen Ende des Jahrhunderts gründeten auch die Sozialdemokraten ihre eigenen Presseorgane. Von Offenburg nach Karlsruhe verlegt wurde 1899 die Redaktion des »Volksfreunds«, der seine Auflage bis 1930 auf über 22 000 Exemplare steigern konnte, obwohl er nur die »Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens« war. Der Vollständigkeit halber erwähnt seien noch folgende Zeitungen: die »Karlsruher Nachrichten«, die 1894 nach 25-jährigem Bestehen eingingen, obwohl sie sich »als Spezialorgan für Lokalnachrichten« großer Beliebtheit erfreuten; das als »Konzert- und Theaterzeitung« ins Leben gerufene »Karlsruher Fremdenblatt«, das 1918 zum »Residenz-Anzeiger« wurde; und das 1924 gegründete »Karlsruher Volksblatt«, das zwei Jahre später als »Badische Zeitung« firmierte und sich mit seiner deutschnationalen Ausrichtung an »rechtsstehende Männer und Frauen« wandte.

Das von den Nationalsozialisten seit Anfang November 1927 als Wochenzeitung, ab Januar 1931 als Tageszeitung herausgegebene Parteiorgan »Der Führer« rundete während der Weimarer Republik das pluralistische Pressespektrum ab; das laut Untertitel »badische Kampfblatt für nationalsozialistische Politik und deutsche Kultur« fühlte sich anfangs für das ganze Land zuständig, konzentrierte sich ab 1931 aber schwerpunktmäßig auf Mittelbaden; in Nordbaden (Mannheim, Heidelberg) und in Südbaden (Freiburg) erschienen eigene NS-Zeitungen oder Kopfblätter des »Führer« (Bodensee).

In der Zeit des Dritten Reiches veränderte sich die Karlsruher Zeitungslandschaft. Während die »Badische Landeszeitung« schon 1918 ihr Erscheinen eingestellt hatte bzw. in der »Badischen Presse« aufgegangen war, blieb ihre Beilage, das »Belletristische Unterhaltungsblatt«, noch bis 1933 bestehen.[11] Da

Ausgabe A
Landesausgabe

Zwei Hauptausgaben:
Zweimalige Ausgabe: Bezugspreis Rk 2.20 zuzüglich 30 Pfg. Trägergeld. Postbezug ausgeschlossen. Erscheint 2mal wöchentlich als Morgen- und Abendausgabe.
Landesausgabe einmalige Ausgabe: Bezugspreis monatlich Rk 1.70 zuzügl. Postzustellgebühr oder Trägergeld. Erscheint 6mal wöchentl. als Morgenzeitg. Abbestellung bis spät. 20. l. d. folg. Monat erfolg.

Drei Bezirksausgaben:
„Aus Karlsruhe": für den Stadtbezirk der Landeshauptstadt sowie Amtsbez. Karlsruhe, Ettlingen, Pforzheim, Bretten, Bruchsal, sowie Unterbezirk Gippingen. „Merkur-Rundschau": für die Amtsbezirke Rastatt-Baden-Baden und Bühl. „Aus der Ortenau": für die Amtsbezirke Offenburg, Kehl, Lahr, Oberkirch und Wolfach.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt, bei Störungen, Streiks oder dergl. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. Berichtigung oder Widerrufe unserer als „Eigene Berichte" oder „Sonderberichte" gekennzeichneten Nachrichten ist nur bei genauer Quellenangabe gestattet.
Für unverlangt übersandte Manuskripte übernimmt die Schriftleitung keine Haftung.

Der Führer

Das badische Kampfblatt für nationalsozialistische Politik und deutsche Kultur

HAUPTORGAN DER NSDAP GAU BADEN

Amtsverkündiger der Staats- und Justizbehörden für die Amtsbezirke:
Karlsruhe, Bretten, Bruchsal, Ettlingen, Rastatt-Baden-Baden, Bühl, Kehl, Oberkirch, Offenburg, Lahr, Wolfach

Einzelpreis 10 Pfg.

Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 6:
Die 7kspt. Millimeterzeile (Kleinspalte 22 mm) im Anzeigenteil 11 Pfg. Kleine einspaltige Anzeigen und Familienanzeigen nach Tarif. Im Textteil: die 4spt. 70 Millimeter breite Zeile 55 Pfg. Wiederholungsrabatte nach Tarif, für Mengenabschlüsse Staffel C. Anzeigenschluß: Morgen- und Landesausgabe: 2 Uhr nachm. für den folgenden Tag; Abendausgabe: 10 Uhr vorm. für den folgenden Abend; Montagausgabe: 6 Uhr Samstag abend.

Verlag:
Führer-Verlag G.m.b.H., Karlsruhe i. B., Adolfstr. 28. Fernspr. Nr. 7550-51. Postscheckkonto Karlsruhe 2588. Girokonto: Städtische Sparkasse Karlsruhe Nr. 796. Abteilung Buchverrieb: Karlsruhe, Kaiserstraße 133. Fernsprecher Nr. 1271. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 2935. — Geschäftsräumen von Verlag und Expedition 8—19 Uhr. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Karlsruhe in Baden.

Schriftleitung:
Anschrift: Karlsruhe i. B., Adolfstr. 28. Fernspr. Nr. 7550/51. Arbeitszeit 10 Uhr vorm. und 6 Uhr nachm. Sprechstunden täglich von 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Hans Graf Reichach, Berlin SW. 68, Charlottenstr. 15 b. Fernruf A 7 Dönhoff 5670/71.

Ausgabe: Karlsruhe — Karlsruhe, Freitag, den 7. September 1934 — 8. Jahrgang / Folge 246

Titelvignette: Der Führer 1934

die meisten badischen Zeitungen dezidiert gegen den Nationalsozialismus ausgerichtet gewesen waren, ergriff die NSDAP nach der Machtübernahme entsprechende Maßnahmen. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Blätter, darunter in Karlsruhe der »Volksfreund«, wurden gleich 1933 verboten. Das Zusammenwirken von politischer Pression und schlechter Wirtschaftslage reduzierte Anfang der 1930er Jahre die Zahl der Zeitungen bzw. die Höhe der Auflagen. Zu den Verlierern zählte in Karlsruhe die der DNVP nahestehende »Badische Zeitung« (1933).

Am Beispiel des »Badische Beobachter« lässt sich die politische Gleichschaltung der Presse demonstrieren. Am 26. April 1933 veröffentlichte die Zeitung die Ausführungen des Freiburger Erzbischofs Konrad Gröber zum Thema »Katholiken und neuer Staat«, um den badischen Katholiken deutlich zu machen, welche Position sie gegenüber dem neuen Regime einnehmen sollten, wobei der entscheidende Passus sogar fett gedruckt wurde. Ein Jahr später, zum Tag der Arbeit am 1. Mai, druckte die Zeitung auf dem Titelblatt ein großes Plakat mit Hakenkreuz und der Parole: »Wir wollen zum Licht!« ab. Die an diesem Tag veröffentlichte große Anzeige von Kaiser's Kaffee-Geschäft ist zudem ein schönes Beispiel für die Nazifizierung der Wirtschaft und der Werbung.

Die Verordnungen der Reichspressekammer bedeuteten schließlich nicht nur das Ende der katholisch gefärbten Zentrumspresse, darunter der »Badische Beobachter« (1935), sondern auch vieler bürgerlicher Zeitungen, darunter in Karlsruhe das rechtsliberale »Karlsruher Tagblatt« (1937).

Der große Gewinner war die NS-Presse, allen voran »Der Führer«. Er übernahm 1933 die Funktion des Badischen Staatsanzeigers von der »Karlsruher Zeitung«, die dadurch den amtlichen Teil und damit ihre materielle Basis verlor. Der Verlag G. Braun, inzwischen von Albert Knittel geführt, kaufte im September 1933 von der Firma Concordia das Verlagsrecht des »Karlsruher Tagblatts« und fusionierte beide Blätter ab Januar 1934 unter dem Namen »Karlsruher Tagblatt. Karlsruher Zeitung für Kultur und Wirtschaft«. Da sich die Zeitung zu den »Ideen des Führer« und »zur wahren Volksgemeinschaft« bekannte, konnte sie zunächst weiter bestehen, doch musste sie 1937 aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben.

Da auch der »Residenz-Anzeiger« 1940 wegfiel, blieb nur noch die nach wie vor auflagenstarke »Badische Presse« bestehen. Sie wanderte jedoch über mehrere Stationen in den Eher-Verlag, den Zentralverlag der NSDAP, und war damit nur noch scheinbar eine politische Alternative zum »Führer«. Auch dieser wurde in den letzten Kriegsmonaten immer dünner; seit August 1944 durften Zeitungen u. a. wegen Papiermangels nur noch aus vier Seiten bestehen. Die »Badische Presse« erschien noch bis zum 31. August 1944, der »Führer« noch bis März 1945. Da dieses NSDAP-Blatt eine zentrale Geschichtsquelle zur Erforschung des Nationalsozialismus in Baden bildet, wird es in die Zeitungsdigitalisierung einbezogen[12] und ab Mitte 2016 ebenfalls in elektronischer Form wissenschaftlich nutzbar sein.

Als nach der Besetzung Frankreichs das Elsass unter deutsche Zivilverwaltung geriet, die im Wesentlichen von Karlsruhe aus ausgeübt wurde, blieb der »Führer« auf den NS-Gau Baden beschränkt. Für das Elsass schuf der Chef der Zivilverwaltung mit den »Straßburger Neuesten Nachrichten« eine eigene Tageszeitung, die nicht nur das Parteiorgan der NSDAP war, sondern auch der Regierungsanzeiger für das defacto annektierte linksrheinische Gebiet. Als Quelle für die Erforschung der deutschen Politik im Elsass und indirekt auch der politischen Vorgänge auf der anderen Rheinseite sind die »Straßburger Neuesten Nachrichten« von zentraler Bedeutung, weshalb auch sie der Forschung zugänglich gemacht werden.

Die Überlieferung der Karlsruher Zeitungen ist, wie eingangs bereits erwähnt, durchaus lückenhaft. Es sollen Zeitungen existiert haben, von denen sich so gut wie kein Exemplar in Bibliotheken und Archiven erhalten hat. Von anderen Titeln sind mehr oder weniger große Zeitspannen überliefert, doch oft fehlen gerade die frühen Jahrgänge. Auch zwischendurch kann es Phasen geben, in denen die Zeitungen nicht konsequent gesammelt oder archiviert wurden. Im Fall der Badischen Landesbibliothek kommt hinzu, dass sie im September 1942 durch Bomben zerstört wurde und nahezu ihren kompletten Druckschriftenbestand verlor, darunter auch die Zeitungen, die natürlich nicht zu denjenigen Bibliotheksbeständen gehörten, die prioritär durch Auslagerung in Sicherheit gebracht werden mussten. Der heute in der BLB vorhandene Zeitungsbestand ist nach dem Zweiten Weltkrieg wiederbeschafft worden, was freilich nur ansatzweise erreicht werden konnte. Soweit wie möglich wurden deshalb die im Stadtarchiv Karlsruhe archi-

Die Pyramide
Wochenschrift zum Karlsruher Tagblatt.
Nr. 2 Karlsruhe, Sonntag, 12. Januar 1919

Titelvignette: Die Pyramide 1919

Sterne und Blumen.
Belletristisches Unterhaltungsblatt zum „Badischen Beobachter".
Mitbegründet
von
Philipp Wasserburg („Laicus") in Mainz.
№ 1.
Sonntag, den 6. Januar.
1901.

Sterne und Blumen 1901

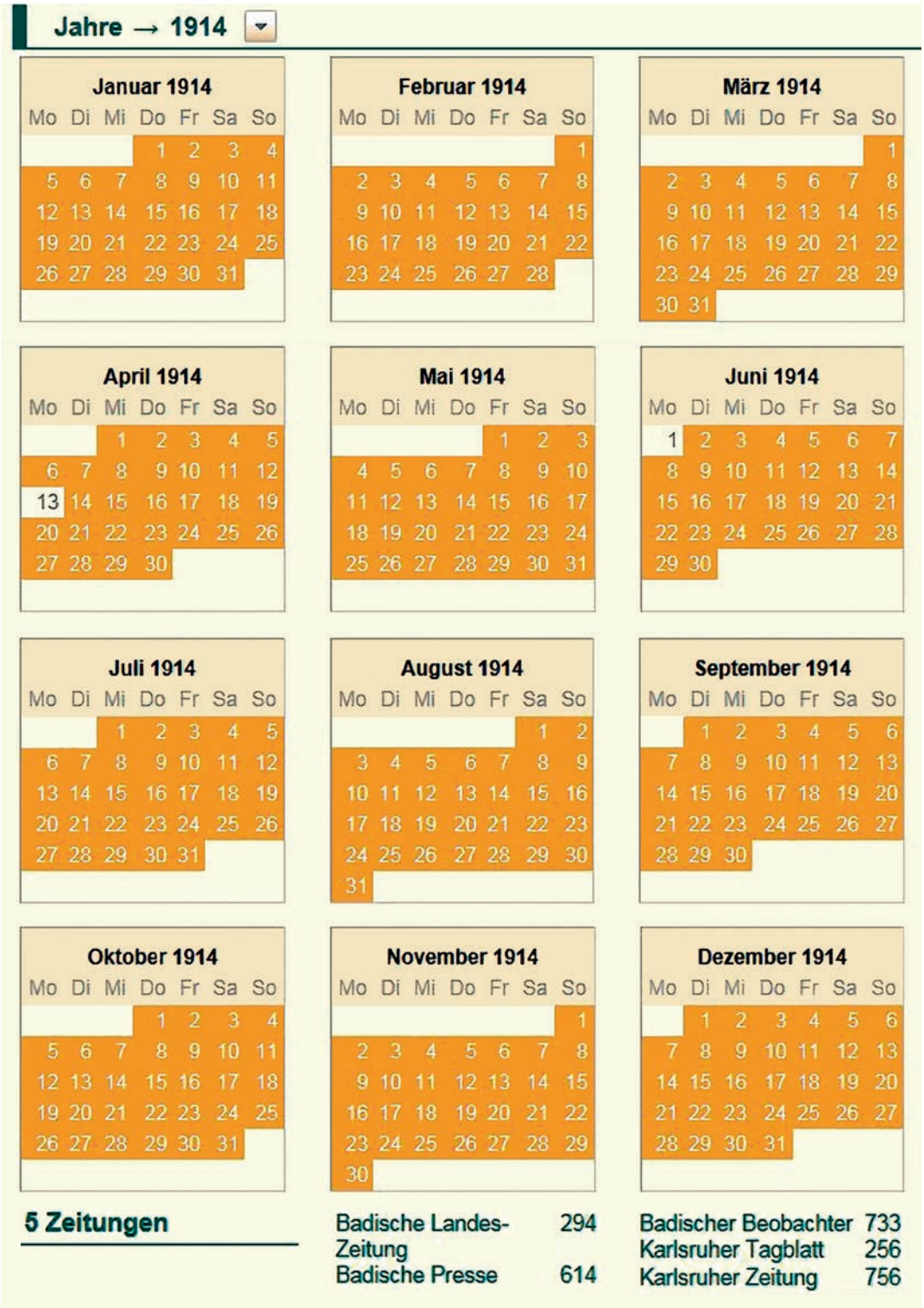
vierten Zeitungsbestände komplementär in die Digitalisierung einbezogen. Dadurch ist es gelungen, bei den meisten Titeln zu langen Laufzeiten zu kommen. Das schließt freilich einzelne verbleibende Lücken (Tage, Monate, Jahre) nicht aus; sie später einmal mit amtlicher Hilfe anderer Gedächtnisinstitutionen zu schließen, ist unser Wunsch.

Von den oben genannten Zeitungen hat die BLB folgende Titel digitalisiert, wobei jeweils das erste und letzte Jahr der Digitalisierung aufgeführt sind:

- Karlsruher Zeitung, 1784 bis 1933 (66 271 Ausgaben mit 258 032 Seiten)
- Karlsruher Tageblatt, 1843 bis 1937 (29 791 Ausgaben mit 195 901 Seiten)
- Badische Presse, 1890 bis 1944 (24 588 Ausgaben mit 219 884 Seiten)
- Badischer Beobachter, 1860 bis 1935 (27 308 Ausgaben mit 129 245 Seiten)
- Badische Landeszeitung, 1870 bis 1918 (57 425 Ausgaben mit 57 425 Seiten)
- Der Führer, 1927 bis 1945 (55 019 Seiten)
- Straßburger Neueste Nachrichten, 1940 bis 1944 (6515 Ausgaben mit 30 419 Seiten)

Setzt man die Anzahl der Jahrgänge mit den Werten für die Images und die Einzelausgaben in Relation, dann ist leicht erkennbar, dass die verschiedenen Zeitungen mit unterschiedlicher Frequenz und abweichendem Seitenumfang erschienen. Die »Badische Presse« etwa kam sehr viel häufiger als die Konkurrenzblätter heraus und war mit meist acht Seiten ein vergleichsweise dickes Blatt, da die übrigen Zeitungen in der Regel nur vier Seiten füllten.

Die regelmäßigen Beilagen der Karlsruher Tageszeitungen wurden im Rahmen des laufenden Projekts nicht systematisch digitalisiert, sondern nur insoweit, wie sie in den gebundenen Zeitungsbänden mit enthalten waren. Unter ihnen nimmt »Die Pyramide« eine Sonderstellung ein. Sie erschien seit 1911 immer sonntags als literarische Beilage der »Karlsruher Zeitung« und kann als eine eigenständige Publikation gelten, in der viele namhafte Beiträge erschienen. Digitalisiert wurden die Jahrgänge 1916 bis 1937, als die Wochenschrift ihr Erscheinen einstellen musste (insgesamt 1137 Ausgaben mit 5273



Kalenderansicht für die Präsentation der Suchergebnisse

Seiten). Mit der ebenfalls sonntags erscheinenden »Literarischen Beilage«, von der 95 Ausgaben aus den Jahren 1879 bis 1881 digitalisiert wurden, besaß die »Karlsruher Zeitung« ein früheres Unterhaltungsblatt. Dazu kam als weitere Beilage der »Badische Landtagsbote«, von dem sich in der BLB nur wenige Ausgaben 1847/48 erhalten haben.

Das »Karlsruher Tagblatt« startete 1845 unter dem Titel »Karlsruher Beobachter« ein unterhaltendes Beiblatt, von dem 104 Ausgaben elektronisch verfügbar gemacht werden konnten. Der »Badische Beobachter« besaß mit »Sterne und Blumen. Ein Blatt zur Belehrung und Unterhaltung« ein wöchentliches Blatt, das auch den Zeitungen der Zentrumspartei in anderen Regionen beilag, teilweise unter eigenem Titel, aber mit gleichem Inhalt.

Zur Recherche in den Karlsruher Zeitungen

Die Präsentation aller digitalisierten Ressourcen erfolgt über die Homepage der BLB in der Rubrik der Digitalen Sammlungen, in der die Zeitungen an prominenter Stelle auftauchen.[13] Nach dem Vorbild anderer »virtueller Zeitungslesesäle« wurde für die Präsentation eine Kalenderanzeige geschaffen. Sie bietet in der Abfolge Jahr – Monat – Tag den schnellen Zugang zu einer oder mehreren Zeitungen des gesuchten Datums. Durch farbige Unterlegung der Wochentage wird auf Anhieb ersichtlich, ob für einen bestimmten Tag (mindestens) eine Zeitungsausgabe oder Zeitungsbeilage vorhanden ist. Wird ein Datum ausgewählt, kann unter den vorhandenen Titeln und Ausgaben ausgewählt werden.

Alternativ lässt sich auch nach bestimmten Karlsruher Zeitungen suchen. Der digitalisierte Titelbestand wird einschließlich der Beilagen alphabetisch aufgelistet. Innerhalb eines Zeitungtitels bilden die Jahrgänge die oberste Auswahlebene. Von diesen gelangt man auf die Kalenderseite und kann entsprechend Monat und Tag auswählen.

Das rasche Überblicken großformatiger Zeitungsseiten ist auch im elektronischen Zeitalter keine leichtfüßige Übung geworden. Im Unterschied zu den Mikrofilmlesegeräten bietet der Computer jedoch Hilfestellung an. Dank der Zoomfunktion, die der »Viewer«, also die Präsentationsoberfläche der eingesetzten Software, bereithält, lassen sich ausgewählte Textpassagen stufenlos vergrößern. Damit können auch Kleinanzeigen groß ins Bild geholt werden. Der Viewer erlaubt zudem die Bildschirmübersicht über alle Seiten einer Ausgabe und die gezielte Ansteuerung einzelner Zeitungsseiten.

Wer nicht nach einem bestimmten Datum, sondern nach einem historischen Ereignis sucht, möchte eine entsprechende Recherchemöglichkeit besitzen. Die Suche nach Stichwörtern setzt voraus, dass die Digitalisate ein Volltexterkennungsverfahren durchlaufen haben. Deshalb setzt die Digitalisierungswerkstatt der BLB eine OCR-Texterkennungssoftware ein, für die sie die notwendigen Lizenzen, die sich am Volumen bemessen, erworben hat. Der OCR-Prozess ist allerdings nicht nur kosten-, sondern auch zeitaufwendig, so dass die gewaltige Zahl der produzierten Zeitungsimages nur schrittweise diesen Vorgang durchlaufen kann.

Vor dem Hintergrund, dass die Erinnerung an den »Großen Krieg« derzeit im Fokus der allgemeinen Aufmerksamkeit steht, wurden die Jahre des Ersten Weltkriegs als erste mit OCR-Technik bearbeitet. Für den Zeitraum 1914 bis 1918 kann daher z. B. die Kriegsberichterstattung von fünf verschiedenen badischen Tageszeitungen miteinander vergli-

chen werden. Als nächstes wird die Zeit der Weimarer Republik folgen. Nur wenn ein mit OCR bearbeiteter Zeitungsbestand ausgewählt wird, führt die Eingabe in die angebotenen Suchfenster auch zu entsprechenden Ergebnissen.

Im Spiegel der badischen Presse: der Ausbruch des Ersten Weltkriegs …

Auch wenn die ganz großen Momente der Erinnerung vorbei sind, ist die wissenschaftliche und publizistische Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg noch längst nicht zum Erliegen gekommen. Wie hat sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs in den badischen Zeitungen niedergeschlagen? Wie wurde über den Krieg, über einzelne Kriegsschauplätze, aber auch über die »Heimatfront« berichtet? Die folgenden Beispiele verstehen sich lediglich als Anreiz, in den digitalisierten Zeitungen zu stöbern.[14]

Karlsruher Bürger, die am Morgen des 1. August 1914 das »Karlsruher Tagblatt« aufschlugen, erfuhren unter der spaltenübergreifenden Überschrift »Rußlands Herausforderung.«[15], dass der östliche Nachbar, während der Zar noch mit dem Kaiser telegraphierte, bereits die Mobilmachung angeordnet habe: »Das ist ein unerhörter Vorgang. Jetzt liegt es bei Rußland, zu zeigen, ob es das äußerste, die beispielslose Herausforderung eines friedlichen Volkes, im Sinne hat.« Dieser Satz deutete schon an, wer – aus deutscher Sicht – die Schuld für den Kriegsausbruch trug. Berichtet wurde des Weiteren über die Mobilmachungen in Österreich-Ungarn und den Niederlanden. Vor allem aber wurden in einer amtlichen Mitteilung, die an diesem Tag von allen Zeitungen abgedruckt wurde, die Befürchtungen der Bevölkerung hinsichtlich der Ernährung und Industrieproduktion im Kriegsfalle zerstreut.

Die »Karlsruher Zeitung« informierte an diesem Tag in gewohnt sachlichem Stil eines Staatsanzeigers die Leser, dass der Kaiser das Deutsche Reich in den Kriegszustand versetzt habe und dass das Großherzogliche Ministerium des Inneren diesem Schritt für Baden gefolgt sei. Der »Badische Beobachter« überschrieb die Titelseite mit »Deutschland im Kriegszustand. Der österreich.-serbische Krieg. Ein Ultimatum Deutschlands an Rußland und Frankreich.« Die ersten Auswirkungen des Kriegsausbruchs wurden in einem Kästchen auf der zweiten Seite sichtbar: »Wegen der Kriegsgefahr hat das Zentral- und Lokal-Komitee […] beschlossen, den Katholikentag zu vertagen.« Die »Badische Presse« titelte in ihrer Mittagsausgabe noch »Der Kriegszustand.« und beschrieb dann im Detail die damit einhergehenden Maßnahmen, doch schon in der Abendausgabe hieß es auf dem Titelblatt: »Deutschland marschiert.«

Alleine vier Extrablätter druckte die »Karlsruher Zeitung« am 1. August 1914: »Die deutsche Armee in Kriegszustand versetzt«, »Eine Ansprache des Kaisers«, »Mobilmachung!«, »Russischer Angriff auf einen deutschen Posten«. Vier Zeilen verkündeten vom Beginn der Kampfhandlungen in Ostpreußen und von den ersten Toten (»beiderseits sind große Verluste zu verzeichnen«).

Vom Kriegsschauplatz im Osten war dann auch an den folgenden Tagen und Wochen viel zu lesen. Wer nach dem Ort »Tannenberg« sucht, der heute symbolisch für die frühen Kampfhandlungen an der Ostfront steht, und diesen Begriff in die entsprechenden Suchfelder der Digitalen Sammlungen eingibt, wird schnell in allen Zeitungen fündig werden. Fast schon visionär schrieb die »Ba-

Erscheint täglich 2 mal. Mittag-Ausgabe. Verbreitetste Zeitung Badens.

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.
Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Gesamt-Auflage: 37000 Exempl.

Gratis-Beilagen

Täglich 16 bis 40 Seiten. Weitaus größte Abonnentenzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Nr. 353. Karlsruhe, Montag den 3. August 1914. 30. Jahrgang.

Deutschland im Mobilmachungszustand.

Berlin, 1. Aug. Durch die Postämter im ganzen Reich wurde heute nachmittag gegen 6 Uhr die Bekanntmachung angeschlagen, daß der Kaiser die Mobilmachung für das Reich befohlen habe mit dem 2. August als ersten Mobilmachungstag.

An mein teueres badisches Volk!

Unser Kaiser ruft zu den Waffen.

In dem schweren Kampf, den Deutschland zu führen sich anschickt, handelt es sich um die Ehre und die Existenz unseres Vaterlandes, um unsere höchsten und heiligsten Güter.

Ich weiß, daß mein teueres Volk mit unbedingter Hingebung und Treue die schweren Pflichten erfüllen wird, die an uns herantreten, vor allem unsere Söhne und Brüder, die zu Feld ziehen, und von denen ich sicher bin und erwarte, daß sie – eingedenk des Waffenruhms ihrer Väter – tapfer und selbstlos ihr Leben einsetzen werden für das Vaterland. Aber auch die übrigen Glieder des Volkes werden – dessen bin ich gewiß – in ernster Ueberzeugung die schwersten Opfer zu bringen bereit sein, die gefordert werden müssen.

Gott schütze und erhalte Deutschland!
Karlsruhe, den 2. August 1914.
Friedrich.

Zeitungsausschnitt: Badische Presse 3.8.1914 (Mobilmachung)

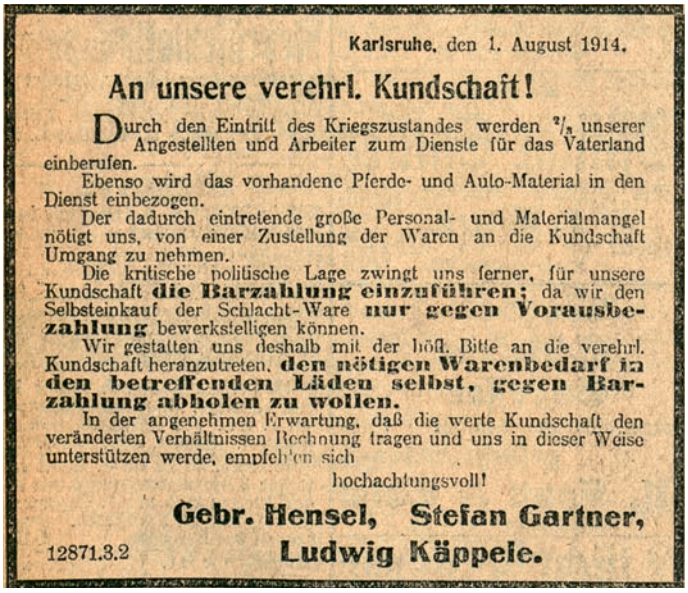
dische Presse« in ihrer Mittagsausgabe vom 2. September 1914: »Die Geschichte wird die Schlacht nach dem Orte Tannenberg nennen, in dem General von Hindenburg sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte.«

Am 3. August veröffentlichte die »Badische Presse« mittags den Aufruf von Großherzog Friedrich »An mein teueres badisches Volk!« auf der ersten Seite. Auf den nächsten Seiten folgten ausführliche politische und militärische Berichte, amtliche und militärische Bekanntmachungen, Aufrufe wie diejenigen des Landsturms, des Roten Kreuzes, des Badischen Frauenvereins, der badischen Pfadfinder, sodann eine halbe Seite mit dem »Fahrplan der Militär-Lokalzüge. Gültig vom 3. bis 6. Mobilmachungstage« usw.

Ebenso interessant wie die Meldungen und Nachrichten auf den vorderen Zeitungsseiten sind freilich auch die vom Krieg geprägten Kleinanzeigen im hinteren Zeitungsteil. Bereits für den 3. August gaben zahlreiche Karlsruher Firmen Inserate auf, um ihre Kundschaft über kriegsbedingt geänderte Dienstleitungen in Kenntnis zu setzen oder um für kriegsspezifische Waren zu werben. Die Militär-Effekten-Fabrik Fr. Bertsch, Hoflieferant und Armeelieferant, empfahl ihr großes Lager an Ausstattungsgegenständen für den Soldaten. »Kriegern«, die den Angehörigen ein Erinnerungsfoto zurücklassen wollten, versprach das Photographische Atelier Rembrandt »ganz besondere Preisermäßigung«. Ein »militärfreier« Metzger schaute nach einer neuen Stelle, und umgekehrt wurden »tüchtige Militär-Sattler zum sofortigen Eintritt« gesucht.

Die Karlsruher Metzger-Innung informierte ihre Kundschaft über notwendige Serviceeinschränkungen: »Durch den Eintritt des Kriegszustandes, wozu fast sämtliche Kräfte unseres Gewerbes einberufen sind, sind wir nicht mehr in der Lage, unsere verehrte Kundschaft durch Zusendung ihres Fleischbedarfs zu bedienen. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, unsere w. Kundschaft zu bitten, ihren Bedarf selbst abholen zu lassen. Ferner zwingt uns die kritische Lage, die Barzahlung einzuführen.« Die Beispiele dieser Art[16] ließen sich beliebig fortsetzen.

Es dauerte nicht lange, bis auch in Karlsruhe die ersten Kriegsgefallenen zu vermelden waren. Entsprechende Todesanzeigen und Danksagungen erschienen im »Badischen Beobachter« regelmäßig. »Freunden



Karlsruhe, den 1. August 1914.

An unsere verehrl. Kundschaft!

Durch den Eintritt des Kriegszustandes werden ⁷/₈ unserer Angestellten und Arbeiter zum Dienste für das Vaterland einberufen.

Ebenso wird das vorhandene Pferde- und Auto-Material in den Dienst einbezogen.

Der dadurch eintretende große Personal- und Materialmangel nötigt uns, von einer Zustellung der Waren an die Kundschaft Umgang zu nehmen.

Die kritische politische Lage zwingt uns ferner, für unsere Kundschaft **die Barzahlung einzuführen**; da wir den Selbsteinkauf der Schlacht-Ware **nur gegen Vorausbezahlung** bewerkstelligen können.

Wir gestatten uns deshalb mit der höfl. Bitte an die verehrl. Kundschaft heranzutreten, **den nötigen Warenbedarf in den betreffenden Läden selbst, gegen Barzahlung abholen zu wollen.**

In der angenehmen Erwartung, daß die werte Kundschaft den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen und uns in dieser Weise unterstützen werde, empfehlen sich

hochachtungsvoll!

Gebr. Hensel, Stefan Gartner, Ludwig Käppele.

12871.3.2

Zeitungsausschnitt: Badische Presse 3.8.1914 (Werbung im Krieg)

und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Sohn, Bruder und Schwager Karl Heeger am 19. August seinen Wunden, erhalten im Kampfe für das Vaterland, erlegen ist.« Oder: »Für die zahlreichen Trostspendungen anläßlich des Heimganges unseres im Felde für Deutschlands Ehre gefallenen Sohnes Adolf Lessle Einj.-Freiw.-Unteroffizier d. R. sagen wir auf diesem Wege unseren tiefstempfundenen Dank.«[17]

Doch nicht nur an der Front gab es Tote zu beklagen. Bereits im Juni 1915 war Karlsruhe, das als grenznahe Stadt besonders gefährdet war, Ziel eines Bombenangriffs mit 29 Toten geworden. Zum Schock für die Bevölkerung wurde jedoch am 22. Juni 1916 der zweite Luftangriff, nicht allein aufgrund der hohen Zahl an Toten (120) und Verletzten (169), sondern besonders wegen der 71 Kinder unter den Opfern.[18] Am selben Tag hatte der Zirkus Hagenbeck in der »Karlsruher Zeitung« für seine Eröffnungsvorstellungen um 4 und um 8 ½ Uhr auf dem Festplatz am Winterdenkmal (Ettlingerstraße) geworben. Während der Nachmittagsvorstellung am Fronleichnamstag, die naturgemäß von vielen Kindern besucht wurde, bombardierten französische Kampfflugzeuge die Stadt und trafen anstelle des offenbar anvisierten Bahnhofs den Zirkus.

Nun sollte man meinen, dass darüber am nächsten Tag mit großer Empörung in der lokalen Presse berichtet worden wäre, doch sowohl in der »Karlsruher Zeitung« (Seite 3) als auch im »Badischen Beobachter« (Seite 1) beschränkte sich die entsprechende Nachricht am 23. Juni auf ganz wenige Zeilen. Es ist offensichtlich, dass eine der Tragweite des Ereignisses angemessene journalistische Berichterstattung der Zensur zum Opfer fiel. Etwas mehr und in etwas weniger sachlichem Ton war am folgenden Tag im »Badischen Beobachter« zu lesen, der allerdings lediglich aus der »Karlsruher Korrespondenz« zitierte. Deutliche Worte fand hingegen am gleichen Tag das »Karlsruher Tagblatt« (Drittes Blatt), das dabei nicht nur auf die Stadtratssitzung am Vortag einging, sondern auch aus dem amtlichen französischen Bericht zitierte, in dem die Bombenabwürfe als Vergeltungsangriffe gerechtfertigt und als militärisch wirkungsvoll dargestellt wurden. Über die Trauerfeier und die Beisetzung in Ehrengräbern auf dem Hauptfriedhof, die am 24. Juni stattfand und an der nur geladene Gäste mit Eintrittskarte teilnehmen durften, berichtete die »Badische Presse« in der Mittagsausgabe des 26. Juni recht ausführlich, allerdings erst auf der den Lokalnachrichten vorbehaltenen Seite 4.

Zusammenfassend belegen die Zeitungsartikel, die zu dem hier gewählten Beispiel erschienen, dass die Aufmachung der Presse damals noch in sehr seriösem Gewande daherkam. Die Zeitungsmacher verwendeten keine balkengroßen oder reißerischen Überschriften, und vor allem gab es noch keine Fotos. Die Auslösung emotionaler Betroffenheit beim Leser, die heute für alle Medien typisch ist und vor allem auf die psychologische Wirkung des Bildes setzt, konnte höchstens mit verbalen Mitteln versucht werden. Die Zeitungsseiten waren, wie man heute sagt, eine »Bleiwüste«, denn das Layout wurde weder durch Abbildungen noch gar durch Werbung aufgelockert; angesichts der strengen Spalteneinteilung und der klein gesetzten Überschriften verlangten sie vom Leser eine hohe Konzentration und viel Energie.

… das Ende des Großherzogtums Baden …

Am 9. November 1918 erklärte Kaiser Wilhelm II. den Thronverzicht. Bereits in ihrer Abendausgabe druckte die »Badische Presse« unter der Überschrift »Die Abdankung des Kaisers« eine entsprechende Erklärung von Reichskanzler Max von Baden ab und zeigte sich erschüttert von der »Schwere des Schicksals, das sich auf dem deutschen Kaiserthrone an dem Träger der Krone Wilhelms I. offenbart« und fuhr fort: »Denn Kaiser Wilhelm II. […] war ein Fürst, der sicherlich das Beste seines Volkes gewollt hat und den deshalb die schmerzliche Entscheidung dieser Tage in den tiefsten Wurzeln seines ganzen Seins treffen muß.« Im »Karlsruher Tagblatt« erschien die Erklärung des Reichskanzlers erst am folgenden Tag, einem Sonntag.

An diesem Tag druckte die »Karlsruher Zeitung« einen Aufruf Großherzog Friedrichs II. »An das badische Volk!« ab, der unter dem Eindruck der Berliner Ereignisse offenbar von dem Bemühen getragen war, zu retten was zu retten war. Doch am 22. November musste auch der von Karlsruhe Richtung Hegau geflüchtete Friedrich die Urkunde unterschreiben, mit der er auf den badischen Thron verzichtete.

Die »Badische Presse« druckte in der Mittagsausgabe des 23. November unter der Überschrift »Die endgültige Thronentsagung des Großherzogs.« Friedrichs Verzicht für sich und sein Haus ab und darunter die »Kundmachung« der vorläufigen badischen Volksregierung, die von großem Wohlwollen gegenüber dem Fürsten getragen war. Die Zeitung sprach in ihrem Kommentar von einem »Akt weiser und verantwortungsvoller Erkenntnis« und kritisierte dann: »Wohl haben wir in diesen Tagen mehrfach erleben können, daß Gesin-

Erscheint täglich 2 mal. Mittag-Ausgabe. Verbreitetste Zeitung Badens.

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Nr. 549. Karlsruhe, Samstag den 23. November 1918. 34. Jahrgang.

Die endgültige Thronentsagung des Großherzogs.

Thronverzicht Großherzog Friedrichs II. von Baden.

An das badische Volk!

Zeitungsausschnitt: Badische Presse 23.11.1918 (Thronverzicht)

nungen wohlfeiler waren denn je, als von vielen, die tags zuvor noch vorangingen in öffentlicher Fürstenhuldigung, die parteipolitische Farbe im Handumdrehen gewechselt wurde.«

Im Mittagsblatt des »Badischen Beobachters« vom 23. November war darüber noch nichts zu lesen gewesen; erst das Abendblatt druckte die Verzichtserklärung ab, in der Friedrich an seine Erklärung vom 14. November erinnerte, kein Hindernis bei der »Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes, welche die verfassunggebende Versammlung beschließen wird,« sein zu wollen. Und die »Karlsruher Zeitung« veröffentlichte Verzichtserklärung und Kundmachung sogar erst am 24. November. Das »Karlsruher Tagblatt« stellte seinen Lesern am 24. November das Schloss Langenstein vor, auf dem Friedrich den Thronverzicht unterschrieben hatte.

... und Hitlers Marsch auf die Feldherrenhalle

Der Hitlerputsch am 8./9. November 1923 war zwar kein genuin badisches Ereignis, doch soll er hier für einen letzten Blick in die badischen Presseorgane herangezogen werden: einmal natürlich wegen seiner gesamt-historischen Bedeutung, zum anderen aber auch, um an diesem Beispiel die Entwicklung im äußeren Erscheinungsbild der Karlsruher Zeitungen zu illustrieren.

Schon am 9. November, im Jahre 1923 ein Freitag, berichteten zwei Karlsruher Zeitungen über die Ereignisse in München. In deutlich vergrößerter Schriftgröße überschrieb der »Badische Beobachter« unter dem Titel »Ein Hitler-Putsch in München.« seinen Bericht, dem sich der Abdruck des Aufrufs der Reichsregierung und des Aufrufs der württembergischen (!) Regierung anschlossen. Den von Reichspräsident Friedrich Ebert und Reichskanzler Gustav Stresemann unterzeichneten Aufruf veröffentlichte am gleichen Tag auch die »Karlsruher Zeitung«, ergänzt um eine Mitteilung des badischen Ministers des Inneren; zu den darin genannten Gegenmaßnahmen der badischen Regierung zählten das Verbot der Ausgabe von Extrablättern und der Plakatierung von Anschlägen, der Schutz öffentlicher Gebäude und auch Festnahmen: »In verschiedenen Städten des Landes wurden bekannte Führer der Nationalsozialisten in Sicherheitshaft genommen.«

Das »Karlsruher Tagblatt«, das am 9. November auf der ersten Seite über den »Separatistenüberfall in der Pfalz.« berichtet hatte, schrieb erst am 10. November über den Hitlerputsch, dafür aber umso ausführlicher und unter einer fett gesetzten Überschrift, die alle vier Spalten einnahm. Nun findet man auch, auf der

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

120. Jahrg. — Samstag, den 10. November 1923 — Nr. 310

Der Hitler-Putsch in München.

Ludendorff und Hitler von bayer. Reichswehr festgenommen.

Der Putsch niedergeschlagen.

Der Beginn des Putsches im Bürgerbräukeller.

Der Verkehr nach Bayern unterbunden.

Eine Erklärung der bayerischen Regierung.

Die Folgen des Hitler-Putsches.

Entscheidungsvolle Stunden.

Zeitungsausschnitt: Karlsruher Tagblatt 10.11.1923 (Hitlerputsch)

zweiten Seite, eine Erklärung der badischen Regierung zum Putschversuch. Sie wurde bei der Landtagssitzung verlesen. Ihr folgten die Erklärungen der Vertreter aller im Landtag anwesenden Parteien. Der »Badische Beobachter« titelte am gleichen Tag »Der Hitlerputsch zusammengebrochen. Ludendorff und Hitler festgenommen.« Die »Karlsruher Zeitung« verzichtete auch angesichts eines solchen Ereignisses auf große Überschriften, beschäftigte sich jedoch in zwei Artikeln mit dem Thema: »Das Ende des nationalsozialistischen Aufruhrs« und »Zusammenbruch des Ludendorff-Hitlerputsches.« Auf der zweiten Seite folgte der Bericht über die Landtagssitzung; von den Erklärungen der Abgeordneten zum Putschversuch stand darin nichts zu lesen. Dieser Fall zeigt, dass eine Zeitung alleine nicht ausreichend ist, wenn Pressemeldungen als historische Quelle verwendet werden sollen.

Die von der BLB frei ins Netz gestellten historischer Zeitungen aus Karlsruhe vom späten 18. Jahrhundert bis in die letzten Tage des Zweiten Weltkriegs laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, einen Blick in die Geschichte zu werfen und Fragen nachzugehen, z. B.: über was wurde, über was wurde nicht berichtet; wie wurde berichtet; wie entwickelte sich der badische Journalismus? Es gibt spannende und weniger interessante Phasen der Presseberichterstattung. Der Erste und der Zweite Weltkrieg und dazwischen die Weimarer Republik mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus gehören ganz sicher zu den politisch interessantesten Zeiten; es sind zugleich jene Jahre, in denen die badische Presselandschaft am buntesten war und in denen sich die einzelnen Presseorgane inhaltlich und äußerlich stark wandelten – ein zusätzlicher Anreiz für das digitale Stöbern in alten Zeitungen.

Anmerkungen

1 Ludger Syré: Gedruckt und elektronisch. Ein Blick auf die Geschichte des Karlsruher Adressbuchs anlässlich seiner Digitalisierung. In: Badische Heimat 92 (2012) 3, S. 480–493.

2 Ludger Syré: Die Protokolle des Badischen Landtags in digitaler Form. Der Beitrag der Badischen Landesbibliothek zum Landesjubiläum. In: Badische Heimat 93 (2013) 2, S. 272–284.

3 Da eine wissenschaftlich fundierte Gesamtdarstellung der Karlsruher Zeitungsgeschichte bis heute fehlt, sei stellvertretend verwiesen auf Konrad Dussel: Pressebilder in der Weimarer Republik: Entgrenzung der Information. Berlin 2012 (Kommunikationsgeschichte 29), darin besonders auf die Ausführungen zur Karlsruher Presse, (S. 69–138).

4 Zur Frühgeschichte von Karlsruher Zeitung und Karlsruher Tagblatt vgl. Karl Obser: Das älteste Karlsruher Anzeigenblatt. Aus der Frühgeschichte des Tagblatts. In: Die Pyramide 16 (1927) 13, S. 51–52. Elektronisch unter http://digital.blb-karlsruhe.de/blbz/zeitungen/periodical/pageview/2451071

5 Friedrich von Weech: Karlsruhe. Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung. Band 1. Karlsruhe 1895, S. 270. Das vierbändige, von der BLB digitalisierte Werk findet sich elektronisch unter http://digital.blb-karlsruhe.de/blbihd/content/titleinfo/264911

6 Ebenda. Soweit sie überliefert sind, sollen die Intelligenz- und Anzeigeblätter für die verschiedenen badischen Kreise mittelfristig ebenfalls digitalisiert werden.

7 Friedrich von Weech: Karlsruhe. Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung. Band 3,1. Karlsruhe 1904, S. 446.

8 Friedrich von Weech: Karlsruhe. Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung. Band 3,1. Karlsruhe 1904, S. 445.

9 Friedrich von Weech: Karlsruhe. Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung. Band 2. Karlsruhe 1898, S. 435.

10 Friedrich von Weech: Karlsruhe. Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung. Band 3,2. Karlsruhe 1904, S. 834.

11 Zu dieser Epoche vgl. Konrad Dussel: Die Nazifizierung der deutschen Presse. Eine Fallstudie am Beispiel der Presse Badens 1932 bis 1944. In: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 161 (2013), S. 427–456.

12 Mit Fördermitteln der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg.

13 http://digital.blb-karlsruhe.de/
14 Hier ergänzen die digitalisierten Kriegsausgaben der Karlsruher Zeitungen die kleine Sammlung von rund 100 Büchern und Broschüren zu Baden im Ersten Weltkrieg, die 2014 in die Digitalen Sammlungen der BLB aufgenommen wurden: http://digital.blb-karlsruhe.de/Drucke/nav/classification/1300074
15 Es war damals üblich, die Schlagzeilen mit einem Punkt abzuschließen.
16 Hier aus der Mittagsausgabe der Badischen Presse vom 4. August 1914.
17 Beispiele aus der Mittagsausgabe vom 22.8.1914.
18 Vgl. die Schilderung von Erich Roth: Die Galavorstellung. Erinnerung eines Karlsruhers an den Fronleichnamstag 22. Juni 1916. In: Badische Heimat 72 (1992) 2, S. 281–285. Dazu auch Ernst-Otto Bräunche: Zivile Luftschutzmaßnahmen in Karlsruhe zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg. Verteidigung der Heimatfront. In: Blick in die Geschichte Nr. 66 vom 18. März 2005, S. 2–3.

Anschrift des Autors:
Dr. Ludger Syré
Badische Landesbibliothek
Erbprinzenstraße 15
76133 Karlsruhe
syre@blb-karlsruhe.de

Immer mehr Tiere und Pflanzen sind in ihrer Existenz bedroht. Deshalb packen wir an und setzen konkrete Naturschutz- und Umweltbildungsprojekte um. Mit Ihrer Spende geben Sie unserer Arbeit den entscheidenden Impuls. **www.naturelife-international.org**

NatureLife-Spendenkonto:
IBAN: DE 22 6005 0101 0002 2090 29

NatureLife-International
Stiftung für Umwelt, Bildung
und Nachhaltigkeit
Karlstraße 7 • 71638 Ludwigsburg

NATURELIFE-
INTERNATIONAL

Friedrich Weinbrenner und die Evangelische Stadtkirche in Karlsruhe

Gottfried Leiber

Wer die Evangelische Stadtkirche am Karlsruher Marktplatz sieht, kann kaum ahnen, welch eine lange und bewegte Entwurfs- und Baugeschichte dieses Gebäude hat. Sage und schreibe 24 Jahre waren vergangen, als die Glocken am Pfingstsonntag 1816 zur Einweihung des Gotteshauses riefen. Friedrich Weinbrenner hatte sich bereits in seiner Lehrzeit 1791/92 in Berlin mit der Frage nach der Gestalt dieser Kirche beschäftigt und eine größere Zahl an Entwürfen gefertigt. Bei der späteren Ausführung des Kirchengebäudes indes musste der Baumeister einen steinigen Weg beschreiten. Aus finanziellen Gründen sah er sich vielfach gezwungen, bei der Realisierung auf übliches Baumaterial zu verzichten und sich mit Ersatzlösungen zu begnügen. Hinzu kamen leidige Auseinandersetzungen mit dem vorgesetzten Finanzministerium. Doch nach dem beharrlichen Widerstand Weinbrenners stellte sich der Großherzog zuletzt auf dessen Seite.

Weit zurück reicht die Beschäftigung Weinbrenners mit dem Thema Evangelische Stadtkirche, genauer bis in die Zeit seiner Lehrjahre 1791/92 in Berlin. In zwei späteren Schriftstücken kam er darauf zu sprechen, erstmals 1798 in einem Brief an den Markgrafen Karl Friedrich (1728–1811) zu seinem Entwurf für den neuen Marktplatz: »Ich hatte vor 7 Jahren von Berlin aus die Ehre, Euer Hochfürstlichen Durchlaucht den nehmlichen Plan zu entwerfen, und ihn als Probe meines Architektonischen Studiums einzuschicken«.[1] Dieser (Abb. 1) zeigt den Grundriss der geplanten Evangelischen Stadtkirche in einer halbrunden Form, eine Konzeption, die unverkennbar den Entwurf des Majors Perez Burdett zur Grundlage hat (Abb. 2). Die Kirche steht darin inselartig in der Mitte der östlichen Seite des Platzes und wird von zwei Straßen umgeben, der spätere Zusammenschluss der Kirche mit den Schulgebäuden wäre daher nicht möglich gewesen. Die andere Bestätigung finden

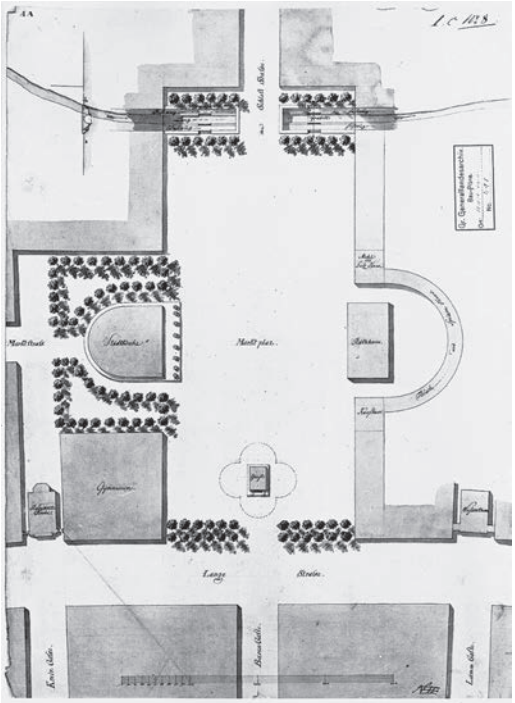


Abb. 1: Entwurf zum Karlsruher Marktplatz von Friedrich Weinbrenner, 1792 (Generallandesarchiv Karlsruhe, G Karlsruhe 491)

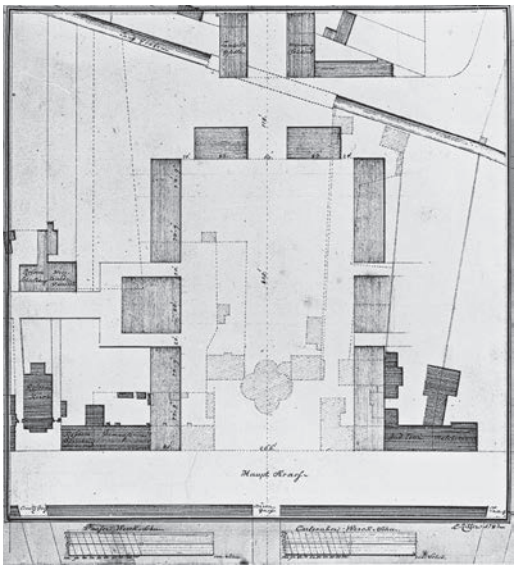


Abb. 2: Entwurf zum Karlsruher Marktplatz mit umgebenden Gebäuden, von P. P. Burdett, 1787, mit Ergänzungen um 1790 (Generallandesarchiv Karlsruhe, G Karlsruhe 216)

wir in Weinbrenners »Denkwürdigkeiten«: Er habe in Berlin den ganzen Winter hindurch studiert und »daneben auch die Zeichnung zu einer Kirche mit der Anlage eines Marktplatzes für meine Vaterstadt« entworfen und »diese nachher nach Hause gesandt«[2], demnach den schon genannten Plan.

Von Weinbrenners Aufenthalt in Berlin sind uns darüber hinaus mehr als 20 weitere Entwürfe für eine Kirche in ähnlicher Form erhalten, unterschiedlich in Grundriss oder auch als Ansicht, die er in seinen Erinnerungen nicht erwähnt, ausnahmslos Variationen einer Rundkirche, offensichtlich in Anlehnung an das Pantheon in Rom (Abb. 3).[3] Schließlich ist noch die perspektivische Darstellung zu einer solchen Kirche zu erwähnen, ein Zentralbau mit einem monumentalen dorischen Portikus mit acht Säulen und einem auf dem Platz davor liegenden übergroßen Sarkophag (Abb. 4). Diese Zeichnung schreiben die Historiker bis heute Weinbrenner als Verfasser zu[4].

Was Weinbrenner in Berlin zu der speziellen Entwurfstätigkeit bewegte, hat die Forschung nicht herausgefunden. Zuletzt überwog die Vermutung, dass Weinbrenner dabei Ergebnisse der Architektenkonkurrenz von 1790 zum neuen Marktplatz vor Augen hatte, darunter die vielen Vorschläge für eine Kirche in Rundform, etwa die der Architekten Mauritius Pedetti, Michael d'Ixnard und Jacques Denis Antoine.[5] Doch letztlich blieb die Frage unbeantwortet, warum Weinbrenner für die neue evangelische Kirche in Karlsruhe eine ganze Palette von Lösungen, ausgerechnet für einen Rundbau, und allein für diese Gebäudeform erarbeitet hat.

Inzwischen hat jedoch neueres Studieren in den historischen Akten dieses Rätsel höchstwahrscheinlich gelöst: Der Anreiz rührte wohl von einem anderen jungen Lernbegierigen her, Gustav Frommel mit Namen, dem jüngeren Bruder des späteren Landbaumeisters Wilhelm Frommel, Geometer oder auch Architekt benannt, in den der markgräfliche Hof große Hoffnungen setzte.[6] Frommel stammte aus Birkenfeld, besuchte in Karlsruhe das Gymnasium und nach Lehrjahren im Bauamt legte er Prüfungen ab »in der architectonischen Baukunst«, in handwerklichen Fähigkeiten, auch in den physischen und mathematischen Wissenschaften sowie in der Bau- und Zeichenkunst.[7] Mit fürstlicher Erlaubnis vom 14. Juni 1791 und genügend finanzieller Ausstattung trat der mit Weinbrenner fast gleichaltrige Frommel »zur Vervollkommnung« eine »architektonische Reise« nach Italien an, mit der Bedingung, »dass er Dasjenige, was ihm in der Theorie noch mangelt, mit Fleiß und Emsigkeit nachholen und über seine Application von Zeit zu

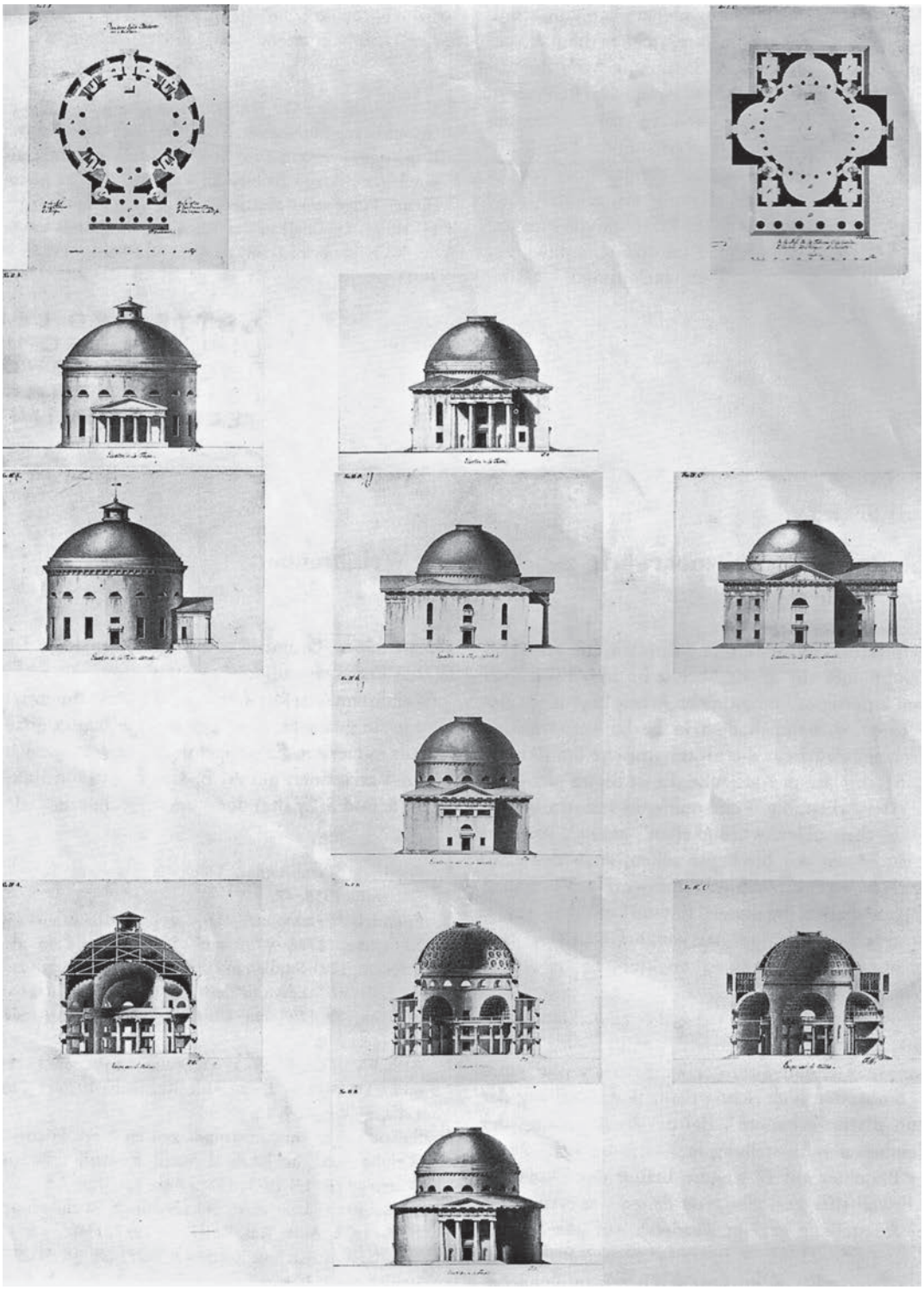


Abb. 3: Friedrich Weinbrenner, Entwürfe für eine Kirche am Marktplatz in Karlsruhe, Berlin 1792 (in: Bericht der Koldewey-Gesellschaft 1978/1980, S. 104)

Zeit Zeugnisse und Specimina einschicken soll«.[8]

Als Weinbrenner im Spätjahr 1791 in Berlin ankam, meldete Frommel aus Rom, er habe das besondere Glück gehabt, »einen Mann zu finden, unter dessen Anleitung ich mir die wichtigsten Fortschritte versprechen kann«.[9] Es handelte sich dabei nachweislich um den Architekten Heinrich Gentz aus Berlin[10], der vielleicht von den Studien Frommels berichtete, und Weinbrenner hatte davon erfahren.

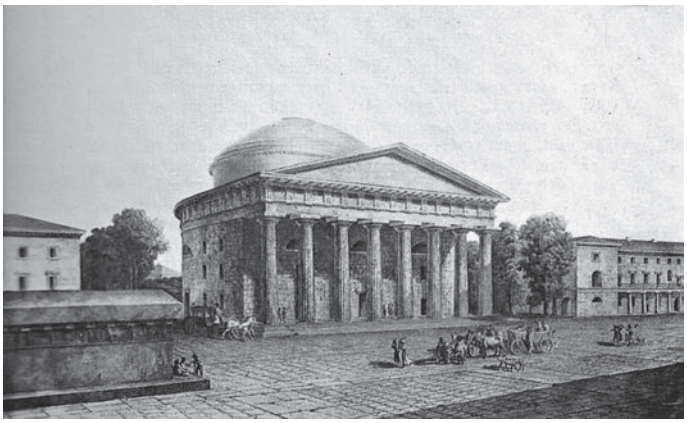


Abb. 4: Perspektivisches Schaubild des projektierten Karlsruher Marktplatzes mit Evangelischer Stadtkirche und Sarkophag des Gründers von Karlsruhe, 1792 (nach: Lankheit, Denkmalskult um 1800, S. 71)

Doch ein anderer Hinweis führt uns direkt an die Lösung heran. Frommel schrieb mit Datum vom 23. Januar 1792 an den Kammerpräsidenten Freiherrn von Gayling und fügte die erwähnte »Skizze« zu einer Kirche bei. »Diese Idee suchte ich mit einer zweiten, der eines Grabmals, zu verbinden, und das Ganze zu einem Entwurf zu einer Stadtkirche nach Karlsruhe anzuwenden. Ich bildete diesen Gedanken nach dem Muster des Pantheons, dem besterhaltenen römischen Gebäude, jedoch nach einer Abänderung, die für die Absicht zu dem er dienen sollte anwendbar war. Die Form der Kirche ist rund, die zweckmäßigste für das Auge bei äußerer Ansicht, als auch von innen für einen geräumigen Platz, wo öffentliche Reden gehalten werden sollen, sowohl den Redner zu hören als zu sehen. Sie ist von außen mit einem Peristile und auf beiden Seiten nach dem wohldurchdachten Gebrauch der Alten mit Portiques versehen, die zwei Grabmäler einschließen, welche zugleich nach dem heutigen Bedürfnis für Uhren und Geläut eingerichtet sind, rund herum läuft ein erhöhter Gang, den eine Brüstung umgibt und welcher aus dem Zwischenraum der Vortreppe entspringt, um eine freie ungehinderte Communication zu erhalten, welche wegen der Situation des Marktplatzes für Gehende gehemmt sein würde. Ihre innere Einrichtung besteht aus einem großen Parterre, einer doppelten Reihe Logen mit der Sakristey, zusammen gerechnet 42, welche eingewärmt werden können, diese machen den Untersatz der Jonischen Säulen, die darüber die Galerie formieren, und die Kuppel der Kirche, welche von Holz gemacht ist, tragen, in Gestalt von Arkaden, die unter der Säulenstellung herum laufen. Sie wird von 12 Fenstern zur Seite und ein geräumig Licht, welches im Schluss der Kuppel angebracht ist, erleuchtet, und kann 1900–2000 Seelen fassen«.[11] Frommel merkte an, er wage es, »für diesmal nur den Grundriss und die Fassade anzulegen«.[12]

Frommels detaillierte Beschreibung weist nach, dass die bisher Friedrich Weinbrenner zugedachte »Skizze« (Abb. 4) in Wirklichkeit wohl von Gustav Frommel stammt[13], und wir können außerdem berechtigt davon ausgehen, dass Weinbrenner von den nach Karls-

ruhe geschickten Plänen Frommels tatsächlich wusste. Doch nicht nur das. Am 12. März 1792 hat der Markgraf die Pläne Frommels eingesehen und »genehmigt, dass ihm [Frommel] aufgegeben werde, das vorgelegte Projekt zu einer Kirche so einzurichten, dass man auf dem neuen Marktplatz davon Gebrauch machen könne, worauf bei dem zu fertigenden Durchschnitt, bei welchem die Zimmer-Arbeit im Speciellen Detail anzugeben besonders Rücksicht zu nehmen seye«.[14] Es ist also am ehesten anzunehmen, dass Weinbrenner sich diesen Auftrag zu eigen machte.

Ab Herbst 1792 studierten Weinbrenner und Frommel gemeinsam in Rom. Beide kannten sich nun sicherlich persönlich, derweil getrennt gab jeder das »Café Greco« als seine Postadresse an, gerade den Ort, an dem sich seinerzeit die deutschen Maler und Poeten so gerne getroffen haben.[15] Gustav Frommel jedoch ereilte im Mai 1793 unerwartet ein schweres Schicksal, er bekam eine »gefährliche« Augenentzündung. In Mitleid erregenden Worten schilderte er dem Kammerpräsidenten seine ausweglose Situation: »Mit Unglück eröffnete sich meine mit hoffnungsvoller Aussicht gekrönt scheinende Laufbahn, elend und trostlos soll ich sie nun bald, sehr bald auf immer vollenden«. Die Ärzte hätten das Mögliche getan, doch er fürchte, er werde ganz erblinden. Noch im gleichen Monat beendete er sein Studium und machte sich zur Reise nach Hause auf.[16]

Friedrich Weinbrenner blieb noch in Rom und traf im Spätjahr 1797 wieder in Karlsruhe ein. Nach einer schriftlichen Bewerbung[17] kam er im Spätjahr 1797 im Rang eines Bauinspektors zum Bauamt[18], Amtsleiter Wilhelm Jeremias Müller stieg in den Rang eines Baudirektors auf. Weinbrenner muss jedoch schon früher von seinem beruflichen Glück gewusst haben, denn am 18. Oktober informierte er seinen Schwager Georg Arnold: »Vielleicht werde ich schon die andere Woche als hiesiger Hofarchitekt auftreten können. Ich freue mich dieses um so viel mehr, weil man mich, ohne dass ich etwas dazu beygetragen habe, dem Fischer und noch zwey andern Architekten, die vom Hundsrücken hierher kamen, und um meine Stelle gebuhlt haben, vorgezogen hat«.[19] Mit den beiden Herren aus dem Hunsrück konnten nur die zwei Brüder Frommel aus Birkenfeld gemeint sein: der ältere, ab 1786 im Bauamt tätige Landbaumeister Wilhelm und eben der jüngere, Gustav Frommel.

1798 indes legte Weinbrenner einen Entwurf für die Karlsruher Stadtmitte vor (Abb. 5), den er wahrscheinlich, zumindest in Teilen, bereits in Italien bearbeitet hatte.[20] Dieser General-Bauplan Weinbrenners wurde, nach seinem eigenen Bekunden, »zur Ausführung für allgemein gut gehalten«.[21] Nach mehr als 20 Jahren konnte somit Friedrich Weinbrenner als Erster und Einziger zur städtebaulichen Gestaltung der Stadtmitte eine angemessene Konzeption beitragen. Der Markgraf genehmigte den Entwurf im Dezember 1801[22], im gleichen Jahr, in dem Baudirektor Müller 76-jährig verstarb und Weinbrenner die Leitung des Bauamts übernahm.[23] Sein Plan galt fortan als die maßgebende Richtschnur für den Ausbau des Marktplatzes und zugleich für die als Via Triumphalis bezeichnete Karl-Friedrich-Straße. Damit erfüllte Weinbrenner aber zugleich den früheren, nicht erledigten Auftrag an das Bauamt, sich unter Einschluss der vorausgegangenen Planungsvorschläge gutachtlich zur Gestaltung des neuen Marktplatzes zu äußern, was trotz mehrmaliger Nachfrage unterblieben war.[24] Nun jedoch erinnerte der Fürst, neben Weinbrenner, auch »die übrigen membra [Mitarbeiter] des Bauamts […] an die ebenfallsige und zwar baldige Erstattung ihres Gutachtens«.[25]

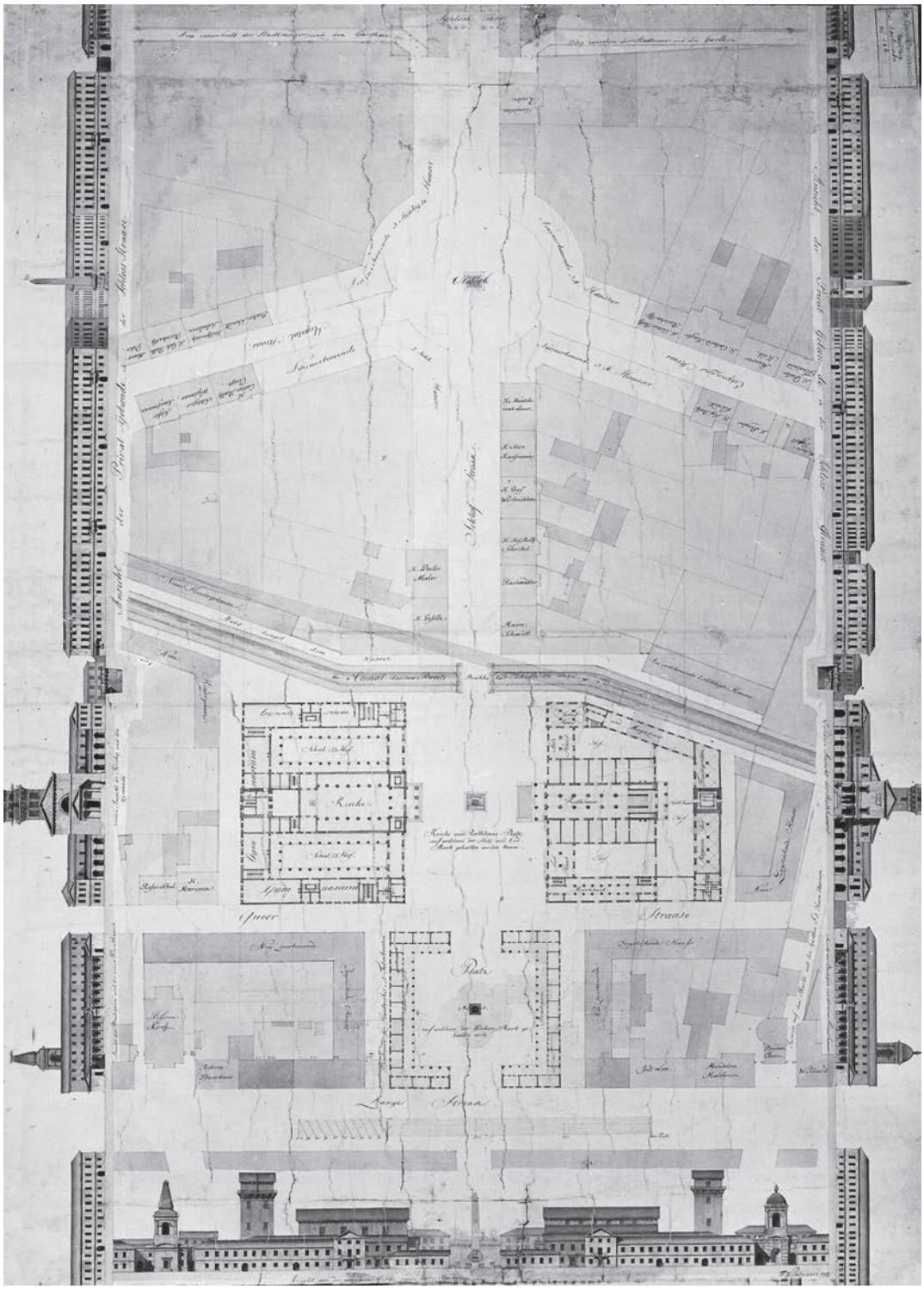


Abb. 5: Generalbauplan für die neue Karlsruher Stadtmitte von Friedrich Weinbrenner, 1797
(Generallandesarchiv Karlsruhe, G Karlsruhe 106)

Doch erneut kam das Bauamt der Aufforderung nicht nach. Das Gutachten von 1768[26] zum neuen Marktplatz hatte wahrlich viele Fragen offen gelassen, etwa solche zur künftigen Grundstückseinteilung für die geplanten Nutzungen, vor allem fehlte noch die Festlegung, wo genau die Kirche und das Rathaus stehen und welche Formen sie erhalten sollten. Die Baubeamten taten sich mit der Erledigung des fürstlichen Auftrags schon bisher schwer, und jetzt noch mehr, als Weinbrenner dem Bauamt angehörte. Es ist verständlich, dass besonders Baudirektor Müller sich nicht an einem neu eingestellten, jungen Mitarbeiter messen lassen wollte, den er wenige Jahre zuvor in seinem Gutachten über dessen aus Rom eingeschickten Rathaus-Entwurf noch abschätzig »einen der Civilbaukunst beflissenen Zimmer-Gesellen« genannt hatte.[27] Weiter standen dort kritische Sätze wie: Der junge Weinbrenner »befleißige sich, recht wiedernatürliche Sachen vor schön zu halten«, verwerfe »die ehemalige Architektur« und baue auf »eigene Sätze […], die von einer guten Proportion und von der wahren Schönheit abweichen«. Gerade Italien habe »die herrlichsten Gebäude und die besten Baumeister«. Bei Weinbrenner dagegen denke man eher an einen »Bezug auf den Babilonischen Turmbau und die Verwirrung der Sprache«. Müller war und blieb eben ein Mann des Barock. Die »selbst gewählten Systeme« Weinbrenners waren ihm ein Gräuel. Der Markgraf aber hatte seinerzeit zur Schlichtung einen klugen Kompromiss gewählt: Er gewährte Weinbrenner eine finanzielle Unterstützung, doch mit der Maßgabe verbunden, er müsse »vorzüglich nur die jetzt allgemein angenommenen Regeln der Baukunst zum Augenmerk nehmen und deren nützlichste Anwendung, daneben aber auch gute Muster der modernen Gebäude und des Altertums studieren«[28] – Weinbrenner sollte sich für altes wie für neues Bauen offen zeigen.

Sehen wir uns noch den Plan Weinbrenners von 1797 näher an (Abb. 5). Ganz offensichtlich hat er in seinen Entwurf zum neuen Marktplatz die tragenden Planungsgedanken aus dem »Hauptplan« der Schlossbau-Deputation von 1768 übernommen, alle Vorschläge, von denen sich der Markgraf früher bereits angetan gezeigt hatte, vornehmlich von der Gegenüberstellung der Evangelischen Stadtkirche und des Rathauses in Ost-West-Richtung.[29] Weinbrenner stellte nun die Kirche in Grundriss und Ansicht vor, ein rechteckiger, monumentaler Tempelbau nach römischem Vorbild, samt einer Vorhalle, nun mit vier statt der 1792 vorgeschlagenen acht korinthischen Säulen. Weinbrenner wollte das Wissen, das er sich in Italien angeeignet hatte, in die Praxis umsetzen. In seinem zweiten Generalplan von 1804 nahm er zudem einige Änderungen vor, etwa bei der Form des Turmdachs und bei der Eingangshalle der Kirche, die jetzt mit sechs Säulen ausgeführt werden sollte (Abb. 6). Bezeichnend hat Weinbrenner noch vor der Grundsteinlegung der Evangelischen Stadtkirche am 8. Juni 1807 den Großherzog höchstpersönlich entscheiden lassen, ob der Turm »vorderhalb der Kirche oder hinterhalb derselben errichtet werden sollte«, worauf Seine Königliche Hoheit »gnädigst decidirte, dass derselbe auf die hintere Seite der Kirche zu stehen kommen solle«.[30]

Im Ganzen können wir festhalten: Der von Weinbrenner konzipierte Karlsruher Marktplatz vereint stadträumliche Vorgaben aus der Zeit des Barock mit geplanter klassizistischer Architektur und gehört bis heute zu den herausragenden Vorbildern längst vergessener Stadtbaukunst. Arnold Tschira befand, der Marktplatz sei »mit seinen klar herausgeschnittenen kubischen Baumassen das

schönste Beispiel eines klassizistischen Platzes in Deutschland und in seiner Geschlossenheit eine der größten Leistungen des europäischen Städtebaus«.[31]

Doch die Bauausführung der neuen Evangelischen Kirche am Marktplatz benötigte ungewöhnlich viel Zeit. Verantwortlich dafür waren gewiss die Kriegsunruhen, am meisten jedoch der Geldmangel. Der Hof konnte nicht anders, als für den Bau der neuen Stadtkirche in großem Umfang Fremdmittel aufzunehmen.[32] Sparen und nochmals sparen war daher das Gebot der Stunde. Im letzten Drittel der Bauzeit der neuen Stadtkirche jedoch verschärfte sich dieser Zustand. Für Weinbrenner und das Bauen kam es dadurch zu enormen Problemen. Der Baumeister bemühte sich, die Kirche wie geplant möglichst werkgetreu zu Ende zu bauen, doch es blieb ihm nichts anderes übrig, als dabei der Not gehorchend harte Beschränkungen in Kauf zu nehmen. Wie schon bei der Errichtung des Markgräflichen Palais kam für Weinbrenner statt Stein nur eine behelfsmäßige Bauweise in Frage: Den Fries der Kirche wie auch die Kapitelle und Ornamente ließ er aus Gips, das Hauptgesims aus Stuck und Holz herstellen.[33]

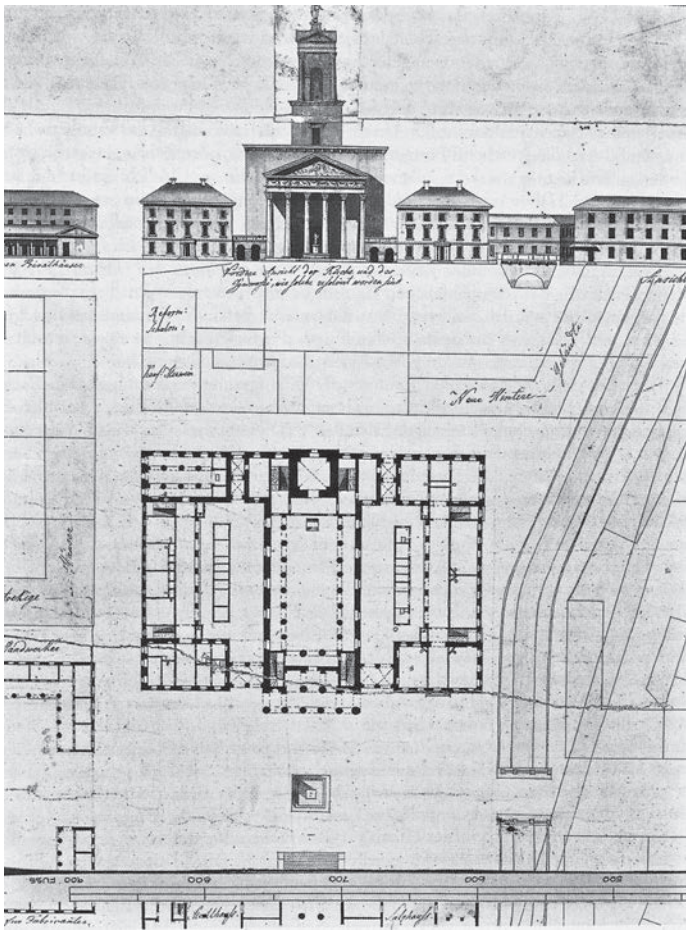


Abb. 6: Grundriss und westliche Ansicht der neuen Evangelischen Stadtkirche mit den seitlich angrenzenden Gymnasialbauten. Ausschnitt aus dem genehmigten Generalbauplan von 1804 (Generallandesarchiv Karlsruhe, G Karlsruhe 488)

Derweil gab es für Weinbrenner einschneidende Änderungen ganz anderer Art. Das 1813 verkündete Organisationsedikt[34] wies das Bauwesen dem Finanzministerium zu. Das Bauamt wurde aufgelöst, Weinbrenner musste sogar seine Stempel abgeben. Anstelle der bisherigen Baubehörde richtete man eine dreiköpfige Baukommission ein, die aus dem Oberbaudirektor und zwei Finanzbeamten bestehen sollte. Ihr Zweck und Auftrag bestand in »der Berichtigung der in den Bauplänen etwa noch wegzulassenden kostspieligsten Anordnungen«. Zu allem war einer der beiden Ministerialen, der Geheime Referendair Ludwig, dazu bestimmt, die Leitung zu

Abb. 7: Ansicht der Katholischen Stadtkirche St. Stephan mit ihrem Zusammenspiel von Kuppeldach und Turm (Stadtarchiv Karlsruhe 8/PBS XIII a 123/4)

übernehmen. Ein Finanzbeamter entschied also zuletzt über die Bauprojekte, im Übrigen auch über solche des Städtebaus.

Gekränkt und mit begründetem Unverständnis wandte sich Weinbrenner, der immerhin seit 16 Jahren die Geschicke des Bauwesens im Lande gelenkt hatte, am 30. November 1813 zunächst an die Großherzogliche Regierungs-Kommission.[35] Danach beschwerte er sich beim Finanzministerium selbst: »Um die Fortsetzung des neuen Lutherischen Kirchenbaues nicht aufzuhalten und ihn durch einen solchen widrigen Geschäftsgang […] nicht leiden zu lassen, muss ich um eine schleunige Beschlussfassung bitten […], indem ich die Leitung dieses Kirchenbaues mit dem besten Willen nicht mehr übernehmen kann«, ohnehin könne er mit dem Geheimen Referendair Ludwig »niemals mehr in meinem Fache wegen Baulichkeiten in eine Konferenz treten«.[36] Wenige Tage später traten die beiden Finanzbeamten von ihren Funktionen in der Baukommission zurück.[37] Seine Königliche Hoheit jedoch hatte ein Einsehen. Er entschied am 21. September 1814 über eine neue Zuordnung: Weinbrenner war künftig Kommissionsdirektor. Ihm beigegeben waren mit entscheidender Stimme die drei Baumeister aus dem früheren Bauamt, Wilhelm Frommel als Landbaumeister, Christian Theodor Fischer als Hofbaumeister und Heinrich Arnold als Stadtbaumeister, dem Finanzministerium erteilte er zugleich den Auftrag, »von Zeit zu Zeit […] dienstpolizeiliche Auf- und Nachsicht zu pflegen, ob die Geschäfte ihren gehörigen Gang gehen und keine Retardate vorhanden seyen«.[38]

Trotzdem konnte Weinbrenner das alles nicht so schnell vergessen, denn bereits zuvor hatte sich beim Bau der am 25. Dezember 1814 eingeweihten katholischen Kirche St. Stephan nicht wenig Ärger angesammelt. Streitbar zeigte sich dort der Kirchengemeinderat in Gestalt des Vorsitzenden, Staatsrat Caspar Oehl. Als das Bauwerk vollendet stand, schimpfte Weinbrenner, er habe »für seine viele Mühe bey diesem beschwerlichen Bauwesen nichts als Verdruss« erlebt, man »habe beynahe einen Jeden in meine artistischen Anordnungen einsprechen lassen«.[39] Hauptärgernis war der Turm, den er aus berechtigten kunsthistorischen Gründen – die Kirche war dem römischen Pantheon nachgebildet – bis zuletzt verhindern wollte (Abb. 7). Dann zeichnete er den Turm in den Plan und »vergaß« einfach die Treppen dorthin. Oehl allerdings gab nicht nach, hielt ihm grim-

Abb. 8: Evangelische Stadtkirche Karlsruhe, Innenraum-Perspektive, Zustand vor der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg (in: Erbacher, Suchet der Stadt Bestes, Einleitung)

Abb. 9: Ansicht der Evangelischen Stadtkirche am Marktplatz, um 1830 (Staatliche Kunsthalle Karlsruhe, Inv.-Nr. P.K. I 280a/90)

mig entgegen: »Eine katholische Kirche ohne Turm [für die Glocken] ist wie ein Rumpf ohne Kopf und keine Frage von einem chinesischen Gebäude, an welches Schellen gehängt zu werden pflegen«.[40]

Ähnlich ablehnend dachte Weinbrenner anfangs auch über den Turm der neuen Evangelischen Stadtkirche am Marktplatz, denn auf einen »Tempel« gehörte kein Turm. Doch hier war die Entscheidung schon 1768 gefallen, als Philippe de La Guêpière gemeinsam mit der Schlossbau-Deputation empfahl, sowohl das Rathaus als auch die Kirche mit einem Turm zu versehen.[41] Im Nachhinein müssen wir heute froh darüber sein, denn ohne die beiden den Schlossturm ergänzenden Türme am Marktplatz und den Kirchturm St. Stephan hätte die Stadtkrone Karlsruhes erheblich an Vielfalt und Anziehungskraft eingebüßt.[42]

Zum Schluss ist noch über ein grundsätzliches Thema zu sprechen. In einer Schrift aus dem Jahr 1815, also verfasst im hundertsten Jubiläumsjahr der Gründung von Karlsruhe und kurz vor Vollendung der Stadtkirche am Marktplatz, finden wir eine Anmerkung, die Weinbrenner sicherlich nicht gerne gelesen hat[43]: Das evangelische Kirchengebäude erschien dem Verfasser nämlich für den katholischen und das katholische für den evangelischen Gottesdienst angemessener (Abb. 8): »Der protestantische Cultus bestehet in Gesang und Reden. Der Prediger wird auf der in der Mitte angebrachten Kanzel der neuen katholischen Kirche leichter sprechen, die Religionsgemeinde ihn besser verstehen und stets vor Augen haben. Dagegen wäre die neue protestantische Kirche, wie mir scheint, mehr für den katholischen Gottesdienst geeignet. Da würde sich das Feyerliche der Ceremonien im Hintergrunde erhabener zeigen und die ganze Gemeinde die Opfer der Priester etwas mehr entfernt perspektivisch beobachten;

Abb. 10: Perspektivische Ansicht Marktplatz Karlsruhe, um 1830 (Stadtarchiv Karlsruhe 8 PBS oX III b 184)

auch würden die in dem katholischen Gottesdienst nicht so häufige und kürzere Zeit dauernden geistlichen Reden dem Prediger in einer langen Kirche minder beschwerlich werden«. Weinbrenner hat sich auf diesen allgemeinen Einspruch nicht weiter eingelassen. Dafür erklärte er später eigens die Planungsgedanken, die ihn bei der Wahl der Formen für die lutherische und katholische Kirche in Karlsruhe bewogen haben: Er habe zwar »bei der ersteren die alten länglichen Tempel oder Basiliken und bei der anderen die runde Form des Pantheons im Auge gehabt, aber keineswegs jene Gebäude […] kopiert, indem sich jene Formen für den hier eingeführten Ritus durchaus nicht eignen, und ungefähr aussehen würden, wie Saul unter den Propheten«.[44]

Am 2. Juni, am Pfingstsonntag des überaus ereignisreichen Jahres 1816 jedenfalls, nach neun langen Jahren des Wartens, konnte bei Orgelspiel, Gesang, Predigt und Gebet sowie dem dröhnenden »Donner der Kanonen« beim Te Deum die neue Evangelische Hauptkirche von Karlsruhe eingeweiht werden (Abb. 9).[45] Gleichwohl nochmals zehn Jahre gingen ins Land, bis sich die beiden Monumentalbauten vollendet gegenüberstanden, bis der Marktplatz zusammen mit Rathaus und Pyramide sein geplantes Aussehen erhielt (Abb. 10). Weinbrenner indes war der Evangelischen Stadtkirche besonders verbunden, er schrieb einmal, der Bau dieser Kirche liege ihm »wie ein Kind am Herzen«.[46] Dort in der Krypta hat er denn auch seine letzte Ruhestätte gefunden. Zum Gedenken an den großen Baumeister wurde vor vielen Jahren im Boden der Vorhalle der Kirche, genau über seinem Sarkophag, eine Steinplatte mit seinem Namen eingelassen, auf die fortwährend der Lichtstrahl einer eigens installierten Leuchte fällt.

Anmerkungen

1 GLAK 206/506, Brief an den Markgrafen vom 28. Juni 1798. Weinbrenner war bei seiner Studienreise über Wien, Prag und Dresden im Spätjahr 1791 in Berlin angekommen.

2 Friedrich Weinbrenner, Denkwürdigkeiten. Arthur von Schneider (Hg.), Karlsruhe 1958, S. 47.

3 Die Entwürfe sind wahrscheinlich zwischen Ende Februar und Anfang Mai 1792 entstanden. Einzelne Blätter abgebildet bei: Arthur Valdenaire, Friedrich Weinbrenner, sein Leben und seine Werke, 2. Aufl. 1926, S. 12–14, 21 f.; Wulf Schirmer, Erste Lehrjahre, in: Friedrich Weinbrenner 1766–1826, Ausstellung des Instituts für Baugeschichte an der Universität Karlsruhe, Staatliche Kunsthalle Karlsruhe, Katalog Karlsruhe 1977,

S. 20–23; ders., Die Berliner Kirchenentwürfe von Friedrich Weinbrenner, in: Berichte der Koldewey-Gesellschaft 1978, erschienen 1980, S. 104/105.

4 Das Original ist verschollen. Abgebildet bei: Valdenaire (wie Anm. 3) S. 15; Klaus Lankheit, Friedrich Weinbrenner und der Denkmalskult um 1800. Basel 1979, S. 71; Wulf Schirmer, Die Karlsruher Stadtmitte, in: Planstädte der Neuzeit, Ausstellung im Badischen Landesmuseum 1990, Aufsatzband Karlsruhe 1990, S. 323. Das Blatt ist nicht signiert.

5 Gottfried Leiber, Weinbrenners städtebauliches Schaffen für Karlsruhe, T. 1: Die barocke Stadtplanung und die ersten klassizistischen Entwürfe Weinbrenners. Veröffentlichungen des Instituts für Baugeschichte der Universität Karlsruhe, Friedrich Weinbrenner und die Weinbrenner-Schule, Wulf Schirmer (Hg.), T. II, Karlsruhe 1996, Abb. S. 162, 165 und 167.

6 GLAK 76/2500, Vorlage der Rentkammer vom 2. Dezember 1788: »Der Mangel an geschickten und brauchbaren Subjekten in dem wichtigen Fache der Baukunst macht es notwendig, darauf zu denken, solche zum Höchsten Dienst Serenissimi nachzuziehen […]. An dem Gustav Frommel glaube man ein solches Subjekt gefunden zu haben«, ihn zu unterstützen sei wohl gerechtfertigt, gleichfalls ihn »noch einige Jahre lang auf Reisen zu senden, um seine Kenntnisse in der Baukunst noch mehr zu erweitern«.

7 GLAK 76/2500, Erwähnung im Protokoll vom 16. Oktober 1788 und im Brief Frommels an den Markgrafen vom 10. März 1791 (GLAK 76/2499).

8 Ebd. , Beschluss Serenissimi vom 14. Juni 1791.

9 GLAK 76/2500, Brief Frommels an den Kammerpräsidenten von Gayling vom 27. November 1791.

10 In den römischen Tagebüchern des Architekten Heinrich Gentz ist der Name Gustav Frommel eigens aufgeführt (frdl. Mitteilung von Michael Bollé, Berlin). Gentz weilte auf königliche Kosten in Rom und kehrte 1794 nach Berlin zurück.

11 GLAK 76/2500, Schreiben Frommels an von Gayling vom 23. Januar 1792.

12 Ebd. Die beiden im Protokoll der Rentkammer vom 20. März 1792 als »Risse« bezeichneten Pläne sind verschollen.

13 Dies kann auch die unterschiedliche Bezeichnung der Grabstätte bestätigen. Abb. 4 zeigt, wie im Brief Frommels beschrieben, einen Sarkophag, Weinbrenner dagegen benennt diese Stelle (Abb. 1) mit »Gruft«.

14 GLAK 76/2499.

15 Dazu allgemein: Friedrich Noack, Das Deutschtum in Rom. Berlin und Leipzig 1927.

16 GLAK 76/2500, Mitteilung des Kupferstechers Gmelin vom 17. April 1793 an den Kammerpräsidenten. Während der Rückreise stellte sich bei Frommel in Augsburg auch noch eine Lungenentzündung ein (ebd., Brief vom 23. August 1793). Nach seiner Genesung legte Frommel in Karlsruhe »einen angefangenen Plan zu einem künftigen Rathaus in Karlsruhe« vor (ebd., Promemoria vom 14. Januar 1794).

17 GLAK 206/951, Brief an den Markgrafen vom 4. Oktober 1797. Weinbrenner schreibt, es sei »seine erste Pflicht, seine geringen Dienste anzubieten und um eine angemessene Anstellung in meinem Vaterlande zu bitten«.

18 Ebd., Signatur vom 8. November 1797.

19 Friedrich Weinbrenner, Briefe und Aufsätze, Arthur Valdenaire (Hg.), Karlsruhe 1916, S. 103. Weinbrenner erfuhr allerdings großzügige Förderung durch einflussreiche Personen, nachweislich durch seinen »großen Protector« Minister Wilhelm Freiherr von Edelsheim (wie Anm. 2, S. 31), und ebenso nach dessen Tod 1793 durch seinen »väterlichen Freund«, Pagenhofmeister Johann Jacob Lux (wie Anm. 2, S. 25), vor allem aber durch die Reichsgräfin von Hochberg. Anlässlich ihres Ablebens schrieb Weinbrenner am 2. August 1820 an Johann Ludwig Klüber, er »habe an ihr eine wahre Freundin verloren, welche an Allem Anteil nahm, was mich anging«, zit. bei: Fritz Hirsch, Der Fall Leonelli und einige baukünstlerische Gegenstände, Karlsruhe 1931, S. 7. Gustav Frommel dagegen fand fortwährend »hohe Gnade und Protection« durch den Präsidenten der Rentkammer, Freiherr Heinrich Gayling von Altheim, an den er den Brief mit der »Skizze« (Abb. 4) adressiert hat (wie Anm. 11).

20 Wulf Schirmer vermutete wegen des frühen Datums der Vorlage, dass Weinbrenner »vieles davon in den zurückliegenden Jahren in Berlin und Rom erdacht und manches auch wohl als Konzept niedergelegt hatte«, Weinbrenner 1977 (wie Anm. 3) S. 98. Vielleicht handelte es sich gar um »den Plan zu einer Stadt mit allen dazu gehörigen öffentlichen Gebäuden«, den Weinbrenner später in seinen Denkwürdigkeiten erwähnt hat (wie Anm. 2) S. 77.

21 Weinbrenner (wie Anm. 1).

22 GLAK 206/503. Die von Weinbrenner im nördlichen Teil des Marktplatzes geplanten »Boutiquen« sowie die geplante Verlegung des Landgrabens nahm der Markgraf namentlich von der Genehmigung aus.
23 GLAK 206/951. Schriftliche Zusage an Weinbrenner, dass er »nach dem dereinst erfolgenden Ableben Unseres Bau-Directors Müller in deren Stelle vorrücken wird« (Rentkammer-Protokoll vom 28. Januar 1801). Nach dem Tod Müllers am 19. April 1801 wurde Weinbrenner am 8. Juni 1801 zum Baudirektor ernannt.
24 GLAK 206/503. Das Geheime Kabinett erinnert bereits am 22. September 1791 das Bauamt an die Erledigung des erteilten Auftrags, sich »gutächtlich zum neuen Marktplatz zu äußern«.
25 GLAK 206/506, Aufforderung der Rentkammer vom 4. Juli 1798, zwei Monate nach der Entscheidung zu Gunsten der Planung Weinbrenners.
26 GLAK 206/34, Ausgefertigte Fassung des Gutachtens der Schlossbau-Deputation vom 11. Oktober 1768.
27 GLAK 206/951, Bezeichnung im Betreff des an den Markgrafen gesandten Gutachtens des Bauamts vom 16. März 1795.
28 Ebd., Entscheidung vom 30. April 1795.
29 GLAK 206/24, Erwähnung in den Notizen des Geheimrats Johann Jacob Reinhardt über sein am 24. November 1768 geführtes Gespräch mit dem Markgrafen über das Gutachten der Schlossbau-Deputation von 1768. Zum Rathaus Valdenaire 1926 (Anm. 3) S. 233–251, zur Evangelischen Stadtkirche siehe Erbacher (Anm. 30).
30 Gottfried Leiber, Carl Friedrich und die Planungen Friedrich Weinbrenners, in: Badische Heimat, Juni 2011, S. 227. Zum Bau der neuen Evangelischen Stadtkirche, besonders zu den Geschehnissen im Jahr 1807, ausführlich bei: Hermann Erbacher (Hg.), Suchet der Stadt Bestes. Festschrift der Evangelischen Kirchengemeinde Karlsruhe zum Stadtjubiläum 1715–1965, Karlsruhe 1966, S. 44–50.
31 Arnold Tschira, in: Kunst des Abendlandes, IV. Teil, Neuzeit II, Die deutsche Stadt der Neuzeit, Städte des 17. und 18. Jahrhunderts, Karlsruhe 1963, S. 191.
32 Valdenaire 1926 (wie Anm. 3) S. 270; Fritz Hirsch, 100 Jahre Bauen und Schauen, T. 1, Karlsruhe 1928, S. 42 f.
33 Valdenaire 1926 (wie Anm. 3) S. 273 f.; Manfred Klinkott, Friedrich Weinbrenners Monumentalbauten in Karlsruhe, Harmonie und Dissonanzen im Werk des »Klassizisten«, in: Weinbrenner (wie Anm. 3), S. 63; Hirsch (wie Anm. 32) S. 81 ff.
34 GLAK 237/10200 u. 60/411, Edikt vom 21. Juli 1812, verkündet am 7. April 1813.
35 GLAK 237/11200.
36 Schreiben vom 30. August 1814, zit. nach Hirsch (wie Anm. 32) S. 94 f. Weinbrenner beklagt die vielfachen »Anmaßungen und Beleidigungen« durch Ludwig. Der habe die bauamtlichen Dienstsiegel sogar ausschleifen lassen.
37 GLAK 237/11200, gemeinsame Erklärung vom 7. September 1814.
38 GLAK 60/411. Beschluss aus dem Geheimen Kabinett.
39 Gottfried Leiber, Friedrich Weinbrenner und die Kirche St. Stephan in Karlsruhe, in: Badische Heimat 2/2008, S. 214.
40 Ebd., S. 207 f.
41 Gutachten zur Stadterweiterung (wie Anm. 26), Artikel § VI.
42 Klinkott (wie Anm. 33) S. 64.
43 Theodor Hartleben, Statistisches Gemälde der Residenzstadt Karlsruhe und seiner Umgebungen, Karlsruhe 1815. S, 65 f.; Dazu auch: Arthur Valdenaire 1926 (wie Anm. 3) S. 271 ff.
44 [F. Wbr.], Bemerkungen des Baumeisters zur Kritik eines Miniatur-Malers über einige baukünstlerische Gegenstände, Karlsruhe 1817, S. 14.
45 Valdenaire 1926 (wie Anm. 3) S. 271.
46 Wie Anm. 36.

Anschrift des Autors:
Dr. Gottfried Leiber
Leibnizstraße 5
76137 Karlsruhe

Privat finanzierter Autobahn-Marathon im badischen Rheintal

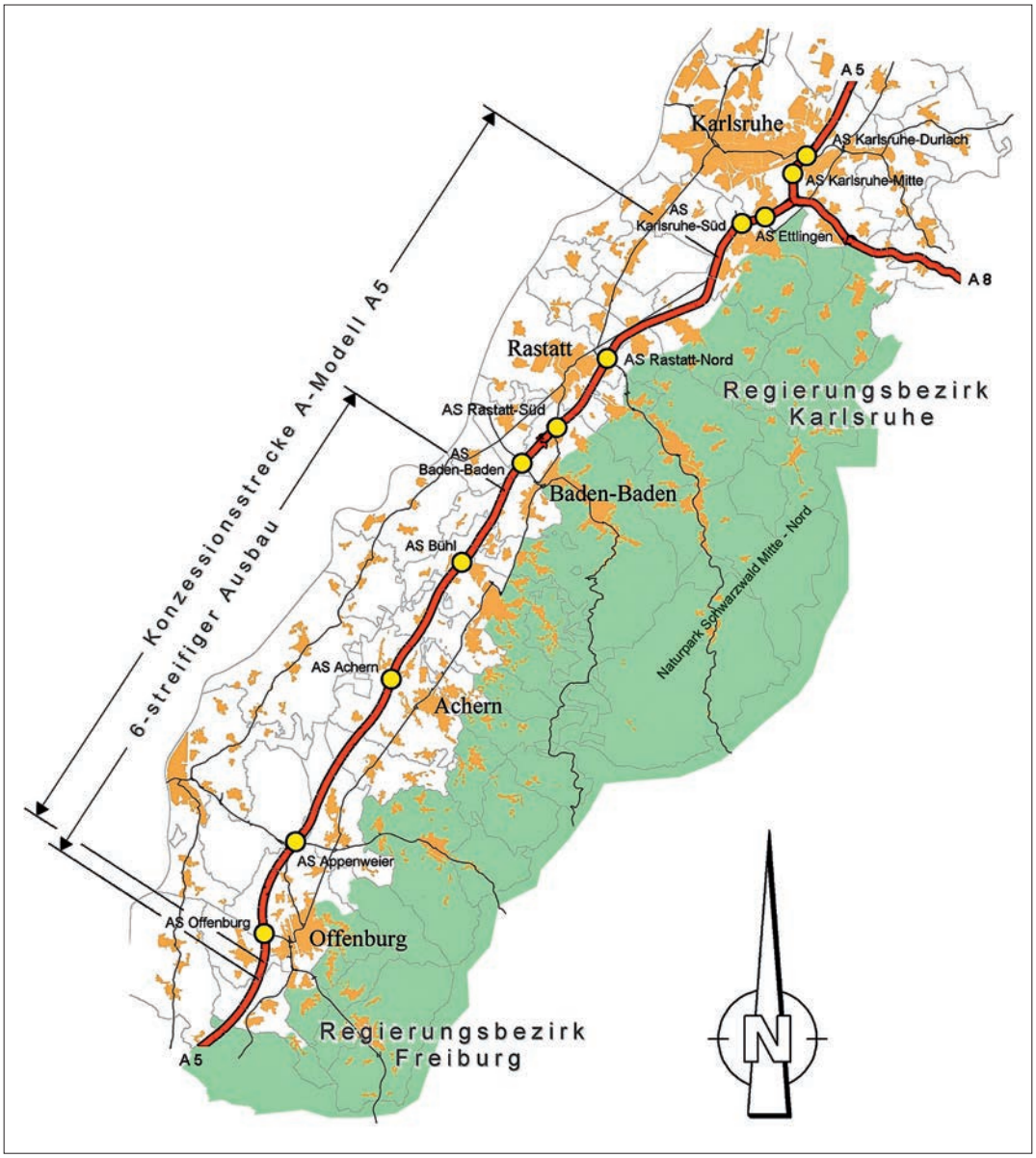
Eines der größten Straßenprojekte in Baden: Die A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg wurde als »A-Modell« von einem Konzessionär auf sechs Spuren ausgebaut

Gero Morlock

Ein gut 40 km langes Teilstück der Autobahn A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg wird von einem Konzessionär privat finanziert auf sechs Spuren ausgebaut und 30 Jahre lang betrieben. Die Kosten belaufen sich auf rund 850 Mio. Euro – es ist damit eines der größten jemals realisierten Straßenprojekte in Baden. In dem Beitrag werden sowohl die Vorbereitung, Planung und der Bauvollzug dieser einmaligen Maßnahme im badischen Rheintal beschrieben als auch einige Hintergründe solcher privat finanzierten Straßenbauprojekte beleuchtet und aufgezeigt, wie komplex und auch umstritten all diese Modelle sind.

Eine öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) oder public-private Partnership (PPP), so schreibt Wikipedia[1], ist eine vertragliche Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privatrechtlich organisierten Unternehmen (Bauwirtschaft, Kreditinstitute, Privatgefängnisse usw.), bei der für bestimmte Aufgaben die notwendigen Ressourcen (Fachwissen, Kapital und Personal) in ein gemeinsames Projekt eingebracht und die Aufgaben entsprechend den besonderen Fähigkeiten der Partner verteilt werden. Und etwas weiter im Text wird das »Konzessionsmodell« beschrieben: Ein privater Auftragnehmer verpflichtet sich, z. B. ein Gebäude oder eine Straße für die öffentliche Hand zu planen, zu errichten und zu betreiben (Baukonzession) und/oder bestimmte Dienstleistungen gegenüber den Nutzern zu erbringen (Dienstleistungskonzession). Er finanziert sich unmittelbar bei den Nutzern (Nutzungsentgelte wie z. B. Eintrittsgebühren, Tunnelmaut, Parkgebühren o. ä.). Zusätzlich können von der öffentlichen Hand weitere Zahlungen erfolgen, z. B. eine Anschubfinanzierung.

Mit diesen Definitionen ist ziemlich genau beschrieben, was sich in den letzten Jahren auf der großen europäischen Autobahn-Magistrale A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg abgespielt hat: Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Land Baden-Württemberg und administrativ handelnd durch die Regierungspräsidien Karlsruhe und Freiburg, hat dort nämlich einen privaten Konzessionär damit beauftragt, nach den Rahmenvorgaben einer technischen Leistungsbeschreibung und mit weitgehender Dispositionsfreiheit rund 41,5 km der Autobahn – also ziemlich genau die Strecke eines olympischen Marathonlaufs – von vier auf



Übersichtsplan über die Konzessionsstrecke des A-Modells A 5 mit dem 6-streifigen Ausbau der Autobahn zwischen Baden-Baden und Offenburg

sechs Spuren auszubauen[2]. Außerdem soll der Konzessionär auf einer erweiterten Strecke von insgesamt ca. 60 km Länge (inklusive der bereits ausgebauten Strecke von Malsch nach Baden-Baden) 30 Jahre lang die Erhaltung und den Betriebsdienst übernehmen.

Neben einer Anschubfinanzierung bekommt der Konzessionär dafür die anfallenden Gelder aus der dort erhobenen LKW-Maut. Bei alledem bleibt der Bund (Grundstücks-)eigentümer der Autobahn und gesetzlicher Baulastträger. In der

Theorie also eigentlich eine ganz einfache Sache.

Praktisch waren an dem Projekt ziemlich genau zehn Jahre lang Hunderte Gutachter und Projektmanager, Juristen und Vertragsspezialisten, Banker und Finanzexperten, Ingenieure für Straßen-, Verkehrs-, Brücken-, Wasser- und Grünplanung sowie Grunderwerber und Notare, Kaufleute und Controller, Brücken- und Straßenbauingenieure, Statiker und Bodenmechaniker, Techniker und Konstrukteure, Autobahnmeister und Straßenwärter, Kampfmittelbeseitiger, Verkehrspolizisten, Bauarbeiter, Sicherheitskräfte, Fahrer, Helfer und Zulieferer beschäftigt. Außerdem waren dutzende von Genehmigungsbehörden mit ihren diversen Spezialisten involviert.

Und um eine Ahnung zu vermitteln, wie komplex das Geflecht des französisch dominierten Konzessionärs mit all seinen ausführenden Firmen ist, hier der Versuch einer übersichtlichen Beschreibung: Konzessionsnehmer ist die eigens dafür gegründete Via Solutions Südwest GmbH & Co. KG (VSS)[3], deren Gesellschafter die drei zum großen Teil weltweit operierenden Unternehmen Vinci Concessions (Frankreich), Kirchhoff (Deutschland) und die Investmentgesellschaft Meridiam Infrastructure (Frankreich) sind. Als Muttergesellschaft von Kirchhoff wirkt beim Konzessionsnehmer intern auch die Firma Strabag SE mit. Ihren Sitz hat die VSS in Bühl-Oberbruch westlich der Autobahn-Anschlussstelle Bühl bezogen. Für den eigentlichen Ausbau der A 5 auf sechs Spuren wurde von der VSS eine Bau-Arbeitsgemeinschaft (BauArge VCS A 5) mit der operativen Abwicklung beauftragt, deren Sitz ebenfalls in Bühl ist, allerdings auf der anderen Seite östlich der Autobahn. Sie setzt sich zusammen aus den Firmen Eurovia Deutschland (Tochtergesellschaft von Vinci), Kirchhoff (Tochtergesellschaft von Strabag SE) sowie der einheimischen Reif Bauunternehmung GmbH & Co. KG mit Sitz in Rastatt. Im Ingenieurbau (also hauptsächlich Brücken, Unterführungen und Stützbauwerke) war neben Eurovia auch die Firma Züblin tätig. Für die umfangreichen Planungsarbeiten zeichnete federführend die Ingenieurgemeinschaft Setzpfandt und Partner GmbH & Co. KG mit Sitz in Weimar verantwortlich, die wiederum zahlreiche Planungsbüros als Subunternehmer beschäftigt hat. Wahrlich ein Fest für jeden Projektmanager oder Controller!

Die Arbeiten gingen zügig voran und der vorgesehene Zeitplan wurde zunächst deutlich unterschritten. Nicht erst im Herbst 2014, wie vertraglich vereinbart, sondern bereits ein volles Jahr früher werde man mit allen Bauarbeiten fertig sein, so kündigte der Konzessionär monatelang und etwas vollmundig das erfreuliche Ziel des Marathon-Projektes an[4] und man suchte auch schon nach einer großen Festhalle für die geplante Einweihungsfeier im Dezember 2013. Doch kurz vor dieser Ziellinie gab es bei einer Pressekonferenz im November 2013 lange Gesichter bei der Via Solutions Südwest: Dem Unternehmen droht, so die Botschaft von Geschäftsführer Arnaud Judet, die Puste auszugehen.[5] Aus »finanziellen Gründen« soll ein letzter, nur noch rund 2,8 km langer Abschnitt im sog. »Baulos 8« bei der Kinzigbrücke zwischen Offenburg und Appenweier vorläufig ausgeklammert und erst im September 2014 fertiggestellt werden. Ernüchterung und Kopfschütteln bei allen Beteiligten[6] sowie die juristisch knifflige Frage, ob man eine praktisch fertig gebaute Autobahn trotz angeblichen Geldmangels oder vermuteter steuerlicher Gründe[7] nicht dennoch vollends eröffnen kann und muss – auch wenn im Konzessionsvertrag das Fertigstellungsdatum 30. September 2014 vereinbart worden ist.[8]

Via Solutions beklagte, dass wegen der Wirtschaftskrise und der im Elsass zeitlich

aufgeschobenen Lastwagen-Maut viel weniger LKW über die deutsche Autobahn fahren würden als ursprünglich angenommen und das Geld deshalb angeblich nur noch für den laufenden Betrieb, nicht aber für die restlichen Bauarbeiten zur Verfügung stehen würde. Unter dem Vorsitz eines Richters am Oberlandesgericht in Karlsruhe wurde ein Schiedsverfahren eingeleitet, Autofahrer und Öffentlichkeit reagierten genervt und der Ton wurde rauer. Da solche Engstellen auf der Autobahn als gefährlich und stauanfällig gelten, hat das Land den privaten Betreiber der Autobahn schließlich ultimativ aufgefordert, »bis Ostern 2014« die letzten Bauarbeiten abzuschließen und auch diesen letzten Abschnitt für den Verkehr freizugeben. Sonst würde man sich vorbehalten, die für die letzte Verkehrsumlegung erforderlichen Bauarbeiten durch Ersatzvornahme selbst durchzuführen[9] – eine Drohung, die Wasser auf die Mühlen der ÖPP-Skeptiker war und für ein großes Medieninteresse sorgte.

»Vor dem Hintergrund der Abstimmungen mit unseren finanzierenden Banken sind wir bereit, den Forderungen des Regierungspräsidiums zu entsprechen«, so verlautbarte der Konzessionär dann Ende März, legte die restlich verbliebenen Baustellen-Spuren auf die längst fertiggestellte Autobahnseite um und nahm auch den Rastplatz Waldmatten in Betrieb. Dabei »geht die Via Solutions Südwest davon aus, dass die hieraus entstehenden Mehrkosten (zusätzliche Baustelleneinrichtungen, Räumungskosten sowie zusätzliche Verkehrssicherungsmaßnahmen) vom Konzessionsgeber getragen werden«[10], was einmal mehr zu vertragsrechtlichen Diskussionen führte. Schließlich blieb in diesem letzten Bauabschnitt monatelang die jeweils fertige, linke Fahrspur am Mittelstreifen gesperrt und die zulässige Geschwindigkeit wegen der angeblich doch noch nicht ganz fertigen Arbeiten begrenzt, was die staatlichen Auftraggeber wenig amüsierte.

Der wirkliche Grund für diese sonderbare Hinhaltetaktik des Konsortiums blieb bis zuletzt im Dunkeln. »Auch wir bekommen keinen Einblick« und »es ist für uns schwierig, hinter die Kulisse zu sehen«, so sagte Gerald Schmidt, Projektleiter beim Regierungspräsidium Freiburg, bei einer Kreistagssitzung in Offenburg. Es gebe viele Spekulationen, die er nicht weiter befeuern wolle. Zwischen den Zeilen wurde aber deutlich: Die Verhandlungen mit dem von drei Großkonzernen getragenen Konzessionär waren offenbar alles andere als erbaulich.[11]

Alle Um- und Ausbaumaßnahmen auf der gesamten 6-spurigen Ausbaustrecke wurden schließlich abgeschlossen, die restlichen Absperrungen weggeräumt und am 17.7.2014 lautlos, unspektakulär und mit einer dünnen Pressemitteilung des Konzessionärs für den Verkehr freigegeben.[12] Ungewöhnlicherweise und für alle Beteiligten nicht nachvollziehbar wurde der Bauvollzug trotz einiger Anläufe schließlich nicht einmal mehr offiziell gefeiert und die eigens hierfür gedruckte Broschüre[13] verstaubt bis heute in irgendwelchen Archiven. Man fühlt sich erinnert an die lieblose Einweihung der ebenfalls sonderfinanzierten B 31 östlich von Freiburg, als sich die hohe Politik bezüglich eines offiziellen Festakts ebenfalls erstaunlich stark zurückhielt – auch dieses millionenschwere Straßenprojekt des Bundes wurde damals ohne jegliches Tamtam und nur mit einem kleinen Autokorso vom örtlich zuständigen Regierungspräsidenten freigegeben.

Was bedeuten »A-Modell« und »F-Modell«?

Die Finanzausstattung des Bundesfernstraßenhaushalts reicht schon seit vielen Jahren

Einfahrt in den Warnow-Tunnel bei Rostock in Mecklenburg-Vorpommern, dem ersten privat finanzierten Fernstraßenbauprojekt Deutschlands: 3,50 Euro in bar kostet es im Sommer für einen PKW, diese Straßenabkürzung unter der Warnow kurz vor der Mündung in die Ostsee hindurch zu benutzen, im Winter 2,80 Euro

nicht mehr aus, um den notwendigen Ausbau der deutschen Autobahnen zeitnah realisieren zu können. Unter den gegebenen Randbedingungen mussten daher neue Finanzierungswege gefunden werden, insbesondere die Einbindung von Mauteinnahmen und Privatkapital.[14] Vorreiter für solche Modelle war Großbritannien mit seiner Privatisierungswelle in den 80er Jahren, auch Frankreich ist in großem Stil eingestiegen und galt zeitweise als ÖPP-Marktführer in Europa. In Deutschland war im Zusammenhang mit dem Ausbau von Bundesautobahnen in der parlamentarischen Diskussion Ende der 1990er Jahre hauptsächlich die Rede vom »A-Modell« und vom »F-Modell«.[15] Dabei steht das **A**-Modell für einen »(mehrstreifigen) **A**usbau der Autobahn« – vereinfacht gesagt erhält ein privates Unternehmen eine Konzession mit der Verpflichtung, auf eigene Kosten eine vorher festgelegte Anzahl von Fahrstreifen an einen bestehenden Autobahnabschnitt anzubauen. Während der vertraglichen Laufzeit von meistens 30 Jahren hat der Private die Konzessionsstrecke zudem zu erhalten (z. B. Fahrbahndecken, Bauwerke etc.) und zu betreiben (Grün- und Gehölzpflege, Müllentsorgung/Reinigung, Winterdienst etc.). Am Ende der Laufzeit gibt der Private die Strecke in einem vorab vertraglich festgelegten Zustand an den Bund zurück.

Als Entgelt erhält der Private aus dem Bundeshaushalt über die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG, Sitz in Berlin)[16] die gesamten oder einen Teil der auf seiner Konzessionsstrecke eingenommenen LKW-Mauteinnahmen, die über 12 Tonnen schwere LKWs dort in dieser Zeit entrichten müssen. Dazu gegebenenfalls eine Anschubfinanzierung, deren Höhe im Rahmen eines Vergabeverfahrens dem Wettbewerb unterliegt. Mit dem 1994 verabschiedeten Fernstraßenprivatfinanzierungsgesetz (auch die Abkürzung liest sich sperrig: »FStrPrivFinG«) sowie mit der Einführung einer streckenbezogenen LKW-Maut auf deutschen Autobahnen ab Januar 2005 wurde es möglich, solche Betreibermodelle auch in Deutschland umzusetzen. Weil der Betreiber die Maut nur indirekt (also über theoretische Berechnungen) erhält, spricht man auch von einer »Schattenmaut«.

Beim **F**-Modell handelt es sich um ein **F**inanzierungsmodell. Dabei soll ebenfalls ein privater Betreiber eine neue Autobahnstrecke bauen und diese vor Ort mit tatsächlichen Maut-Einnahmestellen à la Frankreich oder Italien selbst finanzieren. Das Modell ist bisher auf den Bau von Brücken, Tunnel und Gebirgspässen sowie von mehrstreifigen Bundesfernstraßen beschränkt. In Baden-Württemberg war eine solche moderne und schnelle neue Autobahnverbindung im Zuge der A 8 zwischen Stuttgart und Ulm vorgesehen. Da dort jedoch die alte Fahrbahn als alternative Fahrstrecke hätte verbleiben sollen,

hat sich letztlich kein Investor gefunden und das Projekt kam nicht zustande.

Dabei war man wohl gewarnt von den schlechten Erfahrungen beim Warnow-Tunnel in der Nähe von Rostock, dem ersten privatwirtschaftlich finanzierten und betriebenen F-Modell-Fernstraßenbauprojekt Deutschlands, das im September 2003 unter Verkehr genommen wurde. Von Beginn an blieb die Nutzung des dortigen Tunnels weit hinter den Erwartungen zurück und die prognostizierten Verkehrsströme sind an den eigens dafür errichteten Mautstationen nie angekommen.[17] Das zweite Projekt, das ebenfalls nur schwer in Gang kam, war der Herrentunnel in Lübeck (Eröffnung 2005). Der ADAC hält daher zumindest diese beiden Projekte für gescheitert[18].

Ein weiteres ÖPP-Projekt der ersten Stunde wurde mit der neuen Strelasundquerung als Verbindung zwischen dem Festland und der Insel Rügen ausgeschrieben. Die Ausschreibung musste jedoch aufgehoben werden, weil kein verwertbares Angebot eingegangen war. Daraufhin wurde die Strelasundbrücke konventionell (also vom Staat) realisiert. Sie wurde Ende des Jahres 2007 für den Verkehr freigegeben.

Bei einem anderen, aktuellen ÖPP-Projekt, dem Ausbau der Autobahn A 7 zwischen Hannover und Kassel im Abschnitt Seesen – Nörten/Hardenberg, ist der niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrsminister Olaf Lies überhaupt nicht von den Privatisierungsplänen überzeugt und rechnet vor, dass der Ausbau mit ÖPP rund 13 Mio. Euro teurer werden würde als die konventionelle Variante: »Das macht überhaupt keinen Sinn, das ist Steuerverschwendung!« Seine Argumente werden vom Bundesrechnungshof bestätigt: Dieser stellte nach eingehender Prüfung fest, dass dort sogar bis zu 25 Mio. Euro eingespart werden könnten, wenn der Bund das Projekt in konventioneller Bauweise selbst realisieren würde.[19]

Trotz dieser Rückschläge blieb der Bundesverkehrsminister optimistisch und bilanzierte in einem ersten Erfahrungsbericht im Jahr 2007, dass »die in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegene Zahl von ÖPP-Projekten zeigt, dass ÖPP in Deutschland den Durchbruch geschafft hat […]. In nahezu sämtlichen Anwendungssektoren finden sich bereits heute ÖPP-Strukturen […]. Das Potenzial von ÖPP in Deutschland ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft […].«[20] ÖPP-Kritiker seien »Bedenkenträger und Nörgler«, so grantelte Peter Ramsauer bei der Einweihung des letzten in seiner Amtszeit mit ÖPP fertiggestellten Autobahnabschnitts in der Nähe von Augsburg.

Der Präsident des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung sieht das freilich ganz anders und hat nach einem fast zeitgleich erstellten Gutachten bei den A-Modellen »grundsätzliche Zweifel«, ob mit diesen rechtlichen Finanzierungs- und Umsetzungskonstrukten in ihrer bisherigen Form wirtschaftliche Vorteile erreicht werden können.[21] Denn im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit sieht der Bundesbeauftragte folgende wesentlichen, letztlich vom Bund zu tragenden finanziellen Nachteile:

– Die Finanzierungskosten der Privaten übersteigen die des Bundes, denn die Unternehmen zahlen am Markt in aller Regel höhere Zinsen für Kredite als die öffentliche Hand,
– die Privaten verlangen hohe Risikozuschläge, wenn ihnen Risiken übertragen werden, auf die sie kaum Einfluss nehmen können (z. B. Verkehrsmengen- oder Mauthöhenrisiko) und zudem

Da streiten sich die Gelehrten schon seit langem: Wo ist der Unterschied? Straßenunterhaltungs-Einsatzfahrzeuge des privaten A-5-Konzessionärs Via Solutions Südwest (Bild links) und der staatlichen Autobahnmeisterei/Außenstelle Offenburg (rechts)

– fallen beträchtliche Kosten für Informationsbeschaffung, juristische, technische und ökonomische Beratung, Ausschreibung, Vertragsgestaltung und Vertragskontrolle (»Transaktionskosten«) über den gesamten Lebenszyklus an.

Schon deshalb hält der Bundesbeauftragte die möglichen Effizienzgewinne bei den bisherigen Projekten nach dem A-Modell in den Bereichen Bau, Erhaltung und Betrieb »für begrenzt«. Das Unternehmensinteresse sei zudem auf Gewinn ausgerichtet, die klassische Bauweise unter staatlicher Regie hingegen nicht. Außerdem wird der Standard von heute auf viele Jahre festgeschrieben – entweder man begnügt sich damit oder man muss mit einem Unternehmen nachverhandeln, an das man auf viele Jahre fest gebunden ist: »So werden Preise hochgetrieben!«

Der Bundesrechnungshof hat schließlich mehrere tatsächlich vergebene ÖPP-Straßenprojekte genau analysiert und weist neben vielen anderen Gesichtspunkten (letztlich vor allem dramatisch höhere Kosten im Hunderte-Millionen-Bereich) nach, dass die jeweils durchgeführten Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vielfach mangelhaft gewesen seien. So fehle beispielsweise stets eine Restwertbetrachtung, denn den Privaten würde ja jeglicher Anreiz fehlen, die Substanz der Vermögenswerte über den Konzessionszeitraum hinaus langfristig zu erhalten.[22] In einer fast schon erbitterten Argumentationsschlacht wird dagegen von den Privaten gefordert, bei zukünftigen Projekten die volkswirtschaftlichen Kosten wie z. B. längere Bauzeiten (des Staates), dadurch bedingte Ausweichverkehre, Unfälle, Reisezeitverluste oder höhere CO_2-Emmissionen in der monetären Bewertung von ÖPP-Projekten stärker zu berücksichtigen. Allein bei der A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg würden sich für jedes weitere Baustellenjahr angeblich zusätzliche Kosten in Höhe von rund 25 Mio. Euro aufsummieren.[23] Jede Seite rechnet also, so gut sie kann und will, denn letztlich geht es um sehr viel Geld.

Holger Mühlenkamp von der Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer nennt die ÖPP-Projekte alles in allem »eine Finanzierungsillusion«, die nur kurzfristig einen Ausweg aus der Schulden-Misere der öffentlichen Haushalte bietet. »Öffentlich-private Partnerschaften sind ein Suggestivbegriff

– die privaten Investoren sind keine Partner, sondern Vertragsparteien, die ihren Gewinn optimieren wollen«.[24]

Auch gibt es ein Muster, das man immer wieder findet: Die Partnerschaften werden von den Auftraggebern dazu genutzt, um über ihre Verhältnisse zu leben nach dem Prinzip: Baue jetzt, bezahle später! Erschwerend kommt hinzu, dass die Verpflichtungen, die der Staat eingeht, in den offiziellen Haushalten zunächst einmal gar nicht auftauchen.[25]

Schlechte Nachrichten kommen in diesem Zusammenhang aus Spanien. Auch dort war man Ende der 1990er Jahre überzeugt davon, dass Privatunternehmen das alles besser können als der Staat und ließ etliche neue Autobahnen von privaten Betreibergesellschaften bauen. So erhielt Spanien neue, moderne Autobahnen, ohne dass der Staat dafür auch nur eine Pesete hinlegen musste. Den Betreibergesellschaften wurden im Gegenzug Konzessionen erteilt, die Gebühren für die Benutzung der Autobahnen zu kassieren. Im Laufe der Zeit haben jedoch alle (!) zehn privaten Autobahn-Betreibergesellschaften Insolvenz angemeldet. Zu ihrer Rettung musste aufgrund einer ominösen Vertragsklausel, der »Vermögensverantwortung der Verwaltung«, wiederum der Staat einspringen. Das alles hört sich in der Tat ein wenig sonderbar an und es wird wohl nicht ohne Grund von »Amigo-Kapitalismus« gesprochen.[26]

Gerade mit solchen dramatischen Beispielen wird die weit verbreitete Meinung befeuert, wonach die Banken kassieren, solange es Gewinne gibt und der Steuerzahler einspringen muss, wenn bei den öffentlich-privaten Partnerschaften etwas schief läuft. Hohn und Spott über das »Idioten-Modell« des »Straßen-Schlussverkaufs« schüttete denn auch die »Heute Show« des ZDF aus: »Fakt ist, dass alle bisherigen ÖPP-Projekte für den Steuerzahler am Ende teurer wurden«.[27] Die deutsche Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten spricht daher von »gefährlichen Entscheidungen für die Zukunft«: Sind die staatlichen Strukturen erst einmal zerstört, dann ist die Abhängigkeit von den privaten Leistungserbringern umfassend und die regulierenden Einflüsse des Staates und dessen demokratische Kontrollen sind ausgehebelt.[28]

Ein ganz anderes Argument führt der BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein ins Feld: »Die LKW-Maut sorgt für ein neues, umweltfeindliches Gewinnmodell: Einige Unternehmen und Konzerne wollen über privatisierte Autobahnen Milliarden aus der Straßengebühr für Lastwagen verdienen […]. Die Privatisierung der Autobahn lohnt sich für die Betreiber aber nur, wenn möglichst viele Kraftfahrzeuge die Autobahn nutzen. Eine Verlagerung auf die Bahn ist nicht im Sinne der privaten Betreiber. Nachhaltigkeit wird daher durch die Privatisierung nicht erreicht.«[29]

A 5 als viertes deutsches A-Modell-Pilotprojekt

Trotz all dieser Bedenken und lange vor dem finanzwirtschaftlichen Gutachten des Rechnungshofs hatte das damalige Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) im Februar 2005 entschieden, in einer ersten Staffel vier Pilotprojekte zum Ausbau überlasteter deutscher Autobahnen in Form des A-Modells auf den Weg zu bringen, darunter – als letztes dieser vier Projekte – auch die A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg. Bereits vorher wurden die Projekte A 8 in Bayern (Strecke Augsburg–München), A 4 in Thüringen (Strecke Waltershausen–Herleshausen) sowie A 1 in Nie-

dersachsen (Strecke Buchholz–Bremer Kreuz) gestartet. Die geschätzten Projektkosten über die gesamte Konzessionslaufzeit für diese vier Projekte beliefen sich nach den damaligen Ansätzen auf etwa 2,8 Mrd. Euro.[30]

Die ersten Erfahrungen der bayerischen Straßenbauverwaltung mit dem Betreibermodell der A 8 entsprachen denn auch »weitgehend den hohen Erwartungen« und es war »erfreulich, dass die Maßnahme bisher sehr partnerschaftlich abgewickelt und somit dem Gedanken des ‚Partnership' im PPP durchaus Rechnung getragen«[31] wurde. Auch der aus Bayern stammende Bundesverkehrsminister sprach von »überaus ermutigenden Erfahrungen mit diesen ersten vier ÖPP-Autobahnprojekten« und so wurde erst kürzlich eine zweite Staffel mit weiteren acht Projekten und einem Bauvolumen von weiteren rund 1,5 Mrd. Euro auf den Weg gebracht.[32] Vor Ort in Offenburg wird jetzt bereits diskutiert und spekuliert, ob ein solches privates Autobahn-Ausbaumodell auch für den 6-streifigen Ausbau der A 5 südlich von Offenburg in Frage kommen kann.[33]

In Deutschland lagen für die Realisierung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen in den 1990er/2000er Jahren noch wenig praktische Erfahrungen mit der Kooperation zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft vor. Der Bund und das Land Baden-Württemberg wollten daher neben dem eigentlichen, dringend erforderlichen Ausbau der Autobahn mit dem A-Modell im Zuge der A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg auch Erfahrungen mit der Umsetzung solcher ÖPP-Modelle sammeln. Finanzwirtschaftliche Realisierungsstudien hatten damals ergeben, dass sich der dortige Ausbau für einen privaten Betreiber rechnen wird.

Denn die Autobahn A 5 zwischen Karlsruhe und Basel ist eine Hauptverkehrsachse von europäischer Bedeutung und Teil des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V). Weite Teile dieser Magistralen im badischen Rheintal besaßen um die Jahrtausendwende aber nur vier Fahrspuren und entsprachen bezüglich Trassierung, Fahrbahnaufbau, Entwässerung, Lärmschutz, Rastmöglichkeiten etc. dem Standard der späten 1950er Jahre. 6-streifig modernisiert war damals lediglich ein ca. 25 Kilometer langer Abschnitt zwischen dem Autobahndreieck Karlsruhe und dem Autobahnkreuz Baden-Baden.

Die Strecke zwischen Karlsruhe und Offenburg ist mit durchschnittlich fast 70 000 KFZ/24 Stunden äußerst hoch belastet. Durch dieses hohe Verkehrsaufkommen in Verbindung mit dem veralteten Ausbaustandard war der Autobahnabschnitt extrem stau- und unfallanfällig. Der 6-streifige Ausbau war daher dringend notwendig – auch vor dem Hintergrund der damaligen Verkehrsprognosen, die bis zum Jahr 2015 einen weiteren Zuwachs von 20% im Personen- und bis zu 60% (!) im Güterverkehr vorhersagten.

Die Grobpläne (RE-Entwürfe) für eine 6-streifige Autobahn plus Standstreifen (Regelquerschnitt 35,5) sowie vier rechtskräftige Planfeststellungsbeschlüsse für alle Unterabschnitte der 41,5 km langen Marathon-Ausbaustrecke lagen damals bereits vor. Aufgabe des Konzessionärs sollte es sein, die baureife Ausführungsplanung zu erstellen und die Baumaßnahmen en détail zu projektieren. Einschließlich des gesamten Koordinierungs-, Genehmigungs- und Verkehrsmanagements und unter Aufrechterhaltung des Verkehrs waren insbesondere folgende Leistungen zu erbringen:

- 70 Brücken und Unterführungen abreißen
- 57 Brücken neu bauen
- 44 neue Verkehrszeichenbrücken aufstellen
- 4 Anschlussstellen: zwei total umbauen, 2 anpassen

- ca. 1,2 Mio. m² neue Fahrbahndecken mit Unterbau einbauen
- ca. 12,5 km neue Lärmschutzwälle und -wände aufrichten
- 6 neue Regenklärbecken ausheben
- 5 neue Parkplätze mit WC-Anlagen und sonst. Ausstattung errichten
- ca. 80 km neue Schutzwände im Mittelstreifen betonieren
- kilometerlang vorhandene Kommunikations-Glasfaserkabel umlegen
- 1 Verkehrszählstelle und 1 Wiegeanlage umbauen
- zahlreiche Bepflanzungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (also z. B. Entsiegelung von nicht mehr benötigten Flächen oder Bau von Ersatzgewässern etc.) durchführen

An der Ausbaustrecke liegen die drei großen Tank- und Rastanlagen T&R Renchtal-West und -Ost sowie die T&R Bühl, diese durften während der Bauarbeiten wegen befürchteter Umsatzeinbußen möglichst wenig beeinträchtigt werden. Das gesamte Konzessionsvolumen betrug schließlich rund 850 Mio. Euro, es handelt sich damit um eines der größten jemals realisierten Straßenprojekte in Baden. Die reinen Baukosten beliefen sich dabei auf rund 350 Mio. Euro.

Vorbereitungen und Vergabe

Die Vorbereitungen für die »funktional-pauschalierte Ausschreibung« des Projektes und für das eigentliche Vergabeverfahren haben insgesamt fast fünf Jahre lang (!) in Anspruch genommen. Nach Erarbeitung der Hunderte Seiten langen Ausschreibungsunterlagen durch eine landesweit zusammengesetzte Expertengruppe unter Federführung des Regierungspräsidiums Karlsruhe erfolgte im Dezember 2005 zunächst eine europaweite, öffentliche Bekanntmachung, dass ein solches Vorhaben geplant ist (Info-Memorandum). Danach folgte 2006 ein ebenfalls europaweit ausgeschriebener Teilnahmewettbewerb (Präqualifikationsverfahren), auf den sich sieben interessierte Konsortien meldeten. Aus diesen wurden nach vorher festgelegten und transparenten Regeln vier Bewerber ausgewählt, denen 2007 die eigentlichen Verdingungsunterlagen zur Angebotskalkulation ausgegeben wurden, um dann ein zweistufiges, »strukturiertes Verhandlungsverfahren« durchzuführen. Aufgrund der Wertung der bei Submission vorgelegten Unterlagen wurden im Frühjahr 2008 zwei Bieter ausgewählt. Der Clou: Nach einer ersten intensiven Gesprächsrunde beim Bundesverkehrsministerium in Bonn konnten diese beiden Bieter in vergleichs-

Schlusspunkt eines jahrelangen Vergabeverfahrens (v.l.n.r.): Dr. Marion Henschel (Geschäftsführerin von Strabag Infrastrukturprojekt GmbH), Dipl.-Ing. Fadi Selwan (Vinci Concessions, Executive Vice-President und Business Development Director) und Ltd. Baudirektor Harald Protz (Regierungspräsidium Karlsruhe) unterzeichnen in Frankfurt den A-Modell-Vertrag für die A 5

Offizieller Konzessionsbeginn in der damals noch eigenständigen Autobahnmeisterei Offenburg: v.l.n.r. der kaufmännische Geschäftsführer von Via Solutions Südwest, Arnaud Judet, Antoine Bresolin als Vertreter von Vinci/Paris sowie der damalige Karlsruher Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner und (verdeckt) der damalige Freiburger Regierungspräsident Julian Würtenberger.

weise kurzer Zeit nochmals ein Angebot, ein sog. BAFO (best and final offer, das nicht teurer als das erste Angebot sein durfte) abgeben. Im Februar 2009 kam es schließlich zum Zuschlag an einen dieser beiden letzten Bieter und der rund 500 Seiten starke Konzessionsvertrag (ohne ergänzende Unterlagen wie z. B. Planfeststellungsunterlagen etc.) wurde unterzeichnet. Der Baukonzern Vinci freute sich über seinen Erfolg[34] und gab auch interessante Einblicke in sein Finanzierungskonzept.[35]

Dazwischen mussten – das komplizierte Verfahren hat das fast schon provoziert – zwei Einsprüche (Nachprüfungsanträge) vor der Vergabekammer sowie eine Beschwerde beim OLG Karlsruhe (die später jedoch wieder zurückgezogen wurde) abgearbeitet werden. Die Juristen streiten sich seitdem trefflich über die Art des Umgangs mit möglichen Interessenten für eine solche öffentlich-private Partnerschaft, denn auch vergaberechtlich sind sowohl das A-Modell als auch das F-Modell äußerst anspruchsvoll und stellen wegen der Komplexität des Auftragsgegenstandes höchste Anforderungen sowohl an die Vergabestellen als auch an die interessierten Bieter. Das strukturierte Verhandlungsverfahren stellt daher für andere Projekte offenbar kein Patentrezept dar.[36] Auch wird die Zurückhaltung der Bieter wegen unübersehbarer Refinanzierungsrisiken durch vergaberechtliche Unsicherheiten (Baugrund, Verkehrsmenge, Dauer von Genehmigungsverfahren, Unglücke/Verkehrssicherung u .) zusätzlich verstärkt. Dem A-Modell droht, so unkte ein Experte für das Bau- und Vergaberecht, gar die Totgeburt.[37]

Ausbau der Autobahn A 5

Schon wenige Wochen nach der Vergabe und der Vertragsunterzeichnung in Frankfurt erfolgte am 1.4.2009 an der A 5 recht unspektakulär der offizielle Konzessionsbeginn für die Teile »Bau« und »Erhaltung«. Der Beginn der Straßenunterhaltung (Straßenbetriebsdienst/Autobahnmeisterei) erfolgte, weil man wegen des Winterdienstes das Ende der Winterperiode abwarten wollte, vereinbarungsgemäß erst einen Monat später am 1.5.2009. Die Straßenunterhaltung muss vom Konzessionär also bis zum April 2039 durchgeführt werden.

Damit der auf der A 5 weiterhin rollende Verkehr nicht zusammenbricht, mussten im Verlauf aller Bauphasen immer zwei Fahrspuren je Fahrtrichtung aufrechterhalten bleiben. Der gesamte Verkehr wurde daher in den 18 Bauabschnitten stets auf eine der beiden bestehenden Richtungsfahrbahnen umgelegt, während die gegenüber liegende alte Betonpiste vollständig herausgerissen und mit einer Gesamtdicke von 70 cm (!) von Grund auf neu aufgebaut wurde. Dadurch wurden zwar zeitweise vier enge Fahrspuren auf ei-

Insgesamt 70 alte Vorkriegsbrücken, die über die Konzessionsstrecke führten, mussten – meistens am Wochenende und in der Nacht – abgerissen werden, um Platz für breitere Überführungsbauwerke zu schaffen

ner Autobahnseite zusammengequetscht (sog. 4+0-Verkehr), aber eine möglichst sichere Trennung von Baustelle und Verkehr erreicht. Teilweise deutlich höhere Unfallzahlen mit kilometerlangen Staus waren leider dennoch die Konsequenz, die trotz Tempo 80 und rigorosen Polizeikontrollen nur bedingt in den Griff zu kriegen waren.[38] Ein Phänomen, das auch bei einem der ersten ÖPP-Straßenprojekte im Zuge der A 1 zwischen Hamburg und Bremen beobachtet wurde, denn auch dort kam es während der Bauzeit zu einem dramatischen Anstieg der Unfallzahlen.[39] Polizei und Verkehrsbehörden verzweifelten auch an der A 5 schier an der Aufgabe, den unaufhörlich strömenden Massenverkehr – hauptsächlich die LKWs – durch die Nadelöhre zu schleusen und brachten sogar einen landesweiten Pilotversuch mit einem weitreichenden Überholverbot (das kaum jemand beachtet hat) und der Aufforderung »Versetzt fahren!« auf den Weg.[40] Eine große Herausforderung war bei alledem das Notfall-Management, denn Polizei, Feuerwehr und andere Rettungsdienste mussten zu jeder Zeit zuverlässig jede nur denkbare Unfallstelle innerhalb der Baufelder anfahren können.

Um dem Autofahrer bei der nervigen Durchfahrt durch die 41,5 km lange Marathonstrecke Verschnaufpausen zu gönnen, durfte ein zusammenhängender Baustellenabschnitt jeweils nur 5–6 km lang sein, danach musste stets ein baustellenfreier Abschnitt von ebenfalls ca. 5–6 km Länge folgen. Deshalb war die A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg immer in sog. Baulose unterteilt, die jeweils durch Beruhigungsstrecken unterbrochen wurden.

Neben den reinen Bauarbeiten abseits der offen gebliebenen Fahrstrecken gab es auch

Vier Anschlussstellen mussten angepasst bzw. total umgebaut werden, hier ein Blick auf das Bau-Gewühle bei der Anschlussstelle Achern. Links der Autobahn ist bereits einer der beiden neuen »Brillenkreisel« zu erkennen

viele besondere Einzelereignisse wie z. B. der Abriss alter Brücken, der Bau von Ersatzbrücken oder das Einschwenken von Fertigteilträgern für die neuen Brücken.

Hierfür musste dutzende Male die gesamte Autobahn zwischen zwei Anschlussstellen voll gesperrt werden, was in aller Regel an den Wochenenden und/oder in der Nacht stattfand. Trotzdem gab es auch hier stets kilometerlange Staus auf den eigens dafür ausgewiesenen »U-Strecken« über das nachgeordnete Straßennetz, also beispielsweise auf der Bundesstraße 3.

Tausende Planungs-, Konstruktions- und Baupläne mussten erstellt, geprüft und genehmigt werden. Das mit der Überwachung der Bauabwicklung beauftragte Regierungspräsidium in Freiburg mit seinem achtköpfigen Expertenteam hatte eigens dafür ein Internet-basiertes Plan-Management-System eingesetzt (sog. IPMS oder EPLAS). Draußen vor Ort arbeiteten zeitweise Hunderte Bauarbeiter auf der Strecke, die Ausbauarbeiten lagen daher fast immer besser als im vorher festgelegten Zeitplan. Bereits zum Jahresanfang 2012 wurden die Bauphasen 1 und 2 abgeschlossen, so dass da schon rund die Hälfte der Ausbaustrecke fertiggestellt war. Die Beruhigungsstrecken zwischen den früheren Bauabschnitten wurden dann 2012 und 2013 in den Bauphasen 3 und 4 in Angriff genommen.

Entsprechend dem Lebenszyklus-Gedanken eines A-Modells hat sich der Konzessionär für eine Fahrbahndecke in Betonbauweise entschieden. Die meisten Brückenbauwerke wurden sowohl aus verkehrlichen als auch

Riesige Betonfertiger mit bis zu 14,50 m (!) Breite haben die neuen Fahrbahndecken auf der Autobahn A 5 in den jeweiligen Bauabschnitten der A-Modell-Strecke fortlaufend an einem Stück eingebaut

aus wirtschaftlichen Gründen in Fertigteilbauweise mit Aufbeton erstellt (Fertigteilträger, die mit einer flächigen Betonschicht überzogen wurden).

Im Laufe der ganzen Bauzeit fanden ständig Qualitätskontrollen statt und der Konzessionär musste turnusmäßig alle vertraglichen Anforderungen nachweisen, neben den üblichen Qualitätsprüfungen auch anhand von Funktionsprüfungen gemäß ZTV-Funktion bzw. Bauwerksprüfungen gemäß DIN 1076. Direkt nach dem Bau und innerhalb des 30-jährigen Konzessionszeitraums werden mit einem Messfahrzeug fortlaufend alle drei Jahre die Substanzmerkmale der Fahrbahnen wie z. B. Risse, Kantenschäden, Eckabbüche etc. erhoben und zusätzlich die Längs- und Querebenheit gemessen. Darüber hinaus wird das Zustandsmerkmal »Griffigkeit« mit einem Spezialfahrzeug, einer SCRIM (Sideway-force Coefficient Routine Investigation Machine oder auf Deutsch: automatische Seitenkraftmessverfahren-Maschine) überprüft. Bei kritischen Zuständen muss der Konzessionär entsprechende Unterhaltungs- und Erhaltungsmaßnahmen durchführen und sie vom Auftraggeber abnehmen lassen.

Betriebliche Straßenunterhaltung der A-Modell-Strecke

Zum Stichtag 1.5.2009 übernahm der Konzessionär auf der um ca. 18 km auf ca. 60 km verlängerten Strecke zwischen der Betriebsumfahrt Malsch und der Autobahnmeisterei Offenburg auch die Erhaltung (z. B. der Fahrbahndecken) und die betriebliche Straßenun-

An der Autobahn wurden Schilder aufgestellt, die auf die privat betriebene Konzessionsstrecke hinweisen

terhaltung (Streckenkontrollen, Grünpflege, Winterdienst etc.) – sprich: weitgehend die Aufgaben einer Autobahnmeisterei. Für eine kürzere Strecke hätte sich die Einrichtung eines privaten Betriebsdienstes nicht gerechnet. Das aber hatte schmerzliche Konsequenzen für die bis dahin eigenständige, staatliche Autobahnmeisterei in Offenburg, der der nördliche Teil »ihrer« Autobahn, also ca. die Hälfte ihrer bisherigen Zuständigkeitsstrecke, amputiert wurde. Aus diesem Grund musste einer der beiden Chefs sowie rund die Hälfte des Personals und des Fuhrparks – wie man so schön sagt – »sozialverträglich« umgesetzt bzw. abgebaut werden. Die Meisterei selbst wurde organisatorisch zu einer Außenstelle der Autobahnmeisterei Freiburg umgewandelt.

Ironie des Geschehens: Auf der anderen, der privaten Seite mussten innerhalb weniger Wochen neue Chefs, eine neue Verwaltung sowie eine neue Straßenunterhaltungsmannschaft rekrutiert werden. Außerdem musste ein neues Betriebszentrum mit Fahrzeug- und Salzhallen etc. erstellt und neue (Groß-)geräte sowie Einsatzfahrzeuge angeschafft werden. Erstaunlicherweise hat nicht ein Mitarbeiter oder auch nur eine Schraube den Besitzer gewechselt: Sowohl auf der staatlichen als auch auf der privaten Seite hat man offenbar keine Notwendigkeit für einen Austausch gesehen.

Über die spannende Frage, wer denn nun mehr Ressourcen (also Personal, Fahrzeuge, Betriebsmittel etc.) für die Durchführung des Straßenbetriebsdienstes braucht und wer das alles besser und schneller macht, streiten sich die Gelehrten schon seit langem. Sie wird wahrscheinlich auch beim A-Modell Malsch–Offenburg unbeantwortet bleiben, denn der private Dienst ist ja auf 30 Jahre angelegt und es wird kaum gelingen, dem Konzessionär betreffend seiner Betriebsstrategie und den damit verbundenen Betriebsfinanzen wirklich vergleichbar in die Karten zu schauen. Gefühlt ist der A 5-Konzessionär entgegen den ursprünglichen Erwartungen von Privatisierungsbefürwortern jedoch nicht viel effizienter als der staatliche Dienst.

So hat die Via Solutions Südwest im November 2009 zwar stolz verkündet, dass sie auf der Autobahn A 5 für den Straßenwärterdienst ein neues, computergestütztes Betriebssystem entwickelt hat und den Straßenbetriebsdienst nunmehr mit mordernsten technischen Hilfsmitteln versehen und beispielsweise mit Hilfe von GPS dokumentieren würde. Wörtlich hieß es in der Zeitung: »Wo in Baden-Württemberg amtliche Straßenmeistereien Streckenkontrolle und Wartung vornehmen, geht es hingegen noch recht steinzeitlich zu. Die Straßenwärter sind mit Notizblock und Bleistift unterwegs [...], dasselbe gilt für den Streudienst im Winter.«[41]

Die verschnupfte und gleichwohl humorige Reaktion des staatlichen Betriebsdienstes ließ jedoch nicht lange auf sich warten: »Fred Feuerstein ist im Regierungspräsidium Freiburg bereits vor einiger Zeit in den wohl verdienten Ruhestand getreten […]. Seit wir kürzlich unsere wärmenden Felle abgelegt und auf moderne und funktionale Warn- und Schutzklei-

Einer der ersten spektakulären Unfälle auf der neu gebauten A-Modell-Strecke am 8.12.2011 bei Offenburg: Kaum jemand hätte es für möglich gehalten, dass ein Fahrzeug – zumal auch noch ein LKW – auf die neuen, massiven und bis zu 1,10 m (!) hohen Betonschutwände im Mittelstreifen auffahren, geschweige denn diese fast durchbrechen kann
Alle Bilder: Regierungspräsidium Freiburg, Via Solutions Südwest

dung umgestellt haben, verfügen wir im Straßenbetriebsdienst durchaus über ein hoch professionelles know-how und müssen uns vor privaten Anbietern wirklich nicht verstecken. Gerne treten wir in einen konstruktiven Wettbewerb um die besseren Ideen und Vorgehensweisen ein – aber bitte nicht unter der Gürtellinie des Lendenschurzes! Denn auch beim staatlichen Straßenbetriebsdienst […] wird – bei Wilma! – mit technisch hoch entwickelten und innovativen Systemen und Methoden versucht, stets effektiv und effizient zu arbeiten. Das Mammut, mit dem wir bis vor kurzem unsere Straßen abgesaugt haben, bekommt heuer sein Gnadenbrot unweit von Steintal, weil wir das Reinigen der Fahrbahnen jetzt mit einer dieser neumodischen Kehrmaschinen versuchen. Auch im Winterdienst haben wir, nachdem die bisher verwendeten Steinwalzen nicht mehr lieferbar waren, kürzlich notgedrungen neue Autos gekauft und verfügen jetzt über leistungsfähige LKWs mit Funk- und GPS-Ausstattung sowie modernster Streutechnik wie z. B. automatischer Streusalzdosierung, Feuchtsalztechnik, Thermomat, webbasierter Einsatzdokumentation etc. etc.«[42]

Nüchterner, in der Sache aber ähnlich urteilt auch das Land Hessen, wo die in einem Modellversuch privatisierte Straßenmeisterei Groß-Umstadt im Landkreis Darmstadt-Dieburg nach einer Laufzeit von drei Jahren wieder verstaatlicht wurde: »Das Ergebnis ist eindeutig«, musste auch der hessische Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Dieter Posch (FDP) einräumen, der sicherlich kein Freund von Staatsbetrieben ist. Der dortige Versuch wurde nach entsprechend begleitenden Untersuchungen eines Fachgutachters und einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft schließlich nicht verlängert und das Land gab seine Überlegungen auf, die Straßenmeistereien zu privatisieren. Sie verbleiben beim Hessischen Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen und damit beim Staat.[43]

»Staat oder Privat – das ist hier die Frage«, so möchte man, etwas modifiziert, den berühmten Satz aus Shakespeares Tragödie

»Hamlet, Prinz von Dänemark« zum Schluss gerne zitieren. Die derzeitigen Betreibermodelle sind ein Prüfstein dafür, dass der Staat die Maut nicht nur als weitere Einnahmequelle sieht, sondern dass damit auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit ein verbessertes Verkehrsinfrastrukturangebot geschaffen wird. Dazu muss, so mahnte der Gesprächskreis Infrastruktur im Deutschen Verkehrsforum bereits 2003 in einem Positionspapier, »dringend eine Langfriststrategie für Betreibermodelle für die Straßenverkehrsinfrastruktur entwickelt werden unter Berücksichtigung der Chancen, mit dem Ziel eines Zusammenwachsens von A- und F-Modellen und einer damit langfristigen Neuordnung der Verkehrswegefinanzierung«.[44]

Warum also nicht gleich das ganze Autobahnnetz privatisieren? Die sog. Auftragsverwaltung (die Bundesstraßen werden zwar vom Bund finanziert – der konkrete Bau, die Planung und der Betrieb obliegt aber den Ländern) gilt bei vielen Experten schon lange als kompliziert, bürokratisch und nicht effizient. Daher wird tatsächlich schon seit einiger Zeit kolportiert, dass die Bundesregierung einen »radikalen Systemwechsel« gegen die Verkehrsprobleme und zur Rettung der deutschen Infrastruktur vorbreiten würde[45], die Grünen schlagen sogar einen »noch viel größeren Systemwechsel« vor.[46] Das Autobahnnetz soll demnach möglicherweise komplett in eine Fernstraßengesellschaft überführt werden, an deren Projekten sich auch Banken, Versicherungen und Fonds beteiligen könnten.[47] Die Gesellschaft bekäme die kompletten Mauteinnahmen und könnte z. B. nach dem Vorbild Österreichs operieren. Dort pflegt bereits eine Firma namens Autobahn- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG), die dem Staat gehört, die Hauptverkehrsstraßen. »Vorerst« sei in Deutschland keine solche Gesellschaft für eine neuartige Finanzierung der Autobahnen geplant, so sagte ein Sprecher des Bundesverkehrsministeriums Anfang 2015 vieldeutig[48] und auch Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt bestätigte: »Wir diskutieren diesen Vorschlag mit dem Finanzministerium, stehen aber erst am Anfang der Überlegungen.«[49]

Der Wettbewerb der Systeme ist und bleibt jedenfalls interessant und spannend.

Anmerkungen

1 Wikipedia, die freie Enzyklopädie: »Öffentlich-private Partnerschaft«, Stand 08/2013.
2 Siehe auch homepage des Regierungspräsidiums Freiburg www.rp-freiburg.de, dort bei Abteilung 4 auf der Seite ganz unten unter »Betreibermodell BAB A 5 Malsch–Offenburg (A-Modell)« mit weiteren Informationen, Bildern, Plänen etc.
3 Siehe auch homepage des Konzessionsnehmers Via Solutions Südwest unter www.viasuedwest.de.
4 Aus der Einladung zur Pressekonferenz von Via Solutions Südwest am 25.1.2013 in Bühl: »Via Solutions Südwest startet in das letzte Jahr des 6-spurigen Ausbaus der BAB A 5. Wie Sie wissen, gehen Ende 2013 die restlichen Bauabschnitte und damit 40,5 Kilometer nagelneuer, komfortabler, 6-spuriger Autobahn ans Netz. Damit halten Via Solutions Südwest und die ARGE VCS A 5 gegenüber den Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern, insbesondere jedoch den Logistikunternehmen und Unternehmen mit LKW-Fuhrparks, ein Versprechen, an das viele Berichterstatter nicht geglaubt hatten. Denn die Fertigstellung eines so großen Abschnittes einer der wichtigsten transeuropäischen Verkehrsadern nach nur 3-jähriger Bauzeit erfolgt damit deutlich früher, als es der Konzessionsvertrag vorsah […].«
5 »Finanzielle Gründe: A 5 wird erst im Herbst 2014 fertig«. In: Badische Zeitung vom 9.11.2013.
6 »Dubiose Argumente«, »eine seltsame Aussage«, »die Sache an sich klingt etwas merkwürdig«. In: Randnotizen der Badischen Neuesten Nachrichten vom 9.11.2013.
7 »Die zeitliche Streckung […] hat offensichtlich steuertechnische Gründe« und »Es geht um wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die diese

Entwicklung bewirkt haben und es geht um viel Geld« sowie »Bei einer Komplettabrechnung […] 2013 wäre der Konzessionär steuertechnisch offensichtlich erheblich schlechter gefahren«. In: Badisches Tagblatt, Kommentar »Die Steuer als Bremsklotz« vom 19.12.2013.

8 »In den Behörden herrscht Ratlosigkeit: Angekündigte Verzögerung beim Autobahnbau hat die Bauaufseher offenbar überrascht«. In: Achener und Bühler Bote vom 13.11.2013.

9 »Verzögerung beim Ausbau der A 5 wirft Fragen auf. Autofahrer sind genervt: Auf der A 5 zwischen Appenweier und Offenburg gibt es immer noch einen zeitraubenden Engpass – doch auf der Baustelle herrscht seit Monaten Stillstand. Wie ist das zu erklären?« In: Badische Zeitung online vom 23.2.2014. Siehe auch »Bummelbaustelle: Land will ab Ostern freie Fahrt auf der Autobahn 5«. In: Badische Zeitung vom 27.2.2014.

10 Pressemitteilung der Via Solutions Südwest vom 26.3.2014.

11 »A 5-Verkehr wird heute Nacht umgeleitet: Mehr Sicherheit in der Baustelle […]«. In: Mittelbadische Presse vom 10.4.2014 sowie »Sechs Spuren auf der A 5 kommen erst im Herbst. Noch vor Ostern wird das Befahren der A 5-Baustelle zwischen Offenburg und Appenweier einfacher. Die sechs Spuren werden aber erst später für den Verkehr freigegeben«. In: Badische Zeitung vom 10.4.2014.

12 Pressemitteilung vom 14.7.2014: »Via Solutions Südwest gibt BAB A 5 frei. Ab dem 17. Juli rollt der Verkehr auf der BAB A 5 wieder sechsspurig«.

13 »Neue Wege für Deutschland. Die Konzessionsstrecke zwischen Malsch und Offenburg«. Hrsg.: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Berlin), Land Baden-Württemberg, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (Stuttgart) und Via Solutions Südwest GmbH & Co. KG (Bühl). August 2014.

14 Siehe auch »Öffentlich-Private-Partnerschaften: Die ÖPP-Geschäftsmodelle im Bundesfernstraßenbereich« im Internet unter www.bmvbs.de, dort unter Verkehr und Mobilität, Verkehrsträger Straße, ÖPP im Fernstraßenbau.

15 Der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, dass es weitere Modelle gibt, so z. B. das weitgehend unbekannte, V-Modell (Verfügbarkeitsmodell): Dieses richtet sich nach dem Umfang und der Qualität der Verfügbarkeit eines bestimmten Streckenabschnittes für die Verkehrsteilnehmer. Die Vertragsparteien vereinbaren im ÖPP-Vertrag, in welchem Umfang die Vertragsstrecke jährlich uneingeschränkt verfügbar sein soll, d. h. z. B. ohne baubedingte Fahrstreifenreduzierungen oder Geschwindigkeitsbeschränkungen. Erfüllt der Auftragnehmer diese Vorgabe, erhält er das volle vereinbarte Verfügbarkeitsentgelt. Steht die Strecke dagegen nur in geringerem Umfang oder nur in schlechterer als der vertraglich vereinbarten Qualität zur Verfügung, erhält er einen Abzug. In Baden-Württemberg soll nach diesem Modell demnächst die ca. 47 km lange Strecke der Autobahn A 6 zwischen AS Wiesloch/Rauenberg und dem AK Weinsberg vergeben werden. Die Strecke soll abschnittsweise auf einer Länge von ca. 25,5 km 6-streifig ausgebaut werden inkl. Neubau eines ca. 1,3 km langen Neckartalübergangs zwischen Untereisesheim und Neckarsulm. Die Vertragsdauer beträgt 30 Jahre. Für die zu erbringenden Leistungen erhält der Auftragnehmer eine Vergütung aus einer Anschubfinanzierung für die Bauleistung sowie einem ratenweise zu zahlenden Verfügbarkeitsentgelt.

16 Siehe auch im Internet unter www.vifg.de, dort unter Projekte: »A-Modell A 5 in Baden-Württemberg. Das A-Modell A 5 (Malsch–Offenburg)«.

17 »Warnow-Tunnel wird kaum benutzt. Das erste privat finanzierte Fernstraßenbauprojekt Deutschlands, der Rostocker Warnow-Tunnel, rechnet sich nicht«. In: FOCUS vom 17.5.2004; Insolvenz abgewendet: Erster deutscher Maut-Tunnel bleibt geöffnet«. In: SPIEGEL online vom 15.6.2006.

18 »ADAC hält Mauttunnel in Norddeutschland für gescheitert – Rostocker Warnowtunnel und Lübecker Herrentunnel kämpfen mit Fehlprognosen«. In: Boulevard Baden Karlsruhe vom 26.11.2010.

19 »Der verkaufte Staat. Eine moderne Infrastruktur, neue Schulen und Straßen – um sich das leisten zu können, hat der Staat ein Geheimrezept: ÖPP, öffentlich-private Partnerschaften. Für eine »Arte«-Dokumentation recherchierten S. Aust und T. Ammann monatelang zu dem Thema und stießen auf geheime Absprachen, Kungeleien und sogar auf Korruption«. Titelthema in der WELT am Sonntag vom 9.2.2014.

20 BMVBS-Erfahrungsbericht »Öffentlich-Private-Partnerschaften in Deutschland« vom 4.4.2007, siehe dort S. 33 ff., Ziffer 5: Ausblick und organisatorische Weiterentwicklung.

21 Gutachten des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung: Zu Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) im Bundesfernstraßenbau. Gz.: V 3 – 2006 – 0201 vom 5.1.2009.

22 Gutachten des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung: Zu Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) im Bundesfernstraßenbau. Gz.: V 3 – 2013 – 0144 vom 24.9.2013.

23 Reinhardt, S., Großmann, A., Judet, A.: Quantifizierung des volkswirtschaftlichen Nutzens kürzerer Bauzeiten bei ÖPP-Projekten. In: Straße und Autobahn, Heft 10, 2014, S. 775 ff.

24 »Offene Rechnung. Die Bundesregierung will mehr Autobahnen privat finanzieren lassen. Das Beispiel der A 7 nördlich von Hamburg zeigt, dass vor allem Investoren und Berater daran verdienen«. In: Der SPIEGEL Nr. 8/2015, S. 42 ff.

25 »Stein des Weisen? Der Wirtschaftsminister lässt mit großem Aufwand nach einem Konzept suchen, das mehrere Probleme zugleich lösen soll: den Investitionsstau, den Anlagenotstand, die Ungleichgewichte im Außenhandel. Womöglich hat er sich übernommen«. In: WELT am Sonntag vom 15.2.2015.

26 »Der spanische Staat haftet für die Pleite privater Autobahnbetreiber […]. Er rettet mit 2,4 Milliarden Euro private Autobahnbetreiber, die sich verkalkuliert haben. Ein Fall von Amigo-Kapitalismus«. In: Badische Zeitung vom 3.4.2014.

27 »Wolle Straße kaufen?« In: ZDF »Heute Show« vom 20.2.2015.

28 »Öffentlich-Private-Partnerschaften im Verkehrsbereich sind gefährliche Entscheidungen für die Zukunft«. In: Der Straßenwärter, Zeitschrift der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten (VDStra.), Oktober 2014, S. 5.

29 BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein: »Autobahn-Privatisierung: Wehret den Anfängen! Die Bundesregierung privatisiert 370 Kilometer Autobahn in Südbaden«. Mitteilung vom 20.5.2009.

30 Entwurf des Bundeshaushalts 2009 (BT-Drucksache 16/9900) Übersichten – Teil IX: ÖPP-Projekte und privat vorfinanzierte öffentliche Baumaßnahmen.

31 Lichtenwald, P. (Autobahndirektion Südbayern): «Erfahrungen mit A-Modellen aus Sicht des Auftraggebers«. Arbeitsgruppentagung Infrastrukturmanagement am 12./13.2.2009 in Bamberg.

32 Broschüre des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: »Öffentlich-Private Partnerschaften – Am Beispiel des Bundesfernstraßenbaus«, Erscheinungsdatum 2.8.2011 (Downloadmöglichkeit siehe im Internet unter www.bmvbs.de bei »Verkehrsträger Straße«). Neben der Vorstellung der bereits durchgeführten und geplanten ÖPP-Projekte informiert die Broschüre unter anderem über die Beschaffungsalternativen »Konventionell« und »ÖPP« im schematischen Vergleich. Des Weiteren zeigt sie Vorteile von ÖPP sowie auch die gängigsten Vorurteile gegenüber dieser Alternative auf: Siehe auch Projektdatenbank der Deutschen Bauindustrie / Bauen und Services im Internet unter der ÖPP-Plattform www.oepp-plattform.de, dort unter Verkehrsinfrastruktur / Projekte nach Bundesland sortiert oder unter Verkehr / ÖPP-Projekte.

33 »Privates Autobahn-Ausbaumodell auch südlich von Offenburg?« In: Stadtanzeiger Der Guller, die Wochenzeitung der Ortenau vom 2.9.2013, Kategorie: Bundestagswahl. Dort äußerte sich z. B. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU, Wahlkreis Offenburg) so: »Ein 6-spuriger Ausbau südlich von Offenburg ist notwendig. Der nördliche Bauabschnitt ist mit dem privaten Investor soweit gut umgesetzt. Dieses Modell könnte auch für den südlichen Ausbau in Frage kommen, allerdings muss hier noch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erfolgen. Jetzt gilt es, den Abschnitt in den nächsten Generalverkehrswegeplan zu bringen und entsprechend zu priorisieren«.

34 Pressemitteilung vom 10.2.2009: »VINCI in Deutschland Konzessionsnehmer für das A-Modell A 5: PPP-Vertrag (öffentlich-private Partnerschaft) mit 30-jähriger Laufzeit / Geschätzter Vertragsumfang ca. 600 Mio. Euro«.

35 Pressemitteilung vom 31.3.2009: »VINCI gelingt Abschluss der Finanzierungsverträge zum A-Modell A 5 zwischen Malsch und Offenburg: Das Finanzierungskonzept setzt sich zusammen aus 400 Mio. Euro Bankdarlehen ohne Rückgriff auf die Gesellschafter. Davon entfallen 200 Mio. Euro auf ein Bankenkonsortium (BBVA, Santander, KBC und NIBC) und weitere 200 Mio. Euro auf die Europäische Investitionsbank (EIB). Dazu kommen noch von den Gesellschaftern bereit gestelltes Eigenkapital und eigenkapitalsähnliche Mittel in Höhe von etwa 110 Mio. Euro. Eine LGTT-Garantie in Höhe von 25 Mio. Euro verstärkt die sichere Finanzierung des Projektes. Dieses von der EIB neu entwickelte Finanzierungsinstrument sichert die Bankfinanzierungen von Verkehrspro-

jekten im Hinblick auf potentielle Risiken beim erwarteten Verkehrsaufkommen«.
36 Horn, L.: »Vergaberechtliche Rahmenbedingungen bei Verkehrsinfrastrukturprojekten im Fernstraßenbau«, dort insbes. Ziffer II »Vergaberechtliche Aspekte A-Modell«. In: Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht, Heft 7/2004, S. 665 ff.
37 Boyok, K. und Jansen, N.: »Durchbruch für das A-Modell im Fernstraßenausbau?« In: Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht, Ausgabe Mai 2005, S. 241 ff.
38 »Baustelle A 5 bei Offenburg: Polizei blitzt 1205 Fahrer. Kein Respekt vor Tempo 80: Zehn Stunden lang hat sich die Polizei an der Baustelle auf der A 5 bei Offenburg postiert – und 1205 Fahrer geblitzt. Einer raste mit 144 km/h durch«. In: Badische Zeitung vom 29. Januar 2013.
39 »Privatisierte Autobahnen: Deutschlands gefährlichste Straße. Endlose Baustellen und viele Tote auf der A 1: Seit die Regierung Autobahnen wie die zwischen Hamburg und Bremen an private Firmen verpachtet, sind sie zu Horrorpisten geworden […].« In: DIE ZEIT vom 19.7.2010.
40 »Pilotprojekt: A 5 Überholverbot in den Baustellen zwischen Offenburg und Bühl«. In: Badische Zeitung vom 25.10.2011.
41 »Winterdienst und Wartung sollen revolutioniert werden. A-5-Betreiber hat neues Betriebssystem ausgeklügelt«. In: Badische Neueste Nachrichten vom 13. November 2009.
42 »Trifft Moderne auf Steinzeit?« In: Den Nachwuchs im Blick. Betriebsergebnisse 2009 für die Autobahnmeistereien und die Straßenmeistereien in den Stadt- und Landkreisen des Regierungsbezirkes Freiburg. Herausgeber: Regierungspräsidium Freiburg, Referat 45 Straßenbetrieb und Verkehrstechnik, 17. Jahrgang, Juni 2010.
43 Riebsamen, H.: »Staatliche Straßenmeisterei ist günstiger als private« sowie ein dazu gehörender Kommentar: »Privat ist nicht immer besser«. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung / FAZ.NET vom 21. Februar 2010.
44 Gesprächskreis »Infrastruktur« im Deutschen Verkehrsforum, Positionspapier »Betreibermodelle für die Straßenverkehrsinfrastruktur: F- und A-Modell im Fokus«. August 2003.
45 »Verkehrspolitik vor radikalem Systemwechsel: Milliarden gegen den Stau. […] Die Autobahnen sollen in eine neue Gesellschaft überführt und mit der Maut finanziert werden«. In: Handelsblatt vom 10.2.2015 und (nachdem die Landesverkehrsminister bei ihrer Konferenz in Rostock von der Idee offenbar gar nicht so abgeneigt waren) in: WELT online vom 20.4.2015.
46 Grüne wollen den Straßenbau völlig umkrempeln: Die Grünen setzen der PKW-Maut ein Reformkonzept entgegen. Das Papier soll zeigen, wie die Grundübel der deutschen Verkehrspolitik abgestellt werden können. Kernstück des Konzepts ist eine Straßengesellschaft. In: DIE WELT vom 26.3.2015.
47 »Private Beteiligung am Fernstraßennetz: Grundgesetzänderung soll den Weg ebnen […]. Private Investoren sollen sich ab 2017 am Fernstraßennetz beteiligen«. In: Handelsblatt vom 11.2.2015.
48 »Deutschlands Brücken machen einem angst und bange […] Deutschlands Infrastruktur ist marode, Brücken-GAUs wie dieser drohen künftig öfter«. In: WELT online vom 12.2.2015 im Zusammenhang mit einer wochenlangen Vollsperrung der »Schiersteiner Brücke« im Zuge der Autobahn 643 und einem damit einhergehenden Verkehrschaos in Mainz, Wiesbaden und Umgebung (die Industrie- und Handelskammern: »eine Katastrophe«). Die Sperrung wurde vorschnell dem Investitionsstau bei der deutschen Verkehrswegeinfrastruktur zugeschrieben (»wegen Verfallserscheinungen« / »ein aktuelles Beispiel, das für viele sanierungsbedürftige Bundesstraßen- und Autobahnbrücken steht«) – war hier aber offenbar aufgrund eines Bau-Unfalls erforderlich geworden.
49 »Davon profitiert auch der Kleinanleger«. Verkehrsminister Alexander Dobrindt über den Staat als Bauherrn und die Frage, mit wessen Hilfe der Bund in Zukunft seine Autobahnen finanzieren soll. In: WELT am Sonntag vom 15.2.2015.

Anschrift des Autors:
Ltd. Baudirektor
Dr.-Ing. Gero Morlock
Regierungspräsidium Freiburg
Abteilung 4,
Straßenwesen und Verkehr
Bissierstraße 7
79114 Freiburg
Gero.Morlock@RPF.BWL.DE

Bambi in Baden

Weg und Wandel einer Kunstfigur

Johannes Werner

»Bambi. Eine Lebensgeschichte aus dem Walde« hieß ein Buch des Wiener Literaten Felix Salten, das sehr bekannt wurde – vor allem durch den Film, den Walt Disney nach ihm schuf. Aber dann waren es zwei badische Bildhauer, Else Bach und Emil Sutor, und zwei badische Verleger, Karl Fritz und Franz Burda, die aus der Figur das machten, was sie heute ist.

In der Waldlichtung stand plötzlich ein rehfarbenes Reh. Es war angetan mit allen Attributen, die einem Reh zukommen, zierlich, großäugig, schmalfüßig. Es hielt den Kopf ein wenig schief, was die Anmut der Silhouette, die das Reh in die grüngoldene Luft schnitt, nur noch erhöhte. Ganz unbeweglich stand es da und doch entschieden flüchtig, gleichsam in starrer Eile, in gestockter Schnelligkeit.
Alfred Polgar

Nun schlich ich mich leise – ich atmete kaum – Gegen den Wind an den Baum,
Und gab dem Reh einen ganz kleinen Stips. Und da war es aus Gips.
Joachim Ringelnatz

Aus Gips ist es freilich nicht, das kleine Reh namens »Bambi«, das alle Jahre wieder, und gleich mehrfach, mit großem Aufsehen und Aufwand als Preis an Stars und Starlets aller Art vergeben wird; und das eine Geschichte hat, und zwar eine badische, die man kaum kennt.

Wien: Felix Salten

»Bambi. Eine Lebensgeschichte aus dem Walde« so hieß ein Buch, das der Wiener Schriftsteller Siegmund Salzmann alias Felix Salten im Jahre 1923 erscheinen ließ. Salten war zwar bekannt oder gar befreundet mit Hugo von Hofmannsthal, Arthur Schnitzler, Hermann Bahr und Karl Kraus; aber selber war er ein wendiger, windiger, mit allen Wassern gewaschener Journalist, auch Autor von Libretti, Drehbüchern, Dramen, Romanen, Novellen und Erzählungen, und wohl auch Autor der angeblichen Autobiographie von Josefine Mutzenbacher, einer »Wienerischen Dirne«.[1] Doch den größten und haltbarsten Erfolg erzielte er mit der Geschichte von Bambi, jenem jungen Reh, das im Wald zur Welt kommt, heranwächst, die anderen Tiere und leider auch den Menschen kennen lernt, Gutes und Böses erfährt und schließlich erwachsen wird. Die ganze Geschichte wird aus dem Blickwinkel

des Tieres betrachtet und berichtet – ein seinerzeit neuartiges Verfahren[2], das seither viele Nachahmer gefunden hat.

Hollywood: Walt Disney

Kein Wunder, dass die sich entwickelnde Filmindustrie, und zwar die amerikanische, aufmerksam wurde. Der Regisseur Sidney A. Franklin erwarb schon 1933 die diesbezüglichen Rechte, wandte sich aber 1935 an Walt Disney, nachdem er erkannt hatte, dass dem Buch allenfalls per Zeichentrick beizukommen war. Die Arbeiten zogen sich lange hin; erst 1942 konnte der fertige Film in London, in New York und (im Beisein von Felix Salten) in Zürich vorgestellt werden. Walt Disney hat ihn von allen seinen Werken am meisten geliebt. Die Premiere der deutschen Fassung fand im Dezember 1950 statt.[3]

Karlsruhe: Else Bach und Karl Fritz

Ob Else Bach das Buch wohl je gelesen, den Film wohl je gesehen hat? Jedenfalls schuf sie eine Figur, die dem neugeborenen Bambi, wie Salten ihn beschrieb, sozusagen aufs Haar gleicht: »Hier stand er nun, schwankte bedenklich auf seinen dünnen Beinen, blickte mit trüben Augen, die nichts sahen, blöd vor sich hin, ließ den Kopf hängen, zitterte sehr und war noch ganz betäubt.«[4] Im Jahre 1936 gab sie ihm die Form, in der er, ohne dass sie es ahnen konnte, noch lange weiterleben sollte. Zwischen 1935 und 1939 hat Else Bach, die an der Pforzheimer Kunstgewerbeschule ausgebildet worden war, im Auftrag der Karlsruher Majolika-Manufaktur insgesamt 47 Werke geschaffen: Tiere, oft Tierkinder, immer wieder Rehe, Fohlen und Lämmer. Mit den Bemühungen anderer, auch älterer Künstlerkollegen um die Tiergestalt haben ihre Arbeiten nichts zu tun.[5] Gleichwohl waren ihre gefälligen Figürchen, vor allem als Gartenzierrat, sehr beliebt und wurden noch nach 1990 hergestellt. Da war sie selber schon lange gestorben.[6]

Else Bach, Rehkitz 1936 (Foto: Johannes Werner)

Als der Karlsruher Verleger Karl Fritz, der eine illustrierte »Film- und Moderevue« herausgab, im Jahre 1948 eine Trophäe suchte, mit der er die Träger eines von ihm gestifteten Preises beglücken könnte, fand er den Bambi der Else Bach – der aber noch nicht so hieß. Vielmehr war es erst Gabi, die vierjährige Tochter der ersten Preisträgerin Marika Rökk, die durch das Rehkitz an die Hauptfigur des Films erinnert wurde und ihm seinen Namen gab. Und damit war Bambi in Baden angekommen.

Offenburg: Emil Sutor und Franz Burda

Der ursprüngliche Bambi-Preis war weiß glasiert und aus Keramik, also sehr zerbrechlich. Irgendwann, angeblich 1958, ging man dazu über, ihn aus vergoldeter Bronze zu fertigen, und zwar nach einer Überarbeitung durch den badischen Bildhauer Emil Sutor[7], der die

Logo der Bambi-Verleihung (PR-Material)

anatomischen Ungenauigkeiten des Bachschen Bambis verbesserte und ihm überhaupt einen anderen, strafferen, reiferen Ausdruck verlieh. Um nochmals mit Salten zu sprechen: »Er kann jetzt schon lauschen. Nicht bloß hören, was so nahe geschieht, daß es einem von selbst in die Ohren knallt. Nein, da ist wahrhaftig keine Kunst dabei. Sondern er kann richtig, mit Vernunft lauschen, auf alles, was sich noch so leise regt, auf jedes feinste Knistern, das der Wind herbeiträgt. (…) Er versteht es jetzt auch allmählich, zu wittern. Bald wird er es so gut verstehen wie seine Mutter. Er kann die Luft einziehen und sie gleichsam mit dem Verstande zerlegen.«[8]

Vielleicht hatte bei dem Auftrag an den in Offenburg geborenen, in Karlsruhe lebenden und arbeitenden Sutor schon der Offenburger Verleger Franz Burda seine Hand im Spiel, der 1962 den Karlsruher Verlag und den mit ihm verbundenen Preis an sich zog – nach Vilma Fichtmüller, der Frau von Fritz, »mit einem Trick«.[9] Gleich nach dem Krieg hatte er sich offenbar die Druckerei seines angeblichen Freundes Fritz angeeignet[10], und schon vor dem Krieg die der Mannheimer Firma Bauer, die »arisiert« wurde; mit der Bezahlung ließ er sich beide Male sehr viel Zeit. Burda, ehemals Mitglied des paramilitärischen NS-Kraftfahrerkorps und der NSDAP[11], griff Sutor, ehemals ebenfalls Mitglied der NSDAP, gern unter die Arme und verschaffte ihm Aufträge wie etwa ein Relief für das Grimmelshausen-Gymnasium in Offenburg, eine Ursula-Säule in Offenburg; und, wie gesagt, wohl auch die Überarbeitung des Bachschen Bambis.

In die weite Welt

Von 1948 bis 1964 fanden die Verleihungen in Karlsruhe statt, dann aber auch in Offenburg, Stuttgart, Wiesbaden, Düsseldorf, Hamburg und Berlin. Seit 1958 wird das Figürchen auch nicht mehr in der Karlsruher Majolika-Manufaktur, sondern in der Kunstgießerei Strassacker in Süßen auf der Schwäbischen Alb hergestellt, seit 2000 nach einem durch den Bildhauer Kurtfritz Handel neuerlich überarbeiteten Modell. Inzwischen hat fast jeder, der irgendwie in Frage kam, den Preis bekommen, nicht selten sogar mehrmals, so dass es fast einfacher wäre, die Namen derer zu nennen, denen er (noch) fehlt. Allein 2014 wurden 22 Preisträger nominiert.

Man kann annehmen, dass ihnen ihr Bambi gefällt; unter den mehr oder weniger künstlerischen Objekten, die ansonsten als Trophäen kursieren, macht die Figur sozusagen eine gute Figur. Und warum? Weil Tierkinder immer als »süß« und »niedlich« empfunden werden, weil sie das verkörpern, was die Psychologen als »Kindchen-Schema« bezeichnen: mit dem relativ großen Kopf, den großen Augen, der hohen Stirn über dem kleinen Gesicht, den dicken Backen und den

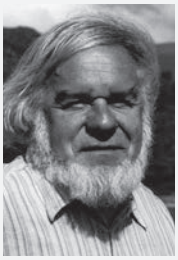
tollpatschigen Bewegungen.[12] Gelegentlich ist geradezu von einem »Bambi-Effekt«, einem »Bambi-Faktor« die Rede.

*

Bambi selber – so heißt es jedenfalls am Ende des Buches, mit dem alles begann – »verschwand im Walde«[13]. Aber in Wirklichkeit stand ihm sein großer Auftritt erst noch bevor.

Anmerkungen

1 Vgl. Siegfried Mattl/Werner Michael Schwarz, Felix Salten. Schriftsteller – Journalist – Exilant (= Ausstellungskatalog). Wien 2006.
2 Vgl. u. a. »Die Biene Maja und ihre Abenteuer« (1912) von Waldemar Bonsels und »Laikan der Lachs« (1931) von Josef Wenter. – Zu Wenter vgl. u. a.: Johannes Werner, Bemerkungen über den Salm. In: Badische Heimat 2/2000, S. 250–253.
3 Die zweite der vier Bambi-Rollen, nämlich die des Kindes, soll von Timm alias Frank Elstner gesprochen worden sein, was aber eher unwahrscheinlich ist. Dagegen trifft es zu, dass er diese Rolle in dem Hörspiel sprach, das der Südwestfunk in Baden-Baden, wo Elstner damals lebte, im Jahre 1952 produzierte.
4 Felix Salten, Bambi. Eine Lebensgeschichte aus dem Walde. Berlin/Wien/Leipzig 1930, S. 7.
5 Hier wären etwa die Bildhauer Ewald Mataré (*1887), Renée Sintenis (*1888) und Gerhard Marcks (*1889) zu nennen. – Der Berlinale-Bär, der seit 1957 verliehen wird, wurde übrigens von Renée Sintenis entworfen.
6 Zu Else Bach vgl.: 50 Jahre Staatliche Majolika Manufaktur Karlsruhe. Karlsruhe 1951, S. 11, 20; Karlsruher Majolika. Die Großherzogliche Majolika-Manufaktur 1901–1927/Die Staatliche Majolika-Manufaktur 1927–1978 (= Ausstellungskatalog). Karlsruhe 1979, S. 198 f., 343; Monika Bachmayer/Peter Schmitt, Karlsruher Majolika. 1901 bis 2001. 100 Jahre Kunstkeramik des 20. Jahrhunderts. Karlsruhe 2001, Nr. 4349–53, 4417–19, 4549–51, 4561–66, 4624–26, 4838–43, 4896, 4944/45, 4999–5003, 5121–29, 5215, 5250–52 und S. 214. – Vgl. auch Clemens Ottnad in: Badische Biographien. Neue Folge Bd. VI. Hrsg. von Fred Ludwig Sepaintner. Stuttgart 2011, S. 11–13.
7 Vgl. Johannes Werner, Der badische Bildhauer Emil Sutor. In: Badische Heimat 2/2010, S. 526–534; ders., Einmal und nie wieder. Emil Sutor und sein Meisterstück. In: Die Ortenau 91 (2011), S. 477–482; ders. in: Baden-Württembergische Biographien. Bd. V. Hrsg. von Fred Ludwig Sepaintner. Stuttgart 2013, S. 420–423.
8 Salten, a. a. O. S. 44 f.
9 Vilma Fichtmüller, Erinnerungen. Durlach 2003, S. 197.
10 Vgl. ebd. S. 191.
11 Vgl. Peter Köpf, Die Burdas. Hamburg/Wien 2002, S. 44–50.
12 Im Deutschen weisen Bezeichnungen wie »Eichhörnchen«, »Meerschweinchen«, »Kaninchen« in dieselbe Richtung – ebenso wie »Bambi« selber, dem wohl der italienische Begriff »Bambino« (d. h. »Kind«) zugrunde liegt.
13 Salten, a. a. O. S. 210. – Es folgte noch: Bambis Kinder. Eine Familie im Walde. Rüschlikon-Zürich 1940.



Anschrift des Autors:
Dr. Johannes Werner
Steinstraße 21
76477 Elchesheim-Illingen

Friedrich Kaiser im Auftrag der Druckmedien

Der Künstler als Bildberichterstatter der Leipziger *Illustrirten Zeitung*

Sara Capdeville / Esther Pollakowski

Friedrich Kaiser (1815 Lörrach – 1889 Berlin) war über 30 Jahre lang Bildberichterstatter für die ab 1843 aufgelegte Leipziger Illustrirte Zeitung.[1] *Schwerpunkt der* Illustrirten *war die regelmäßige Darstellung aktueller Ereignisse in einer Verbindung von Bild und Text – eine Neuheit, da in Deutschland bis dahin Zeitungsberichte ohne Bilder erschienen. Fast von Anfang an war Friedrich Kaiser an dieser visuellen Berichterstattung beteiligt: Er zeichnete z. B. Szenen der Badischen Revolution von 1848/49, die als Holzstiche in der* Illustrirten *erschienen.*

Die Leipziger *Illustrirte Zeitung*

Am 1. Juli 1843 erschien die erste Auflage der Leipziger *Illustrirten Zeitung.* Sie stellte im 19. Jahrhundert einen neuen Pressetyp dar.[2] Einerseits war sie eine Zeitung, indem sie wöchentlich erschien, über gegenwärtige Ereignisse im In- und Ausland informierte und Werbeanzeigen brachte.[3] Andererseits – und in diesem journalistischen Konzept lag ihre Schlagkraft – war sie eine Zeitschrift, indem sie ihre Berichterstattung um das Medium Bild erweiterte. Es war ein Novum, denn »deutsche Zeitungen erschienen [bis dahin] gänzlich ohne Abbildungen […].«[4] In der ersten Auflage der *Illustrirten* ist zu lesen, dass »die innige Verbindung des Holzschnittes mit der Druckerpresse […] [benutzt werden soll], um die Tagesgeschichte selbst mit bildlichen Erläuterungen zu begleiten und durch eine Verschmelzung von Bild und Wort eine Anschaulichkeit der Gegenwart hervorzurufen […].«[5]

Der Gründer und Herausgeber der *Illustrirten Zeitung,* Johann Jacob Weber (1803 Basel – 1880 Leipzig), interessierte sich schon als junger Verleger für neue technische Entwicklungen im Bereich des Illustrationsverfahrens, wusste diese in seinem Unternehmen richtig einzusetzen und machte sich »durch die Hebung des Holzschnittes verdient.«[6] Nach einer Ausbildung als Buch- und Verlagshändler in Basel, Genf und Paris ließ sich Weber in Leipzig nieder und gründete dort 1834 seinen eigenen Verlag. Webers Erfolg war ohne die Industrialisierung nicht denkbar, denn erst in Folge des Eisenbahnbaus und neuer Drucktechniken konnte die Massenpresse regelmäßig und zeitnah erscheinen.

Die Leserschaft der *Illustrirten Zeitung* war vor allem das aufstrebende Bildungsbürgertum des 19. Jahrhunderts. Dies lag unter anderem auch am Verkaufspreis der Blätter, denn die Berichterstattung in Bildern war eine kostspielige und für den Verleger mit personellem Aufwand verbundene Sache. Mangels Fachpersonals musste Weber in der Anfangszeit der *Illustrirten* qualifizierte Holzstecher (Xylografen) aus England und Frankreich anwerben.[7] Erst 1858 wurde der Verlag durch ein eigenes xylografisches Atelier erweitert und

1860 durch eine eigene Druckerei. Im Gegensatz zu anderen von Weber verlegten Werken wurde die *Illustrirte Zeitung* dennoch bis zum Jahrhundertende bei Friedrich Arnold Brockhaus gedruckt.

Der Künstler Friedrich Kaiser als Bildberichterstatter der *Illustrirten Zeitung*

Durch das neue Konzept, aktuelles politisches Tagesgeschehen auch in Bildern zu berichten, entstand in Deutschland der neue Berufszweig des Bildberichterstatters. Und es war diese Berufsnische, die der in Lörrach geborene und ab 1850 in Berlin wohnende Historien- und Schlachtenmaler Friedrich Kaiser als Einnahmequelle für sich entdeckte.[8] Für die zeichnerische Erfassung aktueller Ereignisse »installierte [der Verleger Weber] ein europaweites Netz von Bild-Korrespondenten, die direkt am Ort des Ereignisses zeichneten«[9], das aber erst Mitte der 1850er Jahre flächendeckend funktionierte.[10] Zu diesem Mitarbeiterkreis gehörte Friedrich Kaiser bereits seit 1848. Der Künstler war Beobachter der Badischen Revolution von 1848/49 und begleitete als Zeichner die preußische Armee auf mehreren ihrer Feldzüge bis zum Deutsch-Französischen Krieg 1870/71.[11] Seine Skizzen dienten nicht nur als Vorlagen für zeitgenössische Ereignisbilder in der Leipziger *Illustrirten Zeitung*, sondern auch als Grundlage für später ausgeführte Ölgemälde z. B. für einen seiner Auftraggeber, den Prinzen von Preußen.

Von der Zeichnung zum Holzstich

Die lavierte Tuschezeichnung *Die Rastatter Kasematten* von Friedrich Kaiser zeigt Gefangene der Revolutionäre in der Rastatter Festung, die der Künstler vermutlich im August 1849 anfertigte. Am 13. Oktober 1849, also rund acht Wochen nach dem Vorfall bzw. der Erstellung der Zeichnung druckte die *Illustrirte Zeitung* einen nach dieser Zeichnung gefertigten Holzstich. Derselbe Holzstich war im *Illustrirten Kalender* 1851 zu sehen. Diese Zeitspanne – mehrere Wochen vom Geschehnis bis zur gedruckten Abbildung – war

Friedrich Kaiser, *Die Rastatter Kasematten*, 1849, lavierte Tuschezeichnung auf Papier, 154 x 213 mm (Wehrgeschichtliches Museum Rastatt, Inv. Nr. 008190)

Nach Friedrich Kaiser, *Eine Kasematte in Rastatt*, 1851, Holzstich auf Papier im *Illustrirten Kalender*, 139 x 161 mm (Privatbesitz Rainer Wollenschneider)

nicht ungewöhnlich und erklärt sich aus den damals aufwändigen und zeitraubenden Schritten, die von der Zeichnung bis zum Druck nötig waren.[12] Zunächst musste die Zeichnung erstellt werden. Friedrich Kaiser berichtete in einem Brief vom 23. Juli 1870 an die Redaktion der Zeitung über die Schwierigkeiten der Herstellung einer Zeichnung im Kriegsgeschehen: »Aber im Felde verfolgt man oft wochenlang nicht weiß, wo man seine Hand zur Arbeit auflegen kann […]. Da kann schon gar keine Rede seyn von Zeichnungen zu machen.«[13] Vom Ort des Geschehens musste die Zeichnung nach Leipzig kommen und dort manuell in einen Holzstich übertragen werden: Zunächst galt es, die Papierskizze auf Holz zu zeichnen. In einem zweiten Schritt musste sie von einem Xylografen gestochen werden. Der Künstler sandte der Redaktion nicht nur Entwürfe auf Papier, sondern zeichnete selbst manchmal auf Holz.[14] Dabei war ihm wichtig, dass sein individueller Zeichenstil in den Holzstichen sichtbar war. An die Redaktion schrieb Kaiser über eine gezeichnete Illustration des Deutsch-Dänischen Kriegs 1864: »Ich wollte gerne das Bild vom Sturm selbst aufzeichnen, allein es fehlt gegenwärtig an Zeit. Ich bitte Sie aber dringend, sobald der Aufzeichner mit seiner Arbeit fertig ist, mir dieselbe (auf dem Holzstock) auf einen Tag nach Berlin zu senden […]. Ich wünsche, daß das Bild gut wird. […] [Der Holzzeichner] soll […] nicht wellenlinig [zeichnen] – ungefähr *[Kaiser malt eine gezackte Linie]* und nicht auch folgende *[Kaiser malt eine wellenförmige Linie].* Die Holzschnitte in der letzten Nummer haben mir sehr wohl gefallen und erkenne ich darin meine Zeichnungen.«[15] Die neue Technik des Holzstichs ermöglichte »ohne Übertreibung eine Bilderrevolution […]. Technische Voraussetzung für die massenhafte Produktion dieser […] Illustrationen […] war die Entwicklung vom ›weichen‹ Holzschnitt zum ›harten‹ Holzstich, der die Forderungen nach hoher Bildauflösung und hoher Druckfestigkeit, letzteres Voraussetzung für die Herstellung großer Auflagen, erfüllte.«[16] Das harte Buchsbaumhirnholz wurde mit einem Grabstichel mit einem V-förmigen Querschnitt und damit gleichzeitig mit zwei Messerschnitten gestochen. Dieser technische Fortschritt sparte Arbeit und Zeit und war damit »ganz im Sinne der aufkommenden Industrialisierung.«[17] Der Holzstich *Eine Kasematte in Rastatt* zeigt im Vergleich zur Zeichnung zum einen leichte Veränderungen, z. B. bezüglich des Bildausschnitts am linken, rechten und oberen Bildrand. Zum anderen sind feine, eng beieinander liegende Linien, Kreuzschraffuren und feine Abstufungen von hellen zu dunklen Partien zu sehen, die im Holz-

Nach Friedrich Kaiser, *Die Schanze der Badischen bei Kuppenheim,* Holzstich auf Papier in der Leipziger *Illustrirten Zeitung,* 22.9.1849, 185 x 272 mm, (Dreiländermuseum, Inv. Nr. BKKa 26)

schnitt nicht umzusetzen sind. Damit konnte die originale, lavierte Tuschezeichnung des Künstlers aber adäquater wiedergegeben werden als es mit dem Holzschnitt möglich gewesen wäre und der künstlerische Anspruch Friedrich Kaisers, seine Zeichnungen wiederzuerkennen, besser erfüllt werden.

Bildberichterstatter und Augenzeuge der Revolution von 1848/49

Die Vormärz-Bewegung und Revolution von 1848/49 waren Thema in der *Illustrirten Zeitung,* die 1848 in ihrer 10. Auflage ein klares Statement zur aktuellen Frage einer deutschen nationalen Einheit abgab. Dort hieß es, das Blatt wolle sich für ein »großes, einiges, mächtiges Deutschland«[18] einsetzen. Die Auseinandersetzungen in der Badischen Revolution verfolgte Friedrich Kaiser aufmerksam und hielt sie in Zeichnungen fest. Am 29. Juli 1849 schrieb er aus Karlsruhe nach Leipzig: »Verehrliche Redaktion! Unterzeichneter meldet Ihnen hiermit, daß er im Besitz von vielseitigem Material über die Angelegenheiten der badischen Revolution ist, welche er mit Ihrem Verlangen zur Disposition stellt.«[19] Der Künstler arbeitete zwischen den Fronten, seine Bildmotive zeigen sowohl die Sichtweise der Revolutionäre als auch die ihrer Gegner.

Das Bild *Die Schanze der Badischen bei Kuppenheim* zeigt revolutionäre Freischärler und Soldaten aus Baden südöstlich der Festung Rastatt bei Kuppenheim. Der Künstler hielt die Perspektive der Aufständischen fest, die hinter einer Schanze stehen und auf eine anmarschierende Gruppe von preußischen Soldaten zielen. Dieses Ereignis fand am 30. Juni 1849 statt und erschien am 22. September 1849 als Holzstich in der *Illustrirten Zeitung.*

Der oben bereits erwähnte Holzstich *Eine Kasematte in Rastatt* zeigt Friedrich Kaisers Gefangenschaft in der Festung Rastatt. Am 1. Juli 1849 wurde die Festung, die letzte Bastion der Revolutionäre, von der preußischen Armee umzingelt. Gegen Ende der 23 Tage andauernden Belagerung der Festung geriet der Künstler in Schwierigkeiten: Die Erlaubnis Generals von Gröben ermöglichte es Friedrich Kaiser, aus dem Militärlager der preußischen Bundestruppen heraus die Festung zu zeichnen.[20] Doch fiel er beim Überqueren der Frontlinien in die Hände der Freischärler, die ihn für einen preußischen Spion hielten. Seine Gefangenschaft in der Rastatter Kasematte hielt er in einer Zeichnung fest und porträtierte sich dabei vermutlich selbst: Ein junger Mann in gestreifter Hose stützt sich mit seinem Arm an der Wand ab.

Als Augenzeuge und Bildberichterstatter hat Friedrich Kaiser mit seinen Zeichnungen und den nach seinen Skizzen erstellten Holzstichen in der *Illustrirten Zeitung* nicht nur dem damaligen Leser ein lebendiges Bild der Revolution kreiert, sondern auch dem heutigen Betrachter wertvolle historische Quellen zur Revolution von 1848/49 hinterlassen.

Dieser Beitrag ist im Kontext der Forschungen zum Künstler Friedrich Kaiser während der Vorbereitung der Ausstellung *Friedrich Kaiser – Zeitzeuge eines unruhigen Jahrhunderts* entstanden, die von 10.7. bis 15.11.2015 im Dreiländermuseum Lörrach zu sehen ist und von den Autorinnen kuratiert wurde. Danken möchten wir für die Mithilfe der Recherchen Dr. Bernd Hainmüller sowie Rainer Wollenschneider, dem Wehrgeschichtlichen Museum Rastatt und dem Dreiländermuseum Lörrach für die Genehmigung der Bildveröffentlichungen.

Anmerkungen

1 Im Folgenden wird die originale Schreibweise der Illustrierten, »*Illustrirte* [sic!] *Zeitung*«, verwendet.
2 Gebhardt, Hartwig: Auf der Suche nach nationaler Identität. Publizistische Strategien in der Leipziger »Illustrirten Zeitung« zwischen Revolution und Reichsgründung, in: Germer, Stefan, Zimmermann, Michael F. (Hg.): Bilder der Macht. Macht der Bilder. Zeitgeschichte in Darstellungen des 19. Jahrhunderts, München/Berlin 1997, S. 310–323, S. 310.
3 Vgl.: Münch, Roger, Göbel, Christian: Art. Zeitung, in: Enzyklopädie der Neuzeit, hrsg. v. Jaeger, Friedrich, Bd. 15, Stuttgart 2012, S. 410–419.
4 Wiese, Bernd: Aktuelle Nachrichtenbilder »nach Photographien« in der deutschen illustrierten Presse der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Grivel, Charles, Gunthert, André u. a. (Hg.): Die Eroberung der Bilder. Photographie in Buch und Presse (1816–1914), München 2003, S. 62–101, S. 76.
5 Ebd., zit. nach, Wiese 2003, S. 66.
6 Art. Weber, in: Brockhaus' Kleines Konversations-Lexikon, 5. Aufl., Brockhaus, Friedrich Arnold, Bd. 2, Leipzig 1911, S. 959.
7 Vgl.: Wiese 2003, S. 65.
8 Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts war die Entwicklung der Fotografie technisch in der Lage, einen zeichnenden Bildberichterstatter zu ersetzen.
9 Haug, Christine: Popularisierung der Wissensvermittlung und Revolutionierung der Wahrnehmung. Essay anlässlich zweier Neuerscheinungen zum Thema Illustration und Massenmedien im 19. Jahrhundert, in: IASLonline, [29.11.2004], Absatz 38; URL: http://iasl.uni-muenchen.de/rezensio/liste/Haug3891313497_1167.html [Zugriff: 10.6.2015]
10 Wiese 2003, S. 70.
11 Vgl.: Lange Barbara: Gentlemen's agreement. Zum Realismuskonzept der vaterländischen Geschichtsbilder vom Deutsch-Dänischen Krieg 1864, in: Germer, Stefan, Zimmermann, Michael F. (Hg.): Bilder der Macht. Macht der Bilder. Zeitgeschichte in Darstellungen des 19. Jahrhunderts, München/Berlin 1997, S. 371–381.
12 Vgl.: Wiese 2003, S. 70.
13 Brief von Friedrich Kaiser an die Redaktion der *Illustrirten Zeitung* vom 23.7.1870, Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Inv. Nr. A/5421/2006.
14 Vgl.: Brief von Friedrich Kaiser an die Redaktion der *Illustrirten Zeitung* vom 27.5.1859, Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Inv. Nr. A/5417/2006.
15 Brief von Friedrich Kaiser an die Redaktion der *Illustrirten Zeitung* vom 3.5.1884, Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Inv. Nr. A/5420/2006.
16 Gebhardt 1997, S. 310.
17 Kramer, Klaus: Von Holzschnitten und Holzstichen. Geschichte und Technik einer grafischen Kunstform, URL: http://www.klaus-kramer.de/Artikel/Holzschitt/Holzschnitt_1_top.html [Zugriff: 14.6.2015]
18 Vorwort der *Illustrirten Zeitung,* 1848, Bd. 1, Johann Jakob Weber, Leipzig.
19 Brief von Friedrich Kaiser an die Redaktion der *Illustrirten Zeitung* vom 29.7.1849, Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Inv. Nr. A/5414/2006.
20 Vgl.: Richardt, David: 610 Die Rastatter Kasematten, in: Ausst. Kat. 1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden, hrsg. v. Badisches Landesmuseum Karlsruhe, Karlsruhe, Badisches Landesmuseum, Baden-Baden 1998, S. 417.

Anschrift der Autorinnen:
Esther Pollakowski M.A.
Kunsthistorikerin
e.pollakowski@gmx.de

Sara Capdeville M.A.
Historikerin
sara.capdeville@gmx.de

Zum 300. Geburtstag des Freiburger Barockmalers Johann Pfunner (1716–1788)

Gerhard Bender

Heute weithin unbekannt ist der am meisten beschäftigte Freiburger Barockmaler Johann Pfunner, dessen Geburtstag sich in diesem Jahr zum 300. Mal jährt. Aus Tirol stammend, kam er schon in jungen Jahren nach Freiburg, wo er später Bürgerrecht und Zunftzugehörigkeit erwarb. Von hier aus entfaltete er eine umfangreiche Tätigkeit, von der noch knapp 300 Arbeiten an über 40 Orten zwischen Appenweier im Norden und Schliengen im Süden, Mulhouse im Westen und Schömberg im Osten, zumeist in Kirchen, erhalten sind. Es lohnt sich, ihn nicht nur als Künstler, sondern auch als Künder der christlichen Botschaft neu zu entdecken!

Nach der historisch zuverlässigsten Quelle jährt sich im Jahr 2016 der Geburtstag Johann Pfunners, des meistbeschäftigten Freiburger Malers in der ausgehenden Barockzeit zum 300. Mal. Geboren wurde er in Schwaz bei Innsbruck, das wie Freiburg zu den habsburgischen Landen gehörte. Er begann seine Ausbildung wahrscheinlich bei dem Schwazer Maler Johann Höttinger d. J., kam dann aber nach Freiburg, »wo die Schwazer Malersippe Pfunner schon seit Beginn des 18. Jahrhunderts festen Fuß gefasst«[1] hatte, und wurde Schüler von Franz Bernhard Altenburger, der ebenfalls aus Schwaz stammte. Dessen Tod am 3.12.1736 war dann wohl der Anlass, dass Johann Pfunner nach Straßburg wechselte und sich dort schon am 20.12.1736 bei der Zunft zur Steltz als Geselle des aus Löffingen stammenden Meisters H. Meyer einschreiben ließ. Nach seiner Straßburger Gesellenzeit wird Johann Pfunner als »Rucksackmaler«[2] an verschiedenen Orten im Schwarzwald tätig. Aus dieser Zeit stammen beispielsweise die Arbeiten auf dem Giersberg bei Kirchzarten (1740), Friedenweiler (1740), Pfaffenweiler (1741), Untersimonswald (1741/42), Urach

Decke der Giersbergkapelle, Fresko mit der Geburt im Stall und der Anbetung der Hirten

Linker Seitenaltar der Allerheiligenkirche zu Urach mit der Anbetung der Könige

(1747/49), Hüfingen (1748), aber auch für das Predigerkloster in Freiburg (Unterlinden), die leider nicht mehr vorhanden sind.

Am 7.2.1749 bat Johann Pfunner den Rat der Stadt Freiburg um Bürgerrecht und Zunftaufnahme und wurde Mitglied der Malerzunft zum Riesen. Von Freiburg aus entfaltete er in den nächsten 35 Jahren eine ungeheuer umfangreiche und fruchtbare Tätigkeit, ausschließlich in Kirchen und Pfarrhäusern; einzige Ausnahmen sind die Deckenbilder im Treppenhaus von Schoß Ebnet und die Darstellungen auf der Ehrenpforte der Universität für Marie Antoinette auf ihrem Brautzug nach Frankreich. Zwischen Appenweier im Norden und Schliengen im Süden, Mulhouse im Westen und Balingen im Osten erstreckt sich sein Tätigkeitsfeld. Insgesamt gibt es heute noch in über 40 Städten und Dörfern knapp 300 Arbeiten von ihm; leider sind fast 100 Arbeiten durch Kriegseinwirkung, Brand, Umbauten und auch Diebstahl verloren gegangen.

Am 2.5.1765 heiratete »Spectabilis Dominus Joan: Evang: Pfunner pictor experimentissimus«[3] die Freiburgerin Maria Anna Will im Freiburger Münster und erwarb im Jahr darauf »eine Behausung und Gesäß in der Grossen Gassen [heute: Kaiser-Joseph-Straße] gelegen, zum Hinteren und Vorderen Pellican [heute: Volksbankfiliale an der zentralen Innenstadtkreuzung] genannt«.[4] Die Lage dieses Hauses erwies sich als günstig, als Johann Pfunner gegen Ende seines umfangreichen Schaffens am 26.4.1787 vom Freiburger Stadtrat die Erlaubnis erbitten musste, in seinem Hause einen Kaffee- und Bierausschank eröffnen zu dürfen, da er »weil alt und auf einem Auge blind durch seine Kunst nichts mehr verdienen«[5] könne. Schon ein Jahr später, am 24.5.1788 ist Johann Pfunner dann in Freiburg gestorben. Er hinterließ ein umfangreiches bedeutendes Werk des ausgehenden Barock im südwestdeutschen Raum. Zeitgenossen bestätigen Johann Pfunner »dem kunstreichen Maler zu Freiburg«, er habe sich »im Land durch seine Malerei berühmt gemacht«.[6]

Um einen ersten Eindruck von seiner Malerei zu geben, seien einige seiner Bilder kurz vorgestellt:

Aus dem ersten Jahrzehnt seiner Tätigkeit wären vor allem seine Arbeiten in der Giersbergkapelle bei Kirchzarten, die Deckenfresken in der St. Sebastianskirche in Untersimonswald, die Altarblätter und Chorfresken der Allerheiligenkirche zu Urach im Schwarzwald und das Altarblatt der St. Leonhardskapelle bei Hüfingen zu nennen.

Die Decke der Giersbergkapelle schmücken drei Fresken: die Ankündigung der Geburt Jesu, die Heimsuchung und die Geburt im Stall mit der Anbetung der Hirten. Dass auf dem Geburtsbild das Licht von dem Christuskind ausgeht, um es als Licht der Welt darzustellen, ist seit Correggio nichts Besonderes; besonders ist aber, dass die Hirten an der Krippe zum einen echte »Schwarzwälder Typen« sind, zum anderen, dass schon in diesem ersten Werk eine Thematik deutlich wird, die sich in späteren Werken öfter wiederholt: Während der eine Hirte ehrfürchtig den Hut abgenommen hat und der andere tastend seine Hand dem Kind entgegenstreckt, wirkt der dritte Hirte reserviert, fast skeptisch – angesichts des Handelns Gottes muss der Mensch eine Entscheidung treffen, wie er sich dazu verhält.

Das zweite Bild zeigt den linken Seitenaltar der Allerheiligenkirche zu Urach mit der Anbetung der Könige. Hier ist insbesondere das Zusammenspiel von Malerei und Plastik hervorragend gelungen: Der eine König ist von Johann Pfunner ins Bild gemalt, die beiden anderen stehen als Holzplastiken von Matthias Faller vor dem Bild, sind aber in dieses einbezogen, nicht allein durch die Gestik, sondern etwa auch dadurch, dass das Geschenk des Mohrenkönigs wieder in das Bild gemalt ist.

Pfarrkirche St. Alexius in Herbolzheim, das zentrale Deckenfresko im Langhaus zeigt Maria als große Fürbitterin

Apotheose des Hl. Nikolaus aus der Nikolauskapelle in Hüfingen, heute in der St. Leonhardskapelle

Das Himmelfahrtsbild aus der katholischen Pfarrkirche zu Niederschopfheim gehört zum Schönsten, das Pfunner geschaffen hat

St. Peterkirche in Endingen, Petrus bei der Heilung eines Gelähmten an der Schönen Pforte des Tempels von Jerusalem

Die Darstellung des Hl. Nikolaus hat Pfunner verschiedentlich gemalt; hier ist seine Apotheose aus einer abgegangenen Nikolauskapelle in Hüfingen zu sehen, die sich heute in der St. Leonhardskapelle befindet.

Vom Höhepunkt der Schaffenszeit Pfunners wären viele Arbeiten zu nennen, insbesondere in St. Alexius in Herbolzheim, St. Brigidae V. in Niederschopfheim und St. Peter in Endingen, wo er jeweils die gesamte Kirche ausmalte, aber auch die Wendelinuskapelle in der Bottenau bei Oberkirch, die Evangelische Katharinenkirche in Mahlberg, die Michaelskapelle auf dem Alten Friedhof in Freiburg oder die St. Blasiuskirche und der Prälatensaal in Wyhl. Davon drei Beispiele:

Die Pfarrkirche St. Alexius in Herbolzheim, bei deren gesamter Ausmalung es um die Darstellung der wesentlichen Bekenntnisaussagen des Konzils von Trient geht, zeigt in ihrem zentralen Deckenfresko im Langhaus Maria als große Fürbitterin: Sie trägt die Bitten der beiden Ordensgründer Franziskus und Dominikus vor ihren Sohn, der daraufhin die drei großen Plagen Pest, Hunger und Krieg, symbolisiert durch drei Lanzen, von der Menschheit abwendet.

Das Himmelfahrtsbild aus der katholischen Pfarrkirche zu Niederschopfheim, an deren Decke die zentralen christlichen Heilsereignisse: Jesu Geburt, seine Auferstehung und Himmelfahrt, sowie Pfingsten dargestellt sind, gehört zum Schönsten, das Pfunner geschaffen hat. Der Auferstandene schwebt vom Ölberg, von wo ihm Maria und die Jünger nachschauen, in einem lichten Himmel dem

Hochaltarblatt der St. Pankratiuskirche in March-Holzhausen, Pankratius und Apollinaris verehren die Immakulata (alle Fotos: Gehard Bender)

Vater entgegen, wo er von vielen musizierenden Engeln empfangen wird, so dass seine Heimkehr zum Fest wird.

Das dritte Bild aus St. Peterkirche in Endingen, deren gesamte Ausmalung die römisch-katholische Ekklesiologie darstellt, gehört zu einem Zyklus mit Szenen aus dem Leben des Petrus, dem »Fels der Kirche«; hier ist die Darstellung der Heilung eines Gelähmten an der Schönen Pforte des Tempels von Jerusalem zu sehen, auf der Petrus, der das von ihm durch Christi Kraft gewirkte Wunder kaum fassen kann, vor Freude tanzt.

Noch ein Bild aus der Spätzeit des Malers: Das Hochaltarblatt der St. Pankratiuskirche in March-Holzhausen zeigt eine Darstellung der Immakulata, die von Pankratius und Apollinaris verehrt wird. Während Pfunner in der Frühzeit einen recht flüchtigen Pinselstrich führte, wird er im Alter detailverliebt: Der Goldbrokatmantel des Apollinaris ist mit Szenen der Geburt Jesu und der Flucht nach Ägypten geschmückt als seien sie in den Stoff hineingewoben.

Der Maler Johann Pfunner ist zu Unrecht heute nur noch wenigen bekannt. Vielleicht haben die gezeigten Bilder Lust gemacht, noch mehr von ihm kennen zu lernen. Es lohnt sich! Eine Liste der Orte, an dem sich seine Werke befinden, kann beim Autor angefordert werden.

In dankbarem Gedenken an
Prof. Hermann Brommer.

Anmerkungen

1 H. Brommer: Barock in Ettenheim: Das »Heilige Grab« der Stadtpfarrkirche. Ortenau 61/1981, S. 106.
2 H. Brommer: Benedikt Gambs und Johann Pfunner. In: Schloss Ebnet, S. 107.
3 Dompfarramt Freiburg Ehebuch 1733–1785, S. 292.
4 Stadtarchiv Freiburg P III a 1,55 Fertigungsprotokolle 1761–1777, Bl. 368a.
5 Stadtarchiv Freiburg Akten Wirtschaften Collektaneen.
6 Generallandesarchiv Karlsruhe 353–Zugang 1908/105 II, Akte 311 Mahlberg (9.9.1761).

Anschrift des Autors:
Gerhard Bender
Münchhofstraße 4b
79106 Freiburg

Heimat – einmal mit anderen Augen gesehen

Von Hausen-Raitbach zum Briefzentrum 79: Über das Verschwinden von Ortsnamen in Poststempeln am Beispiel der Gemeinde Hausen im Wiesental

Elmar Vogt

Der Beitrag gibt einen kurzen Einblick in die Anfänge der Philatelie in den 1840er Jahren, beschreibt die »Definition Briefmarke« und deren Entwertungsmöglichkeiten. Mit der Gemeindereform in Baden-Württemberg in den 1970er Jahren verschwanden viele Ortsnamen aus den Poststempeln. Eine gewisse Anonymität hat sich »eingeschlichen«. Vereinzelt gibt es noch Ortswerbestempel, die für einen Ort oder eine bestimmte Einrichtung in der Gemeinde oder Stadt werben. Der Beitrag verdeutlicht auch die Rationalisierungen im täglichen Postbetrieb. Noch heute besitzt jede Gemeinde ihre Postleitzahl und den »modernen« Maschinenstempel des Briefzentrums mit der individuellen Zahl der »Postleitregion«. Das Thema wird postalisch am Beispiel der heutigen Gemeinde Hausen im Wiesental (Landkreis Lörrach) verdeutlicht. Der Artikel möchte auch dazu anregen, dass sich die Leserinnen und Leser mit der Philatelie- und Postgeschichte auseinandersetzen und sich vielleicht des Themas in ihrem Wohnort annehmen.

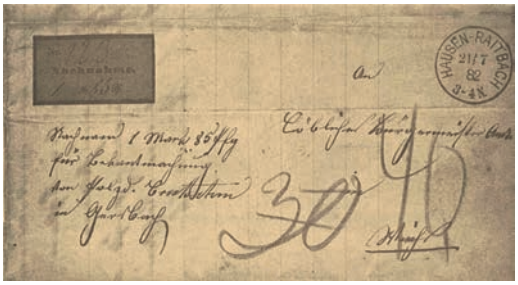
»Heimat« ist vielschichtig. Mit Heimat verbinden sich die verschiedensten persönlich gefärbten Vorstellungen. Der Begriff »Heimat« ist nicht immer mit einem Ort oder einer Nation verbunden, sondern oft mit Menschen, mit einem Alltag, der vertraut ist und Geborgenheit vermittelt. Mit der Entwertung von Briefmarken mit Poststempeln können von diesen mindestens der Aufgabeort, das Aufgabe- bzw. Einlieferungsdatum und die Uhrzeit abgelesen werden. Die postalischen Ortsnamen haben sich teilweise auch verändert, so zum Beispiel »Hausen-Raitbach« zu »Hausen im Wiesental«.

Mit der Gemeindereform in Baden-Württemberg in den 1970er Jahren verschwanden viele Ortsnamen aus den Poststempeln. Ein stückweit gerieten die eingemeindeten Orte und Ortsteile in Vergessenheit, somit auch ein Stück Heimat. Eine gewisse Anonymität hat sich »eingeschlichen«.

Am Anfang war die Briefmarke

Was heißt Philatelie? – Oder: Eine Idee setzt sich durch

Im Jahr 1837 wurde der englische Postmeister Rowland Hill (1795–1879) beauftragt, eine Studie über Reformmöglichkeiten des königlichen Postdienstes zu erarbeiten. Sein Vorschlag war, die Beförderungsgebühren für ei-



Nachnahmebrief vom 21. Juli 1882 mit Tagesstempel »Hausen-Raitbach«

nen Brief bereits vom Absender bezahlen zu lassen – belegt durch Briefmarken, »kleine auf der Rückseite mit Leim bestrichene Papiere«. Das war notwendig, weil seit der Einführung regelmäßiger Postdienste Ende des 15. Jahrhunderts das Porto für einen Brief vom Empfänger entrichtet werden musste. Konnte dieser nicht bezahlen, ging die Sendung an den Absender zurück. So erschien aufgrund der Reformvorschläge von Rowland Hill am 6. Mai 1840 in London die erste Briefmarke der Welt – die »One Penny Black« mit einem Porträt der englischen Königin Victoria. Damit begann der Siegeszug der Briefmarke.

Das Wort Philatelie prägte 1864 der Franzose Georges Herpin; es bedeutet wörtlich übersetzt: »Freund der Gebührenfreiheit«, abgeleitet aus den altgriechischen Worten philos = Freund und atelia = von Last / Steuer befreit. Herpin verwendete den Begriff erstmals in einem nicht mit dem Autorennamen gezeichneten Beitrag im »Collectioneur de Timbres-poste« am 15. November 1864.

Während ein »Sammler« sich mit dem Zusammentragen einer Katalog- oder Motivsammlung zufrieden gibt, beschäftigt sich der »Philatelist« darüber hinaus mehr oder weniger intensiv mit Druckvarianten, Stempelformen und deren Verwendungszeiten, ebenso mit der Postgeschichte. Ein wichtiger Aspekt darf nicht vergessen werden: Briefmarkensammler erforschen auch (Post-)Geschichte und damit oft auch Heimat- und Regionalgeschichte. In thematischen Sammlungen bearbeiten sie zahlreiche Wissensgebiete. Sie dokumentieren Geschichte und bewahren für die Allgemeinheit bedeutendes Kulturgut.

Auf alle speziellen Stempeltypen und Stempelformen, insbesondere Abbildungen, kann in diesem Beitrag nicht eingegangen werden. Ein kleiner Ausschnitt mit Belegen soll die Veränderungen von Ortsnamen in Poststempeln am Beispiel der Gemeinde Hausen im Wiesental deutlich machen.[1]

Definition Briefmarke

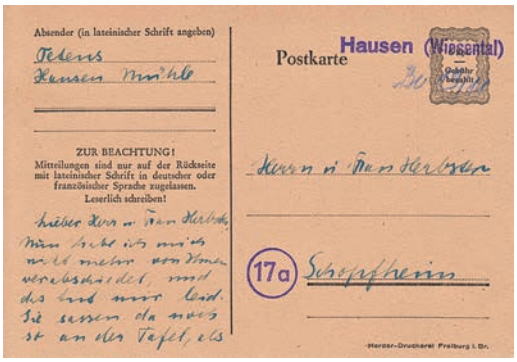
Eine Briefmarke ist eine Quittung der Post-(Verwaltung) eines Landes für eine im Voraus bezahlte Dienstleistung, nämlich die Gebühr für die Beförderung einer Brief- bzw. Postsendung. Für die Entwertung der Briefmarke(n) auf der jeweiligen Sendung werden auch heute noch Stempel in verschiedenen Formen verwendet.

Entwertung von Briefmarken

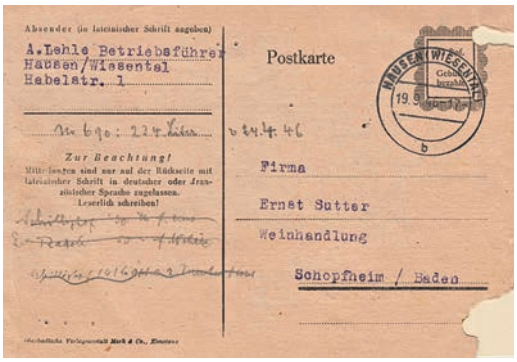
Die Briefmarken auf den Postsendungen werden durch den Abschlag eines Stempels oder durch eine Federzugentwertung (handschriftliche Entwertung) für eine nochmalige Verwendung unbrauchbar gemacht. In der Sammlersprache spricht man von »gestempelt« oder »gebraucht«. Es gab und gibt auch Ortswerbestempel die für einen Ort oder eine bestimmte Einrichtung in der Gemeinde oder Stadt werben. Die Stempel vermitteln und erinnern somit auch an den Wohnort des Absenders, an den Aufgabe- oder Einlieferungsort und möglicherweise auch an ein besonderes Ereignis.

Individuell hat auch heute noch jede Gemeinde eine Postleitzahl. Die Postleitzahlen gibt es in Deutschland seit 1941, als im Deutschen Reich zweistellige Postleitgebietszahlen eingeführt wurden, zunächst für den Paket- und Päckchendienst. Ab 1944 galten diese Postleitgebiete auch für den Briefverkehr (Hausen im Wiesental = »17 b« für Baden).

Die Zahlenkombinationen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg weiterverwendet. 1962 fand in der Bundesrepublik und 1965 in der DDR ein Wechsel zu jeweils eigenständigen



Postkarte vom 19. November 1945 (?), 6 Rpf. (Reichspfennig), Stempelentwertung (Einzeiler) »Hausen (Wiesental)«



Postkarte vom 19. September 1946, 12 Rpf. (Reichspfennig), Entwertung mit dem Tagesstempel »Hausen (Wiesental)«, Unterscheidungsbuchstabe »b«

Postleitzahlsystemen statt. Beide Leitsysteme wurden 1993 von einem von der Deutschen Bundespost entwickelten fünfstelligen System für das wiedervereinigte Deutschland abgelöst.

Aus der Postgeschichte von Hausen im Wiesental

1850 trat Baden dem Deutsch-Österreichischen Postverein bei. Gemäß § 18 des Vertrages mussten Briefmarken eingeführt werden. In Baden erschienen die ersten Briefmarken am 1. Mai 1851. Bezüglich der Frankierung wurde festgelegt, dass in der Regel die Vorausbezahlung des Portos durch das Anbringen von Frankomarken (»Freimarken«) stattfinden sollte.

Mit den ersten Briefmarken sind auch die Nummernstempel zur Entwertung der Marken für die badischen Postanstalten eingeführt worden. Der Stempel bestand aus fünf Ringen, deren Mitte eine Nummer enthielt. Die Nummern wurden nach dem Alphabet vergeben; Schopfheim erhielt die Nummer 130. In Schopfheim wurde 1830 eine staatliche Poststelle und zehn Jahre später eine erste Posthalterei errichtet. Aufgrund »allerhöchstlandesherrlicher Verordnung« wurden ab dem 1. Mai 1859 eigene Landpost-Anstalten eingerichtet, die eigene Briefkästen erhielten und die regelmäßig von den Landpostboten, die auch die Postsendungen brachten, geleert wurden. Zum damaligen Postamtsbezirk Schopfheim gehörten 28 Gemeinden mit 15 649 Einwohnern und einer Fläche von 4485 Quadratmeilen. Die Briefkästen in den Gemeinden erhielten Stempel mit Nummern.

Einschreibbrief vom 14. Juli 1927 nach Basel (Schweiz), 40 Reichspfennig, Tagesstempel »Hausen-Raitbach Amt Schopfheim«

Feldpostbrief vom 12. September 1940 von Hausen im Wiesental nach Tübingen, Tagesstempel »Hausen (Wiesental)« Unterscheidungsbuchstabe »a«

Ortsbrief vom 22. Dezember 1954, Deutsche Bundespost, 7 Pfennig, Wertziffern dreistellig in Pfennigen, Freistempler der Menton-Mühle in Hausen im Wiesental, ohne Angabe der Postleitgebietszahl

Ortswerbestempel, der seit dem 8. Oktober 1978 geführt wird mit vierstelliger Postleitzahl und dem Hinweis auf das frühere Dorf- und Heimatmuseum (Hebelhaus), heute: Literaturmuseum Hebelhaus. Der Stempelentwurf stammt von dem Graphiker Armand Wilhelm Brendlin (1910–1984)

Sonderstempel vom 30. Oktober 1982 zur Briefmarkenausstellung, symbolisch dargestellt sind das Gebäude der ersten Poststelle in Hausen im Wiesental, Hebelstraße 16 (Familie Fritz), links, die evangelische Kirche mit dem Hebeldenkmal und das alte Rathaus in der Hebelstraße 19. Stempelentwurf: Armand Wilhelm Brendlin

Bei der Leerung wurden die Sendungen mit dem jeweiligen Stempelabdruck versehen, damit konnte der Einlieferungsort festgestellt werden. Hausen im Wiesental erhielt die Nr. 2 im Zuständigkeitsbereich des damaligen Postamts Schopfheim.

Ein erstes Postamt (Posthilfsstelle) wurde in Hausen am 1. Juli 1882 in der Hebelstraße 16 eingerichtet. In der Anfangszeit war dies auch postalisch für die Orte Raitbach, Sattelhof, Schweigmatt, Glashütten, Schlechtbach und Kürnberg zuständig.

Seit dem 15. September 1936 galt die postalische Ortsbezeichnung »Hausen (Wiesental)«.[2] In den Anfangsjahren gehörte die Gemeinde Hausen im Wiesental zum Bezirk der Oberpostdirektion (OPD) Konstanz, danach zum Bezirk der OPD Freiburg im Breisgau.

Nach der Wiederaufnahme des zivilen Postbetriebs ab dem 17. September 1945 gab es zunächst keine Briefmarken, so dass Barfrankierungen vorgenommen wurden.

Zwischen Dezember 1945 und April 1946 wurden die Marken »Französische Zone – All-

Briefstück mit Tagesstempel und fünfstelliger Postleitzahl vom 18. September 1995, Unterscheidungsbuchstaben »zz« für Postagenturen. Seit dem 18. September 1995 befindet sich die Postagentur im SPAR-Geschäft Seger im Burichweg 1

gemeine Ausgabe« gedruckt.[3] Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass bis zum 30. September 1978 auf der Wiesentalbahnstrecke »Basel – Zell im Wiesental« eine Bahnpost eingerichtet war.

Die Deutsche Post AG

Die Deutsche Post AG entstand 1995 durch Privatisierung der früheren Behörde Deutsche Bundespost und ist seit 2000 Bestandteil des deutschen Leitindexes DAX an der Frankfurter Wertpapierbörse. Seit dieser Postreform (1995) wurde auch das Filialnetz der Post entsprechend gestrafft und ausgedünnt. Postämter wurden durch Postagenturen ersetzt.

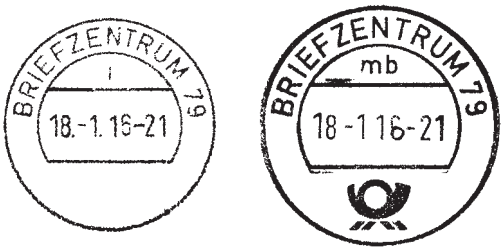
Briefzentren

Ein Briefzentrum (BZ) ist ein von der Deutschen Post AG eingerichtetes Verteilzentrum für Briefe. Es dient vor allem der Rationalisierung der Briefbeförderung. Das Verteilsystem verarbeitet täglich 65 Mio. Briefe aus 140 000 Briefkästen in ganz Deutschland. Die Deutsche Post AG unterhält derzeit in Deutschland 82 Briefzentren.

Für die Postleitregion 79 und somit auch für Hausen im Wiesental ist das Briefzentrum 79 = Freiburg im Breisgau zuständig, welches am 12. Januar 1996 seinen Betrieb aufgenommen hat. Die Briefzentren werden nach der Verarbeitung ihrer täglichen Briefsendungen in sechs Größen eingeteilt:

1 S	mit	450 000
	bis	750 000 Briefsendungen
2 M	mit	750 000
	bis	1 500 000 Briefsendungen
3 L	mit	1 500 000
	bis	2 250 000 Briefsendungen
4 XL	mit	2 250 000
	bis	3 000 000 Briefsendungen
5 XXL	mit	3 000 000
	bis	4 000 Briefsendungen
6 IPZ	mit	3 000 000
	bis	5 000 000 Briefsendungen
		(Internationales Postzentrum)

Beim Briefzentrum Freiburg werden Tages-, Maschinen- und Maschinenwerbestempel für die Entwertung der Briefsendungen eingesetzt.



Zwei Abbildungen mit den Maschinenstempel des Briefzentrums 79 = Freiburg im Breisgau vom 18. Januar 2016, links Unterscheidungsbuchstabe »I« und ohne Symbol, rechts mit den Unterscheidungsbuchstaben »mb« und dem Posthornsymbol (Alle Abbildungen aus der Sammlung des Autors)

Mein Dank gilt an dieser Stelle Herrn Michael Konrad von der Niederlassung Produktion BRIEF beim Briefzentrum 79 in Freiburg im Breisgau für verschiedene freundliche Auskünfte und Informationen.

Diesen Beitrag widme ich Brigitte und Bruno Aucktor in langjähriger freundschaftlicher Verbundenheit.

Literatur

Johann Georg Behringer, Reinhold Zumtobel: Hausen im Wiesental das Heimatdorf unseres alemannischen Dichters Johann Peter Hebel. Gemeinde Hausen, Schopfheim (Hg.), Verlag Georg Uehlin, 1937.

Ullrich Häger: Großes Lexikon der Philatelie in zwei Bänden. Gütersloh, Bertelsmann, 1978.

Kommission für das Baselbieter Heimatbuch, Heimat? Baselbieter Heimatbuch 26, Liestal, Verlag des Kantons Basel-Landschaft, 2007.

Gerhard Krückels: Postgeschichte der Stadt Schopfheim. In: Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur, Band 2/2000, Schopfheim, Uehlin Druck- und Papierhaus GmbH, S. 100–126.

Heinz Kühne: Wir sammeln Briefmarken. Gütersloh, Bertelsmann, 1969.

Poststempelgilde, Vereinigung der Sammler, Forscher und Prüfer von Abstempelungen und von Sondergebieten der Deutschland-Philatelie im Bund Deutscher Philatelisten e. V. (BDPh), Gildebrief 210, 56. Jahrgang, Juli 2003, mit verschiedenen Themen zur Herstellung und Verwendung von Poststempeln.

Elmar Vogt: Johann Peter Hebel in der Philatelie. In: Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur, Band 1/2004, Schopfheim, Uehlin Print und Medien GmbH, S. 88–104.

Elmar Vogt: V. K. Jonynas und die Briefmarken – oder: Kunst macht das Leben menschlicher. In: Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur, Band 1/2012, Schopfheim: Uehlin Print und Medien GmbH, S. 118–125.

Anmerkungen

1 Siehe hierzu auch: Postgeschichte der Stadt Schopfheim, in: Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur, Band 2/2000, S. 100–126, und: Johann Peter Hebel in der Philatelie, in: Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur, Band 1/2004, S. 88–104.

2 Gemeindearchiv Hausen im Wiesental, Gemeinderegistratur von 1906, XII. Post- und Telegraphenwesen.

3 Siehe hierzu auch: V. K. Jonynas und die Briefmarken – oder: Kunst macht das Leben menschlicher, in: Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur, Band 1/2012, S. 118–125.

Anschrift des Autors:
Elmar Vogt
Riedackerweg 7
79688 Hausen im Wiesental

Der Kurpfälzer Haupt- und Guldenzoll zu Großsachsen an der Bergstraße

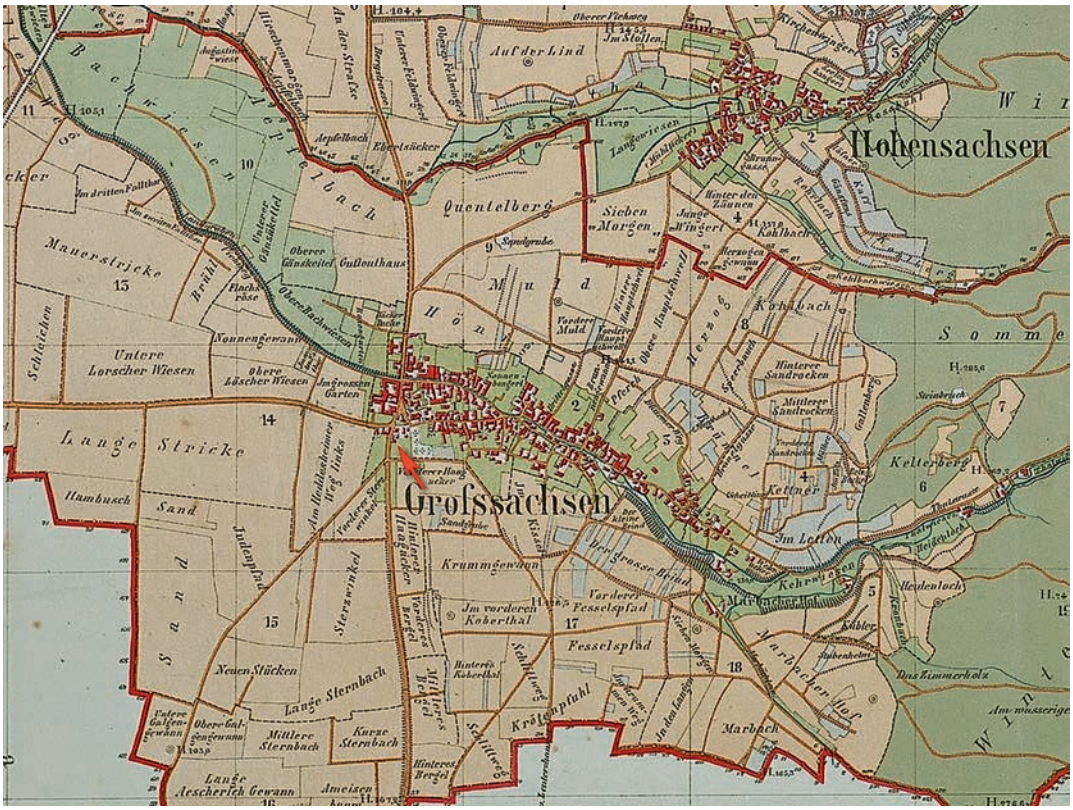
Rainer Gutjahr

Seit 1409 ist der Kurpfälzer Haupt- und Guldenzoll in Großsachsen an der Bergstraße belegt – die Lage des Ortes im Netz der zur Messestadt Frankfurt führenden Straßen prädestinierte es zur Aufnahme einer Zollstation, die als die einträglichste im Oberamt Heidelberg bezeichnet wurde. Die hier als Zöllner amtierenden Bediensteten der Kurpfälzer Rechen- oder Hofkammer hatten somit besondere Herausforderungen zu bewältigen. Als Dienstsitz stand den Zöllnern ein herrschaftliches Zollhaus zur Verfügung. Das letzte in seiner Reihe wurde 1728 fertig gestellt. Es steht gegenwärtig vor einer umfänglichen Renovierung.

Lage und Bedeutung der Zollstation Großsachsen

Seit 1409 ist in Großsachsen, heute Ortsteil von Hirschberg a. d. Bergstraße, eine pfälzische Zollstation urkundlich fassbar.[1] Weshalb die Pfalzgrafen eine ihrer vielen Zollstätten nach Großsachsen legten, wird deutlich durch einen Blick auf die Karte der Reisewege zur Frankfurter Messe. Vom Süden aus betrachtet, liegt Großsachsen im Endpunkt eines Trichters, in dem die Handelsstraßen aus dem westlichen Bodenseegebiet, Basel und Straßburg über Speyer und Ladenburg und die Straßen aus den Wirtschaftszentren Augsburg, Ulm und Ravensburg über Heidelberg zusammenliefen.[2] Zollbare Güter, die auf dem Neckar transportiert worden waren, kamen zusätzlich von der Schiffslände zu Ladenburg an die Bergstraße. Mit dem Bau der Bergstraßenautobahn hat sich Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre die Straßensituation verändert; die alte Straße von Ladenburg nach Großsachsen, die den ansonsten auf der Bergstraße verlaufenden »Hauptverkehrsstrom« zum Teil in beiden Richtungen aufgenommen hatte und seit 1343 als »Ladenburger Straße« bezeugt ist, ist seitdem mehr oder weniger spurlos aus der Landschaft verschwunden.[3]

Die Bedeutung der Großsachsener Zolleinnahmen für das Finanzwesen der Pfälzer Landesherrschaft lässt sich auch unmittelbar aus einigen Einnahmelisten des 17. Jahrhunderts erschließen. Aus diesen Quellen wird ersichtlich, dass die Einnahmen des Land- oder Hauptzolls, der vom Wageninhalt erhoben wurde, zu Großsachsen im Vergleich zu den übrigen Zollstätten im Oberamt Heidelberg bei weitem an der Spitze lagen. Gemäß kurfürstlichen Reskripts von 1742 sollten von einem großen Wagen ausländischer »Meß-Waaren« an den entsprechenden Zollstellen je 1 Gulden 30 Kreuzer Zoll entrichtet werden. Eine Verordnung von 1778 erhöhte diese Gebühr; so war fortan von allen »Güther-Wägen, so die Kurpfälzische Landen paßiren« durch-



Großsachsen: Straßenspinne um 1885; der Pfeil bezeichnet die Lage des ehem. Zollhauses

weg 3 Gulden Zoll zu erheben, von »Kärchen« aber die Hälfte.[4] Laut der Kurpfälzer »Hofrechnung« von 1593 erbrachten die Zollstellen Hemsbach und Großsachsen zusammen einen Ertrag von etwas über 322 Gulden.[5] 1665 erbrachte Großsachsen allein 1303 Gulden gegenüber 404 Gulden in Hemsbach.[6] So konnte der Zollbereiter Johann Bartel Petri den Großsachsener Hauptzoll im Jahre 1671 mit Recht als den »vornembsten Haub[t]zoll« im ganzen Oberamt bezeichnen,[7] erhob doch in diesem Jahr der Zöllner zu Großsachsen 2028 Gulden an Einnahmen, während sein Kollege an der Weinheimer Zollstätte auf ganze 377 Gulden kam. Von geringerer Bedeutung war in Großsachsen der Weingulden zoll, ein Ausfuhrzoll, den Fremde auf den aus der Kurpfalz ausgeführten Wein zu zahlen hatten.[8] Die Straßburger »Rosskämme« (Pferdehändler) Georg Christoph Kast, Anton Schmidt und Nikolaus Cuntz führten 1660 und 1661 zu neun verschiedenen Terminen insgesamt 343 Pferde durch Großsachsen und zahlten dafür 171 Gulden 30 Kreuzer an Pferdezoll.[9] Die Zollgelder waren in den sogenannten Zollstock einzulegen. Viermal im Jahr, zu den Quartalsterminen Cinerum, Trinitatis, Crucis und Luciae, erschien ein Angehöriger der Rechen- oder Hofkammer zum »Zollaufschluss«, um das eingegangene Geld zu erheben. Die konkreten Daten der Aufschlüsse für 1670 waren: 25. Januar, 2. Mai,

Kurpfälzer »Zollpfennig« von 1766

2. August, 2. November.[10] Für 1655 gibt es eine Angabe zum Standort des Zollstocks im Zusammenhang mit dem Verkauf eines Hauses »uff der Straßen bey dem Zollstock, oben die Kirch«, was auf eine Aufstellung des Stockes an der Landstraße am südlichen Ortseingang hindeutet.[11]

1735 kam es an der Zollstelle zu einem Vorgang, der das Verhältnis zwischen Kurpfalz und der Markgrafschaft Baden-Durlach belastete. Auf dem Rückweg von Frankfurt, wo er eine gewisse Menge an Silber für die Durlacher Münzstätte eingekauft hatte, wurde der baden-durlachische Hoflieferant und Münzunternehmer Georg Daniel Schneider im November 1735 am Zoll zu Großsachsen festgehalten, das mitgeführte Edelmetall beschlagnahmt und sein kurpfälzisches Zollbefreiungspatent eingezogen. Der Vorwurf lautete, er habe keinen einzigen seiner bisherigen Silbertransporte an den Zollstätten zu Laudenbach und Weinheim einzeln, sondern nur in Bausch und Bogen in Großsachsen gemeldet. Daneben führe er mehr Silber mit sich, als angegeben. Schließlich warf ihm Kurfürst Karl Philipp von der Pfalz (1661–1742) in einem Schreiben an die badische Markgräfin Magdalena Wilhelmine (1677–1742), die sich für ihren Münzunternehmer verwandt hatte, weitere, anscheinend stichhaltige Verstöße gegen geltendes Reichsrecht vor. So blieb Schneider zunächst auf einem Schaden sitzen, den er selbst auf 13 000 Gulden schätzte; schließlich erreichte er immerhin die Ausstellung eines neuen Zollpatents und eine Teilentschädigung.[12]

Schwierigkeiten mit der Zollstation in ihrem Ort hatten die Großsachsener Einwohner gelegentlich wohl selbst. So geschah 1779 bei versammelter Gemeinde Anzeige darüber, dass die Großsachsener von Brenn-, Bau- oder Wingertholz, das sie ins Dorf führten, Zoll entrichten müssten. Man solle dagegen bei der Hofkammer Beschwerde führen, »weilen es eine neue Gerechtigkeit seye und niemahlen gewessen«. Die Antwort der Hofkammer ließ nicht lange auf sich warten; sie lautete, dass die Zollstrafe gegen einige Gemeindemitglieder wegen unverzollt eingeführten »consumptibilen« (Güter, Waren) aufrecht zu erhalten sei.[13]

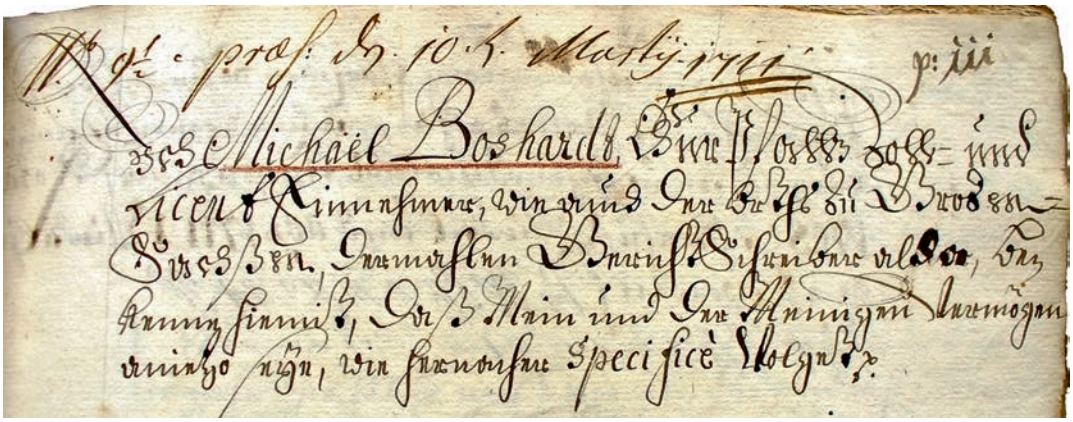
Die Zöllner – Dienst und Personen

Die Dienstanweisung, die dem Zöllner Franz Kaspar Eckardt anlässlich seines Dienstantrittes am 1. Dezember 1713 übergeben wurde, beschreibt die umfänglichen Anforderungen, welche die Herrschaft an den Zöllner richtete. Es heißt hier u. a., er solle, »so jemandt mit zollbahren Wahren, eß seye zu Fuß oder zu Pferdt oder mit Fuhren ahn den Zoll ankombt, von solchen Wahren den gebührenden Zoll […] erheben undt dabey die Verzol-

lende mit dem Verzollen nicht lang auffhalten, auch denen Fuhrleuthen undt anderen nicht üppige und spitzige Wortt geben, sondern güttlich ohne Verzuch fürhelffen, daß sie Auffhalts halber nicht beschwert oder zu unbilligen Kosten gebracht werden«. Weiter war ihm aufgegeben, die Zolleinnahmen »in eine absonderliche Verwahrung zu nehmen« und nicht mit seinem eigenen Geld zu vermischen. Schwere Strafe und Ungnade drohten ihm für den Fall, dass er »grobe Müntzsorten« gegen geringere Scheidemünzen austauschte. In einem Register sollte er die Namen der Verzollenden und das Datum des Vorgangs verzeichnen, ferner festhalten, woher seine Kunden kamen und wohin sie weiterfuhren, an welcher kurpfälzischen Zollstelle sie bereits zuvor Zoll entrichtet, was sie an Wein, Früchten und anderen Waren und in welcher Höhe dort schon verzollt hatten. Das darüber geführte Register war alle Quartale beim Aufschluss vorzulegen. Wenn Kauf- und Fuhrleute ankamen, die ihre Waren bereits an anderen kurpfälzischen Zollstätten verzollt hatten und die darüber erteilten Zollzeichen vorlegten, hatte er zur Kontrolle der ordnungsgemäßen Zollzahlung die mitgeführten Waren zu visitieren. Verboten war ihm jegliche Geschäftsverbindung mit den seine Zollstelle passierenden Fuhr- oder Kaufleuten. Er selbst, sein Weib, seine Kinder oder sein Gesinde durften von den Zollpflichtigen »kein Geschenck, Miedt oder Gaab« annehmen oder von seinetwegen durch einen Dritten nehmen lassen. Ansonsten hatte er sich der jeweils gültigen Gulden- und Landzollordnung und sonstigen einschlägigen Verordnungen gemäß zu verhalten; sollte er einzelne Bestimmungen nicht recht verstehen oder deswegen etwas zu »erinnern« nötig finden, so hatte er beim jeweiligen Zollaufschluss oder in dringenden Fällen sofort bei seinen Oberamtleuten, dem Landschreiber zu Heidelberg oder unmittelbar bei der Hofkammer Rat zu suchen.[14] Die Erfüllung all dieser Vorschriften dürfte dem jeweiligen Zöllner nicht immer leicht gefallen sein, insbesondere was die geforderte zuvorkommende Behandlung der Fuhrleute anging. Diese standen ja im Ruf einer gewissen Raubeinigkeit, was die Zöllner wohl ab und zu an sich selbst erfuhren. So klagte 1671 der Zöllner zu Großsachsen, Ludwig Gallois, in einem Schreiben an das Oberamt darüber, dass an dieser Zollstätte ein Mann allein nicht mächtig sei, die Widerspenstigen zu zwingen.[15]

Über die Besoldung berichtet der Bestallungsbrief vom 23. Juni 1682 für den Zöller des Gulden- und Landzolls zu Großsachsen Michael Boshardt; er genoss jährlich 50 Gulden an Geld und 16 Malter Korn, außerdem die freie Wohnung im herrschaftlichen Zollhaus.[16] In diesem Umfang ist die Besoldung noch für das 18. Jahrhundert belegt.[17]

Um möglichen Betrug zuungunsten der Herrschaft zu unterbinden, verbot, wie gezeigt, die Bestallungsordnung dem Zöllner die Teilhabe an einem Kaufmanns- oder Fuhrunternehmen. Wollte der Zöllner seine Bezüge um ein weiteres Einkommen aufbessern, musste er nach anderen Wegen suchen. Um das Jahr 1610 lässt sich der Zöllner zu Großsachsen Hans Heß als Pächter von 7 Morgen Ackerland der Geistlichen Güterverwaltung auf der Gemarkung Leutershausen nachweisen.[18] Zöllner Boshardt bewirtschaftete 1711 nahezu 10 Morgen Acker- bzw. Wiesenland, das er zum Teil als Zeitbestand von der kurpfälzischen Hofkammer und der Kellerei Schriesheim der Kurpfälzer Geistlichen Administration in Pacht besaß. Hinzu kamen etwa 2½ Morgen Wingerte, ebenfalls teilweise als Teilbestand der Hofkammer. In der Stallung, die zum Zollhaus gehörte, brachte Boshardt 2 Rinder und 2 Schweine



Handschrift des Zöllners Michael Boshardt 1711 (GAH/G B 86)

unter.[19] Der zum 1. Dezember 1713 bestallte Zöllner Franz Kaspar Eckardt[20] erscheint in den Unterlagen der Schatzungsrenovation von 1722 als Beständer des von der Hofkammer abhängigen »Augustiner-Guts«. Er hatte dieses aus vier Morgen und fünf Ruten Ackerland und ½ Viertel Wiesen, beides in schlechter Lage, bestehende Gut gegen eine jährliche Pachtsumme von 17 Gulden in Bestand.[21] Zum Jahr 1715 erscheint er außerdem als Käufer eines Viertels Wiesenland.[22]

Seit Mitte des 17. Jahrhunderts lässt sich eine ziemlich regelmäßige Verknüpfung des Amtes des Zöllners mit dem des Schultheißen feststellen. Erstmals belegt ist diese Übung für den Kronenwirt und zeitweiligen Rittmeister einer Kompanie zu Pferd des Oberamtes Heidelberg Joachim Weidner in den 1650er Jahren.[23] Ob die Verbindung schon älter ist, muss dahingestellt bleiben. 1766 heißt es, der Schultheißenstelle sei der Zolldienst bisher »anklebig gewesen«.[24] Eine andere Ämterkombination war die des Zöllners und Gerichtsschreibers, wie dies für Michael Boshardt und Franz Kaspar Eckardt zu Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts festzustellen ist.[25]

Im 18. Jahrhundert lässt sich außerdem die Verbindung des Zolldienstes mit dem Amt des Akzisors und Umgelders bzw. des Licenteinnehmers (Erheber der Verbrauchssteuern) belegen.[26] Der Vorteil, den die Herrschaft aus dieser Kombination zog, ist offensichtlich. Einmal konnte man so die Zahl der herrschaftlichen Diener und damit auch die Kosten möglichst gering halten, zum anderen wurde dadurch die Kontrolle über die Diener erleichtert und zugleich verstärkt: die Tätigkeit des Schultheißen stand unter der Beobachtung durch das Oberamt, während der Zöllner, Akzisor und Umgelder sowie der Licenteinnehmer einer Kontrolle durch die Rechen- oder Hofkammer unterworfen war. Letztere zog nicht nur über den Zollbereiter die Einnahmen der Zollstelle regelmäßig ein, sondern ließ sich gegebenenfalls auch Bericht über die Zustände an der betreffenden Zollstation erstatten. Davon zeugen die Großsachsener Zollakten ganz deutlich.

Als so genannter verrechneter Diener, Einnehmer und Verwalter herrschaftlicher Gelder musste der Zöllner der Herrschaft eine Kaution stellen. Matthias Brummer, Schultheiß, Akzisor und Zöllner zu Großsachsen

Siegelabdruck und Unterschrift des Zöllners Franz Kaspar Eckardt 1718 (GAH/G B 112)

gab für seinen Zolldienst 1747 eine Sicherheitsleistung von 300 Gulden in der Form, dass er und seine Ehefrau Anna Katharina 7½ Viertel Ackerland und 2 Viertel Wingert in Großsachsener Gemarkung der Herrschaft als Unterpfand auftrugen.[27] Zöllner Plaicher stellte 1790 als »Realcaution« im Wert von 200 Gulden zwei Grundstücke – Acker- und Wingertland – im Umfang von 4 Vierteln zugunsten der Herrschaft.[28]

Auch galt im 17. und 18. Jahrhundert der Grundsatz, dass der Zöllner als Bediensteter der Landesherrschaft deren Konfession angehören musste. Immerhin aber wurde der seit 1682 im Amt befindliche Michael Boshardt als Angehöriger des reformierten Bekenntnisses nach dem 1685 erfolgten Herrschaftsantritt der katholischen Kurlinie Pfalz-Neuburg in seinem Dienst belassen. Seine Nachfolger, beginnend mit Franz Kaspar Eckardt, waren dann alle katholisch. Zöllner und Schultheiß Georg Albert Eckardt bezeugte seine Treue zur katholischen Kirche durch die Stiftung einer silbernen vergoldeten Monstranz für die Kirche zu Hohensachsen, die er 1741 gemeinsam mit dem Pfarrer Peter Philipp Stubenrauch vornahm. Er erscheint als Mitstifter inschriftlich auf der Monstranz als »TELONARJUS ET PRAETOR GROSENSAXAE«, als Zöllner und Schultheiß zu Großsachsen.[29]

Da der Zoll zu Großsachsen nicht nur der ertragreichste im Oberamt Heidelberg, sondern darüber hinaus einer der wichtigsten in der ganzen Pfalzgrafschaft überhaupt war, hatte der Zöllner, wie beschrieben, ein gerüttelt Maß an Aufgaben zu verrichten. Davon spricht auch ein Gutachten des Oberamtes von 1766. Es heißt hier, dass der Dienst zu Großsachsen anstrengend sei, und dass das kurfürstliche Interesse auf dieser Station einen besonders geschickten Mann erfordere. Da nun der dermalige Schultheiß zu Großsachsen aus Alters- und Krankheitsgründen nicht mehr im Stand sei, seinem Amt vorzustehen, müsse ein neues »tüchtiges catholisches Subject« zur Besetzung der Stelle gesucht werden. Weil es aber einem Schultheiß allda von seiner Stelle zu leben unmöglich sei, müsse »dem neu zu ernennenden der dasige, ohnehin besagter Schultheißenstelle bisher anklebig gewesene Zolldienst […] conferiret (übertragen) werden«.[30] Mit diesem Gutachten sollte der Anspruch der Witwe des Försters Johann Nepomuk Stengel († 1762) zu Waldmichelbach auf Übertragung des Zöllnerdienstes abgewehrt werden. Der Kurfürst selbst hatte bereits im Juli 1765 zu erkennen gegeben, dass er »nicht ungeneigt« sei, der Stengelin diesen Dienst zu übertragen. Witwe Stengel habe sich bereit erklärt, das Amt auf

das Genaueste selbst zu versehen oder doch durch ein tüchtiges (männliches) »Subjekt« unter ihrer Aufsicht versehen zu lassen. Angesichts der »gefährlichen Lebensumstände« des Amtsinhabers Brummer, der seinem Amt nicht mehr nachkommen könne und dessen baldiger Abgang zu erwarten sei, bat Witwe Stengel wohl Anfang September 1765 darum, schon jetzt in den Dienst eintreten zu können, um nach Brummers Tod »darin continuiren« zu können.[31] Ende Oktober 1766 befasste sich die Geheime Konferenz, die höchste Instanz der Kurpfälzer Zentralverwaltung, mit der Angelegenheit. Die den Kurfürsten beratenden Minister und Staatsräte kamen zu der Empfehlung, dass angesichts der Dienstunfähigkeit des Schultheißen und Zöllners Brummer fürs erste ein »tüchtiger Anwaldt« (Stellvertreter) angestellt werden solle. Wenn dann dem Schultheißenamt der Zolldienst »beygelegt« werde, so »dörfte auch wohl fürs andere ein catholisches Subjectum in dem Oberambt auszufinden sein.« Gleichzeitig wies die Geheime Konferenz den Vorschlag der Kurpfälzer Regierung zurück, die Stelle dem vorherigen gräflich von wiserschen Amtmann Kaspar Henrich mit der Bedingung zu übertragen, »dass selbiger die anklebige Besoldung dem noch lebenden Brummer […] ad dies vitae« (auf Lebenszeit) überlassen solle, was dieser angesichts seiner langjährigen treuen Dienste wohl verdient habe. Die Konferenz begründete ihre ablehnende Haltung mit dem Hinweis darauf, dass es »generaliter« verboten sei, den Beamten »derer vom Adel« zugleich die kurfürstliche »Stabhaltung« (Amtsgewalt) anzuvertrauen; Graf Wiser habe in Großsachsen Einkünfte zu beziehen, womit sich leicht die herrschaftlichen und die privaten Einkünfte unter der »Schultheyßerey-Verwalthung« des gräflichen Beamten »multipliciren« könnten. Abschließend stellte die Konferenz die Anregung in den Raum, ob es nicht besser wäre, im Zusammenwirken mit der für den Zolldienst zuständigen Hofkammer ein taugliches katholisches Subjekt zum einstweiligen Stellvertreter zu bestellen, der dann im Schultheißenamt und Zolldienst Brummer nachfolgen könnte. Die allerhöchste Entscheidung des Kurfürsten ließ zwar nicht auf sich warten, fiel aber doch nicht so eindeutig aus: es solle, so die kurfürstliche Willenserklärung, ein tüchtiges Subjekt katholischer Religion zum einstweiligen Anwalt (Stellvertreter) bestellt werden, dies jedoch unbenommen der Rechte der Witwe Stengel.[32] Brummers Amtstätigkeit als Schultheiß endete tatsächlich 1768; an seine Stelle trat für ein Jahr als »Staabshalter« der bisherige »Gerichtsbürgermeister« Peter Müller, dem dann 1770 als Schultheiß Michael Gaber folgte.[33] Seine Ämter als Zöllner, Akzisor und Umgelder behielt Brummer zumindest formal aber bis 1775 bei.[34] Vermutlich verstarb er in diesem Jahr, wobei sein Todeszeitpunkt nicht festzustellen war. Jedenfalls setzte sich Witwe Stengel 1776 mit ihrem Anspruch auf den Zöllnerdienst durch. Sie erschien im Mai 1776 als die »hiesige verwittibte Zöllnerin Wilhelmina Stengelin« vor dem versammelten Gericht und wies ein Oberamtsdekret vor, vermöge dessen ihr das Bürgerrecht zu Großsachsen einzuräumen sei.[35] Im Juni 1776 ordnete das Oberamt an, der Zöllnerin Stengel, wie nachgesucht, den Allmendgenuß angedeihen zu lassen.[36] Wilhelmina Stengel hatte den Zolldienst bis zu ihrem Tode inne; sie verstarb in Großsachsen am Heiligabend 1789.[37] Ihr Nachfolger im Amt war Anton Plaicher, Gerichtsmann und seit 1787 Schultheiß.[38] Er war in erster Ehe verheiratet mit Cordula Stengel aus Waldmichelbach, der Tochter seiner Amtsvorgängerin[39]; letztlich bedeutet der Vorgang, dass das Amt mit landesherrlicher Genehmigung in der Familie weiter ge-

Liste der kurpfälzischen Zöllner zu Großsachsen seit dem Dreißigjährigen Krieg

Name	Amtszeit	weitere Ämter	Bemerkungen
Joachim Weidner	ca. 1650–1671 (?)	Schultheiß, Rittmeister über eine Kompanie zu Pferd des Oberamtes Heidelberg	† 5. September 1672, beigesetzt in der Kirche zu Großsachsen; das bezeugte Epitaph ist verschollen
Ludwig Gallois (Galles)	1671–1679 (?)		Amtsenthebung wegen Untreue
Friedrich Casimir Bicaeus	1680–1682		danach Zöllner und Akzisor in Weinheim
Michael Boshardt (Bossart/Bossert)	1682–1713	Licenteinnehmer, Gerichtsschreiber	† 15. Juni 1713
Franz Kaspar Eckardt	1713–?	Gerichtsschreiber	noch 1721 als Zöllner erwähnt[43]
Georg Albert Eckardt	?–1744 (?)	Schultheiß	
Matthäus Brummer	1744–1775 (?)	Schultheiß, Akzisor, Umgelder	Niederlegung des Schultheißenamtes wohl 1768
Franciscus Manera	1758–?	Akzisor	1759 Kautionsverschreibung als Zöllner und Akzisor während der Amtszeit des Matthäus Brummer (als dessen zeitweiliger Vertreter?), sein Vater ist Gerichts-bürgermeister zu Waldmichelbach[44]
Wilhelmina Stengel	1776–1789		† 24. Dezember 1789
Anton Plaicher(t)	1790–1803 dann weiter in badischem Dienst	Schultheiß, Akzisor, Chausseegelderheber	Schultheiß bzw. Vogt bis 1832 † 6. Juli 1838

reicht worden war. Wie bekanntermaßen die Stengels, so erfreuten sich auch die Plaichers des besonderen Wohlwollens der Landesherrschaft, ohne dass sich hierfür bisher eine eindeutige Erklärung finden ließ.[40] »Schultheiß dahier Herr Plaicher« teilte am 13. Januar 1790 den Großsachsener Gerichtsleuten mit, »dass ihm vermög rescripti Serenissimi (allerhöchste Verfügung) vom 19ten Jenner 1789 die durch Absterben seiner (Schwieger-) Mutter, der verwittibten Frau Stenglen, in Erledigung gekommene Zoll- und Acciserstelle übertragen« worden sei.[41] Gleichzeitig stellte er der Herrschaft die geforderte Kaution, womit seiner Verpflichtung als Zöllner, Akzisor und Chausseegelderheber durch das Oberamt Heidelberg Mitte Januar 1790 nichts mehr im Weg stand.[42] Bemerkenswert an diesem Vorgang ist, dass die Ernennung Plaichers wohl im Vorgriff auf den zu erwartenden Tod seiner Amtsvorgängerin geschehen war. Denkbar wäre, dass Plaicher schon eine geraume Zeit zuvor als nicht offizieller Stellvertreter anstelle seiner Schwiegermutter das Zollgeschäft übernommen hatte.

Die Zollhäuser

Nachrichten über die Großsachsener Zollhäuser liegen seit den 1670er Jahren vor. War noch der Zöllner und Schultheiß Joachim Weidner als Wirt und Eigentümer der an der Landstraße gelegenen »Krone« nicht auf ein herrschaftliches Dienst- und Wohngebäude angewiesen, so galt dies für seine Nachfolger nicht. Sie nutzten ihre von der Herrschaft gestellten Räumlichkeiten, hatten mit diesen freilich zu Zeiten ihre liebe Not. Zöllner Ludwig Gallois klagte 1671, das Zollhaus, in dem er nun seit einem dreiviertel Jahr wohne, sei in Wahrheit ein »Häusell, darinnen mann in allen Ohrten durch Wandt undt Böden kann sehen«; es werde bald über einen Haufen fallen.[45] Auch sei im ganzen Haus keine Tür, die man recht zuschließen könne, das Geld sei damit nicht sicher zu verwahren. Die genaue Lage dieses Zollhauses lässt sich nicht angeben.

Als Antwort auf die Klagen des Zöllners erstand die Herrschaft im folgenden Jahr von den Erben des Michel Bargeld einen Bau- bzw. Hausplatz »hart an der Landstraße« für 42 Gulden; das erkaufte Baumgrundstück war 120 Schuh lang, 27 Schuh breit und mit einer Mauer umfangen.

Zum Neubau eines Zollhauses kam es aber trotz einer erneuten Eingabe des Zöllners von 1672 zunächst nicht. Der Krieg mit Frankreich machte andere Dinge vordringlich. So erstellte schließlich Ende der 1670er Jahre der Zöllner Gallois auf dem herrschaftlichen Bauplatz das Haus selbst. Zur Finanzierung des Baues scheint er sich aber an den ihm anvertrauten Geldern vergriffen zu haben; jedenfalls konnte er der Herrschaft einen Betrag von 266 Gulden nicht erstatten, wurde seines Amtes enthoben und saß zeitweilig in Heidelberg im Gefängnis. In dem noch nicht mit einem Ofen versehenen Haus nahm 1680 Zöllner Bicaeus seine Wohnung. Er drängte auf das Setzen eines Ofens, um Frau und Kinder aus Impflingen bei Landau nachkommen lassen zu können. Zwei Jahre später war das Haus bis auf eine »untere Stube« immer noch nicht recht bewohnbar; es fehlte noch durchgängig an Schlosser-, Glaser-, Schreiner- und Fassnerarbeit. Das kurfürstliche Bauamt schätzte das zweistöckige, mit einem Balkenkeller unterkellerte Haus von 30 Schuh Länge und 25 Schuh Breite samt dem dahinter befindlichen kleinen, ungedeckten und unausgemauerten Stall auf einen Wert von 225 Gulden. Es ging dann in herrschaftlichen Besitz über zur Tilgung der Schulden, die Zöllner Gallois hinterlassen hatte.

1687 beklagte der nunmehrige Zöllner zu Großsachsen, Michael Boshardt, den üblen Zustand des ehemals Galloisschen und jetzigen Zollhauses, das an der Landstraße als letztes Haus gegen Weinheim zu gelegen war. Er getraue sich nicht, in dem schlecht gebauten und verwahrten Haus seinen Zolldienst länger zu versehen.[46] Laut Angabe im Zentbuch von Anfang der 1690er Jahre war an dem herrschaftlichen Haus, »unten an der Landstraße« gelegen, das kurpfälzische »Zollblech« angeheftet; unweit davon stehe der Zollstock.[47] 1701 wies Zöllner Boshardt erneut auf den desolaten Zustand des Zollhauses hin: das Holz sei vom Wurm zerfressen, es gebe kaum noch Türen und Fenster im Haus, weshalb er nicht mehr im Stande sei, das Geld sicher aufzubewahren. Das Einholen von Gutachten darüber, ob das bisherige Zollhaus noch zu reparieren, oder ob ein Neubau angezeigt sei, brachte zunächst keine Ergebnisse. Schließlich rang sich die Herrschaft zum Bau eines neuen Zollhauses durch. Dem Plan von 1725 gemäß sollte der Platz des Neubaus an der »Frankfurter Landstraße nach Heidelberg« zu finden sein, auf der einen Seite der »Weg nach Leutershausen«, andernseits »oben der Dorfberitt«. Die Länge des Hauses war auf 52 Schuh, die Breite auf 40 Schuh berechnet.[48]

Im März 1726 erwarb die Landesherrschaft als Baugrund zur Errichtung des neuen Zollhauses das an die »grose Landtstraßen« angrenzende Grundstück im Haagacker für den Betrag von 70 Gulden aus dem Besitz von Johannes Pirmann zu Mühlhofen im Pfalz-Zweibrückischen und seiner ehelichen Hausfrau Anna Barbara.[49] Im März des Jahres 1727 forderte dann die kurfürstliche Hofkammer zum wiederholten Male das Oberamt Heidelberg auf, dafür zu sorgen, dass dem Georg Kleinheitz, Maurer zu Großsachsen, die notwendigen Fronfuhren zur Erbauung des herrschaftlichen Zollhauses in Großsachsen geleistet würden. Über die Zent erging daraufhin der Befehl an die Schultheißen und Gerichte der Zent Schriesheim, das Verordnete auszuführen oder ersatzweise den dafür angesetzten Geldbeitrag zu leisten. Im April wies das Oberamt schließlich den Zentgrafen und den Zentschreiber der Zent Schriesheim dazu an, »gleich post ferias« (nach den Ostertagen) im Frondienst den Transport von 200 Stämmen aus den Zentallmendwaldungen »zu Behülff des Großensachsener Zollhauses«, also zur Errichtung des Zollhauses zu Großsachsen, in die Wege zu leiten. Zu diesem Zweck erging ein erneuter entsprechender Befehl der Zent an die Ortsgerichte.[50] Nun konnte der Bau tatsächlich in Angriff genommen werden. Das am südlichen Ortsausgang im Gewann Haagacker bis 1728 neu entstandene Zollhaus ist das heute noch bestehende ehemalige Haus Plaicher. Starke Fenstergitter und eine fest zu verriegelnde Eingangstür sollten die im Zollhaus verwahrten herrschaftlichen Gelder vor möglichen Räubern sichern. Die Amtsräume des Zöllners sollen sich im nördlichen Teil des Hauses befunden haben.[51] 1790 ist nochmals der bei diesem Haus stehende Zollstock erwähnt.[52]

Der Anfall Großsachsens an Baden brachte schließlich das Ende der jahrhundertealten Zollstation; es verschwand damit eine nach heutiger Sicht den Verkehr und Handel hemmende Einrichtung aus dem Ortsbild, zu dem sie fest gehört hatte. 1812 erließ Großherzog Karl die »Großherzoglich badische Landzoll-Ordnung«, die »alle bisher bestandene Zollgattungen« aufhob, den Handelsverkehr im »Inneren des Landes« für zollfrei erklärte und alle Binnenzollstätten abschaffte. Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchgangszölle wurden fortan an der Landesgrenze erhoben. Die großherzogliche Verordnung erhob die

Das ehemalige Zollhaus in Großsachsen 2013

durch Großsachsen ziehende Landstraße zur »Haupt-, Commercial- und Zollstraße« und errichtete an der Grenze zum Großherzogtum Hessen als »Haupt-Eintritts bzw. Austrittsstation« die »Haupt-Zollstation« Laudenbach. So genannte »Wehrzollstationen« sollten verhindern, dass zu verzollende Waren sozusagen auf Schleichwegen in bzw. aus dem Land geschafft wurden; zur entsprechenden Kontrolle des Waren- und Güterverkehrs auf der Straße durch das Tal des Apfelbachs hinter Großsachsen diente beispielsweise der in Heiligkreuz errichtete Wehrzoll.[53] Mit dem Beitritt Badens zum Deutschen Zollverein 1835 kamen auch die Zölle zwischen den Vereinspartnern zum Wegfall und damit auch die davon betroffenen Zollstationen.

Der letzte kurpfälzische Zöllner in Großsachsen war Anton Plaicher, der seit 1787 auch das Amt des Schultheißen innehatte, nachdem er zuvor bereits Gerichtsverwandter war.[54] Er erscheint noch im Dezember 1818 anlässlich der »Erbhuldigung« für Großherzog Ludwig von Baden (1763-1830) unter den im Amt Weinheim angestellten Dienern in der Reihe der Zöllner und Akzisoren.[55] Das Amt eines Schultheißen bzw. Vogts, wie die Amtsbezeichnung nach dem Anfall an Baden lautete, hatte Plaicher bis 1832 inne. Er verstarb 1838. Anton Plaicher brachte auch das nach der oben geschilderten Neuordnung der Zollverhältnisse nutzlos gewordene herrschaftliche Zollhaus in seinen Besitz. Leider ließen sich Zeitpunkt und die weiteren Bedingungen des Ankaufs nicht ermitteln. Eine gesicherte Nachricht zum Übergang des landesherrlichen Zollhauses in den Besitz Plaichers findet sich erst zum Jahr 1822. Zu diesem Zeitpunkt vermachten Vogt Anton Plaicher und seine Ehefrau Katharina, geb. Kinschert ihrem Sohn Johannes Plaicher zu Eigentum ihre »in 2ter Ehe erworbene, ihnen sohin rein eigenthümlich zustehende, dahier an der Landstraße gelegene einstöckige Behausung sammt Scheuer, Vieh- und Schweinestallungen, Brennhaus, Keller und eine darin befindliche Schraubenkelter, auch einen dabei gelegenen Obst- und Pflanzgarten, beforcht das Ganze vornen die Chaussée, hinten Jakob Keller, einseits Johannes Ehewald Wittib, andernseits gemeiner Weg, ist zinsfrei« für die Summe von 2000 Gulden.[56] Die Nachkommen des Anton Plaicher besaßen das Anwesen nahezu 200 Jahre lang bis in den Anfang der 21. Jahrhunderts.

Ausblick

Wie eingangs dargestellt, verdankte die Zollstation Großsachsen ihre Existenz der günstigen Lage des Ortes im überörtlichen Straßennetz. Diese Lage stellt für die Nutzung des Anwesens heute eine ernsthaftes Problem dar: das starke Straßenverkehrsaufkommen auf der B 3 und der eng getaktete Fahrplan der ganz dicht am Haus vorbeirollenden Straßenbahnzüge der Oberrheinischen Eisenbahn schränken die Nutzungsmöglichkeiten stark

ein. In Folge dessen stand das inzwischen auch unter die Fittiche des Denkmalschutzes genommene Anwesen von 2010 an leer. Erst 2014 fand sich in der Gestalt des mutigen und engagierten Weinheimer Ehepaares Susanne und Dr. Arnulf Tröscher ein Käufer. In Zusammenarbeit mit den Denkmalschützern laufen inzwischen die Planungen für eine Renovierung des Anwesens, das in seinem Inneren zahlreiche Überraschungen bietet: da ist ein Zimmer mit einer Stuckdecke versehen, die Türen besitzen wohl noch die Türblätter aus der Erbauungszeit des Hauses mit barocken Beschlägen und Schlössern; eine an einen Lettner erinnernde Holzkonstruktion mit Schalterfensterchen teilt den Hausgang und schützt den hinteren Hausbereich samt dem mit einem Lambris versehenen Aufgang zum Speicher mit seinem eindrucksvollen liegenden Stuhl. Auch der gewölbte Keller ist von bemerkenswerter Qualität. Seitens der neuen Eigentümer ist an eine künftige Nutzung des Ensembles durch einen Caterer gedacht sowie für private Feiern wie Geburtstage oder Hochzeiten mit einer Option für eine später einzurichtende Gaststätte mit regelmäßigem Betrieb.

Abkürzungen

GAH/G = Gemeindearchiv Hirschberg, Abt. Großsachsen
GLA = Generallandesarchiv Karlsruhe
OFB = Rudolf Kreutzer: Ortsfamilienbuch Hirschberg/Bergstraße, Hirschberg a. d. Bergstraße 2007

Anmerkungen

1 Die Stadt- und die Landkreise Heidelberg und Mannheim. Amtliche Kreisbeschreibung Bd. III, Karlsruhe 1970, S. 483.
2 Hierzu: Meinrad Schaab: Straßen und Geleitswesen zwischen Rhein, Neckar und Schwarzwald im Mittelalter und der frühen Neuzeit. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg, 4, 1958, S. 54–75.
3 Wie Anm. 1, S. 930.
4 Bayerische Staatsbibliothek München Bavar. 960, XIX, 8.
5 GLA 77/5293 fol. 21 v.
6 GLA 77/7087.
7 GLA 229/35 183. Eine ausführliche Liste der Zollgebühren für den Landzoll in Walldorf gibt Karl Kollnig: Die Weistümer der Zent Kirchheim, Stuttgart 1979, S. 254 ff.
8 GLA 77/7087.
9 GLA 77/6871.
10 GLA 229/ 35 183.
11 GAH/G Kaufgerichtsbuch, Bl. 208.
12 Friedrich Wielandt: Badische Münz- und Geldgeschichte, Karlsruhe 31979, S. 195 f.
13 GAH/G B 101, S. 623, 626.
14 GLA 229/35 189.
15 GLA 229/35 183.
16 GLA 66/956, S. 243.
17 GLA 229/35 189; 145/45.
18 GLA 66/5312.
19 GAH/G B 86.
20 GLA 229/35 189.
21 GAH/G B 114.
22 GAH/G B 86, S. 117.
23 GLA 145/45, S. 49.
24 GLA 239/35 199.
25 GAH/G B 86; B 112 und öfter.
26 GLA 77/7087; 229/35 189.
27 GLA 43/45a 1747 April 14.
28 GAH/G B 50, S. 2.
29 Hans Huth: Die Kunstdenkmäler des Landkreises Mannheim, München 1967, S. 108.
30 GLA 229/35 199.
31 GLA 229/35 199.
32 GLA 229/35 199.
33 GAH/G B 101, S. 167, 177.
34 GLA 77/7087.
35 GAH/G B 101, S. 537.
36 GAH/G B 101, S. 541.
37 OFB 6626.
38 GLA 229/35 199.
39 OFB 6181. Die Daten aus dem Kirchenbuch zu Waldmichelbach verdanke ich Herrn Ludwig Knapp, Fürth/Odw.
40 Dazu etwa Günther Ebersold (Hg.): Stephan Freiherr von Stengel. Denkwürdigkeiten, Mannheim 1993. Anton Plaicher, der Vater des Zöllners, konnte sich trotz heftiger, berechtigter Beschwer-

den über seine Amtsausübung als katholischer Schulmeister zu Großsachsen dank offenkundigen Wohlwollens seitens der Herrschaft im Amt halten; er hatte sich dazu an den Kurfürsten selbst gewandt (GLA 229/35 258). Dr. med. et phil. Alexander Plaicher, Bruder des Zöllners, wurde 1786 in die Kurpfälzer Akademie der Wissenschaften aufgenommen, ohne besondere Qualifikationen oder Verdienste vorweisen zu können. Er war indessen offenbar Günstling des Karl August von Bretzenheim, außerehelicher Sohn des Kurfürsten Karl Theodor (Günther Ebersold: Karl August Reichsfürst von Bretzenheim, Norderstedt 2004, S. 75, 130).

41 GAH/G B 50, S. 2.
42 GAH/G B 102, S. 505.
43 OFB 4839.
44 GLA 229/35 189.
45 GLA 229/35 183, auch für das Folgende.
46 GLA 229/35 183.
47 GLA 66/7761, S. 942.
48 Hermann Förster: Das ehemalige Zollhaus in Großsachsen, Weinheimer Nachrichten, 16. Dezember 1949.
49 GLA 43/2097.
50 GAH/G B 100, S. 23, 27.
51 Wie Anm. 48.
52 GAH/G B 102, S. 514.
53 Großherzoglich badisches Regierungsblatt 1812, Nr. 1.
54 GLA 229/ 35 199.
55 GLA 236/1735.
56 GAH/G B 15, S. 353 ff. Der der dort vermerkte Hinweis auf einen in einem »Ab- und Zuschreibbuch, Teil II, Seite 2½« dokumentierten Erwerb aus herrschaftlichem Besitz lässt sich nicht nachverfolgen, da das genannte Buch im Gemeindearchiv Hirschberg nicht (mehr) nachzuweisen ist.

Anschrift des Autors:
Rainer Gutjahr
Kösliner Straße 41
76139 Karlsruhe
RGutjahr@gmx.de

Die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der Republik Baden in der Zeit der Weimarer Republik

Konrad Exner

Das demokratische Land Baden zwischen den zwei Weltkriegen existierte nicht lange, von 1919–1933. In dieser Zeit erlebte Baden mehr Tiefen als Höhen. Die Tiefen waren die schlechte Nachkriegsentwicklung seit 1918, das Krisenjahr 1923, die Weltwirtschaftskrise von 1929 und die sich anschließende Auflösung der badischen Demokratie ab 1933. Die erstarkte Konjunktur seit 1924 war ein Höhepunkt in der Entwicklung Badens nach dem Ersten Weltkrieg, als die Zahl der verschiedenen Industriegebiete zu- und die Arbeitslosigkeit abnahm. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Land Baden nach anfänglichen Schwierigkeiten, ob es sich mit Württemberg zu einem Bundesland zusammenschließen sollte, mit Württemberg vereinigt ein wirtschaftlich starkes und zuverlässiges demokratisches Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland geworden.

Die Ereignisse im Reich Ende Oktober / Anfang November 1918, die Weigerungen der Matrosen, gegen die englische Flotte auszulaufen, das deutschlandweite Aufkommen von Arbeiter- und Soldatenräten und die Demonstrationen der Arbeiter in Berlin und anderen Städten griffen auch auf Baden über. Am 8./9.11.1918 bildeten Soldaten in einigen Städten Badens Soldatenräte, die für Unruhe durch die Besetzung öffentlicher Gebäude sorgten. Nachdem Philipp Scheidemann am 9.11.1918 um 14:00 Uhr in Berlin die Republik ausgerufen hatte, bildete sich noch am gleichen Tag in der Landeshauptstadt Karlsruhe ein Soldatenrat und ein aus Vertretern von Parteien und Gewerkschaften hervorgegangener Wohlfahrtsausschuss. Dieser verständigte sich mit dem Soldatenrat, dass über eine demokratische Staatsform eine von den Badenern, einschließlich der Frauen, gewählte Nationalversammlung zu befinden habe. Bis zum Zusammentritt einer frei gewählten Nationalversammlung sollte eine Provisorische Regierung die Geschicke Badens leiten.

Am 10.11.1918 gründeten der Soldatenrat und der Wohlfahrtsausschuss die Provisorische Regierung. Zwei Tage vorher hatte der großherzogliche Staatsminister von Bodman beim Großherzog Friedrich II. (1857–1928) seinen Rücktritt eingereicht. Friedrich II. nannte die Provisorische Regierung nicht verfassungsgemäß, erhob aber keinen Einspruch gegen sie und entließ seine Minister aus ihren Ämtern. Das Innenministerium telegrafierte noch am gleichen Tag an die Bezirksämter, dass die Beamten auf ihren Posten bleiben und die Anweisungen der Provisorischen Regierung befolgen sollten. Fünf Parteien und

Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

Von Staatsminister Freiherr von Bodman war heute Mittag dem Wohlfahrtsausschuß und Soldatenrat Karlsruhe folgendes Schriftstück zugegangen:

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mich beauftragt, Ihnen folgendes zu eröffnen:

„Der Großherzog begrüßt es lebhaft, daß nach Ihrer aller Ansicht Baden unter allen Umständen ein Bestandteil des deutschen Reiches bleiben soll.

Die Errichtung einer provisorischen Regierung lediglich durch in Karlsruhe wohnende Parteivertreter und Mitglieder des Soldatenrats vermag der Großherzog zwar als verfassungsmäßig nicht anzuerkennen, will jedoch in Anbetracht der durch die Zeitumstände geschaffenen besonderen Lage einen Widerspruch gegen die beabsichtigten Maßnahmen nicht erheben. Folgenweise nimmt der Großherzog lediglich Kenntnis von der Errichtung einer provisorischen Volksregierung und der Absicht der Berufung einer verfassunggebenden Versammlung.

Der Großherzog gibt sich der Hoffnung hin, daß die provisorische Regierung ihr Ziel unserer geliebten Heimat Ruhe und Ordnung zu erhalten, erreichen möge.

Seine Königliche Hoheit haben geruht, die gegenwärtigen Minister in Gnaden ihrer Ämter zu entheben und in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen."

Karlsruhe, den 10. November 1918. gez. v. Bodman.

An das badische Volk!

Wir geben bekannt, daß sich heute eine provisorische Regierung für Baden gebildet, welche die Macht übernommen hat.

Sie besteht aus folgenden Personen:

Vorsitzender Anton Geiß, Landtagsabgeordneter, Mannheim,
Ministerium des Auswärtigen: Oberbürgermeister Dietrich, Landtagsabgeordneter in Konstanz,
Ministerium für soziale Fürsorge: Metallarbeiter Adolf Schwarz, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Mannheim,
Ministerium für militärische Angelegenheiten: Landsturmmann Brümmer, Vorsitzender des Soldatenrates in Karlsruhe,
Ministerium des Innern: Dr. Ludwig Haas, Reichstagsabgeordneter, Karlsruhe,
Ministerium der Finanzen: Professor Wirth, Reichstagsabgeordneter, Freiburg,
Ministerium der Justiz: Rechtsanwalt Marum, Landtagsabgeordneter in Karlsruhe,
Ministerium des Verkehrs: Geschäftsführer Leopold Rückert in Karlsruhe.
Ministerium des Unterrichts: Fritz Stockinger, Landtagsabgeordneter in Pforzheim,
Ministerium für Ernährungswesen: Rechtsanwalt Trunk, Stadtrat in Karlsruhe.
Ministerium für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen: Arbeitersekretär Marzloff in Freiburg.

Die neue Regierung wird eine auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hervorgegangenen Landesversammlung darüber entscheiden lassen, welche Staatsform, ob Monarchie oder Republik für Baden maßgebend sein soll. Ohne Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden für die Zukunft ein Bestandteil des deutschen Reiches bilden.

Wir fordern das badische Volk auf, den Anordnungen der neuen Regierung Folge zu leisten, und die Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Beamten bleiben in ihren Stellungen und haben in treuer Weise ihre Pflicht zu erfüllen.

Die Soldaten werden aufgefordert, in die Kasernen zurückzukehren und den dienstlichen Anforderungen zu gehorchen, soweit sie nicht für den Soldatenrat in Anspruch genommen werden.

Nur wenn diesem Rufe Folge geleistet wird, ist es möglich, Ruhe, Ordnung und gute Verpflegung durchzuführen.

Karlsruhe, den 10. November 1918.

Der Soldatenrat:
Brümmer.
Weser.

Der Wohlfahrtsausschuß:
H. Sauer, Stadtrat, Vorsitzender.
Baschang, Stadtverordneter.
Erfing, Gewerkschaftssekretär.
Rebmann, Landtagsabgeordneter.

Zur Veröffentlichung: Dr. Ludwig Haas, Minister des Innern.

Druck der G. Braunschen Hofbuchdruckerei und Verlag. — Verantwortlicher Hauptschriftleiter: E. Amend.

Karlsruher Zeitung – Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden, Karlsruhe, 10. November 1918
(Stadtarchiv Karlsruhe, Abt. 8/PBS X Nr. 1029 a)

Die badische vorläufige Volksregierung, 1918 (Generallandesarchiv Karlsruhe, GLA J-AC-B/116)

zwei Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte waren an der Provisorischen Regierung beteiligt. Den Vorsitz erhielt Anton Geiß, Landesvorsitzender der SPD und Vizepräsident des ehemaligen Badischen Landtags. Von den Mehrheitssozialdemokraten übernahmen Ludwig Marum das Ressort Justiz, Fritz Stockinger das für den Unterricht, Philipp Martzloff aus Freiburg das für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen und Leopold Rückert das für Verkehr. Die USPD stellte zwei Minister, Johann Brümmer für militärische Angelegenheiten, der gleichzeitig Vorsitzender des Karlsruher Soldatenrats war, und Adolf Schwarz für das Ressort soziale Fürsorge, der noch zusätzlich den Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrat leitete. Vom Zentrum übernahm Joseph Wirth das Finanzministerium und Gustav Trunk das Ernährungsministerium. Das Innenministerium leitete Ludwig Haas von der Fortschrittlichen Volkspartei und der Konstanzer Oberbürgermeister Hermann Dietrich von den Nationalliberalen das badische Außenministerium.

In Compiègne unterzeichnete Erzberger im Namen des Rates der Volksbeauftragten am 11.11.1918 den Waffenstillstand, so dass Großherzog Friedrich II. am 13.11.1918 auf

die Regierungsgewalt verzichtete, die Abdankungsurkunde für sich und seine Nachkommen unterschrieb Friedrich II. am 22.11.1918 auf Schloss Langenstein im Hegau.

Die Wahlen zur Badischen Nationalversammlung fanden am 5.1.1919 statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 88,1 % erhielt das Zentrum 39 Mandate, die SPD 36, die Deutsche Demokratische Partei (DDP) 25 und die Deutsch-Nationale Volkspartei 7. Die USPD erhielt keinen Sitz in der Badischen Nationalversammlung. Deswegen verließen die Mitglieder der USPD die vorläufige Regierung. Bei dieser Wahl wurden zum ersten Mal Frauen in eine badische parlamentarische Versammlung gewählt: das Zentrum und die SPD erhielten je vier weibliche Abgeordnete, die DDP mit Marianne Weber eine weibliche Abgeordnete. Diese wies in der ersten Sitzung des Landtages die männlichen Abgeordneten darauf hin, dass nunmehr die Frauen den Staat und seinen Wiederaufbau mitgestalten würden. Nach der Wahl zur Badischen Nationalversammlung löste die vorläufige Regierung die Erste und Zweite Kammer des alten Badischen Landtags auf und berief die neugewählte Nationalversammlung auf den 15.1.1919 ein. Dieser Nationalversammlung legte die vorläufige Regierung einen Verfassungsentwurf vor, über den vorher vier bekannte Parteipolitiker, Dr. Dietz (SPD), Dr. Glockner (Nationalliberale), Dr. Zehnter (Zentrum) und Dr. Weill (DDP), beraten hatten. Die Nationalversammlung überwies den Entwurf an eine Verfassungskommission, die über die zukünftige Verfassung eingehend beraten hatte und ihren Entwurf an das Plenum der Nationalversammlung weiterleitete, das den Verfassungsvorschlag mehrheitlich annahm. Das badische Volk stimmte in einer Volksabstimmung am 13. April 1919 mit großer Mehrheit der neuen Verfassung vom 21. März 1919 zu. Träger der Staatsgewalt war das badische Volk (Männer und Frauen ab 20 Jahre), das seine Abgeordneten in allgemeiner, freier, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl bestimmte und das an der Gesetzgebung unmittelbar durch Volksabstimmungen und mittelbar durch die Abgeordneten im Landtag beteiligt war. Der Landtag wählte aus seinen Mitgliedern die Minister, die aus ihrem Kreis alljährlich einen Staatspräsidenten und seinen Stellvertreter wählten. Und die Minister konnten vom Landtag mit absoluter Mehrheit abberufen werden. So wurde die demokratische Republik Baden, die nun die Grundrechte garantierte, zu einem selbstständigen Bundesstaat im Deutschen Reich.

Erste Krisen

Durch den Versailler Vertrag wurde Baden zu einem Grenzland zu Frankreich, der Grenzstreifen wurde besetzt, eine 50 km-Zone entmilitarisiert. Der Kehler Hafen war von Frankreich besetzt und mit dem Straßburger Hafen zusammengeschlossen worden. Nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 mussten die deutschen Truppen innerhalb von drei Wochen von Frankreich nach Deutschland zurückgeführt und in ihren Garnisonen demobilisiert werden. In Baden sind viele der heimgekehrten Soldaten in die Arbeitslosigkeit entlassen worden, weil es für sie kaum Arbeitsplätze gab und nur wenige in die Freiwilligenverbände übernommen wurden, die zum Teil im Baltikum und Schlesien kämpften. Die Kriegswirtschaft musste auf Friedensproduktion umgestellt werden und in diesem Zusammenhang hatte die Reichsregierung angeordnet, dass die von Frauen besetzten Arbeitsstellen für die Männer, die ehemaligen Soldaten, frei-

zustellen seien. Dieser Prozess ließ sich nicht schnell umsetzen und außerdem konnten viele Betriebe wegen der fehlenden Energie, der Kohle, nicht arbeiten, so dass die Arbeitslosigkeit stark zunahm.

In Mannheim fand am 21. Februar 1919 eine zweite Revolution statt. Nach einer Trauerfeier für den Vorsitzenden der Münchener Räteregierung, Kurt Eisner, rief der KPD-Vertreter Stolzenberg in Mannheim die Räterepublik aus, in deren Verlauf das Schloss verwüstet und Akten verbrannt, Gefangene befreit und reguläre Truppen entwaffnet wurden. Infolge der Unruhen am nächsten Tag sind ein Mann getötet und mehrere Menschen verletzt worden. Nur durch ein beherztes Eingreifen der Provisorischen Regierung aus Karlsruhe, in dem sie Freiwilligenverbände nach Mannheim entsandte, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

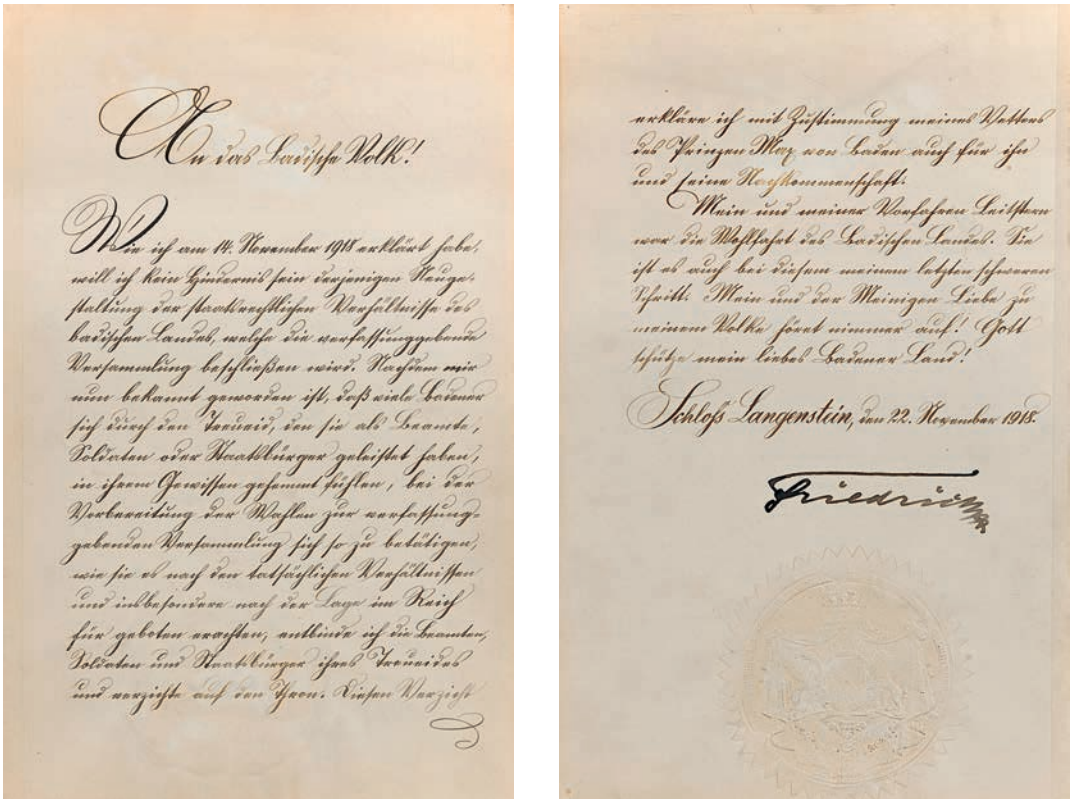
Auch während des kurzfristigen Kapp-Putsches in Berlin, bei dem die rechtmäßige Regierung durch die Brigade Ehrhardt aus dem Amt vertrieben wurde, gab es Unruhen in Baden, so z. B. in Freiburg mit zwei Toten und einem Schwerverletzten. Die badische Regierung lehnte aber Verhandlungen mit der Kapp-Regierung ab, die durch einen Generalstreik in ganz Deutschland zur Aufgabe gezwungen wurde.

Die Landwirtschaft verlor wegen der Grenzlage viele Absatzmärkte, den Bauern fehlten Dünger und Saatgut. Einige große Industriefirmen verlegten ihre Produktionsstandorte in die Mitte des Reiches, z. B. die Firma Lanz aus Mannheim nach Magdeburg, die Zellstoff- und Papierwerke Waldhof-Mannheim und die Firma Sunlicht AG nach Berlin. Die mittelständischen Betriebe konnten sich aber schnell an die Nachkriegssituation anpassen, da ihre Geschäfte von der dezentralen Struktur Badens profitierten. Durch eine erhöhte Einwohnerzahl in den Städten nach dem Krieg nahm die Wohnungsnot hier zu, die Baupreise und Mieten stiegen enorm an. Als Gegenreaktion errichteten die Baugenossenschaften in vielen Städten, wie Freiburg, Karlsruhe, Konstanz oder Mannheim, Mehrfamilienwohnungen zu einem günstigen Mietpreis. Viele Arbeiter, die in der Stadt arbeiteten, wohnten oft noch auf dem Land, wo sie sich mit einem Stück Garten selbst versorgten und so die Einkommensausfälle kompensieren konnten.

Das Krisenjahr 1923

Die Besetzung von Industrieanlagen als produktive Pfänder im Ruhrgebiet führte auch in Baden, z. B. in der Ortenau und in den Mannheimer und Karlsruher Häfen, zu Besetzungen. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten wehrte sich durch einen passiven Widerstand. Die Politik der produktiven Pfänder der Franzosen und der passive Widerstand der Bevölkerung ruinierten die Wirtschaft. Die Inflation galoppierte und es kam zu Massenentlassungen. Für einen Dollar zahlte man im Juni 1923 150 000 Mark, im November 1923 bereits 12 Milliarden Mark.

Die Löhne wurden täglich ausbezahlt, weil am nächsten Tag die Preise wieder gestiegen waren. Viele Gemeinden und Industrieunternehmen konnten nicht genügend Zahlungsmittel aufbringen, deswegen gestattete ihnen die badische Regierung, Notgeld herauszugeben. Erst als in Berlin die neue Reichsregierung unter Reichskanzler Stresemann am 26. September 1923 den Ruhrkampf beendete und im November des gleichen Jahres die Währungsreform die Inflation beendete, erholte sich das Land Baden. Im Sommer 1924 zogen die französischen Truppen aus Karlsruhe, Mannheim und Offenburg ab.



An das Badische Volk!

Wie ich am 14. November 1918 erklärt habe, will ich kein Hindernis für derjenigen Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse des badischen Landes, welche die verfassunggebende Versammlung beschließen wird. Nachdem mir nun bekannt geworden ist, daß viele Badener sich durch den Fahneneid, den sie als Beamte, Soldaten oder Staatsbürger geleistet haben, in ihrem Gewissen gehemmt fühlen, bei der Verbauweiterung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sich so zu betätigen, wie sie es nach den tatsächlichen Verhältnissen und insbesondere nach der Lage im Reich für geboten erachten, entbinde ich die Beamten, Soldaten und Staatsbürger ihres Fahneneids und verzichte auf den Thron. Diesen Verzicht erkläre ich mit Zustimmung meines Vetters des Prinzen Max von Baden auch für ihn und seine Nachkommenschaft.

Mein und meiner Vorfahren Bestreben war die Wohlfahrt des badischen Landes. Das ist es auch bei diesem meinem letzten schweren Schritt. Mein und der Meinigen Liebe zu meinem Volke soll nimmer aufhören! Gott schütze mein liebes badenes Land!

Schloß Langenstein, den 22. November 1918.

Friedrich

Offizielle Abdankungsurkunde von Großherzog Friedrich II. am 22.11.1918 (Generallandesarchiv Karlsruhe)

Erholte Konjunktur

Ab 1924 wuchs die Konjunktur in Baden. Es entwickelten sich Industriegebiete: im Mannheimer und Weinheimer Raum die Maschinen- die elektrotechnische und Lederindustrie, in Teilen Nordbadens die Tabakverarbeitung, in Pforzheim die Schmuckwarenindustrie, in der Karlsruher Umgebung die Maschinen-, Nähmaschinen- und Fahrradindustrie, an den Flüssen Murg und Oos die Maschinen- und Papierindustrie, in Mittelbaden die Tabakindustrie, im Gebiet Freiburgs die Textilindustrie und Orchestrionfabrikation, im Oberrheintal die Textil- und elektrochemische Industrie, im östlichen Schwarzwald die Uhrenindustrie und in der Umgebung des Bodensees die Maschinen-, Nahrungsmittel- und Textilindustrie. Die 1921 gegründete Badenwerk AG wuchs zu einem flächendeckenden Energieunternehmen, das das Land fast überall mit Strom versorgte. Verstärkter Stromzufluss kam von der 1928 gegründeten Schluchseewerk AG im Schwarzwald, dem größten Energiespeicherwerk in Deutschland, das zu diesem Zweck die Fläche des Schluchsees um ein Vielfaches erweiterte, indem ganze Siedlungen überflutet wurden. Die Gemeinden bekamen somit Licht und die Betriebe konnten Tag- und Nachtschichten fahren. Das Handwerk und die Landwirtschaft wurden großenteils durch

den Elektromotor mechanisiert und das Telefon und das Radio fanden rasche Verbreitung. Die Entwicklung des Automobils führte zu verstärkter Mobilität der Bevölkerung.

Bildung

Im Bereich der Schulbildung konnten die Mädchen vermehrt eine höhere Schule besuchen, deren erfolgreicher Abschluss zur Immatrikulation an der Universität berechtigte, die schulpflichtigen Jugendlichen besuchten immer öfter ein Gymnasium, ein Realgymnasium oder eine Oberrealschule. Die Lehrerausbildung wurde in eine akademische Ausbildung mit Abitur als Voraussetzung umgewandelt, Karlsruhe bekam eine simultane, Freiburg eine katholische und Heidelberg eine evangelische Lehrerbildungsanstalt. Auch die Studentenzahlen an badischen Hochschulen nahmen stark zu, besonders die der Studentinnen, im Zeitraum von Anfang der zwanziger Jahre bis 1933 verdoppelte sich die Zahl der Studierwilligen. Trotz der aufsteigenden Konjunktur Mitte der 20er Jahre gab es in Baden keine goldenen Zwanziger Jahre. Schon die Grenzlage des Landes verhinderte eine weitere wirtschaftliche Entwicklung, und die Arbeitslosigkeit nahm ab Mitte der 20er Jahre wieder verstärkt zu.

Weltwirtschaftskrise

Die Weltwirtschaftskrise 1929 bewirkte ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit, im Januar 1932 waren 117 000 Personen, im gesamten Jahr 1932 waren rund 7 % der badischen Bevölkerung erwerbslos, im Vergleich dazu waren im gleichen Zeitraum in Württemberg 4,3 % der Bevölkerung arbeitslos, im Deutschen Reich 8,7 % der Bevölkerung. In Baden stieg die Arbeitslosigkeit bis zum Januar 1933 auf 183 582[1] Personen. Die Arbeitslosigkeit trat vor allem in den Städten auf, in den ländlichen Bezirken hatte die Arbeitslosigkeit keine so gravierenden Folgen, weil viele Menschen hier einem landwirtschaftlichen Nebenerwerb nachgehen konnten. In der Investitionsgüter- und der Maschinenindustrie gab es viele Entlassungen, ebenso in der Forst- und Bauwirtschaft, auch in der Tabakindustrie. Für die Holzwirtschaft war der Preis für Nadelschnittholz bis 1932 wegen eines weltweiten Überangebots um mehr als die Hälfte gefallen, der Tabakanbau ging wegen der laufenden Tabaksteuererhöhungen zurück. Die verarmte Bevölkerung in den Städten wurde durch karitative Volksküchen verköstigt, während das Land Baden wenig für seine Bürger tun konnte. Am 9. Juli 1931 verfügte aber die badische Regierung die Kürzung der Gehälter, Löhne und Pensionen im öffentlichen Dienst.

Auflösung Badens

Kurz vor der Weltwirtschaftskrise fand in Baden am 27.10.1929 die Wahl zum letzten demokratischen Landtag statt. Von 1919–1925 gab es im Landtag eine stabile Regierung der Weimarer Koalition (Zentrum, SPD, DDP), die so genannt wurde, weil sie die erste Koalition in der Weimarer Nationalversammlung war. Von 1925–1929 bestand in Baden wieder eine solide Regierungskoalition, diesmal nur aus Zentrum und SPD. 1929 erreichten die Parteien der Weimarer Koalition die Mehrheit von 58 Sitzen der insgesamt 88 Abgeordnetenmandate im Parlament, aber die rechten Parteien legten zu, die NSDAP konnte mit ihren 6 Abgeordnetensitzen sogar Fraktionsstatus erreichen. Eine Regierung der Weimarer Koalition kam aber nicht zustande, weil die DDP

das Vorhaben des Zentrums nicht unterstützen wollte, Konkordatsverhandlungen mit der Katholischen Kirche zu führen. Die SPD tolerierte diese Verhandlungen vorerst. So wurde wieder eine Regierung aus Zentrum und SPD gebildet, in der der frühere SPD-Staatspräsident Remmele das Kultus- und Justizministerium übernahm, ehe er sich 1931 nach Berlin zurückzog, um dort seinem Reichstagsmandat nachkommen zu können. Nach dem Weggang Remmeles aus der Landespolitik verlor die SPD an Einfluss in der Regierung, zumal 1931 durch die Aufnahme der DVP in die Regierungskoalition die Regierung nach rechts tendierte. Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums Ernst Föhr konnte nun ohne große Beeinträchtigung die Verhandlungen zum Abschluss eines Konkordats mit dem Vatikan vorantreiben.

Parallel dazu führte die badische Regierung auch Verhandlungen mit der Vereinigten Evangelisch-Protestantischen Landeskirche Badens. Die SPD lehnte 1932 auf einem Sonderparteitag das Konkordat ab und schied aus der Regierung aus, somit bestand eine Minderheitsregierung aus Zentrum und DVP. Das Gesetz des Freistaates Baden mit dem Heiligen Stuhl und das Gesetz des Freistaates Baden mit der Vereinigten Evangelisch-Protestantischen Landeskirche Badens konnte noch verabschiedet werden, weil die drei Abgeordneten der Wirtschaftspartei das Vorhaben der Minderheitsregierung unterstützten und weil bei der nun bestehenden Patt-Situation die Stimme des Landtagspräsidenten den Ausschlag gab. In diesen Gesetzen wurden u. a. der konfessionelle Religionsunterricht an den christlichen Gemeinschaftsschulen unter Aufsicht der Kirchen und die Besetzung der katholischen und evangelischen Lehrstühle an den badischen Universitäten ohne staatliche Einmischung geregelt.

Seit 1927 entwickelte sich die Partei der NSDAP zu einer immer stärker werdenden Partei in Baden. Adolf Hitler ernannte Robert Wagner zum badischen Gauleiter. Hitler trat 1927 erstmals auf einer Versammlung in Heidelberg auf, im gleichen Jahr erschien erstmals das Parteiblatt »Der Führer«, das zweimal wöchentlich herauskam. 1928 erreichte die NSDAP bei den Reichstagswahlen im Land noch 2,9 % der Stimmen, bei den Landtagswahlen im Oktober 1929 waren es schon 7 %, das bedeutete 6 Abgeordnetenmandate und Fraktionsstatus für die rechte Partei. Der Durchbruch für die NSDAP kam bei den Reichstagswahlen 1930, als die Partei 19,2 % der Stimmen im Land erzielte, im Reichsdurchschnitt waren es »nur« 18,3 %. Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 kamen die Nationalsozialisten in Baden sogar auf 36,9 % der Stimmen und übertrafen somit die bisher stärkste Partei im Land, das Zentrum. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit gaben viele Arbeiter und Arbeitslose der Partei ihre Stimme, aber auch Bauern, Angestellte und Beamte wählten die NSDAP. Für die Jugendlichen, vor allem die Jungwähler, war die »jugendliche Partei« sehr attraktiv, die viele Versprechungen machte. Die NSDAP war eine »kämpfende Partei«, sie kämpfte gegen die Linken, die »Kapitalisten« und Juden. In den Wahlkämpfen suchte sie die Konfrontation mit den politischen Gegnern und entfachte Schlägereien in den Sälen und auf der Straße, ja sogar im badischen Parlament kam es zu tumultartigen Szenen. Als Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde, übernahm die NSDAP sehr schnell die Macht im Land. Aus der Reichstagswahl am 5. März 1933 ging die Partei in Baden als klarer Sieger hervor, sie erreichte 45,4 % der Stimmen, im Reichsdurchschnitt 43,9 %. Am Tag nach der Wahl wurden von den SA-Einheiten auf allen öffentlichen Gebäuden in Baden die Hakenkreuzfahne gehisst. Hiergegen legte die badische Regierung unter Staatspräsident Schmitt Protest ein.

Am 7. März 1933 trat das Zentrum mit der NSDAP in Verhandlungen über eine neue Regierung im Land, einen Tag später wurde die DNVP hinzugezogen. In dieser Verhandlung hatte sich der Fraktionsvorsitzende der NSDAP im badischen Landtag, Walter Köhler, gegenüber der Landesregierung bereiterklärt, die Hakenkreuzfahnen von den öffentlichen Gebäuden einzuholen. Dies geschah in einer feierlichen Veranstaltung, die gleichzeitig eine Werbung für den Nationalsozialismus darstellen sollte. Noch am Abend des gleichen Tages setzte der neue Reichsinnenminister Dr. Frick aufgrund der »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933 Gauleiter Robert Wagner zum Reichskommissar von Baden ein. Ihm wurden somit die Befugnisse des Staatspräsidenten übertragen. Am 9. März übernahm Wagner vom badischen Innenminister Dr. Umhauer die Polizeigewalt. Die alte badische Regierung legte gegen die Ernennung Wagners zum Reichskommissar von Baden Protest bei der Reichsregierung und Klage beim Staatsgerichtshof ein.

Die Lage für die demokratische Landesregierung wurde immer unerträglicher, nachdem die SA, die SS und der Stahlhelm zur Hilfspolizei erklärt wurden. Sie trat am 10. März 1933 zurück, um einer neuen Regierung freie Hand zu lassen. Als geschäftsführende Regierung hat die alte Regierung noch am 11. März die Kirchenverträge mit der katholischen und der evangelischen Kirche unterschrieben und für den 14. März 1933 den Landtag einberufen. Diese Einberufung widerrief Wagner, indem er sich auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung berief, er setzte die alte Regierung am 11. März 1933 ab und übernahm die Leitung der Staatsgeschäfte und damit das Amt des Staatspräsidenten.

Staatspräsident Dr. Joseph Schmitt wich unter Protest der Gewalt. Dies war das Ende der Demokratie im Land Baden von der Kurpfalz bis zum Bodensee.

Im deutschen Reichstag wurde am 23. März 1933 gegen die Stimmen der SPD das Ermächtigungsgesetz angenommen, in dessen Folge Deutschland gleichgeschaltet wurde. Damit wurde die vertikale Gewaltenteilung in Reich – Länder – Gemeinden aufgehoben. Nach der Gleichstellung mit dem Reichstag gehörten dem badischen Landtag bei einer Gesamtstärke von 57 Sitzen 30 Abgeordnete der NSDAP, 17 dem Zentrum, 8 der SPD und 2 der DNVP an. Dieser Landtag trat aber nur noch einmal am 9. Juni 1933 zusammen, um das Gesetzgebungsrecht auf die Landesregierung zu übertragen. Im Juli begannen die Selbstauflösungen der demokratischen Parteien. Mit dem »Gesetz über den Neuaufbau des Reichs« vom 30. Januar 1934 wurden die Volksvertretungen der Länder aufgehoben, die Hoheitsrechte der Länder gingen auf das Reich über. Die badische Landesregierung unterstand fortan der Reichsregierung, die mit dem Reichsstatthaltergesetz einen Statthalter des Reiches für das Land bestellte, für Baden war das Robert Wagner, der seinen Parteigenossen Walter Köhler am 6. Mai 1933 zum badischen Ministerpräsidenten ernannte und der bis zum Ende der Naziherrschaft regierte. Nun war Baden eine Provinz des Deutschen Reiches geworden. Und so entstand eine Diktatur.

Literatur:

Peter Brand, Reinhard Rürup: Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19. Düsseldorf 1980 (Analyse und Dokumentation).

Peter Brand, Reinhard Rürup: Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19. Sigmaringen 1991.

Konrad Exner: Maria Rigel – Mannheimer Abgeordnete im badischen Landtag nach Einführung des Frauenwahlrechts 1919, in: Badische Heimat 1/2007.
Konrad Exner: Marianne Weber – Die erste Rednerin im badischen Parlament, in: Badische Heimat 2/2005.
Hans Fenske: 175 badische Verfassung. Hg. v. d. Stadt Karlsruhe – Stadtarchiv, Karlsruhe 1993.
Hans Fenske: Deutsche Parteiengeschichte. Paderborn 1994.
Wolfgang Hug: Geschichte Badens. Stuttgart 1992.
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Badische Geschichte, Stuttgart 1979.
Landeszentrale für politische Bildung, Politische Plakate, in: Politik & Unterricht, Heft 2 – 3/2009.
Thomas Schnabel: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933. Stuttgart 1982.
Thomas Schnabel: Geschichte von Baden und Württemberg 1900–1952. Hg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 2000 (mit Literatur).
Reinhold Weber, Kleine Geschichte der Länder Baden und Württemberg 1918–1954. Leinfelden-Echterdingen 2008.
Günter Wimmer: Adam Remmele – Ein Leben für die soziale Demokratie. Ubstadt-Weiher 2009.

Anmerkungen

1 Wolfgang Hug: Geschichte Badens. Stuttgart 1992, S. 328.

Anschrift des Autors:
Dr. Konrad Exner
Waidallee 11/1
69469 Weinheim

[1] Voraussetzung: Gehalts-/Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied

0,– Euro[1] Girokonto und Depot

Die BBBank überzeugt immer mehr Kunden mit ihren Leistungen. Führen Sie Ihr Bankdepot und Ihr Gehalts-/Bezügekonto kostenfrei[1] – ohne monatlichen Mindesteingang auf Ihrem Girokonto. Und genießen Sie den Service einer kompetenten Beraterbank. Gerne überzeugen wir auch Sie von unseren Vorteilen. Informieren Sie sich!

BB Bank

So muss meine Bank sein.

Bits, Bytes und Bollenhut

Was bedeutet Heimat im 21. Jahrhundert?

Thomas Adam

Der folgende Aufsatz, für die Veröffentlichung in der »Badischen Heimat« noch einmal umfassend überarbeitet und ergänzt, ist entstanden als Vortrag im Rahmen des »Heimat-Symposiums« am 10. April 2015 im Bürgerzentrum Bruchsal. Diese Veranstaltung zählte zweifellos zu den inhaltlich besonders anregenden und anspruchsvollen Beiträgen der Heimattage Baden-Württemberg: Fachleute diskutierten die Frage, ob gelebte Heimat zugleich »machbar« und »planbar« sei. Insbesondere richtete sich das Symposium an Architekten und Stadtplaner sowie an alle, die das Gesicht gebauter Stadtlandschaft mitprägen; in der Ausschreibung der Stadt Bruchsal und des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein fanden sich daher auch folgende Denkanstöße: »Was bedeutet eigentlich ‚Heimat' im 21. Jahrhundert, und was bedeutet es, beheimatet zu sein? Wie wird eine Heimatstadt gebaut, wer baut sie und mit welchen Zielen? Stellt jemand sicher, dass wir nicht nur technisch korrekte Bauwerke schaffen, sondern darüber hinaus städtische Lebensräume, in denen wir und unsere Kinder sich beheimaten können? Wo unsere Lebensfreude sich entfalten und erproben kann, wo wir lernen können, frei und verlässlich zu sein? Was wäre zu tun, damit sich Bürger in ihrer Stadt auch in Zukunft beheimaten können?«

1.

Zunächst: Der Vortragstitel »Bits, Bytes und Bollenhut« ist nicht wirklich selbst erfunden, er ist abgeschaut bei Bundespräsident Roman Herzog, der – in Niederbayern geboren – 1998 von einer geglückten »Symbiose aus Laptop und Lederhose« sprach, um den Wandel Bayerns vom Agrar- zum Hightech-Standort zu charakterisieren. Und bleiben wir gleich bei Bayern: Eine Studie aus dem Jahre 2010 belegt, dass dies das Bundesland mit einem besonders hohen Grad der Wertschätzung des Heimatbegriffs auch bei der jungen Generation ist. Diese Untersuchung zeigt die große Bedeutung von wirtschaftlichen Rahmenbe-

dingungen und Wohlstand bei der Bildung von bejahendem Heimatgefühl und starker Identität. Ohne materielle Absicherung kann Heimat mit ihren spezifischen Ausprägungen (Landschaft, Kultur, Traditionen und Brauchtum, Mundart, Mentalität) nicht positiv erlebt werden, eine entsprechende Identitätsbildung

unterbleibt. Die Studie schließt mit dem Satz: »Die mit unverkennbarem Stolz […] betonte Spitzenposition Bayerns wegen der hervorragenden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ist somit eine sehr gute Basis für die Stärkung der Verbundenheit und des Heimatgefühls in Verbindung mit Bayern.«

Also gilt noch immer: *Ubi bene, ibi patria* – Wo es mir gut geht, dort ist mein Vaterland. Das wusste bereits Cicero, und schon der hatte die Weisheit wiederum vom griechischen Dichter Aristophanes entlehnt. Materielle Sicherheit und Heimatliebe: Es hört sich vielleicht ein wenig kalt an, aber wir sollten diesen Gedanken nicht aus den Augen verlieren.

Heimat kann ohne Zutrauen und Geborgenheit nicht gedacht werden; es heißt nicht von ungefähr in einem Lied von Paul Gerhardt, dem Dichter des Dreißigjährigen Krieges: »Ich bin ein Gast auf Erden [...] / Der Himmel soll mir werden / Das ist mein Vaterland./ Meine Heimat ist dort droben.« Die Heimat im Jenseits, wo es mir gut gehen wird, nicht hier in diesem irdischen Jammertal voll Krieg und Zerstörung und Elend. *Ubi bene, ibi patria*!

(Nebenbei bemerkt, den Dreißigjährigen Krieg betreffend: Aus Teilen des arg zugrunde gerichteten Kraichgaus gibt es vielsagende schriftliche Aufzeichnungen von behördlichen Ortsbereisungen, entstanden gegen Kriegsende, um 1648. Fortwährende Bevölkerungsbewegungen durch Flucht, Vertreibung, gewaltbedingte Zu- und Abwanderung hatten die Epoche geprägt. In diesen statistischen Erhebungen werden deshalb ausdrücklich diejenigen als die »Alt-Eingesessenen« beschrieben und charakterisiert, die sich »schon« seit zehn und mehr Jahren in den ansonsten praktisch ausgestorbenen Dörfern aufhielten!)

Heimat ist also, kurz gesagt, immer auch ein Stück Absicherung. Sie wird ähnlich wie Familie erlebt und löst wie Familie Gefühle von Verbundenheit, Zugehörigkeit und Vertrautheit aus. Auch Schutz und Sicherheit gehören dazu.

2.

Ein anderer Punkt: Heimat hat heute, wenn der Begriff allein für sich gebraucht wird, praktisch immer eine positive Bedeutung, so wie Glück oder Liebe. Man verwendet das Wort eher gar nicht als dass man es negativ verwendet. Wer nicht mit der Heimat verbunden ist, der wird den Begriff kaum gebrauchen; es zu tun, setzt also schon ein Stück Verbundenheit voraus. Es ist kaum denkbar zu sagen: »Meine Heimat ist die Stadt X oder die Landschaft Y, aber dort war oder ist es ganz furchtbar.« Wenn ich mit meinem Herkunftsort hadere, werde ich vielleicht sagen: »Ich bin geboren in …«, »ich stamme aus …«, »ich bin groß geworden in …, aber dort war es ganz furchtbar«. Doch dass der Heimatbegriff in diesem negativen Kontext verwendet wird, das geschieht wohl ganz selten.

Heimat also bedeutet Verankerung, bedeutet Geborgensein, bedeutet Anschluss finden. Das kann zu tun haben mit Landschaften und bestimmten Orten, an denen man sich wohlfühlt, und meistens auch mit Menschen. Jeder sollte sich fragen, wenn er sein eigenes Heimatgefühl analysieren und verstehen will: »Wenn ich an Heimat denke, bin ich dort« – in dieser Heimat – »eigentlich allein?« Es kann schon sein, dass der ein oder andere beim Wort »Heimat« nur sich selbst und niemanden sonst in der Einsamkeit einer eindrucksvollen Landschaft sieht. Aber die allermeisten werden dann doch eher sagen: »Nein, ich bin da nicht allein. Wenn ich an Heimat denke, dann bin ich in Gedanken zusammen

mit Freunden, Verwandten, Schulkameraden …«.

Heimat ist also dort verortet, wo enge soziale Kontakte bestanden oder heute bestehen. Heimat ist selbst der soziale Raum, der den Kontakt zu vertrauten Menschen ermöglicht. Und in diesem »Heimatbegriff« sind sich alle Generationen, Jung und Alt, eigentlich relativ einig: Heimat ist da, wo ich meine Freunde habe. Da müssen wir Cicero, den alten Lateiner, also ergänzen oder aktualisieren: *Ubi amici, ibi patria*.

»Heimat erleben« bedeutet für die meisten Menschen keine Vorstellung von Einsamkeit in unberührter Landschaft, sondern von Gemeinschaft in einem vertrauten Umfeld (Foto: Martin Heintzen)

Warum hat Heimat diese Bedeutung? Weil der Mensch ein geselliges Wesen ist. Er benötigt Anschluss und Integration und Einbindung. Und das ist ja auch etwas, was Heimat leisten (können) sollte: Wenn irgendwo die Alt-Eingesessenen Heimat als etwas Abgeschlossenes und sozusagen Verriegeltes sehen (»das ist meines und da hat niemand sonst etwas drin verloren«), dann wäre das ein ganz missverstandener Heimatbegriff. Heimat darf nicht abgeschottet und nicht exklusiv auf die beschränkt sein, die schon da sind. Heimat ist offen, Heimat muss integrativ sein, Heimat nimmt auf, Heimat ist teilbar, ist auch für andere da. Weil Heimat mehr ist als ein bestimmter Wohnort, haben in diesem Sinne alle Menschen ein Recht auf Heimat – eben auf Einbindung und menschliches Miteinander.

Denn der Mensch kann sich ein neues Lebensumfeld und soziale Zugehörigkeit schaffen, er ist nicht (mehr) statisch an die Stätte der Geburt gebunden. In diesem Sinne ist Heimat dann der Lebensort, an dem man zu Hause ist und sich zu Hause fühlt, »wo ich im vollen Sinne lebe als einer, der eingewöhnt ist und nicht nur eingeboren«.

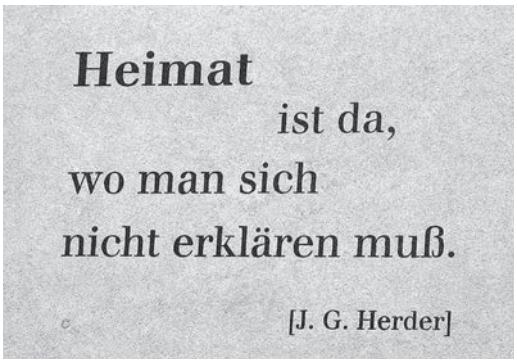
Eingewöhnt, nicht nur eingeboren. Ein wichtiger Gedanke: Es bleibt in der heutigen Welt für viele Menschen eben nicht immer bei der einen ursprünglichen Heimat, oft müssen sie auch anderswo »heimisch« werden (können). Dieser Aspekt ist nicht selbstverständlich. Bei quasi traditionellen Vorstellungen des Wortes Heimat schwingt, zumindest unterschwellig, durchaus die Gebundenheit an eine bestimmte lokale Herkunft mit; im Ungarischen etwa bedeutet der entsprechende Begriff für Heimat übersetzt »Elternerde« – und verlangt oder unterstellt damit, dass ich wenigstens in zweiter Generation an einem bestimmten Ort sesshaft bin. Sicher wurde auch der deutsche Heimatbegriff früher in ähnlicher Weise verstanden, aber diese Fixierung ist heute doch längst aufgebrochen und überholt. Und vielleicht gerade deshalb sind diese oft belächelten und im Deutschen altertümelnd klingenden Worte »Heimat« oder »Daheimsein« sogar viel moderner als man meinen sollte.

3.

Also zum Thema: Was bedeutet Heimat im 21. Jahrhundert? Wer sich diese Frage so stellt, muss sich auch klar machen: Heimat ist immer ein Begriff im historischen Wandel. Er hat, anders als eingefleischte Traditionalisten sich dies wohl wünschen würden, keine unwandelbare universelle Bedeutung, sondern ist immer aus den Zeitumständen heraus zu begreifen. Die Frage also, ob Heimat im Sinne der sozialen Verortung von Menschen eine Zukunft hat, ist eindeutig zu beantworten – jedoch nur mit einem »Ja, aber …«.

Heimat wird es geben, solange es Menschen gibt, weil so lange auch der Wunsch nach menschlichem Miteinander existiert. Die Begriffe ändern sich und ebenso die Vorstellungen, was Heimat ist. Darüber darf man sich nicht wundern, das muss man akzeptieren. Vielleicht (oder bestimmt!) werden auch die Gründe, warum wir uns nach Heimat sehnen, sich in gewisser Weise verändern; und ganz sicher werden sich die Orte verändern, die Menschen als Heimat wahrnehmen. Womöglich erleben wir vor dem Hintergrund von Finanzkrisen und globaler Unübersichtlichkeit so etwas wie ein neues Biedermeier, einen Rückzug aus dem Politischen ins Private? Heimat als »bürgerlicher Fluchtraum« ist das Gegenteil von Unübersichtlichkeit und Entfremdung, Heimat ist Nahwelt, verständlich, durchschaubar, ein Bereich des Verlässlichen.

Vor kurzem las ich einen Artikel der Publizistin und Bloggerin Elisabeth Rank, Jahrgang 1984, betitelt: »Meine Heimat, mein Netz«. Auch Sascha Lobo, Blogger und Autor, geboren 1975, hat einen Text betitelt: »Meine Heimat Internet«. Da redet also eine relativ junge, in Großstädten aufgewachsene Generation (beide, Rank und Lobo, sind in Berlin geboren) von Heimat. Aber sie meint, auf den ersten Blick, damit etwas völlig Neues. Das ist sicher reichlich verstörend für die Anhänger des klassischen Heimatbegriffs und für viele sogar ärgerlich, aber die Autoren haben das gut begründet: Das Internet – dies die Quintessenz der beiden Online-Publikationen – ermöglicht selbst über große Entfernungen hinweg Nähe zu Menschen, die man mag, deshalb tritt neben die Heimat als Ort ein Gefühl von Zuhause-Sein im Internet. Hier ist ein Treffpunkt, also auch eine Heimat. Hier kommen Menschen zusammen, die sich etwas zu sagen haben und die miteinander kommunizieren wollen. Wenn man seine räumliche Heimat eine Weile verlässt und zurückkommt, freut man sich bei der Rückkehr, wenn alles so ist wie vorher. Aber man muss auch Verständnis dafür zeigen, dass sich einige Dinge verändert haben: Hier ist ein Haus abgerissen, dort ist eines frisch gestrichen; genauso ist es auch, wenn man nach einer Weile ohne Internet-Anschluss wieder online geht und sich nichts Grundsätzliches verändert hat, nur hier und da ein anderes Seitenlayout, neue Inhalte natürlich, aber insgesamt alles vertraut.



Heimat ist, wo man sich auskennt und weiß, wie man reden muss – denn Heimat definiert sich auch über eine vertraute Sprache. Insoweit sind Abkürzungen, Idiome, Emoticons, Smileys allesamt nur eine besondere Form

Wird der Heimatbegriff allein für sich verwendet, so geschieht dies fast ausschließlich mit einer positiven Grundtendenz. Den Begriff zu gebrauchen setzt schon ein Stück Verbundenheit voraus. Sommerliche Wiese auf dem Michaelsberg bei Untergrombach (Foto: Martin Heintzen)

von Dialekt – und Sprache weckt Heimatgefühl, hier also ein digitales und internationales. Um aus dem Blog von Elisabeth Rank zu zitieren: »In meiner Heimat kenne ich die Infrastruktur, die Grundfesten, Straßen, Ecken, ich habe zu dem meisten eine Erinnerung und einen Abgleich, ich weiß, wer wo gewohnt hat und welche Ampel die längste Grünphase hat. Ich kann heute an früher messen und weiß seit meiner Kindheit, dass man sich nicht über Veränderungen aufzuregen braucht, weil man erst glücklich wird, wenn man den Wandel als gegeben annimmt und versteht, dass es nicht wäre, was es ist, wenn es so bleiben würde.«

4.

Ein abschließender Gedanke: Welche Konsequenz ergibt sich aus dem Gesagten für Stadtplaner und Architekten? Kann man Heimat »machen«, kann man sie »planen«? Im Grunde wohl in zweierlei Hinsicht. Sicher sind diese beiden Facetten für Experten keine Überraschung, aber vielleicht werden sie doch noch einmal auch aus der historischen Rückschau heraus untermauert:

In der Bestandserhaltung lässt sich Heimat »planen« durch eine lokale Analyse, was von den Menschen einer Gemeinde, einer Stadt,

Bei der Diskussion um Heimat geht es immer auch um Bewahrung baulicher und landschaftlicher »Vertrautheiten« und um einen sensiblen Umgang damit. Sonst droht das Gefühl: »Das ist nicht mehr meine Heimat!« Landschaftsimpression aus dem Saalbachtal zwischen Bruchsal und Bretten (Foto: Martin Heintzen)

einer Region auf einer individuellen Ebene als vertraute Heimat wahrgenommen wird; es geht um Bewahrung dieser baulichen und landschaftlichen »Vertrautheiten« und um einen sensiblen Umgang damit. Vor allem diejenigen, die irgendwann aus ihrer ersten und ursprünglichen Heimat weggezogen sind, sich die Erinnerung an das einmal Gewesene bewahrt haben und später dann in einen völlig veränderten Ort zurückkehren, erleben häufig das Gefühl: »Das ist nicht mehr meine Heimat!« Der Kontrast zwischen Erinnerung und moderner Wirklichkeit nimmt natürlich mit dem fortschreitenden Verlust dieser »Vertrautheiten« immer mehr zu.

In der Neugestaltung – wenn Heimat gleich Gemeinschaft bedeutet – ist Heimat planbar durch Schaffung sozialer Räume und Orte für Kommunikation und Zusammenkommen. Menschen wollen beieinander sein (und sei es nur im Internet, aber das ist ja ein eigenes Kapitel), also bedeutet »Heimat machen« und »Heimat bauen«, ihnen attraktive Orte für dieses Beieinandersein zu bieten. Dazu ist allen, die in den Bereichen Stadtplanung und Stadtgestaltung arbeiten, allezeit eine glückliche Hand zu wünschen.

Anschrift des Autors:
Thomas Adam
Neckarstraße 58 A
76199 Karlsruhe
thomas.adam@onlinehome.de

Bemerkungen zu bürgerlichen Vereinen des 19. Jahrhunderts und möglichen Formen im 21. Jahrhundert

Heinrich Hauß

In den nächsten Jahren ist damit zu rechnen, dass die noch bildungsbürgerlich geprägten Mitglieder der Heimatvereine aus Altersgründen ihre Mitgliedschaft aufgeben. Ist den Vereine tatsächlich daran gelegen, Mitglieder der Generationen der Jahre 1960 bis 1970 für ihre Arbeit zu interessieren, müssen sie bei ihrer Werbung die Mentalität, Lebensweise und Bedürfnisse dieser Generationen berücksichtigen. Ebenso ist zur fragen, in welcher Form Menschen dieser Generationen sich gegebenenfalls engagieren. An die Stelle betreuter Mitglieder werden dann zivilgesellschaftlich agierenden Mitglieder treten.

1. Grundsätzliches zur der bürgerlichen Vereinsstruktur

Perspektivenwechsel

Seit einiger Zeit beklagen die Vereine allgemein Überalterung und Mitgliederschwund als Zeichen der Zeit. Selten allerdings wird dieses Phänomen konsequent untersucht. Zugestanden muss allerdings werden, dass bei den verschiedenen Vereinsstrukturen und ihrer Klientel unterschiedliche Ursachen für den Verfall verantwortlich sind. Für Heimatvereine versuchen wir eine Erklärung, die sich an den veränderten Mentalitäten der »Kunden« und ihrer Engagementform orientiert. Diese Sicht nenne ich einen »Perspektivenwechsel«, weil sie die Krise nicht in erster Linie vom Anforderungen des Vereins, sondern von den Erwartungen prospektiver Mitglieder her interpretiert wird. Das scheint auch gerechtfertigt, weil es ja in der derzeitigen Krise, um »Kunden« zu tun ist, die in Zukunft gewonnen werden sollen. Vereine werden erkennen müssen, dass sie in Zukunft ihre Ziele nicht mehr ohne Rücksicht auf die Erwartungen und Bedürfnisse dieser »Kunden« durchsetzen können. Das scheint mir übrigens, das eigentlich Neue zu sein, das die Krise hervorgebracht hat: Die Frage nach den prospektiven Mitgliedern. So ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Jahren die Reste bildungsbürgerlicher Mitglieder, die den Verein Badische Heimat bisher stützten, ihre Mitgliedschaft aus Altersgründen kündigen werden. Darum sind Antworten auf die Frage, unter welchen Konditionen Mitglieder in den nächsten Jahren gewonnen werden können von existenzieller Bedeutung. Wir gehen dabei davon aus, dass die historisch gewachsene Doppelstruktur, die Zentrale in Freiburg und die Regionalgruppen, erhalten bleibt.

1.1 Entstehung

Will man die aktuelle Krise der Vereine verstehen, muss man die Entstehung und Geschichte der bürgerlichen Vereine in Betracht ziehen. Danach ist zu fragen, wie sich Wesen und Struktur der Vereine inzwischen verändert haben und welche Anforderungen prospektive »Kunden« an solche Vereine in Zukunft stellen.

»Am Anfang aller Vereinsgeschichte steht das Bürgertum«. Vereine sind nicht nur vom Bürgertum hervorgebracht worden, sondern haben ganz wesentlich die »Verbürgerlichung der Gesellschaft« vorangetrieben. Die Vereine waren ursprünglich eine »neue Form von Selbstorganisation des liberalen Bürgertums als Ersatz für die verloren gegangene ständisch organisierte Einheit von Staat, Gesellschaft und Kirche«. »In den Vereinen schlossen sich Menschen zusammen, die sich durch Gesinnung und Interesse verbunden fühlten«.[1] Rückblickend ordnen wir heute diese Menschen dem Bildungsbürgertum zu. Kern solcher Vereine bildeten daher »Unternehmer, Hochschullehrer, hohe Beamte, Offiziere, Angehörige freier Berufe, auch Aufsteiger wie Lehrer, Pfarrer und Gymnasiallehrer«.

Die bürgerlichen Vereine, in deren Tradition wir heute noch stehen, waren weit mehr als bloße Assoziationen. Ihre Leistungsfähigkeit bezog sich auf drei Bereiche, den psychologischen, gesellschaftlichen und kulturellen. Sie trugen zur Identität der Teilnehmer bei, sie überwanden soziale Schranken: formierten die Gesellschaft zu gemeinsamen Aktivitäten und trugen dabei zur Bewahrung von Traditionen bei. »Das prekäre Gleichgewicht von individueller Interessenfindung und neuer sozialer Gruppenidentität« konnte immer wieder neu ausgehandelt werden.«[2] Selbstverständlich können Vereine heute diese vielfältigen Leistungen nicht mehr erbringen.

1.2 Vereinsstruktur

Aus der Definition der bürgerlichen Vereine ist der Schluss zu ziehen, dass Vereine bürgerlicher Provenienz und deren Mitglieder eine Ganzheit bildeten und nur in dieser Ganzheit funktionierten. Die Vereine waren von den Mitgliedern veranlasst und von den Mitgliedern getragen. Vereinsinteresse und Mitgliederinteresse war identisch. Diese Ganzheit oder Übereinstimmung von Vereinsstruktur und Mitgliedern ist spätestens in der Mitte des 20. Jahrhunderts verloren gegangen.

Gültig aber sind immer noch die Merkmale eines Vereins: Vereine sind »eine auf Dauer berechnete Verbindung einer größeren Anzahl von Menschen zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels« (BG 25 Seite 311/313).

2. Aktuelle Krise der Vereine

2.1 Vereine der »individualisierten Individuen«

Von einer Krise der Vereine ist dann zu sprechen, wenn die Vereine mit ihren Vereinszielen nicht mehr selbstverständlich mit der Zustimmung einer homogenen Mitgliederschaft rechnen können und deshalb die Rekrutierung von Nachwuchs schwierig wird. Gewissermaßen bieten Vereine konventioneller Verfasstheit gegenwärtig noch vorgängig Ziele an, auf die sie nicht mehr bestimmte Schichten automatisch verpflichten können. Anders gesagt, Vereinsziele sind nicht Ergebnis einer ständigen Absprache mit den Interessenten, sondern sind vorab autonom gesetzt.

Gemeinsame Ziele sind in einer Gesellschaft »individualisierter Individuen«[3] aber ohne Diskussion nicht mehr attraktiv. Die Vereinsziele können in dieser Situation nur noch »Angebotscharakter« haben, die Mitglieder werden zu »Kunden«.

2.2 Landesumfassende Anliegen

Wir müssen deshalb damit rechnen, dass die Badische Heimat im Verhältnis zu ihrem landesumfassenden Anliegen – badische Geschichte, badisches Bewusstsein, badische Identität – keine entsprechende Mehrzahl von Mitgliedern mehr findet, die das Ganze des Teillandes annähernd abbilden.

2.3 Möglichkeiten zur Überwindung

Die aktuelle Krise der Vereine (Heimatvereine) mit der Folge des Mitgliederschwundes und der nicht mehr ansprechbaren »jüngeren« Generation (die ab 1960 und 1970 Geborenen) kann nur überwunden werden, so nehme ich an, wenn der Verein Veränderungen der Mentalität und neuen Formen des Engagements der prospektiven Mitglieder Rechnung trägt.

Ausschlaggebend für erfolgreiche Werbung ist ein klares Profil der Aktivitäten des Vereins. Aktualität und Notwendigkeit der Vereinsziele sollten erkennbar sein ebenso, wofür der Verein steht und wie er seine Optionen umsetzt. Zur aktuellen Mentalität gehört, dass Menschen sich nicht mehr rein passiv in einem Verein verhalten wollen. Die Möglichkeit, sich zu informieren und entsprechend zu handeln innerhalb eines lokalen oder regionalen Bereichs ist wohl die Voraussetzung zum Engagement. Diese Form des Engagements entspricht auch dem heutigen Verständnis von Heimat als einer Heimat in komplexen lebensweltlichen Bezügen, die immer neu zu sichern sind.

Die Entwicklung geht also vom Verein der **Betreuung passiver Mitglieder**, die mit Vorträgen, Besuchen von Ausstellungen und mit Lesen »unterhalten« werden, zu einer Assoziation **handlungsbereiter Mitglieder**.

Grundsätzlich ist notwendig, dass der Verein

1. den Interessenten Gelegenheit gibt, die Vereinsziele den Situationen gemäß korrigierend handlungskonform zu »justieren«. Die kontinuierliche »Anpassung des Vereins« in einer sich rasant verändernden Welt muss zu einer akzeptierten Praxis werden

und

2. der Verein sollte den Interessenten Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Handelns[4] anbieten, also Handeln organisieren.

Auf ein gemeinsames Anliegen lassen sich die Interessenten wohl nur noch durch entsprechende Handlungsoptionen von Fall zu Fall verpflichten. Das hängt damit zusammen, dass zivilgesellschaftliches Handeln nach dem heutigen Engagementmodell thematisch, lokal und zeitlich begrenzt ist.

Vereinfacht gesagt, im Gegensatz zu feststehenden, durch Tradition vorgegebenen Zielen konventioneller Vereine haben demokratische Austauschprozesse über die jeweiligen Ziele zu treten, an die Stelle eines (angenommenen) stellvertretenden Handelns des Vereins die Organisation von zivilgesellschaftlichem Handeln der Interessenten.

Nach der oben entwickelten Argumentation müssten im 21. Jahrhundert an die Stelle der bürgerlichen Vereine des 19. Jahrhunderts **»Agenturen zur Organisation zivilgesellschaftlichen Handelns«** treten. Eine Organisation dieser Art kann nicht im üblichen

Sinne »verwaltet« werden, sondern hat flexibel auf jeweilige Situationen zu reagieren. Sie ist deshalb nicht ehrenamtlich, sondern nur professionell zu leisten.

Man wird einwenden, dass das beschriebene Modell einen Niveauverlust zur Folge habe, da die Zielvorstellungen nicht mehr von einer kleinen Elite verbindlich und nachhaltig bestimmt werden. Das mag richtig sein, wenn man Vereine weiterhin im konventionellen Sinne interpretiert. An der **Aushandlung von praxisorientierten Zielvorstellungen** führt aber in Zukunft kein Weg vorbei, wenn man die prospektiven Mitglieder ernst nimmt. Man wird auch einwenden, dass das vorgeschlagene Modell viel zu aufwändig und arbeitsintensiv sei. Das ist richtig. Aber nur um diesen Preis sind neue Interessenten ansprechbar.

Anmerkungen

1 Alle Zitate bei: Wolfgang Hug: In Baden daheim. Von den Wurzeln der Badischen Heimat, in: BH 3/2009, S. 393. Auch in: Unser Schwarzwald. Romantik und Wirklichkeit, Vereinskultur, Augustinermuseum, Katalog, 2011, S. 168.

2 Andreas Daum: Wissenschaftspopularisierung im 19. Jahrhundert. 1998, S. 85.

3 Ulrich Beck: Die Erfindung des Politischen. 1993, S. 154. Beck spricht auch von »freigesetzten« Menschen (S. 149). Individualisierung bedeutet, dass die Menschen »nicht mehr in traditionale Vorgaben ›eingebettet‹ sind« (S. 141).

4 »Die Zivilgesellschaft setzt sich durch ihre Organisationsprinzipien im öffentlichen Raum, nämlich vom Staat und dem Markt ab«. Die Zivilgesellschaft sieht sich als »Gegengewicht zu den etablierten Akteuren von Politik und Staat«. Die Zivilgesellschaft kann definiert werden als »dritte Arena des kollektiven Handelns«. Ihr Handeln ist »selbstermächtigtes Handeln«. Die Mitgliedschaft beruht »auf einem bewusst und freiwilligen Akt der ebenso beendet werden kann«. Die Zivilgesellschaft unterscheidet sich von der Bürgergesellschaft als der ganzen Gesellschaft »als Teil davon, der sich unterscheidbar von Staat und Markt abhebt«. (Zitate nach: Rupert Graf Strachwitz: Achtung vor dem Bürger. Ein Plädoyer für die Stärkung der Zivilgesellschaft. 2014.)

Anschrift des Autors:
Heinrich Hauß
Weißdornweg 39
76149 Karlsruhe

Linachtalsperre Vöhrenbach

Erholung und erneuerbare Energie aus dem Schwarzwald

Günter Camill Jerg †

Bereits in den 1920er Jahren verwirklichte die Stadt Vöhrenbach eine Staumauer zur Erzeugung von mit Wasserkraft gewonnener Elektrizität. Es entstand eine moderne, dreizehnbogige Gewölbereihenmauer aus Eisenbeton nach nordamerikanischem Vorbild. 1969 wurde das Kraftwerk der Linachtalsperre wegen Unwirtschaftlichkeit stillgelegt. Seit 1996 hat die Stadt Vöhrenbach die Anlage wieder in Betrieb genommen und die Renovierung der Staumauer veranlasst.

Ein Unterfangen, das von Anfang an von großen Schwierigkeiten begleitet war. Ein langwieriges und aufwändiges Genehmigungsverfahren, vielfältige technische Schwierigkeiten und daraus resultierende Kostensteigerungen drohten das Projekt immer wieder zum Scheitern zu bringen. Dennoch ist es der Stadt Vöhrenbach nach elf Jahren gelungen, zusammen mit engagierten Bürgern, die in Deutschland einmalige energietechnische Anlage wieder in Stand zu setzten und erlebbar zu machen. Die Voraussetzung dazu war ein breites bürgerschaftliches Engagement, die Beharrlichkeit von Gemeinderat und Stadtverwaltung, aber auch die Unterstützung durch die baden-württembergische Wirtschaft und Politik. Die Linachtalsperre leistet heute einen Beitrag zur sauberen Energiegewinnung und bietet darüber hinaus mitten im Schwarzwald ein Naturerlebnis und Naherholung für einen sanften Tourismus.

Lange bevor Energie zu einem erheblichen Kostenfaktor wurde, über den man sich heutzutage allenthalben Gedanken machen muss, spielte sich mitten im Schwarzwald ein Kampf ab, für den anfangs vielfach kaum Verständnis aufgebracht wurde und nur mühsam Mitstreiter gefunden werden konnten: die Rettung der Linachtalsperre bei Vöhrenbach im Schwarzwald. Dieses Geschehen verdient aber wieder ins Gedächtnis gerufen zu werden, zeigt sich hier doch, wie vorausschauendes Denken, abseits der ausgetretenen Pfade, zwar zunächst mühsam, letztendlich aber doch genau das Richtige für künftige Bedürfnisse sein kann. Beginnen wir mit einem geschichtlichen Rückblick in eine Zeit, wo schon einmal Energie ein grundlegendes Problem für das Land war, in die 1920er Jahre. Damals verwirklichten die Vöhrenbacher ein an die Grenze ihrer Mittel gehendes Projekt »zum Wohl und Segen künftiger Generationen«. Und sie sollten recht behalten mit ihrer Idee.

Nach dem Ersten Weltkrieg in wirtschaftlich und politisch schwieriger Zeit, fasste die Stadt Vöhrenbach 1921 unter Karl Krauth, dem damals jüngsten Bürgermeister Deutschlands, den Entschluss, eine Staumauer zur Erzeugung von mit Wasserkraft gewonnener Elektrizität zu bauen. Dies, um das örtliche

Gewerbe zu versorgen, aber auch, um von den dauernd vorgenommenen Stromabschaltungen durch übermächtige Energielieferanten und der herrschenden Kohleknappheit nachhaltig unabhängig zu werden. Das schon seit 1905 bestehende städtische Dampfturbinenkraftwerk, mit dem Vöhrenbach bei den ersten Gemeinden war, die sich diese neue Technik nutzbar machten, reichte für den Bedarf längst nicht mehr aus. Stadtverwaltung und Gemeinderat entschlossen sich also, den kleinen, auf Vöhrenbacher Gemarkung in einem Seitental fließenden Linachbach zu stauen, und zu zusätzlicher Energiegewinnung zu nutzen. Entwurf und Bauleitung für den Talsperrenbau wurden dem Ingenieurbüro Maier übertragen, die Arbeiten der Firma Dyckerhoff & Widmann, beide in Karlsruhe ansässig. Aus finanziellen Gründen entschied man sich für eine moderne, dreizehnbogige Gewölbereihenmauer aus Eisenbeton nach nordamerikanischem Vorbild. Es spielten aber auch ästhetische Gründe mit, da die Talsperre wie bekundet wurde, das Auge »schönheitlich empfindender Menschen« nicht verletzen sollte. Es waren eben bildungsbürgerliche Zeiten, wo man noch auf eine Harmonie von Landschaft und Technik wert legte und dennoch die finanziellen Aspekte nicht aus den Augen verlor. Zur Verwirklichung des Projekts setzte man also auf modernste Technik und schuf so die erste und bis heute einzige Staumauer dieser Art in Deutschland.

Der Bau begann 1922. Man glaubte die Finanzierung durch Holzverkaufserlöse aus dem großen Stadtforst leicht abdecken zu können. Arbeiter wurden europaweit gesucht, bald waren bis zu 500 Mann auf der Baustelle beschäftigt: Österreicher, Italiener, Wanderarbeiter von überall her, entlassene Sträflinge, Studenten und nicht zuletzt fanden viele der damals zahlreich vorhandenen Arbeitslosen

Die wiederhergestellte Linachtalsperre mit Staumauer, Stausee und Wasserkraftlehrpfad (Foto: W. Dold)

Lohn und Brot. Eine kleine Barackenstadt mit eigenem Anschluss an die in der Nähe vorbeiführende Bregtalbahn entstand, zur Freude des städtischen Einzelhandels. Das mutige Projekt der Stadt Vöhrenbach fand auch schnell sein Echo in den Medien, wo diese höchstgelegene Großbaustelle Deutschlands als Jahrhundertbauwerk gepriesen wurde. Überdies fand der Bau als Hochschul-Studienobjekt Anklang.

Am Ende der galoppierenden Geldentwertung von 1923 jedoch war alle Zuversicht Makulatur geworden. Außerdem waren die Bauarbeiten, durch kostentreibende geologische Schwierigkeiten bedingt, nur langsam vorangekommen – zu langsam. Nach der Währungsreform Ende 1923 musste mit

Die dreizehnbogige Gewölbereihenmauer der Linachtalsperre ist bis heute einzigartig in Deutschland (Foto: W. Dold)

harter Rentenmark bezahlt werden. Dennoch konnte das ambitionierte Projekt mit viel Glück gerettet werden. In der Phase der rasenden Geldentwertung durch den Verkauf von 6%igen Holzanteilaktien und durch Ausgabe städtischen Notgeldes, nach der Reform durch Kahlhieb des Stadtwaldes, weiter durch Reduzierung der Arbeiterzahl auf 150 Mann. Es war eine schwierige Zeit, auf dem Notgeld konnte man den Spruch lesen: »Einst knauserten wir zag mit dem Pfennig, und reich war das Land und das Haus. Jetzt werfen wir um mit Millionen, sind arm wie eine Dorfkirchenmaus.«

Zunächst blieb die Mauer unvollendet, man begnügte sich mit einem Durchlaufkraftwerk. Ende 1923 wurde die Inbetriebnahme der Turbinen mit einem »Lichtfest« gefeiert, Licht als Symbol für Elektrizität und eine moderne, bessere Zukunft. Die Stadt schenkte jedem Arbeiter zur Feier ein Festessen und jeder Vöhrenbacher Familie zwei Pfund Fleisch sowie ein Pfund Mehl pro Kopf! Damals, in der Zeit öffentlich unterhaltener Suppenküchen, kostbare, selten herabregnende Gaben. Jedoch schon 1924 konnten die Arbeiten an der Staumauer wieder aufgenommen werden, gegen Jahresende wurde ein erster Probestau durchgeführt. Im Frühjahr 1925 brachte das Kraftwerk mit seinen beiden 340-PS-Francis-Turbinen der Firma Voith in Heidenheim schon nennenswerte Strommengen. Gegen

Das Kraftwerk während der Reaktivierungsarbeiten (Foto. W. Dold)

Ende des Jahres, nach Abschluss der Bauarbeiten, wurde der See voll aufgestaut. Danach lieferte das Werk bis zu 1,9 Mio. kWh jährlich. Die Presse lobte es als »Zierde des Linachtales«. Allerdings ließ das Objekt Lasten auf der Gemeinde, finanzielle wie technische, die noch bis weit in die Zukunft wirken sollten.

Nach wiederholten Sanierungen, Zweitem Weltkrieg und Besatzung wurde das Kraftwerk von der Stadt 1969 wegen Unwirtschaftlichkeit stillgelegt. Energie war damals billig, man zog es vor, anstatt die Kosten für den Unterhalt von Staumauer und Kraftwerk aufzubringen, billigen Atomstrom einzukaufen. Fragen der Abhängigkeit spielten keine Rolle mehr. Die Mauer wollte man durch Verkauf oder Abriss loswerden. Es kam aber letztendlich zu keiner Entscheidung – zum Glück! 1988 wurde der bis dahin als Naherholungsgebiet erhaltene See abgelassen, behördliche Zweifel an der Standsicherheit des Bauwerks hätten eine neuerliche Sanierung nötig gemacht. Dies wollte man nicht auf sich nehmen und überließ die nun ungenutzte Talsperre sanftem Ruin und das Tal dem schnell aufkommenden Wildwuchs.

1996 mit langsam aber stetig ansteigenden Energiepreisen und gewachsenem Umweltbewusstsein, schloss die Stadt Vöhrenbach einen Pachtvertrag mit der auf Erzeugung alternativer Energie spezialisierten Firma Gedea. So sollte die Reaktivierung als Aus-

Die Staumauer zur Seeseite
(Foto: F. Höchstädter)

Ausblick von der Staumauer
(Foto: F. Höchstädter)

leitungskraftwerk angegangen und die Sanierungskosten dennoch im Rahmen gehalten werden, bei Produktion von wenigstens einer kleinen Menge umweltfreundlicher Energie. Es war aber klar, dass die Anlage zunächst keinen wirtschaftlichen Gewinn erbringen würde, kulturelle Argumente überwogen. Im Jahr 1998 nach Fertigstellung der Reaktivierungsarbeiten, feierte man in Anlehnung an die Anfangszeit des Kraftwerks ein zweites »Lichtfest«. Die Anlage erbrachte nun, bei weiterhin zerfallender Staumauer, immerhin ungefähr 1,0 Mio. kWh pro Jahr.

Jetzt stand aber die Frage des Umganges mit der Staumauer dringend an: Abreißen oder Renovieren? Nach langen Debatten setzte sich die Ansicht durch, die Mauer wieder betriebstauglich zu machen. Zuletzt hatte die unermüdliche Überzeugungsarbeit bei Politik, Wirtschaft und Einwohnern durch Bürgermeister Robert Strumberger und eine Handvoll heimat- wie geschichtsbewusster Bürger der Stadt den Erfolg gebracht. Der recht mühsame Weg zur Rettung dieses einmaligen technischen Kulturgutes im Schwarzwald konnte beschritten werden.

Als wichtigstes Problem stellte sich nun die Frage, wie dies alles zu finanzieren wäre. Die Stadt alleine konnte die erforderlichen Summen nicht aufbringen. Deshalb gründete sich zunächst auf Anregung des Bürgermeisters der Förderverein »Rettet die Linachtalsperre«. Sein Ziel war die Erhaltung dieses Baukulturdenkmals von nationaler Bedeutung durch Spendenbeschaffung und Werbung. Das zeitigte bald positive Effekte: 2002 wurde das Bauwerk ins Denkmalbuch Baden-Württemberg eingetragen. Anschließend, nach Durchführung zahlreicher zur Inbetriebnahme nötiger Schritte, vom Gemeinderatsbeschluss über wasserrechtliche und andere Genehmigungsverfahren und Bewilligungen und nachdem die Badenova Freiburg als Stromabnehmer gefunden worden war, konnte 2006 offiziell mit der Renovierung der Staumauer begonnen werden. Das Sanierungskonzept, für dessen Umsetzung moderne innovative Technik eingesetzt wurde, erarbeitete die Firma Energie Steiermark. Auch die Fachwelt zeigte mittlerweile großes Interesse am Vorhaben. Das Projekt wurde 2007 beim Internationalen Symposion des Deutschen Talsperrenkomitees vorgestellt. Im selben Jahr erreichte man den Vollstau des als Naherholungsgebiet wieder entstandenen Stausees. Und, nach der Wiederinbetriebnahme der

nun mittels des Seewassers betriebenen Turbinen, feierte man das dritte »Lichtfest«. Damit war – laut Aussage des Regierungspräsidiums Freiburg – Deutschlands zum damaligen Zeitpunkt komplexeste Staumauersanierung abgeschlossen.

Trotz aufgetretener mannigfaltiger technischer Schwierigkeiten und damit verbundener Kostensteigerungen, trotz unangenehmer Verzögerungen durch das sehr langwierige und aufwändige Genehmigungsverfahren, ist es der Stadt Vöhrenbach zusammen mit engagierten Bürgern am Ende doch gelungen, die aufgelaufenen Sanierungskosten aufzubringen, wovon sie wegen des kulturellen und lebensqualitativen Wertes dieses Projekts auch bereit war, einen angemessenen Anteil selbst zu tragen. So haben breites bürgerschaftliches Engagement, die Beharrlichkeit von Gemeinderat und Stadtverwaltung, aber auch die große Unterstützung des Vorhabens durch baden-württembergische Wirtschaft und Politik und nicht zuletzt die 2-jährige Finanzierung einer Stelle für die Öffentlichkeitsarbeit des Fördervereins durch die Arbeitsagentur Villingen-Schwenningen, nach elf Jahren steter Bemühung die einmalige energietechnische Anlage wieder funktionsfähig und erlebbar gemacht. Die wiederhergestellte Talsperre, das Kraftwerksmuseum im Turbinenhaus und der Wasserkraftlehrpfad rund um den Stausee zeugen davon. Und es wurde im Schwarzwald ein umweltschonender und ansprechender Erholungsort geschaffen, der überdies, gut ins Landschaftsbild eingefügt, sauber erneuerbare Energie erzeugt. In einer Gesellschaft, wo Energie weltweit immer dringender in immer größerem Umfang als Basis für die einigermaßen würdige Existenz Unzähliger nachgefragt wird, leistet die Linachtalsperre ihren zwar kleinen aber dennoch nicht unwerten Beitrag. Und sie bietet darüber hinaus mitten im Schwarzwald Naturerlebnis, Naherholung und sanften Tourismus für Menschen einer immer hektischer werdenden Welt. Und das mithilfe von Technik. Wer's nicht glaubt, komm' selbst und seh'.

Infos u. a. zu Führungen durch den Förderverein Linachtalsperre e. V. (Kraftwerk und Talsperre):
Telefon Stadt Vöhrenbach (0 77 27) 501-0, info@voehrenbach.de; www.voehrenbach.de

In Erinnerung an Günther Camill Jerg †

Stadt Vöhrenbach
Friedrichstraße 8
78147 Vöhrenbach
Tel. 07727/501-104
Fax 07727/501-119

Gedenktage badischer Geschichte

Vor 200 Jahre geboren:

August Lamey (27. Juni 1816–14. Januar 1886)

»populärster Führer, den der badische Liberalismus hervorgebracht hat«.

Er gestaltete Baden zum »liberalen Musterstaat«

Von Nebenius zu Lamey

August Lamey

Karl Friedrich Nebenius, der Schöpfer der Verfassung, und sein Kollege im Innenministerium Ludwig Winter hatten eine sehr genaue Vorstellung davon, dass mit der Verfassung ein Umgestaltungsprozess eingeleitet sei, an dessen Ende eine politische Ordnung stehen musste wie sie die Vertreter des Dritten Standes in Europa forderten. »Als erste Vertreter des so genannten Geheimratsliberalismus haben sie die politische Physiognomie Badens allmählich umgeformt und so den Boden für jene Zeit vorbereitet, in der das Großherzogtum durch die Reformen August Lameys und Julius Jollys (1823–1891) zum viel berufenen ›liberalen Musterstaat‹ wurde«.[1]

An Stelle des vom bürokratischen Absolutismus diktierte Verwaltungssystem, das seit 50 Jahren in seiner Struktur praktisch unverändert geblieben war, sollte ein anderes treten, das auf unmittelbarer Kontrolle der Verwaltung durch die Regierten und zugleich auf weitgehender Selbstverwaltung beruhte. Diese Grundsätze in die Tat umgesetzt zu haben und damit den Staat in seiner inneren Struktur zu einem Verfassungsstaat umgestaltet zu haben, war das Verdienst des liberalen Parteiführers und Innenministers Lamey.[2]

»Wie kaum eine andere Gestalt des südwestdeutschen Liberalismus verkörpert Lamey Leistungen und Grenzen des nach 1860 zur Regierungsverantwortung gelangte liberalen Bürgertums«.[3]

Biografische Daten

Nach dem Jurastudium in Bonn, Heidelberg und München trat er 1840 in den badischen Staatsdienst. Lamey gehörte der »bürgerlichen Beamten- und Kaufmannsschicht an, die, politisch bereits weitgehend emanzipiert, mehr und mehr zum Träger des neuen Staates wurde«.[4] 1846 trat er als Hofgerichtsassessor den Justizdienst an.

Im Vorfeld der Revolution von 1948 gehörte er zum inneren Kreis der »gemäßigten Liberalen«, für sie saß er seit Mai 1848 im Badischen Landtag. 1846 eröffnete er eine Anwaltskanzlei in Freiburg. Seit 1856–1859 war er Professor für Zivilrecht an der Universität Freiburg. 1849 quittierte er den Staatsdienst und ließ sich in Freiburg als Rechtsanwalt nieder.

Er gehörte mit zwei Unterbrechungen der Zweiten Kammer an, von 1848–1852, von 1859–1870 und schließlich von 1875–1892 amtierte er als ihr Präsident. Lamey profilierte sich in der Zweiten Kammer in der Nachfolge von Adam von Itzstein (1775–1855) als Führer der liberalen Opposition. Lamey war der »populärste Führer, den der badische Liberalismus hervorgebracht hat.« 1866 trat er als Minister zurück im Zusammenhang mit dem Sieg Preußens. In den Jahren 1871–1874 war Lamey Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen Partei.

Die »neue Ära«

Gegen die »Konvention« mit der katholischen Kirche hatte sich der Widerspruch der Liberalen formiert. Mit der Osterproklamation vom 7. April 1860 verwarf Friedrich I. die Konvention mit dem Vatikan. Die großherzogliche Regierung unter Wilhelm Meysenbug (1813–1866) und Franz Stengel (1803–1870) habe das Konkordat einseitig und nicht vorbehaltlich der ständischen Genehmigung erlassen. Beiden Kirchen sagte der Großherzog neue rechtliche Grundlagen zu, die »eine freie und selbständige Entwicklung«

möglich machten sollten. Der gleiche Grundsatz sollte auch auf die anderen Gebiete des Staatslebens angewendet werden. Im März 1860 gestaltet Franz Roggenbach (1825–1907) ein Grundsatzprogramm, Richtlinien für die Regierungsarbeit, auf die die neue Regierung Stabel / Lamey ausdrücklich verpflichtet wurde. Das Programm, sollte »fortan das Handeln der Regierung wie der liberalen Partei leiten und sie gleichzeitig zu einer festen Einheit zusammenschließen«. Roggenbach entwickelte auch einen Katalog »der bisher unerfüllten liberalen Forderungen«. Mit den Reformen verband Roggenbach den Gedanken, dass »der Ausbau einer liberalen Gesellschaft so entschieden vorangebracht werden, damit Baden für das übrige Deutschland zum Vorbild gemacht werde.«[5] Von den innenpolitischen Reformen erhoffte man sich eine nationalpolitische Signalwirkung. 1861 übernahm Roggenbach das Außenministerium. In der Innenpolitik wurde die Kirchenpolitik als vordringlich erachtet.

Die neue liberale Regierung konnte nun in den Jahre 1860 bis 1866 eine Reformpolitik in Gang setzen, die die Vereinheitlichung des Rechtwesens. die Emanzipation der Juden und die Verwaltungsorganisation betraf.

»Der freiheitlichen Ausgestaltung der Verwaltung widmet sich Lamey mit voller Hingabe. Im April 1861 skizzierte er die Grundlage einer Reform der inneren Verwaltung«.[6] 1863 wurde das »Gesetz die Organisation der inneren Verwaltung betreffend« von der Zweiten Kammer verabschiedet. » Die durch den kräftigen Ausbau der Selbstverwaltung verstärkte die Stellung der Bürger und wurde durch den Aufbau einer Verwaltungsgerichtsbarkeit noch unterstrichen«.[7]

Im Januar 1862 legte Lamey den Entwurf eines Gesetzes über die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten vor. Am 15.10.1862 trat das Gesetz der Emanzipation der Juden in Kraft. *Heinrich Hauß*

Literatur

Frank Engehausen: Kleine Geschichte des Großherzogtum Baden 1806–1918. 2003.

Hans Fenske: Baden 1860–1918. In: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 3, 1992.

Lothar Gall: Der Liberalismus als regierende Partei. 1968.

Wolfgang Hug: Ein Vater des badischen Musterstaates. August Lamey starb vor hundert Jahren. BH 1/1996.

Gerhard Taddey: Die jüdischen Gemeinden in Baden von der Emanzipation bis 1933. In: H. Sproll, J. Thierfelder (Hg.): Die Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg.

Anmerkungen

1 Lothar Gall: Der Liberalismus als regierende Partei. 1968, S. 22.
2 A. a. O. S. 184.
3 Lothar Gall: Allgemeine Deutsche Biografie, Lamey, S. 440.
4 L. Gall, a. a. O. S. 121.
5 Hans Fenske: 175 Jahre Badische Verfassung. 1993, S. 61.
6 Fenske, a. a. O. S. 140.
7 Fenske, a. a. O. S. 140.

Vor 50 Jahren gestorben

»Der Historiker des bürgerlichen Zeitalters«

Der badische Historiker Franz Schnabel
18.12.1887–25.2.1966

1. Das »Vorbild Mannheim«

Titelbild: Clemens Rehm (Hg.), Franz Schnabel

In »Zur eigenen Lebensgeschichte« (Mannheimer Hefte) hat Schnabel berichtet, »was in jungen Jahren durch die Vaterstadt mir mitgegeben wurde«. Es war die Prägung durch den Geist des Humanismus und des modernen Städtewesens, die Schnabel noch in seiner Jugend als eine »geistige Lebensmacht« (L. Gall) erfahren hat. Was Schnabel den »alten Städtegeist« genannt hat, war jene »Daseinshaltung eines selbstbewussten Bürgertums, das sich bei aller tätigen Hingabe an die Erfordernisse des praktischen Lebens auch den Wissenschaften und Künsten zugewandt war als notwendige Ergänzung und Vertiefung des Lebens.«[1] Das humanistische Gymnasium in Mannheim mit seinem Lehrer Wilhelm Caspari hat einen tiefen Eindruck auf ihn hinterlassen. »Kein anderer Lehrer hat einen so tiefen und dauerhaften Einfluss auf mich ausgeübt«. »Was Mannheim den dort aufwachsenden jungen Menschen auch heute noch Wertvolles und Bestimmendes mit auf den Lebensweg geben kann«, verdankt er dem dort herrschenden »Städtegeist«. Die Stadt ist bestimmt »von Handelsgeist und Gewerbefleiß« und zugleich von »wissenschaftlichen und künstlerischem Strebens und Könnens«. Die »alte Barockkultur« der Stadt, die vom bürgerlichen Zeitalter neu erworbene und gestaltete Welt der Wissenschaften, der Baukultur, des Theaters, haben letztlich »den Sinn für die Geschichte und die Liebe zu den historischen Studien« in ihm erweckt.[2] Am »Kulturideal des Neuhumanismus« hielt Schnabel »über alle ernüchternden Erfahrungen seines Lebens bis ins Alter fest«.[3]

2. Franz Schnabel – Ein Pädagoge. Schuldienst zuerst

Buchcover: Ernst Schnabel, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert

Schnabel war ein begeisterter Schulmann. Er begann sein Studium mit dem Berufsziel, Lehrer zu werden. Vorbild war wohl sein geliebter Lehrer Wilhelm Caspari. Nach kurzer Tätigkeit im Badischen Generallandesarchiv, ging er zunächst für zehn Jahre in den Schuldienst 1911 in Mannheim und 1919/20 in Karlsruhe (Lessing- und Goethegymnasium). Die Schulbücher »1789–1918 – Eine Einführung in die Geschichte der neusten Zeit« (1931 und »Deutschland in den geschichtlichen Wandlungen des letzte Jahrhunderts« (1925) können »in gewissem Sinne als Vorarbeiten für sein Lebenswerk gelten« (L. Gall). »Der Schulunterricht ist auch heute noch viel wichtiger als der Bücher- oder Zeitungsdruck. Denn es besteht beim Bücherdruck kein Zwang zur Aneignung, der Unterricht aber hat das Abschlussexamen«, schrieb Schnabel an Steinsdorfer 1962. Es kam ihm auf das »Dauereigentum« der Aneignung an, das er als Ziel des Unterrichts ansah. Humanismus und Pädagogik gehörte nach Schnabels Verständnis zusammen. »Der Kern aller humanistischen Pädagogik ist die Erziehung zur Form und zur Wesentlichkeit«. Dagegen widmet sich die antihumanistische Unterrichtsweise »der Bekanntschaft mit interessanten Einzelheiten«. Die Qualität des Unterrichts hängt vom »Mut zum Exemplarischen ab«. Pädagogisch fatal ist die Erstickung »im Ballast ziellosen Wissens«.[4] Ohne eigenes Zutun fand er erst nach der Tätigkeit im Gymnasium mit der Habilitation 1921 zur Universität. 1922 wurde er ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule Karlsruhe. 1936 wurde er dort vom NS-Regime zwangspensioniert. Von 1947 bis 1962 lehrte er in München Geschichte.

Im Jahre 1927 schrieb Schnabel »Sigismund von Reitzenstein. Der Begründer des badischen Staates« und »Ludwig Liebenstein. Ein Geschichtsbild aus den Anfängen des süddeutschen Verfassungslebens«.

Die Anstöße zu Veränderungen in Schnabels Leben kamen meist von außen. So ist der Anstoß zur akademischen Karriere auf »wiederholte, anfeuernde Ermutigung« Onckens zurückzuführen

(Brief an Oncken 21.10.1922). Er musste, wie er selbst sagte, »mit sanfter Gewalt« auf den Weg gewiesen werden.

3. Die Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts

Fünfzig Jahre nachdem Treitschkes erster Band 1879 erschienen ist »und 10 Jahre nach dem Weltkrieg können wir das ganze Jahrhundert geschlossen deuten und sehen«, schreibt Schnabel am 10. Juni 1929 an Oncken (1869–1845), gewissermaßen als Rechtfertigung für sein Werk.

Schnabel hat es in den Dreißigerjahren des letzen Jahrhunderts noch einmal unternommen, »eine umfassende Darstellung einer ganzen Epoche«, mit der »Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert« zu erarbeiten. Innerhalb acht Jahren erschienen von 1929 bis 1937 vier Bände.[5] Der 5. Band, geplant 1941, kam nicht durch die NS-Zensur und wurde auch später nicht herausgegeben. Insofern blieb das Werk Schnabels ein Torso. Schnabel hatte vor, eine »andere Geschichte« zu schreiben, die sich in bemerkenswerter Weise von den »reichsdeutsch«, gleichsam schwarz-weiß-rot, eingefärbten Darstellungen abhob, die in der Reichsgründung von 1871 den Ziel- und Angelpunkt historischer Entwicklung sehen wollten. Sein Bezugspunkt war der Verfassungsstaat und seine Ordnung, erst danach kam der Nationalstaat.[6] Schnabel wollte mit dem Werk über die bisherige Geschichtsschreibung hinaus »alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens gleichmäßig erfassen und aufzeigen, wie sie alle in einem inneren geistigen Zusammenhang standen«.[7] »Niemand mitgewirkt und beigetragen« bei der Arbeit des Werks, »Die vier Bände«, so lässt uns der Autor wissen, »verdanken ihr Dasein ganz und ausschließlich der eigen Kraft des Autors und des Verlegers«.[8] Im Vorwort zum 1. Band schreibt Schnabel, er bemühe sich »die enge Verflochtenheit aller Lebensgebiete zu untersuchen und darzustellen und so in großen Zügen eine Biographie des europäischen und des deutschen Menschen zu geben und die gegenwärtige Lage der europäischen Kultur in im besonderen des deutschen Volkes zu untersuchen und zu deuten«.

Schnabel »schreibt die Erfolgsgeschichte des Bürgertums im 19. Jahrhundert. Das Bürgertum erscheint als Vollender einer seit Jahrhunderten angelegten Geistesgeschichte. Die Besonderheit der westlichen Zivilisation liegt dabei im Mittel der Emanzipation«.[9]

Schnabels Einbeziehung der Erfahrungswissenschaften und der Technik verstieß gegen die zeitgenössische Historik. Dass er die Technik so eingehend behandeln konnte, schreibt Schnabel der akademischen Lehre an der Technischen Hochschule Karlruhe zu, in der er »die Bedeutung der Technik für unser Kulturleben täglich erfahren« konnte (Universitätsakten). Die Einbeziehung der Technikgeschichte in die Allgemeingeschichte »bildete eine Einzelleitung« Schnabels und blieb 35 Jahre ohne Anbindung.[10]

4. Rezeption seines Werks

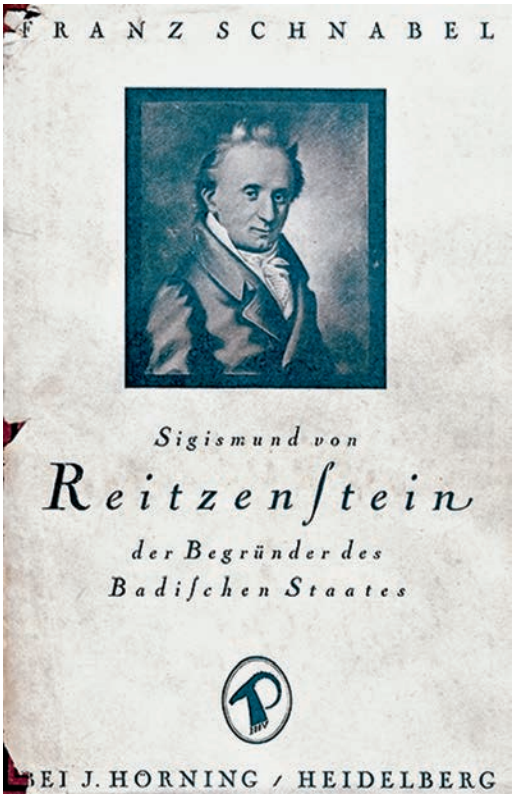
In der Münchner Zeit musste Schnabel erfahren, wie groß »die Distanz zwischen dem, was Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft einst hatten sein sollen, und dem, was daraus in Deutschland schließlich geworden war.« »Schnabel war jedoch zu sehr Humanist, zu sehr Bürger […] als dass er nicht zugleich, trotz aller Enttäuschungen und aller Skepsis stets auch einen Aufruf, einen Appell gesehen hätte, die Beschwörung der Vergangenheit mit Blick auf eine bessere Zukunft«. Und hierin, in diesem Ansatz und in dieser Perspektive, liegt in der Tat die fortdauernde Aktualität und Bedeutung des Werks«.[11]

Angesicht der heraufziehenden Massengesellschaft, »die jetzt gerade sich herausbildet und vermutlich auch von sehr langer Dauer sein wird«,[12] setzte er auf kleine Eliten im humanistischen Geist gebildeter Menschen, denen die Universitäten vorbehalten sein sollten.

Zur neueren Rezeption Schnabels schreibt Steinbach: »In der Tat: Schnabel war ein Pluralist, Freiheit des Geistes war nur in der Vielfalt der Kulturzentren möglich«.[13] Und: Schnabel wurde zu einem Vertreter der Geschichtswissenschaft, »die ihre Legitimation und ihren Reiz nicht aus der Verstärkung nationalpolitischer Kontroversen ableitete, sondern aus einer Multiperspektivität, die in die Zukunft trug. Deshalb ist Schnabel bis heute nicht vergessen, mehr noch: er verdient, dass man sich mit der Methode seiner gegenwartsorientierten Annäherung an die Vergangenheit auseinandersetzt und rezipiert, was ihn so widerstandsfähig machte: seine Orientierung an Maßstäben, die Folge seiner Bereitschaft und Fähigkeit war, in Ordnungskategorien der Verfassungs- und Rechtsstaates zu denken«.[14] Clemens Rehm hat die gegenwärtige Bedeutung Schnabels im Ausstellungskatalog 2002 unter den Leitbegriffen. »Historiker Demokrat Pädagoge« zusammengefasst.

Bewundernswert ist die Stimmigkeit zwischen wissenschaftlicher Lebensaufgabe und Existenz, die Schnabel im Laufe seines Lebens erreicht hat. So schreibt sein Schüler Lothar Gall, wir begegnen der »Gestalt eines Gelehrten, der das, was er sich zur wissenschaftlichen Lebensaufgabe gesetzt hatte, zugleich in seiner Person und Existenz repräsentierte«.[15]

Heinrich Hauß



Buchcover:
Ernst Schnabel, Sigismund von Reitzenstein

Literatur

Lothar Gall: Nachruf auf Franz Schnabel. ZGO 116, NF 77, 1968.

Lothar Gall: Die großen Deutschen unserer Epoche. 1995.

Rolf-Ulrich Kunze: Bildung durch humane Wissenschaft. Franz Schnabel über »Humanismus und deutsche Geschichte«. Zur Aktualität von Franz Schnabel. ZGO 151 Jg., 2003.

Clemens Rehm (Hg.): Franz Schnabel – eine andere Geschichte. Historiker Demokrat Pädagoge. Begleitpublikation zur Ausstellung des Generallandesarchivs und des Instituts für Geschichte der Universität Karlsruhe, 2002.

Peter Steinbach: Ergriffen vom Leben und doch vom Leben nicht bestochen. Zur Aktualität von Franz Schnabel. ZGO 2003.

Helmut Steinsdorfer: Ein Historiker von universaler Weite. BH 4/1987.

Anmerkungen

1 Lothar Gall: Nachruf auf Franz Schnabel, ZGO 116, NF 77, 1968 S. 428.
2 Franz Schnabel: Zur eigen Lebensgeschichte, Mannheimer Hefte S. 8.
3 Lothar Gall: Die Großen Deutschen unserer Epoche,1996, S. 144.
4 Zitate bei Rolf-Ulrich Kunze, Franz Schnabel revisited. Bildung durch humane Wissenschaft in: ZGO 151.
5 Die Grundlagen Bd. 1 (1929); Monarchie und Volksstaat Bd. 2 (1933); Erfahrungswissenschaft und Technik Bd. 3 (1934; Die religiöse Welt Bd. 4 (1936) 1964 erschien eine Taschenbuchausgabe des Werks in fünf Bänden in der Herder Bücherei.
6 Peter Steinbach: Zum Geleit. Eine andere Geschichte. Franz Schnabel. Historiker Demokrat Pädagoge. 2002.
7 A. a. a O. S. 432.
8 Franz Schnabel. Zur Einführung in das Gesamtwerk; Taschenbuchausgabe 201/2.
9 R. J. Gleitsmann u. G. Oetzel: Franz Schnabel, die Technik und die Geisteswissenschaft. ZGO 151 Jg. 2003, S. 645.
10 A. a. O. S. 650/632.
11 P. Gall: a. a. O. S. 150.
12 F. Schnabel, Grundlagen der neueren Geschichte, Zur Einführung, Taschenbuchausgabe 1964, S. 11.
13 Peter Steinbach: »Ergriffen vom Leben, und doch vom Leben nicht bestochen«. ZGO 151 Jg. 2003, S. 695.
14 A. a. O. S. 703.
15 Lothar Gall: Der Historiker des bürgerlichen Zeitalters Franz Schnabel. Mannheimer Hefte 1988, Heft 1.

Publikationen zur badischen Geschichte

Geschichtsvereine in Baden (2. Folge)

Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur

Herausgegeben vom
Geschichteverein Markgräflerland e. V.
Verantwortlicher Schriftleiter:
Dr. Erhard Richter, Grenzach-Wyhlen

Das Markgräflerland
Heft 3/4 1979; Titelbild – Schloss Heitersheim)

Am 3. April 1929 gründete im Gasthaus »Hirschen« in Haltingen eine Gruppe von acht Lehrern und Pfarrern die »Arbeitsgemeinschaft zur Pflege der Heimatgeschichte des Markgräflerlandes«. »Man wollte den Bewohnern des Markgräflerlandes ihre Heimat näher bringen. Den Schulmeistern und Pfarren sollten Kenntnisse der Orts- und Territorialgeschichte vermittelt werden, damit sie einen heimatbezogenen Unterricht halten konnten« (Renate Reimann). 1955 hat man den Namen in »Arbeitsgemeinschaft für Geschichte und Landeskunde« geändert, seit 1990 heißt der Verein »Geschichtsverein Markgräflerland e. V.«

Vereinszweck ist »die Erforschung des Markgräflerlandes und seiner angrenzenden Gebiete in allen Zweigen der Volks und Naturkunde, der Geologie und Genealogie. Auch Belange des Natur- und Denkmalschutzes sollen gefördert werden«. Kern ihres Arbeitsgebietes ist das Markgräflerland, also der Raum der drei Herrschaften Rötteln, Sausenburg und Badenweiler.

Seit 1992 werden unter Leitung von Dr. Martin Keller Ortssippenbücher, auch Familienbücher genannt, erstellt. Träger dieser Arbeit sind die Genealogisch – Heraldische Gesellschaft der Region Basel und der Geschichtsverein Markgräflerland.

Jedes Jahr werden an wechselnden Orten Frühjahrs- und Herbsttagungen abgehalten. Die Gemeinden des Markgräflerlandes oder angrenzende Gebiete, in denen die Tagungen stattfinden, werden im Heft vorgestellt. So wird der Verein an diesen Orten bekannt gemacht und neue Mitglieder gewonnen.

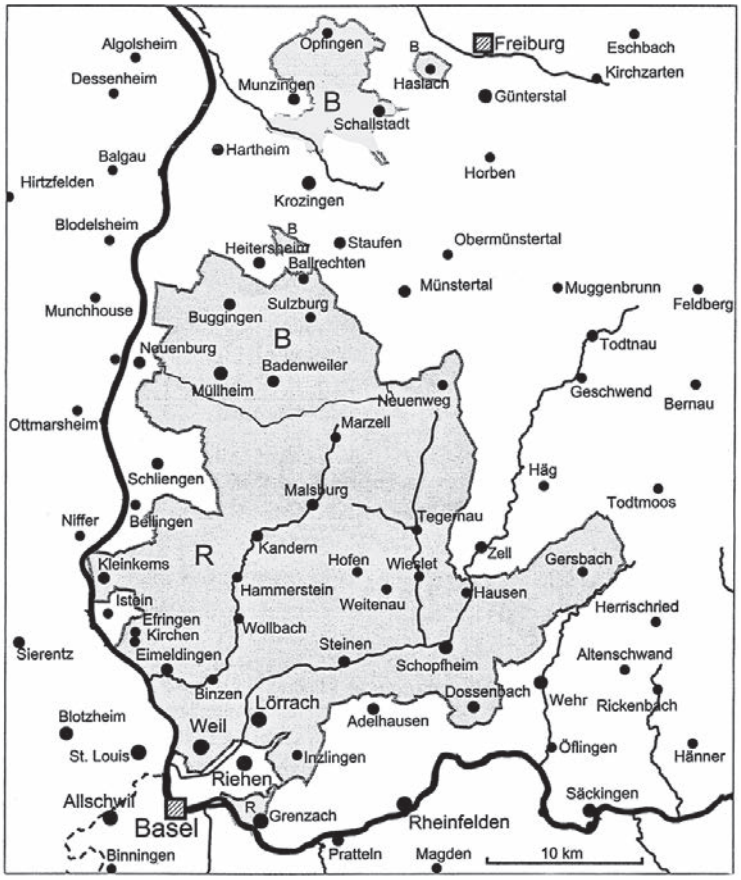
1444 schlossen sich die Adelsgeschlechter der Zähringer und die Herren von Rötteln zum Herrschaftsgebiet Badenweiler, Rötteln, Sausenburg zusammen. So entstand das Markgräflerland. Die badische Landgrafschaft umfasste das Gebiet, das der heutigen Landschaftsbezeichnung entspricht (Ruth Müller).

Der Name »Markgräflerland« bezeichnet die »obere Markgrafschaft« Baden-Durlachs. Sie bestand aus einem nördlichen Teil, der Herrschaft Hochberg um Emmendingen und im Kaiserstuhl, und einem südlichen Teil mit den Herrschaften Rötteln, Sausenberg und Badenweiler. Heute wird das gesamte Rebland vom Grenzacher Horn im Süden bis Freiburg im Norden, im Westen vom Rhein und im Osten bis ungefähr einer Linie Freiburg – Neuenweg – Hausen – Gersbach – Dossenbach – Grenzach als Markgräflerland bezeichnet (Heft 1/2001).

Von 1929 bis 1936 erschien die Zeitschrift mit vier Heften pro Jahrgang. Von 1955 bis 2012 wurden jeweils zwei Hefte pro Jahrgang herausgegeben. In den Jahre 2013 und 2014 erschien jährlich – aus finanziellen Gründen – nur noch ein Band.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Themenbände wie »550 Jahre Markgräflerland« (1994),

Wappen des Markgräflerland nach dessen Gründung 1444: Links oben Markgrafschaft Baden, rechts oben Herrschaft Sausenburg, links unten Herrschaft Rötteln, rechts unten Herrschaft Badenweiler



Karte der Markgrafschaft Baden-Durlach, südlicher Teil, um 1790, ohne die Herrschaft Hochberg

»1250 Jahre Röttler Kirche« (1/2001), »Burgen, Märkte, Städte. Mittelalterliche Herrschaftsbildung am südlichen Oberrhein« (2/2003), »Kriege, Krisen Katastrophen am Oberrhein vom Mittelalter bis zur frühen Neuzeit« (2/2007), »Klöster und Städte am südlichen Oberrhein im späten Mittelalter und der frühen Neuzeit« (2/2011) oder »Der Markgräfler Bauernaufstand von 1524/25« (Sonderband 2/2015).

Ab 2013 bringt der Geschichtsverein jährlich einen Band mit ca. 220 Seiten heraus. Der Jahresbeitrag beträgt 25,60 Euro, für korporative Mitglieder 51,10 Euro. Im Buchhandel kostet ein Exemplar 19,00 Euro.

Registerbände liegen vor für die Jahrgänge 1970–1986 und für die Jahrgänge 1986–2001 (Band 1/2002).

Der Geschichtsverein veranstaltet Jahrestagungen und Studienfahrten, die Mitgliederzahl erreichte im Jahr 1990 ca. 1200, im Jahr 2011 ca. 1000 (E. Vogt, BH 2011/2).

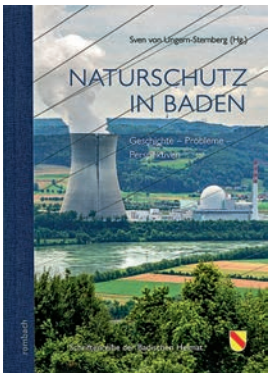
Verantwortlicher Schriftleiter ist Dr. Eberhard Richter (1987). Vorsitzender ab 2015: Hubert Bernnat. Anmeldungen sind zu richten an: Geschichtsverein Markgräflerland e. V. Harald Klemm, Karlstraße 1, 79650 Schopfheim
www.gechichtsverein-markgraeflerland.de

Aufsätze zu den Jubiläen der Zeitschrift

Renate Reimann: Rückblick auf 70 Jahre der Zeitschrift »Das Markgräflerland«, 2000/1.
Renate Reimann: 75 Jahre Geschichtsverein Markgräflerland, 2004/2.
Renate Reimann: Das 80-jährige Jubiläum des Geschichtsvereins, 2010/1.
Elmar Vogt: Der Geschichtsverein Markgräflerland e. V., in: BH 2/2011.

Naturschutz in Baden

Buchvorstellung am 2. März in Freiburg



Naturschutz in Baden, Geschichte – Probleme – Perspektiven. Schriftenreihe des Landesvereins Badische Heimat, Band 8, Sven von Ungern-Sternberg (Hg.)

Wie nicht anders zu erwarten, war die Vorstellung des Bandes »Naturschutz in Baden« in der Gerichtslaube des Freiburger Rathauses für den Präsidenten der Badischen Heimat ein zweifaches »Heimspiel« – nicht nur, weil der Verein in Freiburg ansässig ist, sondern weil er von den Vertretern der beteiligten Ämter als ehemaliger Kollege und Mitarbeiter begrüßt wurde. So auch von Freiburgs Umweltbürgermeisterin Gerda Stuchlik in der ersten der Grußadressen dieses Abends. Sie führte aus, dass – bei einer 200-jährigen Geschichte des Naturschutzes – man für den Schutz der Natur einen sehr langen Atem benötige, andererseits aber das Thema nach wie vor sehr aktuell sei. Sie verwies auf die Erfolge, aber auch auf die dafür erforderlichen Anstrengungen. Natürlich stehe in Freiburg der Wohnungsbau sehr weit oben in der Agenda, das dürfe aber nicht zu Lasten des Naturschutzes gehen. Höhe statt Fläche sei eine der möglichen Lösungen. Da man in der Region weiterhin einen Artenverlust und keinen Zuwachs der Arten verzeichnen müsse, zeige das Buch den hohen Handlungsbedarf.

Auch Vereinspräsident Sven von Ungern-Sternberg begrüßte die Freunde der Badischen Heimat und des Naturschutzes. Für ihn war zweierlei wichtig: Einerseits, dass das Buch in Freiburg, der »heimlichen Hauptstadt der Ökologie« erschien, zum anderen, dass mit diesem »Zustandsbericht der Umweltsituation« das Lebenswerk von Günther Reichelt dokumentiert wurde, den er als eine »Hauptfigur« des badischen Umweltschutzes und als »Zeitzeugen« vorstellte. Er selbst, in seiner kommunalpolitische Laufbahn schon früh mit Umweltthemen befasst, sieht den Spielraum der Badischen Heimat enger geworden, den Verein dennoch in der Umweltpolitik positioniert. Der Band sei eine »Momentaufnahme«, wie es um den Naturschutz derzeit stehe, so v. Ungern-Sternberg weiter, und überzeige nicht nur durch seinen fundierten Inhalt, sondern auch durch das fantastische Fotomaterial. Schließlich verwies er auf die hochwertige Ausstattung des Bandes und hob hervor, dass ohne öffentliche Unterstützung solche Bücher nicht mehr entstehen könnten.

Prof. Günther Reichelt (Foto. Christine Weis)

Prof. em. Günther Reichelt, Hauptredner des Abends, präsentierte den Band als sein »mit Sicherheit letztes Buch, nach weit über 30« und schilderte die lange Entstehungsgeschichte des Projektes: 2010 begannen die Vorarbeiten, 2013 wurde Schlusskonferenz gehalten, aber erst 2015 wurde das Werk zum Druck gegeben – und dafür bedankte sich Reichelt nicht nur bei vielen Beteiligten und Unterstützern, sondern vor allem bei Dr. Anna Gräfin zu Stolberg, die durch ihre konsequente und professionelle Lektoratsarbeit das Buch letztlich erst ermöglicht hatte. Der Untertitel »Geschichte – Probleme – Perspektiven« betont die Vielzahl von Aspekten, die von den Autoren beleuchtet und vertieft wurden – aber diese

Prof. Günther Reichelt, Dr. Sven von Ungern-Sternberg, Dr. Torang Sinaga, Dr. Jörg-Uwe Meineke, Dr. Bernd Jürgen Seitz, Dr. Anna zu Stolberg (Foto: Christoph Bühler)

Vielfalt von Dimensionen werde, so Reichelt, nicht nur angesprochen sondern auch dargestellt und vertieft, mit hohem wissenschaftlichen Anspruch, aber dennoch sehr verständlich und gut lesbar. Ausdrücklich bedankte sich Reichelt bei v. Ungern-Sternberg, der als Herausgeber auch seine kritischen politischen Stellungnahmen toleriert habe. »Im übrigen möchte ich nicht zu viel vom Inhalt verraten, es soll ja gelesen werden«, schloss Reichelt seine Rede.

Auch Bernd Jürgen Seitz, Leiter des Referates »Naturschutz und Landschaftspflege« im Regierungspräsidium Freiburg, verwies auf die Arbeit Reichelts als »Hauptprogramm« des Bandes, hob die gute Zusammenarbeit zwischen Umweltverbänden und Initiativen auf Landesebene hervor und gab seiner Freude Ausdruck, dass die Badische Heimat »ihr Herz für den Naturschutz wieder entdeckt« habe.

Reiner Ehret, der ehemalige Vorsitzende des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg, verglich schließlich die Entstehung des Buches mit einer Schwangerschaft, die mit ihrer Dauer von fünf bis sechs Jahren ein »besonders schönen Kind« gebracht hat. Die Konfliktfelder seien vorhanden, so Ehret, vor allem zwischen Prosperität und Natur. Dieser Konflikt sei zwingend zu Gunsten von Lebensumfeld und Lebensqualität zu lösen, und gerade der Artenschutz sei eine unmittelbar Herausforderung für die Lebenswelt folgender Generationen.

Verlagsleiter Torang Sinaga schließlich brach in seinem Schlusswort die eigene Tradition und wies ausdrücklich darauf hin, dass für den Herausgeber »Wertigkeit und Form« einen hohen Stellenwert hätten. »Gerade solche Bücher entstehen aber nicht von selbst«, so Sinaga, sie bräuchten eine Betreuung durch ein professionelles Lektorat, das Frau zu Stolberg in exzellenter Weise geleistet habe. »Hier wird nicht für den Massenmarkt produziert, sondern für Nischen interessierte Menschen«, schloss der Verleger.

Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle bleiben, dass Sinaga ausdrücklich für eine Mitgliedschaft im Verein warb, die solche Bücher auch weiter möglich mache.

Dr. Christoph Bühler

Mitteilungen der Redaktion

Aktuelle Bezugsbedingungen für die Zeitschrift „Badische Heimat“ des Landesvereins Badische Heimat e.V.

Wegen kontinuierlich gestiegener Produktionskosten unserer Zeitschrift müssen wir leider die Verkaufspreise ab 1. Juni 2016 wie folgt anpassen.

Mitglieder:
Wie bisher erhalten Mitglieder des Landesvereins im Rahmen ihrer Mitgliedschaft von jedem erschienenen Heft 1 Exemplar kostenlos zugesandt.

Mitglieder, die weitere Hefte einer Ausgabe erwerben wollen, können pro Ausgabe **maximal zwei** Exemplare zum Mitgliederpreis von 8,00 € pro Heft, zuzüglich Porto- und Versandkosten bei der Geschäftsstelle erwerben. Dieser Preis deckt nur noch die reinen Herstellungskosten ab, so dass wir zu diesem günstigen Preis keine weiteren Exemplare mehr abgeben können.

Für jedes weitere Exemplar wird zukünftig auch einem Mitglied des Vereins der Einzelverkaufspreis von 11,50 € zuzüglich Porto- und Versandkosten in Rechnung gestellt. Ab 50 Exemplaren gelten die Mengenverkaufspreise.

Autoren:
Autoren erhalten für Ihren veröffentlichten Aufsatz 4 Hefte als Belegexemplare kosten- und portofrei zugesandt.

Mengenabnehmer:
Bei einer Abnahme ab 50 bis zu 200 Exemplaren beträgt der Preis 11,00 € pro Exemplar zuzüglich Porto- und Versandkosten.

Bei der Abnahme über 200 bis zu 500 Exemplaren beträgt der Preis 10,50 € pro Exemplar zuzüglich Porto- und Versandkosten.

Wiederverkäufer:
Bitte erfragen Sie die aktuellen Konditionen bei der Geschäftsstelle.

Alle gelisteten Preise sind Endpreise inklusive MwSt.

Bedingungen für die Weiterverwendung und Weitergabe der PDFs von Beiträgen, die in der Zeitschrift »Badische Heimat« erschienen sind, durch die Autoren:

Das Urheberrecht an Texten und Bildern, die in der Zeitschrift »Badische Heimat« veröffentlicht werden, bleibt bei den Text- und Bildautoren, nachfolgend Autoren genannt.

Autoren der Badischen Heimat können ein druckfähiges PDF ihres veröffentlichten Beitrags bei der Heftredaktion anfordern, diesen ausdrucken und als Sonderdruck an Interessierte weitergeben.

Das Recht am Layout des veröffentlichten Artikels bleibt bei der Badischen Heimat.

Auf schriftliche Anfrage erteilen wir den Autoren das Recht, das PDF ihres Beitrags im Internet zu veröffentlichen zu den folgenden Bedingungen:

- **Es handelt sich um eine nicht gewerbliche bzw. nicht kommerzielle Seite, z. B. die eigene Homepage oder die Homepage einer wissenschaftlichen Einrichtung oder eines anderen Vereins.**
- **Eine Quellenangabe und ein Link zur Homepage der Badischen Heimat sind zwingend erforderlich.**
- **Ein Link, der zur Veröffentlichung im Internet führt, muss der Heftredaktion zugesandt werden.**

Freiburg, den 25. April 2016

Aluminium Rheinfelden GmbH, Friedrichstrasse 80, 79618 Rheinfelden (Baden), www.alurheinfelden.com

Zum Gedenken an Dr. Martin Keller

»Sammelt das Verstreute, damit es nicht verloren geht!«
Hartmann Schedel

Wer sich in Südbaden und im Markgräflerland für Familiengeschichte interessiert, kommt an seinem Namen nicht vorbei: Martin Keller.

Geschichte greifbar zu machen, vergangene Dinge und Ereignisse sprechen zu lassen, war das Anliegen Martin Kellers, dem er sich ein Leben lang gewidmet hat. Am 18. Dezember 1921 in Basel geboren, schloss er 1951 sein juristisches, volkswirtschaftliches und betriebswirtschaftliches Studium mit dem rer. pol. (Doktor der Staatswissenschaften) ab.

Weit über die Region hinaus reichen seine Leistungen für die Regionalgeschichte. Seit 1978 war Martin Keller im Vorstand des Geschichtsvereins Markgräflerland e. V. tätig. 1998 zeichnete ihn der Verein mit der Ehrenmitgliedschaft aus. Zahlreiche Aufsätze sind in der Publikation »Das Markgräflerland – Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur« veröffentlicht worden, wobei die Schwerpunkte seiner Beiträge in der Genealogie zu finden sind. Dies verwundert nicht, denn Martin Keller war auch Vorstandsmitglied der Genealogisch-Heraldischen Gesellschaft der Regio Basel und viele Jahre deren Zweiter Vorsitzender.

Zu den wichtigen und bedeutungsvollen Arbeiten von Martin Keller gehört unbedingt auch sein Aufsatz »Markgräfliche Sitze in Basel; Taufen, Trauungen und Totenfeiern in den Basler Hofkapellen«. Sein unermüdlicher Einsatz galt seit 1990 der Erstellung und Herausgabe des Markgräfler Familiennamenbuches (MFNB), das man zweifellos als sein Lebenswerk bezeichnen darf. »Wenn ich gewusst hätte, auf was ich mich damals einließ, hätte ich es vielleicht nicht getan«, äußerte sich der engagierte Familienforscher in einem Pressebericht aus dem Jahre 1996.

Martin Keller gehörte zu den besten und profundesten Kennern der Schweizer Geschichte und der des Markgräflerlandes. Er war ein Mann, der auf vielen Gebieten wichtige Anstöße gab und auch mitgeholfen hat, daraus etwas Bleibendes zu machen. Für viele Bewohner des Markgräflerlandes hat Martin Keller mit seinen wertvollen Arbeiten ein Stück Orts- und Familiengeschichte geschrieben und damit auch ein Stück Heimat bewahrt.

Für sein vielseitiges, kulturelles Schaffen ehrte die Gemeinde Hausen im Wiesental den Familienforscher im Jahr 2009 mit der Verleihung der Johann Peter Hebel-Gedenkplakette. Das Wiesental und die Region am Oberrhein sind um eine liebenswerte und verdienstvolle Persönlichkeit ärmer geworden. Doch die in vielen Jahren entstandenen schriftstellerischen Arbeiten werden die Erinnerungen an Martin Keller wachhalten. Am 10. Februar 2016 verstarb Dr. Martin Keller im Alter von 94 Jahren. Die Anteilnahme gilt seiner Frau Ursula mit Tochter Ingrid, Sohn Otto und den Angehörigen.

Elmar Vogt

Dr. Volker Kronemayer erhält die Verdienstmedaille der Stadt Schwetzingen

Im Rahmen der ausgesprochen gelungenen und bestens besuchten Präsentation des ersten Quartalsheftes der Badischen Heimat mit dem Schwerpunktthema »Schwetzingen« erhielt unser stellvertretender Landesvorsitzender aus der Hand des Schwetzinger Oberbürgermeisters Dr. René Pöltl die Verdienstmedaille der Stadt Schwetzingen.

In seiner Laudatio hob OB Pöltl zunächst Dr. Kronemayer als die »treibende Kraft« des »großartigen Bandes« hervor, der mit einer Fülle von Beiträgen namhafter Autoren fesselnde und facettenreiche Einblicke in die Geschichte und die kulturelle Gegenwart der Stadt gibt und damit eine wichtige Bereicherung für das Jubiläumsjahr von Schwetzingen bedeutet.

Darüber hinaus sei, so Pöltl, Volker Kronemayer schon über 20 Jahren in der Region »das Gesicht« der Badischen Heimat mit mannigfaltigen weiteren Ver-

BOB René Pöltl verleiht Volker Kronemayer die Verdienstmedaille der Stadt Schwetzingen (Foto: Andreas Moosbrugger)

diensten. So stellt er auch besonders das Wirken von Volker Kronemayer als zweitem Vorsitzenden des Förderkreises »Schwetzinger Sammlungen« beim Karl-Wörn-Haus – Museum der Stadt Schwetzingen – heraus.

Die Badische Heimat gratulierte mit besonderer Herzlichkeit zu dieser Ehrung, die durch einen einstimmigen Beschluss des Schwetzinger Gemeinderates zustande kam. Hiermit findet auch das langjährige Wirken von Volker Kronemayer als Vorsitzender der Regionalgruppe Schwetzingen eine verdiente und gebührende Würdigung, die mit ihren wichtigen Angeboten und regional viel beachteten Programmen von ihm vorbildlich geführt wird.

Neben der persönlichen Ehrung festigt und stärkt sie das Ansehen und die Wertschätzung unserer Badischen Heimat in der Stadt Schwetzingen und weit darüber hinaus! *Dr. Sven von Ungern-Sternberg*

Nachruf Wolfgang Fritz

Am 3. Februar 2016 verstarb im Alter von 74 Jahren Prof. Dr. Wolfgang Fritz nach schwerer Krankheit.

Am 15. August 1941 in Dortmund geboren, kam er bereits zum Studium an die damalige TH, dem heutigen KIT, nach Karlsruhe. Nach dem Studium blieb er in seiner neuen Wahlheimat Baden, arbeitete zunächst im Forschungszentrum Karlsruhe und wurde 1981 an die Fachhochschule Karlsruhe, heute »Hochschule für Technik und Wirtschaft«, als Professor für die Fachgebiete »Technische Mechanik und elektronische Datenverarbeitung« berufen, wo er sich neben seiner Lehrtätigkeit bald auch in der Selbstverwaltung engagierte und 1994 zum Prorektor gewählt wurde, eine Tätigkeit, die er mit großem Engagement und Erfolg bis 2005 ausübte.

Zugleich interessierte er sich für die Belange seiner Wahlheimat Baden und trat in den Landesverein Badische Heimat ein. Als geborener Westfale mit positiven Erfahrungen eines Bindestrich-Landes mit vielen Zentren hatte er wenig Verständnis für die zentralistischen Bestrebungen der Stuttgarter Administration.

Zunächst engagierte er sich bis zu seinem Tode im »Bund der Freiheit statt Baden-Württemberg«, einer Organisation, die schon in den 1970er Jahren feststellte, dass der badische Landesteil »die zweite Geige« spielt. Mit »einem Augenzwinkern« hoffte man dies zu ändern. Nachdem dies nicht gelang, wurde von Freunden aus dem gleichen Kreis die »Landesvereinigung Baden in Europa e. V.« gegründet, die sich mit großem Ernst und politischem Engagement, zum Teil auch mit Erfolg seither bemüht, die Gleichbehandlung des badischen Landesteils zu erreichen.

Wolfgang Fritz trat deshalb gleich nach der Gründung der Landesvereinigung Baden in Europa bei. Als Vorstands- und Kuratoriumsmitglied arbeitete Wolfgang Fritz aktiv an Stellungnahmen mit. Er kritisierte mit uns die Bevorzugung der württembergischen Regionen, vor allem von Stuttgart, und forderte die Gleichbehandlung seiner badischen Wahlheimat in den Gesprächen mit den Spitzen der Landtagsfraktionen und der Landesregierung. Er legte großen Wert auf die Belastbarkeit der Argumente und auf die parteipolitische Neutralität in der Diskussion, obwohl er bekennender Sozialdemokrat war.

Für die Landesvereinigung war er besonders wertvoll, da man ihm als Westfale von den württembergischen Vertretern nicht unterstellen konnte, dass er »Alt-Badener« sei und den Zusammenschluss von Baden und Württemberg noch nicht verwunden habe und ein eigenständiges Baden anstrebe. Er vertrat mit anderen im Vorstand auch die große Zahl der nicht in Baden geborenen Einwohner (die in Württemberg oft leider als »Reingschmeckte« vergessen werden).

Sein positives Beispiel eines Bindestrich-Landes war das Land seiner Geburt Nordrhein-Westfalen, das neben Mentalitätsunterschieden auch manche Ähnlichkeiten aufweist. Im Rheinland lebt ein rheinisch geprägter und in Westfalen ein eher introvertierter Menschenschlag. Nordrhein-Westfalen ist

Prof. Dr. Wolfgang Fritz (links) war bis zu seinem Tod Ehrenpräsident des Bundes Freiheit statt Baden-Württemberg. Dieser augenzwinkernde Badener-Verein verleiht alljährlich den Ehrentitel »Badener des Jahres«, im Jahr 2015 an den Entertainer und Fernsehmoderator Pierre M. Krause (Mitte). Rechts die Präsidentin des B.F.s.B.W., Ingrid Müller (Foto: Rüdiger Homberg)

im Gegensatz zu Baden-Württemberg aber ein polyzentrisch organisiertes Land. Es gibt nach wie vor eigenständige Landesverbände und Organisationen in Wirtschaft, Kultur, Politik und Zivilgesellschaft in den beiden Landesteilen. Niemand übt hier von politischer Seite dauernd Druck auf Fusionen aus. Die Landeshauptstadt spielt keine dominierende Rolle, die vergleichsweise von der Landesregierung besonders gefördert wird.

Aus diesem Grund hatte unser Freund Wolfgang Fritz große Schwierigkeiten mit dem Stuttgarter Zentralismus, eine Organisationsform, die aus der Zeit »Alt-Württemberg« stammt und Badenerinnen und Badenern fremd ist. Die Staatsorganisation des ehemaligen Landes Baden mit Karlsruhe und seinen selbstbewussten Oberzentren Mannheim, Heidelberg, Baden-Baden, Freiburg und seinen Mittelzentren entsprach weit mehr seinen Vorstellungen.

Nicht nur die politischen Gespräche waren ihm wichtig, sondern er fehlte auch kaum bei einer Vorstandssitzung und Veranstaltung der Landesvereinigung. Sein Tod hinterlässt im Vorstand eine sehr große Lücke.

Ebenso schmerzlich vermisst wird Wolfgang Fritz auch bei der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine. Nach einer langjährigen Tätigkeit im Bürgerverein der Karlsruher Oststadt übernahm er den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft aus 25 Bürgervereinen. Eine der Besonderheiten Karlsruhes ist es, dass schon 1888 ein Bürgerverein gegründet wurde, der sich als »Bürgerinitiative« gegen die Zerschneidung von Stadtzentrum und Südstadt durch den Bau der Eisenbahnlinie gebildet hatte.

In den Jahrzehnten danach gründeten die Bürgerinnen und Bürger aller Stadtteile als »Sprachrohr« für ihre Anliegen Bürgervereine. Auf Anregung des damaligen Oberbürgermeisters Günther Klotz schlossen sie sich 1953 zur »Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine« (AKB) zusammen.

Als »Präsident der Präsidenten« begrüßte deshalb Oberbürgermeister Heinz Fenrich ihn gern. In diesem Amt, das er 2005 übernahm, engagierte sich Prof. Wolfgang Fritz für die Anliegen der Bürgervereine gegenüber Stadtverwaltung und staatlichen Behörden, Öffentlichkeit und Medien. Er wurde als wichtiger Berater gesehen und mehrte wesentlich das Ansehen der AKB, auch durch zahlreiche Impulse bei Wettbewerben und vor allem sehr wesentlich bei der erfolgreichen Organisation der zahlreichen Stadtteilfeste und Aktionen aus Anlass des 300. Stadtgeburtstags im Jahr 2015.

Prof. Wolfang Fritz hinterlässt ein großes Lebenswerk, das uns dazu verpflichtet, dieses in seinem Sinne weiterzuführen.

Prof. Dipl. Ing. Robert Mürb
1. Vorsitzender der Landesvereinigung
Baden in Europa e.V.

Lukas Bärfuss wurde mit dem Johann Peter Hebel-Preis 2016 des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet

Und ich habe gelernt,
dass es eine Öffentlichkeit erst gibt,
wenn man sich eine erschafft.
Lukas Bärfuss

Unter allen Künsten ist die Literatur, weil sie *ohne* Sprache nicht auskommt, am stärksten an den Inhalt, an die Mitteilung gebunden. Was Literatur sein soll, steht nicht ein für alle Mal fest, es ändert sich mit den Methoden und Stimmungen. Die Literatur möge das Leben spiegeln, das des Lesers wie das des Verfassers, damit beide einander näher kämen.

Folgendes wurde über das Schreiben schon oft gesagt oder gedacht, vielleicht einfach deshalb, weil es sagenswert und wahr ist: *Man kann schreibend ein anderer sein.* Folgendes wurde nicht weniger oft ge-

Ministerialdirigentin Claudia Rose überreichte den Johann Peter Hebel-Preis 2016 des Landes Baden-Württemberg an den Schriftsteller Lukas Bärfuss (Foto: Dirk Sattelberger, Badische Zeitung)

sagt oder gedacht, vielleicht einfach deshalb, weil es nicht weniger sagenswert und wahr ist: *Man kann schreibend der sein, der man ist.* Es gibt niemanden, der die eigenen Gedanken zurechtstutzt, niemanden der bestimmt, wie man was zu äußern hat und welcher Sache man Gewicht geben möchte und muss. Nur beim Schreiben kann man sich gestatten, hinzusehen, der Welt ins Auge zu sehen, ihrem Schweren und Schönen, und unbeschadet zurück ins Leben treten.

Der Johann Peter Hebel-Preis des Landes Baden-Württemberg kann zum einen an Schriftstellerinnen und Schriftsteller verliehen werden, die durch ihr literarisches Werk dem alemannischen Sprachraum oder Johann Peter Hebel verbunden sind. Zum anderen können ihn Übersetzer, Essayisten, Medienschaffende und Wissenschaftler erhalten, die sich um die Pflege von Hebels Werk oder um die Literatur des alemannischen Sprachraums verdient gemacht haben.

Beim Festakt zum Hebelfest am 10. Mai 2016 überreichte Claudia Rose, Ministerialdirigentin im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, den mit 10 000 Euro dotierten Preis an den Schweizer Schriftsteller Lukas Bärfuss.

Nach der Matura absolvierte er eine Ausbildung zum Buchhändler, durch die er den Weg zur Schriftstellerei fand. Der Geehrte, 1971 in Thun geboren, arbeitet als Schriftsteller in Zürich. Lukas Bärfuss schreibt Romane und Theaterstücke, die weltweit gespielt werden. Von 2009 bis 2013 war er außerdem als Dramaturg und Autor am Schauspielhaus Zürich tätig; hier entstanden seine Stücke »Malaga« (2010) und »Zwanzigtausend Seiten« (2012). Seine Werke wurden vielfach ausgezeichnet. 2015 erschien der Essayband »Stil und Moral«, im Herbst 2016 folgte der Roman »Hagard«. Seine Artikel über die politische und gesellschaftliche Lage in der Schweiz sind regelmäßig Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Bärfuss' Werke wurden unter anderem mit dem Mülheimer Dramatikerpreis (2005), dem Anna-Seghers-Preis (2008), dem Schillerpreis der Schweizerischen Schillerstiftung (2009), dem Berliner Literaturpreis (2013), dem Schweizer Buchpreis (2014) und dem Solothurner Literaturpreis (2014) ausgezeichnet. Seit 2015 ist Lukas Bärfuss Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt.

Kunstministerin Theresia Bauer würdigte den Preisträger: »Mit Lukas Bärfuss zeichnen wir eine wichtige Stimme in der Literatur aus. Seine Werke treffen den Nerv der Zeit«. Den Literaturbetrieb im Land lobte sie als äußerst aktiv und vielfältig – nicht zuletzt durch die vielen verschiedenen kulturellen Einflüsse. Baden-Württemberg verfüge über eine lange literarische Tradition, weshalb die Literaturförderung fester Bestandteil der Kulturpolitik des Landes sei. »Indem wir die Kunst stärken, stärken wir auch unsere Gesellschaft«, betonte Kunstministerin Bauer. »Lukas Bärfuss darf im besten Sinn des Wortes als Aufklärer gelten, der seine Aufgabe nicht zuletzt darin sieht, mit den Mitteln des Künstlers Stellung zu beziehen und sich, wenn es geboten erscheint, auch mit der Waffe des essayistisch geschliffenen Wortes polemisch einzumischen in drängende Debatten. In diesem Sinn kann man ihn als genuinen Erben des publizistisch regen Aufklärers Johann Peter Hebel ansehen«, so die aus Wissenschaftlern, Autoren und Literaturkritikern aus Deutschland, der Schweiz, Österreich und Frankreich zusammengesetzte Jury in ihrer Begründung.

Neben der »ästhetischen Qualität« machte der Laudator und Literaturprofessor Hansgeorg Schmidt-Bergmann vom Museum für Literatur am Oberrhein in Karlsruhe an Gemeinsamkeiten zwischen Hebel und Bärfuss den »schonungslosen Umgang mit der

Wahrheit« aus, die eigene »Perspektive auf die Realität« und den »Gestus der Aufklärung«. Als Beispiel für die »konsequente Haltung, wenn nötig auch vom Wege abzugehen«, nannte er den »Kulturkampf«, den Bärfuss im vergangenen Herbst ausgelöst habe mit seinem Essay über die »Instrumentalisierung der Heimatpflege« in der Schweiz.

Während Claudia Rose vom baden-württembergischen Wissenschaftsministerium ausführte, dass Heimat in der heutigen Zeit obligatorischer Mobilität nicht mehr ein Ort sein müsse, sondern sich auch in Sprache, Literatur und Kunst finden lasse, ging der Preisträger noch einen Schritt weiter und verneinte die Bedeutung von Sprache für Hebels Dichtung: »Es ist doch vollkommen einerlei, ob der Vater im Dialekt nun Ätti heißt und der Sohn Burst. Die Kraft liegt in dem Bild, dass die beiden in dieser Nacht für alle Zeiten unterwegs sind.«

Johann Peter Hebel habe die Frage beschäftigt: »Was bleibt eigentlich?«, sagt Lukas Bärfuss. So meint der gebürtige Thuner Autor und Dramaturg über das »größte aller Gedichte«, Hebels »Vergänglichkeit«: »Die Größe des Gedichts liegt nicht in der Sprache. Sie liegt in der Sehnsucht, Angst und Hoffnung, die Hebel ausdrückt. Deshalb danke ich sehr für diesen Preis.«

»Noch viele Bücher will er schreiben«, sagt Lukas Bärfuss, der aktuell an einem Stück für das Deutsche Theater und einem für das Norwegische Nationaltheater arbeitet. Danach will er ein neues Buch angehen. »Eines über die Liebe und den Tod, wie immer bei mir«, sagt Lukas Bärfuss. Doch eigentlich ist sein Wunsch vor allem der, ein vollendeter Schriftsteller zu werden. *Elmar Vogt*

Uli Führe wurde mit der Johann Peter Hebel-Gedenkplakette 2016 der Gemeinde Hausen im Wiesental ausgezeichnet

»Ich bi e Dousendfiäßler und stamm ussem vordere Wiesedahl. Vo wo genau cha niermerts sage, so oft sin mir umzoge. Aber im Paß stoht: 22.3.57 Lörrach«, schreibt Uli Führe in der Mundart-Anthologie »weleweg selleweg« der Muettersproch-Gesellschaft (Drey-Verlag, 1996), einleitend über sich selbst.

Nach dem Abitur 1978 leistete er Zivildienst im heilpädagogischen Kinderheim Tüllinger Höhe und studierte von 1980 bis 1985 Schul- und Popularmusik

Uli Führe erhielt die Johann Peter Hebel-Gedenkplakette 2016 der Gemeinde Hausen im Wiesental (Foto: Pierre Likissas, Gemeinde Hausen im Wiesental)

in Stuttgart, 1987 machte er das 2.Staatsexamen für Schulmusik, er lebt als freier Musiker und Kursleiter in Buchenbach/Unteribental bei Freiburg.

Hauptberuflich ist er als freier Kursleiter in den Bereichen Stimmbildung für Chorleiter und -sänger, Musikerzieher und Liedpädagogik für Erzieherinnen und Lehrer in Deutschland, Schweiz, Österreich, Italien, Luxemburg, Frankreich, Niederlande, Litauen, Island, Belgien und Brasilien tätig.

In seinen Chorkompositionen setzt er den Schwerpunkt auf literarische Texte. Die Autoren Robert Gernhardt, Joachim Ringelnatz, Wilhelm Busch, Mascha Kaléko, Heinrich Heine, Rose Ausländer, Christian Morgenstern setzte er für gemischten Chor, aber auch für Männer- und Frauenchor, zum Teil mit Klavier. Stilistisch verbindet Führe die klassischen europäischen Traditionen mit der gesanglichen Popularmusik.

Seit 1976 tritt er mit seinem Mundartliederprogramm im Dialekt Hochalemannisch vor allem im süddeutschen Raum, der Schweiz und im Elsass auf. In witzigen und ironischen Lieder nimmt er Menschen und das Zeitgeschehen unter die Lupe. Er veröffentlichte zahlreiche alemannische Produktionen und Bücher. Führe tritt solistisch auf, aber auch im Trio mit Michael Summ (Keyboard) und Monika Ecker (Cello). In seinen Vertonungen von Manfred Markus Jung und Johann Peter Hebel verbindet Führe alemannische Lyrik mit neuer Musik.

2010 wurde Uli Führe mit dem »Hebeldank« des Hebelbundes Lörrach e. V. ausgezeichnet. Er nahm diese Ehrung zum Anlass, die Gedichte Hebels auf ganz neue Weise umzusetzen. Vertont wurden unter anderem »Der Mann im Mond«, »Trost« und »Der allzeit vergnügte Tabakraucher«. Stilistisch bewe-

gen sich die Lieder zwischen Swing, Blues, Ballade, Chanson und Rap. Man hört die Gedichte von Hebel in diesem Kontext auf eine ganz neue Art.

Laudator Markus Manfred Jung, selbst Träger der Johann Peter Hebel-Gedenkplakette des Jahres 2013, langjähriger Freund und Weggefährte von Uli Führe, war sich denn auch sicher, dass der Geehrte fast genauso viele Verehrerinnen und Verehrer wie Johann Peter Hebel habe. Uli Führe sei »läbig, schaffig und schöpferisch wie chuum e Zweite«, würdigte Markus Manfred Jung das Wirken und Schaffen Uli Führes in wohlklingendem Alemannisch.

Als Bähnlersohn 1957 in Haagen geboren, habe Uli Führe ein Bahnhofsleben zwischen Ankommen und Fortgehen führen müssen. Neun Schulen habe er wegen der ständigen Wohnortwechsel besucht, drei Mal sei er sitzen geblieben, habe trotzdem das Abitur geschafft und sei sogar als Professor an die Musikschule Düsseldorf berufen worden. Als Autodidakt hat Uli Führe das Gitarrenspielen erlernt. Die Musik sei für ihn zum Lebensinhalt geworden.

Die Schönheit der alemannischen Mundart habe ihn schon früh fasziniert, so dass er als alemannischer Liedermacher und Komponist, Verfasser zahlreicher Kinderlieder und Musicals, aber auch als Autor origineller Geschichten und Theaterstücke einen hohen Bekanntheitsgrad erreichte.

In aller Bescheidenheit fragte sich der neue Plakettenträger Uli Führe: »Bin ich das, der do gemeint isch?«, musste aber schließlich zugeben, sich doch in der Laudatio erkannt zu haben. Das Rahmenprogramm am Hebelabend habe ihm großartig gefallen. Statt großer Dankesworte servierte Führe dem Publikum sein Frühlingslied und den witzigen Song von der »Sekte mit de gsenkte Chöpf«, mit dem er den Handy-Dauerwischern den Spiegel vorhalten wollte.

Elmar Vogt

NatureLife-International

Global denken, regional handeln.
Jetzt Naturschutzprojekte fördern!

NatureLife-Spendenkonto:
IBAN: DE 22 6005 0101 0002 2090 29

NatureLife-International
Stiftung für Umwelt, Bildung
und Nachhaltigkeit
Karlstraße 7 • 71638 Ludwigsburg

Landesverein Badische Heimat e. V.		
VORSTAND DES LANDESVEREINS BADISCHE HEIMAT E. V.		
Landesvorsitzender	Dr. Sven von Ungern-Sternberg Hansjakobstr. 12 79117 Freiburg	Tel. dienstl. 07 61 / 7 37 24 Fax dienstl. 07 61 / 7 07 55 06 info@badische-heimat.de
Stellv. Landesvorsitzender	Dr. Volker Kronemayer Erzbergerstr. 45 68782 Brühl	Tel. priv. 0 62 02 / 7 37 34 Fax priv. 0 62 02 / 92 05 05 ivkronemayer@t-online.de
Landesrechnerin	Margrit Roder-Oeschger Im Weingarten 8 79594 Inzlingen	Tel. 01 71 / 8 90 29 37 margrit.roder-oeschger@t-online.de
Chefredakteur	Heinrich Hauß Weißdornweg 39 76149 Karlsruhe	Tel. 07 21 / 75 43 45 Fax 07 21 / 92 13 48 53 heftredaktion@badische-heimat.de
Schriftführerin	Dorothee Kühnel Landhausstr. 10 72250 Freudenstadt	Tel. 0 74 42 / 12 16 63 heftredaktion@badische-heimat.de
Internetbeauftragter und Öffentlichkeitsarbeit	Dr. Christoph Bühler Lochheimer Str. 18 69124 Heidelberg	Tel. 0 62 21 / 78 37 51 Fax 0 12 12 / 6 22 33 66 65 buehler@badische-heimat.de
Beisitzer	Dr. Reinhard Bentler Am Rebberg 34 79194 Gundelfingen	Tel. 07 61 / 5 31 72
Beisitzer	Jürgen Ehret Schwarzwaldstr. 30 79423 Heitersheim	Tel. 0 76 34 / 18 87 ehret-juergen@t-online.de
Beisitzer	Joachim Müller-Bremberger Kaiserstuhlstr. 19 79211 Denzlingen	Tel. priv. 0 76 66 / 88 03 09 j.mueb@gmx.de
Beisitzer	Dr. Bernhard Oeschger	Tel. 0 76 21 / 4 57 81 und Tel. 07 61 / 7 37 24 info@badische-heimat.de
BEIRAT		
Prof. Dr. Kurt Andermann	Nibelungenring 79 76297 Stutensee	Tel. 07 21 / 9 26 26 72 kurt.andermann@geschichte.uni-freiburg.de
Prof. Dr. Gerd F. Hepp	Speckbacherweg 14 79111 Freiburg	Tel. 0761 / 43318 gfhepp@arcor.de
Dr. Kurt Hochstuhl	Staatsarchiv Freiburg Colombistr. 4 79098 Freiburg	Tel. 0761 / 3 80 60 11 Fax 0761 / 3 80 60 13 E-Mail: kurt.hochstuhl@la-bw.de
Prof. Dr. Wolfgang Hug	Hagenmattenstr. 20 79117 Freiburg	Tel. 07 61 / 6 26 83 wolfgang@hugma.com
Wolfram Jäger	Ostpreußenstr. 14 76228 Karlsruhe	Tel. 07 21 / 1 33 10 25 dez2@karlsruhe.de
Dr. Gerhard Kabierske	Karlsburgstr. 5 76227 Karlsruhe	Tel. priv. 07 21 / 49 51 92 Tel. dienstl. 0721 / 6 08-4 61 51 gerhard.kabierske@kit.edu
Elisabeth Schraut	Markthallenstr. 14 78315 Radolfzell	eschraut@t-online.de
Dr. Gerhard Stratthaus	Landtag von Baden-Württemberg Konrad-Adenauer-Str. 3 70173 Stuttgart	Tel. 07 11 / 2 06 39 88 gerhard.stratthaus@cdu.landtag-bw.de
Prof. Dr. Paul-Ludwig Weinacht	Rossstr. 27 97261 Güntersleben	Tel. 0 93 65 / 91 14 p.l.weinacht@t-online.de

REGIONALGRUPPEN		
Baden-Baden	Dieter Baeuerle Schlossstraße 8 76530 Baden-Baden	Tel. u. Fax priv. 0 72 21 / 3 19 53 baeuerledieter@aol.com
Bruchsal	Jörg Teuschl An der Schanze 21 76703 Kraichtal-Unteröwisheim Elisabeth Burkard Mozartweg 9 76646 Bruchsal	Tel. u. Fax 0 72 51 / 6 29 34 joerg.teuschl@t-online.de Tel. u. Fax 0 72 51 / 1 82 11
Freiburg	Dr. Bernhard Oeschger Julia Dold Konradstr. 15 79100 Freiburg	Tel. 0 76 21 / 4 57 81 und Tel. 07 61 / 7 37 24 info@badische-heimat.de Tel. 07 61 / 6 81 48 44 julia-dold@gmx.de
Heidelberg	Dr. Christoph Bühler Lochheimer Str. 18 69124 Heidelberg	Tel. 0 62 21 / 78 37 51 Fax 0 12 12 / 6 22 33 66 65 buehler@badische-heimat.de
Karlsruhe	Dr. Hans-Jürgen Vogt Durmersheimer Str. 53 76185 Karlsruhe	Tel. 07 21 / 9 50 49 51 dr.vogt@labor-vogt.de
Lahr	Gabriele Bohnert Stadtarchiv Rathausplatz 4 77933 Lahr	Tel. dienstl. 0 78 21 / 9 10-0416 Fax dienstl. 0 78 21 / 9 10-70416 gabriele.bohnert@lahr.de
Lörrach	Inge Gula Brunnenstraße 19 79541 Lörrach	Tel. 0 76 21 / 5 34 06 inge.gula@gmx.de
Mannheim	Dr. Kai Budde L 11, 9 68161 Mannheim	Tel. privat 06 21 / 2 71 50 maybudk@web.de
Pforzheim	Dieter Essig Im Hasenacker 31 75181 Pforzheim	Tel. 0 72 34 / 84 02 Fax 0 72 34 / 94 80 17 Lara-anjulie_essig@web.de
Rastatt	Martin Walter Kreisarchiv Am Schlossplatz 5 76437 Rastatt	Tel. dienstl. 0 72 22 / 3 81 35 81 Tel. priv. 0 72 25 / 98 54 38 m.walter@landkreis-rastatt.de
Schwetzingen	Dr. Volker Kronemayer Erzbergerstr. 45 68782 Brühl	Tel. priv. 0 62 02 / 7 37 34 Fax priv. 0 62 02 / 92 05 05 ivkronemayer@t-online.de
GESCHÄFTSSTELLE		
Daniela Koehler	Hansjakobstr. 12 79117 Freiburg	Tel. 07 61 / 7 37 24 Fax 07 61 / 7 07 55 06 info@badische-heimat.de